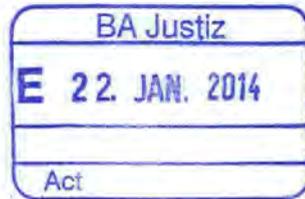


Virginie Bermond
Mirjam Dunkel
Gotthelfstrasse 102
4054 Basel

Basel, 20. Januar 2014



Bundesamt für Justiz
Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

Stellungnahme zur Änderung des Zivilgesetzbuches (ZGB; Adoption, Stiefkindadoption)

Sehr geehrte Frau Wyder
Sehr geehrte Damen und Herren

Als direkt betroffene Familie gestatten wir uns, zur Änderung des Zivilgesetzbuches in Bezug auf gleichgeschlechtliche Familien, Stellung zu nehmen.

Unser gemeinsamer Sohn wird im kommenden Mai 11 Jahre alt. Juristisch gesehen hat er seit Geburt nur einen Elternteil, der Vater ist als unbekannt vermerkt. Aufgewachsen ist er jedoch mit zwei Elternteile und versteht diese auch als seine Eltern.

Er ist nun in einem Alter, in dem er die Debatte und die inhaltliche Auseinandersetzung zu seiner Situation sehr gut umfassen kann. Da er sowohl aus der schulischen wie aus der alltäglichen Perspektive keinerlei Unterschiede zu anderen Familien erfahren hat, ist es für ihn rätselhaft, wieso dies nicht auf allen Ebenen funktioniert.

Wieso ist es für ihn wichtig ist, dass seine beiden Elternteile auch vor dem Gesetz als Eltern definiert sind:

- Im Falle des Todes seiner leiblichen Mutter, kann er bei seiner zweiten Mutter verbleiben
- Im Falle des Todes seines zweiten rechtlichen Elternteils hat er zudem einen Erbanspruch sowie einen Anspruch auf Waisenrente.
- Des Weiteren wird gewährleistet, dass falls sich seine Eltern trennen, er seine Co-Mutter weiterhin sehen kann und einen gesetzlichen Anspruch auf Unterhalt hat.

Dann gibt es aber auch ganz pragmatische und alltägliche Gründe, wie:

- Wenn er wieder einmal im Spital notfallmässig operiert werden müsste, dürfen dann beide Elternteile den gesperrten OP-Bereich betreten!

Oder Gründe, die nicht nur uns dienen:

- Die verbindliche Übernahme von elterlicher Verantwortung durch den Co-Elternteil reduziert das Fürsorgerisiko und würde den Staat entlasten

Seit 20 Jahren sind wir ein Paar, seit 7 Jahren sind wir in einer eingetragenen Partnerschaft, seit 11 Jahren ist unser Sohn rechtlich nicht mit Kindern aus heterosexuellen Familien gleichgestellt.

Es geht hier nicht darum zu diskutieren, ob wir Homosexuellen Kinder haben dürfen oder nicht; diese Kinder existieren bereits und müssen dringend einen besseren Schutz erfahren.

Wir bitten Sie, die **dringende** Sachlage dieser Vernehmlassung zu erkennen und unsere Forderungen und Anliegen zu integrieren.

Im Anhang erhalten Sie ein paar Zeilen von unserem Sohn; da er wohl zu den ältesten Regenbogen-Kindern in der Schweiz gehört, die bewusst in einer gleichgeschlechtlichen Familie geboren wurde, erachten wir sein Statement zum Thema als sehr Aussagekräftig.

Mit freundlichen Grüßen



Virginie Bermond



Mirjam Dunkel

Basel 20.1.11

Liebe Frau Wyder

Ich habe zwei Mütter als Eltern.

Das ist für mich, Meine Freunden und Verwandten ganz normal.

Ich hoffe, dass es für das Gesetz bald auch normal ist.

Bitte helfen Sie mit, dass es so schnell wie möglich so wird.

Mit freundlichen Grüßen

Joshua David Dunkel

Koenig Grégoire BJ

De: Esteban Bestilleiro [guess@net2000.ch]
Envoyé: lundi 10 février 2014 14:32
À: Wyder Judith BJ
Objet: VN Adoption, Private: Bestilleiro Esteban 10.02.2014 (Projet de loi sur l'adoption)

Bonjour Madame Wyder,

J'ai pris connaissance de la consultation de l'avant projet pour l'adoption de l'enfant du partenaire en Suisse.

Par ce courrier , et comme citoyen suisse responsable je voulais vous faire part de mon soutien au projet du Conseil fédéral et du Parlement ,afin de mettre fin à l'inegalité des droits entre les citoyens de ce pays . Homosexuel, etc... nous avons tous les mêmes devoir envers la Confédération ,impots ... Mais aujourd'hui , nous n'avons pas tous l'égalité des droits ,ce qui n'est plus tolérable en 2014 ,dans une société dite évoluée .

Dans l'espoir que que la loi passe et que nos enfants puissent grandir dans un monde meilleur et plus tolérant ,

Je vous présente, mes meilleures salutations.

Esteban
Envoyé de mon iPhone



CFT-Schweiz
Postfach 2197
8022 Zürich
Telefon 044 211 88 88
Telefax 044 211 88 80
infos@cft.ch, www.cft.ch

Bundesamt für Justiz
Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

Zürich, 29.03. 2013

Vernehmlassung Änderung des Zivilgesetzbuches (ZGB) im Bereich Adoption

Sehr geehrte Damen und Herren

Gemäss Vernehmlassungsunterlagen beabsichtigt der Bundesrat das bestehende Adoptionsrecht im ZGB zu überarbeiten. Die Fokussierung auf die Stärkung des Kindeswohls als Grundlage für die Revision ist begrüssenswert.

Als überkonfessionelle Organisation, die sich für die Erhaltung der christlichen Werte in Politik und Gesellschaft einsetzt, sind Familie und damit verbunden auch das Wohl der heranwachsenden Kinder ein zentrales Thema.

Bei der Durchsicht der Unterlagen zur geplanten Revision kommen wir jedoch zum Schluss, dass der Wahrung des Kindeswohls durch die vorgeschlagenen Änderungen keinesfalls Rechnung getragen wird.

Wir heben drei zentrale Punkte der Revision hervor, die nach unserem Erachten nichts mit der Wahrung des Kindeswohles zu tun haben.

1 Einzeladoption für verheiratete Paare

Die bisherige Regelung, die nur in klarbegründeten Ausnahmefällen eine Einzeladoption zulies, ist beizubehalten. Es kann keineswegs der Stärkung des Kindeswohls dienen, wenn nur ein Ehepartner ein Kind adoptieren will.

2. Stiefkind-Adoption für eingetragene Partnerschaft

Die Revision sieht vor, dass ein Teil des in eingetragener Partnerschaft lebenden Paares das Kind des anderen Teiles adoptieren kann.

Mit dieser Regelung werden mehr Probleme geschaffen als gelöst. Die Kinder entstammen ja meist aus einer vorangegangenen Beziehung, der eine sexuelle Umorientierung eines Elternteiles



CFT-Schweiz
Postfach 2197
8022 Zürich
Telefon 044 211 88 88
Telefax 044 211 88 80
infos@cft.ch, www.cft.ch

folgte. Das betroffene Kind hatte somit schon die Trennungsphase der Eltern miterlebt und muss nun zusätzlich das neue Umfeld verkraften. Weiter werden auch die Banden zu der Familie des getrennten biologischen Elternteils aufgehoben. Die biologischen Grosseltern, Tanten, Onkel, Cousins und Cousinen verlieren ihren Status. Die Tragweite der Revision hat eine äusserst tragische Komponente, da für das betroffene Kind evtl. wichtige Beziehungen in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die in der Revision vorgesehene Zustimmung des leiblichen Elternteils zur Adoption ist nur ein bedingter Schutz für das Kind. Es selbst hat ja kein Mitspracherecht und kann die Folgen nicht abschätzen.

Mit der Schaffung der Stiefkindadoption für eingetragene Partnerschaften bricht der Bundesrat ein abgegebenes Versprechen. Im Vorfeld der Volksabstimmung zur eingetragenen Partnerschaft hat die Landesregierung dem Stimmvolk klar versprochen, dass die Adoptionsmöglichkeit ausgeschlossen bleibt.

2. Adoptionsmöglichkeit für Paare in faktischen Lebensgemeinschaften

Diese als Variante in der Revision vorgesehene Erweiterung stellt eine weitere Schwächung von Ehe und Familie dar. Die bisherigen strengen Bedingungen für Ehepaare für eine Adoption werden zur Farce.

Durch die geplante Revision ist für uns das gesteckte Ziel der Stärkung des Kindeswohls keinesfalls gegeben. Deshalb lehnen wir die geplante Änderung des bestehenden Artikels im ZGB ab.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Meinung.

Mit freundlichen Grüssen

Christen für die Wahrheit
cft Schweiz

Jürg Läderach
Präsident

Walter Mannhart
Sekretär



Conférence latine des autorités centrales en matières d'adoption

Présidente de la CLACA
c/o Michaëla Bochud Roth
Service de l'enfance et de la jeunesse
Autorité centrale cantonale en
matière d'adoption
Bd de Pérolles 24
case postale 29
1705 Fribourg

Madame
Judith Wyder
Office fédéral de la justice
Bundesrain 20
3003 Berne

Fribourg, le 28 mars 2014

Avant-projet (AP) de modification du Code civil concernant l'adoption

Nous nous référons au courrier du 6 décembre 2013 de Madame la Conseillère fédérale Simonetta Sommaruga mettant en consultation le projet susmentionné.

En préambule à notre prise de position, nous tenons à vous faire part que nous regrettons que cette AP ait été faite avec une concertation minimale des milieux concernés et en particulier des autorités centrales cantonales en matière d'adoption.

La révision proposée a pour objectif de mettre le bien de l'enfant au centre de la décision d'adoption. Nous saluons cet objectif, qui s'inscrit dans le respect du principe de l'intérêt supérieur de l'enfant tel qu'énoncé notamment aux articles 3 et 21 de la Convention des droits de l'enfant. A notre avis, certains des changements proposés vont clairement dans ce sens, tandis que d'autres manquent l'objectif et servent davantage les intérêts des parents adoptifs et/ou des parents biologiques. En outre, l'AP peine à se positionner clairement vis-à-vis des nouvelles formes de cellules familiales (personne seule, union libre, en partenariat) et de leur rapport avec l'adoption. L'AP parfois autorise, parfois interdit l'adoption à ces diverses « familles » sur la base de critères qu'il n'est pas toujours aisé de décrypter. Ce manque de constance, en dehors de toute considération dogmatique, ouvre à notre avis la porte à des inégalités de traitement souvent difficiles à justifier.

1. Abaissement de l'âge des parents adoptifs

L'AP propose que l'âge minimal des adoptants passe de 35 à 28 ans. La CLACA approuve que l'âge minimal soit abaissé, afin de tenir compte non seulement de la durée relativement longue des procédures d'adoption, mais également des exigences posées par certains pays proposant des enfants pour l'adoption. Néanmoins, nous sommes d'avis qu'un abaissement à l'âge de 30 ans suffirait. Pour les personnes adoptant seules, en particulier, l'expérience montre que le choix de l'adoption est très souvent dicté par le fait que le parcours de vie de la personne ne lui a pas permis de vivre en couple et de créer sa propre famille. A 28 ans, le champ des possibles semble encore ouvert, de sorte que la stabilité de vie du ou des adoptants semble moins acquise que quelques années plus tard.

2. Différence d'âge des parents adoptifs avec l'enfant adopté

Les différences d'âge minimale (16 ans) et maximale (45 ans) existent déjà dans le CC et dans l'OAdo. L'AP a l'avantage de regrouper ces limites dans un même article (art. 265 AP) et de prévoir des dérogations possibles « pour de justes motifs si le bien de l'enfant n'est pas menacé ». Le principe d'une différence d'âge minimale et maximale entre les parents adoptifs et l'enfant met l'accent sur les besoins de l'enfant, en particulier le besoin d'avoir des parents à même de le prendre en charge jusqu'à sa majorité. Les limites d'âge fixent un cadre d'application clair pour les autorités chargées de l'évaluation des parents adoptifs et garantissent à ces derniers l'égalité de traitement et la sécurité juridique. Néanmoins, « si le bien de l'enfant n'est pas menacé », la loi admet l'exception. Cette flexibilité est vraisemblablement positive. D'un point de vue terminologique, nous préfererions toutefois que l'exception soit dictée par l'intérêt de l'enfant, en étant formulée par exemple « si l'intérêt de l'enfant l'exige ». Le bien de l'enfant serait alors clairement l'élément qui dicterait l'exception, et non pas seulement le garde-fou qui obligerait à renoncer à l'exception demandée par les parents adoptifs.

3. Abaissement de la durée du mariage / du partenariat enregistré requise pour l'adoption conjointe et l'adoption de l'enfant du conjoint/ du partenaire

La durée de la relation est un indicateur de stabilité. Or, il est important d'éviter de faire entrer l'enfant adopté dans une situation familiale qui n'a pas démontré un minimum de stabilité. Aujourd'hui fixée à un minimum de 5 ans, la durée minimale de la relation passe à 3 ans dans l'AP. Ce laps de temps peut paraître court pour établir un pronostic de durabilité d'une relation. Néanmoins, tenant compte du fait que les parents adoptifs ont souvent vécu ensemble un certain temps avec le mariage / le partenariat et que la limite de 3 ans n'est pas sujette à dérogation (art. 264a al. 2 AP a contrario et 264 c AP) nous pouvons soutenir la modification. En outre, il faut se rappeler que le pronostic de durabilité est établi par l'autorité d'évaluation sur l'ensemble des circonstances.

4. Adoption conjointe

L'AP continue de réserver l'adoption conjointe aux seuls époux (à l'exclusion des partenaires enregistrés et des personnes menant de fait une vie de couple), pour autant que les conditions d'âge mentionnées ci-avant soient remplies. Nous comprenons ce statu quo, qui vise clairement à éviter que deux personnes du même sexe puissent adopter conjointement. Il est vrai que bien que les mentalités évoluent, l'homosexualité est admise de manière très diverse en Suisse. Il est important de respecter le choix de toute personne adulte de mener une vie de couple avec une personne du même sexe. Il est également compréhensible que les couples homosexuels stables souhaitent adopter conjointement un enfant. Nous doutons toutefois qu'il soit dans l'intérêt supérieur de l'enfant adopté d'entrer dans ce type de relation. En effet, l'enfant adopté doit déjà faire face, bien malgré lui et en dépit de la prise en charge exemplaire que peuvent lui assurer ses parents adoptifs, à un certain nombre de difficultés liées à l'adoption elle-même (abandon, différences culturelles,... etc). Dans ce sens, il paraît difficile de justifier la création d'une situation dans laquelle on prend le risque de faire endurer en plus à l'enfant des réactions homophobes.

Cela étant, en maintenant l'exclusivité de l'adoption aux couples mariés, à l'exclusion des partenaires enregistrés et des personnes menant de fait une vie de couple, on discrimine également les concubins hétérosexuels menant une vie de couple stable.

5. Adoption de l'enfant du conjoint / partenaire enregistré / de la personne avec laquelle on mène de fait une vie de couple (variante)

D'un point de vue systématique, dans le CC actuel, l'adoption de l'enfant du conjoint figure sous le titre marginal « adoption conjointe » (art. 264 a al. 3), bien que les circonstances et les démarches de ces deux types d'adoption se distinguent sur de nombreux aspects. Nous saluons dès lors le fait que l'AP consacre un article séparé à l'adoption de l'enfant du conjoint. Selon la proposition de l'AP, ce type d'adoption permettra désormais non seulement à une personne d'adopter l'enfant de son époux/épouse, mais également de son partenaire enregistré selon la LPart. Nous soutenons cette modification, qui tient compte de l'évolution de la société et permet de sécuriser juridiquement des situations de fait existantes. D'un point de vue des droits de l'enfant, il n'est en effet plus soutenable, comme c'est le cas actuellement, qu'un enfant soit traité différemment pour la seule raison que le parent avec lequel il vit a choisi de vivre avec une personne du même sexe. Le débat n'est à notre avis pas le même que pour l'adoption conjointe. En effet, la modification proposée permettra d'éviter les inégalités de traitement et d'offrir un cadre juridique clair à des relations existantes.

Avec les mêmes arguments d'égalité de traitement et de consolidation juridique d'une situation de fait existante, les communiqués de presse et le rapport explicatif de l'AP mentionnent une « variante » du Conseil fédéral qui ouvrirait l'adoption de l'enfant du concubin pour les personnes hétéro- et homosexuelles menant de fait une vie de couple, sans être mariées ni partenaires enregistrés. Dans cette variante, la possibilité d'adopter l'enfant de la personne avec laquelle on partage une vie de couple serait limitée aux communautés de vie de fait au sens de relations stables et étroites rappelant celles des couples mariés, c'est-à-dire dans lesquelles la personne qui adopte prend le rôle du second parent (ce qui permet par ex. d'exclure qu'une femme vivant avec sa sœur dans le même ménage adopte son neveu). Nous ne trouvons toutefois pas trace de cette variante dans l'art. 264 c AP, qui parle uniquement de conjoints mariés et de partenaires enregistrés.

6. Adoption par une personne seule

L'art. 264 b AP rend l'adoption accessible à toute personne seule de plus de 28 ans. Le rapport explicatif (p. 33) précise que « toute personne doit avoir la possibilité d'adopter seule, qu'elle soit célibataire, qu'elle vive en partenariat enregistré ou dans les liens du mariage ou qu'elle mène de fait une vie de couple ». Cette phrase nous paraît se contredire. L'alinéa 3 de l'art. 264 b souligne à notre avis cette contradiction. Quelle « personne seule » peut être tenue de requérir l'opinion de son « conjoint, de la personne avec laquelle elle est liée par un partenariat enregistré ou avec laquelle elle mène une vie de fait » ? La notion-même de « personne seule » nous échappe.

D'autant que dans l'AP, il est renoncé au principe figurant dans le droit actuel selon lequel l'adoption par une personne seule n'est accessible à une personne mariée que si une adoption conjointe se révèle impossible (art. 264b al. 2 CC). Nous ne comprenons dès lors pas à quelles situations se réfère concrètement l'adoption par une personne seule, si elle n'a pas de caractère exceptionnel. Notamment, on voit mal comment on pourra concrètement exclure que des personnes

homosexuelles vivant en partenariat enregistré ou menant de fait une vie de couple n'utilisent cet article pour contourner l'interdiction d'adopter conjointement qui subsiste dans l'avant-projet.

7. Secret de l'adoption (art. 268 b AP)

Cet article illustre les intérêts potentiellement divergents des diverses personnes concernées par l'adoption, à savoir les parents biologiques, les parents adoptifs et l'enfant adopté. Selon la CLACA, l'intérêt de l'enfant de choisir s'il souhaite ou non obtenir ou fournir des informations devrait toujours primer les intérêts des autres protagonistes. En effet, les parents biologiques et adoptifs ont fait des choix au moment de l'adoption qu'ils doivent ensuite assumer en ne perdant jamais de vue l'intérêt supérieur de l'enfant. Ce dernier n'a pas fait le choix initial d'être adopté. Il doit donc pouvoir ensuite, tout au long de son développement et en fonction de ses capacités évolutives, être l'acteur de sa vie et faire ses propres choix. Ce n'est pas à lui, à notre avis, de s'adapter aux besoins (éventuellement tardifs) et aux craintes de ses parents biologiques et adoptifs.

Dans ce sens, nous adhérons au contenu de l'alinéa 2 de l'art. 268 b AP, qui soumet clairement la communication d'informations aux parents biologiques au consentement exprès de l'enfant majeur et respecte ainsi son intérêt supérieur.

L'alinéa 3 n'exige pas le consentement de l'enfant (mineur ou majeur) mais n'autorise les parents biologiques qu'à obtenir des informations générales ne permettant pas d'identifier les parents adoptifs et l'enfant. Cela paraît, en théorie du moins, également satisfaire l'intérêt supérieur de l'enfant. Nous nous interrogeons néanmoins sur la difficulté pour l'autorité, en pratique, de suffisamment trier et caviarder les informations transmises afin que des recoupements ne puissent pas être faits qui permettraient d'identifier l'enfant et ses parents adoptifs. D'un point de vue des parents biologiques, nous nous demandons également si ce genre d'informations « partielles » suffira à calmer leurs attentes ou au contraire réveillera des besoins.

En revanche, l'art. 268 b alinéa 1 AP ne place à notre avis pas l'enfant et son intérêt au centre des préoccupations. Certes, il est stipulé qu'avant que les informations puissent être transmises aux parents biologiques ou à des tiers (qui sont-ils ?), l'enfant doit être pour le moins entendu et il doit donner son consentement s'il est capable de discernement. Il nous semble que cet alinéa répond aux besoins des parents biologiques et adoptifs davantage qu'à ceux de l'enfant. On ne peut notamment pas exclure que la procédure d'audition de l'enfant, même si elle est menée de manière appropriée par des personnes compétentes, ne vienne perturber le développement de l'enfant adopté, qui n'est peut-être pas prêt pour cette démarche. Pour cette raison et tant que l'enfant est mineur, nous sommes d'avis que des informations ne devraient être transmises aux parents biologiques ou à des tiers qu'à la demande expresse de l'enfant.

Cela étant et afin de répondre à la motion Fehr, la CLACA pourrait tout à fait imaginer une exception permettant une transmission d'informations facilitée dans les cas de femmes ayant été placées administrativement jusqu'en 1982 dans des établissements parce qu'elles étaient enceintes hors mariage et dont l'enfant avait été donné à l'adoption sans leur consentement.

8. Informations sur les parents biologiques (art. 268 c AP)

Nous nous interrogeons sur la différence faite entre les alinéas 1 et 2 de l'art. 268 c AP. Qu'est-ce qui justifie que l'enfant majeur puisse obtenir de manière inconditionnelle des informations sur ses parents biologiques, alors qu'il doit faire valoir un « intérêt légitime » pour obtenir ces informations s'il est encore mineur. Comment faut-il interpréter cette notion « d'intérêt légitime » ? Le besoin pour un enfant adopté de connaître l'identité de ses parents biologiques ne poursuit-il pas toujours un intérêt légitime, quel que soit l'âge auquel survient ce besoin ?

9. Relations personnelles entre l'enfant adopté et ses parents biologiques (art. 268 f AP)

L'art. 268 f AP fait un pas vers l'adoption simple, dans ce sens qu'il offre aux parents adoptifs la possibilité de convenir avec les parents biologiques que ces derniers puissent entretenir des relations personnelles indiquées par les circonstances avec l'enfant adopté. Cette convention ne peut être ni modifiée ni annulée unilatéralement. Le consentement de l'enfant est requis s'il est capable de discernement.

Cette proposition ne fait pas l'unanimité au sein des membres de la CLACA et deux positions se dessinent :

1. En termes de construction de l'identité de l'enfant adopté, certains membres sont d'avis que ces relations risquent d'être davantage sources de perturbations, d'incertitude quant à l'avenir et de conflit de loyauté, que d'épanouissement. En outre, si on envisage ce type de relations entre l'enfant et sa famille biologique, il conviendrait mieux de se diriger non pas vers une adoption mais vers un placement de l'enfant dans une famille d'accueil. Le placement extrafamilial permet que l'enfant dont les parents ne sont momentanément pas en mesure de le prendre en charge soit accueilli dans un environnement stable lui offrant toute garantie pour son développement, tout en permettant de garder les liens de filiation et les droits qui en découlent avec ses parents biologiques.
2. D'autres membres pensent que la possibilité de procéder dans certaines situations à des adoptions simples serait bénéfique pour l'enfant notamment dans des situations de « kafala ». Cette solution pourrait être également intéressante lorsque les parents biologiques sont encore en vie. Pour les familles accueillant des neveux et nièce, les enfants pourraient être placés en adoption simple et ainsi bénéficier d'une meilleure protection en Suisse.

10. Centralisation des procédures d'adoption au niveau de la Confédération

Selon les membres de la CLACA, les cantons assumeraient pour leur part les évaluations sociales et le suivi post-adoption des couples adoptifs. La procédure administrative cantonale (agrément, autorisations, etc) serait, quant à elle, reprise par la Confédération. A notre avis, cette centralisation serait bénéfique car la Confédération connaît bien les spécificités des pays.

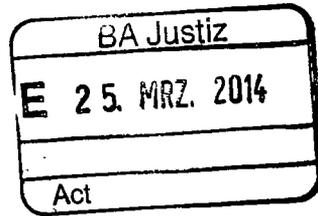
En vous remerciant de l'intérêt que vous porterez à cette prise de position, nous vous prions de croire, Madame, à l'assurance de nos sentiments les meilleures.

Pour la Conférence latine des autorités centrales cantonales en matière d'adoption :



Michaëla Bochud Roth
Présidente

Copies : - aux autorités centrales cantonales romandes et tessinoise en matière d'adoption
- à l'autorité centrale fédérale en matière d'adoption



Office fédéral de la justice
Mme Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Berne

Paudex, le 24 mars 2014
AM/JHB/ir

Droit de l'adoption : consultation

Madame,

Nous avons examiné le dossier cité en titre et vous faisons part de nos commentaires à son sujet.

L'orientation de l'avant-projet de modification du code civil relatif au droit de l'adoption, en ce sens qu'il place l'intérêt de l'enfant au centre de la décision d'adoption, est acceptable, même si, à certains égards, il nous semble qu'on va un peu vite en besogne.

S'agissant des principaux points contenus dans cet avant-projet, nous prenons position comme suit :

- **Abaissement de l'âge des parents adoptifs** : il est justifié de lier l'adoption à la condition d'un âge minimal. Le minimum de 35 ans qu'on connaît actuellement est assez élevé et nous pouvons souscrire à un abaissement, mais à 30 ans, et non pas à 28, comme le prévoit l'avant-projet.
- **Abaissement de la durée de mariage requise** : la durée de la relation des parents adoptifs est un indicateur de stabilité du couple et permet d'estimer si la relation sera durable et si donc l'adoption se révélera en fin de compte bénéfique. Nous ne sommes pas convaincus qu'abaisser cette durée de cinq à trois ans soit un réel progrès et préconisons dès lors d'en rester au statu quo.
- **Adoption de l'enfant du partenaire d'un partenariat enregistré** : il convient d'avoir à l'esprit que l'adoption a pour effet la rupture du lien de filiation avec le parent biologique qui n'est pas partie au partenariat enregistré. Il convient dès lors que le consentement exprès, libre et pleinement informé de ce parent soit garanti. Cette question se pose d'ailleurs dans tous les cas d'adoption de l'enfant du conjoint. L'analyse du bien de l'enfant doit dès lors être effectuée en tenant compte de la nécessité de conserver des liens avec ses deux géniteurs, plutôt qu'avec le nouveau partenaire de l'un d'eux et l'on signalera dans ce cadre que le mode de vie choisi par le géniteur qui vit en partenariat n'est pas l'affaire de l'enfant.

Nous pourrions ainsi admettre l'adoption par le partenaire enregistré dans le seul cas de décès de l'autre géniteur ou de son incapacité médicale à

entretenir des liens avec l'enfant, l'intérêt bien compris de l'enfant – notamment en cas de décès de son géniteur en partenariat – pouvant l'expliquer.

Une telle adoption ne doit pas ouvrir la porte - même de manière limitée – à un encouragement à la procréation médicalement assistée ou à des pratiques telles que la gestation pour autrui. Le partenariat enregistré est une institution qui n'a pas pour but de fonder une famille, comme le relève à juste titre le rapport (p. 24). Il ne s'agit dès lors pas de satisfaire un désir d'enfant de la part du couple en partenariat, satisfaction que le droit n'a pas à protéger, mais de poser un cadre légal qui permette, dans des situations particulières, de garantir le bien de l'enfant.

Nous considérons dès lors que l'adoption de l'enfant du partenaire doit être autorisée dans de rares cas de décès de l'autre géniteur ou lorsque des circonstances médicales le commandent.

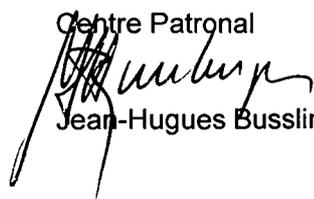
Nous soutenons par ailleurs la position du Conseil fédéral, qui entend renoncer à autoriser l'adoption conjointe pour des couples vivant en partenariat enregistré, compte tenu des réserves encore très marquées au sein de la population et des arguments avancés lors de la votation, pas si lointaine, relative à la loi sur le partenariat enregistré (LPart).

- **Adoption de l'enfant du partenaire pour les personnes menant de fait une vie de couple** : nous sommes totalement opposés à la variante proposée par le Conseil fédéral, qui irait jusqu'à autoriser également dans ce cas l'adoption de l'enfant du partenaire. Contrairement au mariage et au partenariat enregistré, nous sommes ici dans une situation moins établie et plus fragile, incompatible avec les exigences d'une adoption. L'on peut et doit exiger des personnes souhaitant adopter l'enfant de leur compagnon ou de leur compagne un acte formel et concret, tel le mariage ou le partenariat enregistré. A fortiori, nous sommes également opposés à toute adoption conjointe pour les personnes menant de fait une vie de couple, ce que d'ailleurs le Conseil fédéral renonce à proposer.
- **Assouplissement du secret de l'adoption pour les parents biologiques** : nous pensons que la proposition de renforcer le droit des parents biologiques à accéder à des informations relatives à l'identité de l'enfant à partir de sa majorité et avec son consentement n'est pas une chose souhaitable. Le consentement des parents adoptifs devrait continuer à être exigé.

Les autres dispositions de l'avant-projet ne suscitent pas de commentaires particuliers de notre part.

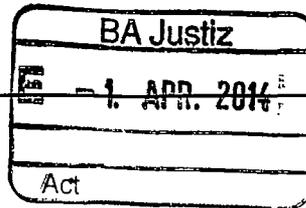
Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à ces lignes, et vous prions d'agréer, Madame, l'expression de nos sentiments les meilleurs.

Centre Patronal



Jean-Hugues Busslinger

Demokratische Juristinnen und Juristen der Schweiz
Juristes Démocrates de Suisse
Giuristi e Giuriste Democratici Svizzeri
Giuristas e Giurists Democratics Svizzers



DJS JDS GDS

Schwanengasse 9
3011 Bern
Tel 031 312 83 34
info@djs-jds.ch

Bundesamt für Justiz
z.H.v. Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

Bern, 31. März 2013

Stellungnahme der DJS zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Adoption) und des Partnerschaftsgesetzes, Vernehmlassungsfrist: 31. März 2014

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Demokratischen Juristinnen und Juristen Schweiz bedanken sich für die Einladung, zu den vorgeschlagenen Änderungen des Adoptionsrechts Stellung zu nehmen. Wir werden diese Gelegenheit im Folgenden gerne wahrnehmen.

Die Stossrichtung der Revision, die den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen will und insbesondere heute bestehende Diskriminierungen bestimmter Lebensformen, vorab gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, abbauen will, unterstützen wir sehr. Bezüglich der zwei vorgeschlagenen Varianten bevorzugen wir entsprechend klar die Zulassung der Stiefkindadoption auch für faktische (gleich- oder verschiedengeschlechtliche) Lebensgemeinschaften. Dies entspricht zudem klar dem Auftrag des Parlaments. Darüber hinaus muss u.E. auch die gemeinschaftliche Adoption für eingetragene Paare und für faktische Lebensgemeinschaften ermöglicht werden.

Im Folgenden nehmen wir zu den einzelnen Artikeln Stellung:

Art. 264

Im Grundsatz stimmen wir diesem Artikel zu; insbesondere das Bekenntnis zum klaren Vorrang des Kindeswohls ist zu unterstützen.

Zu Abs. 1:

Die Voraussetzung, dass die adoptionswillige Person dem minderjährigen Kind in jedem Fall während mindestens eines Jahres Pflege und Erziehung erwiesen haben muss, benachteiligt Kinder, die in eine eingetragene Partnerschaft hineingeboren werden. Da zu dem nicht-leiblichen Elternteil nur durch die Stiefkindadoption ein Kindesverhältnis entstehen kann, ist die Beziehung zwischen einem Elternteil und dem Kind zwingend im ersten Jahr plus der Dauer des Adoptionsverfahrens nicht geschützt für den Fall des Verlusts des biologischen Elternteils. Daher sollte in diesen Konstellationen unbedingt eine Stiefkindadoption bei der Geburt möglich sein, analog der Anerkennung des Kindes von unverheirateten verschiedengeschlechtlichen Eltern. Die einfachere und elegantere Lösung wäre es allerdings, in diesen Fällen ein Kindesverhältnis zu der eingetragenen Partnerin / dem eingetragenen Partner analog der pater est Regel im Eherecht automatisch entstehen zu lassen.

Art. 264a Gemeinschaftliche Adoption

Wie eingangs erwähnt, sprechen wir uns gegen die Weiterführung der Beschränkung der gemeinschaftlichen Adoption auf Ehegatten aus. Auch Paare mit einem Kinderwunsch, dessen Erfüllung ihnen von der Natur verwehrt bleibt, sollen frei entscheiden können, ob sie eine Ehe eingehen wollen oder nicht.

Zur Mindestehedauer:

Die Dauer der Ehe als Kriterium für die Stabilität einer Beziehung erscheint uns aber in jedem Fall heute nicht mehr sachgerecht und sollte durch ein Kriterium wie die Dauer der Beziehung, des gemeinsamen Haushaltes oder einer Beurteilung der gesamten Umstände ersetzt werden. Viele Paare heiraten heute bewusst nicht, was in keinem Zusammenhang mit der Stabilität oder Qualität ihrer Beziehung steht.

Gemäss erläuterndem Bericht soll die Dauer der Ehe nur ein Indiz für die Stabilität der Beziehung sein. Der vorgeschlagene Normtext lässt jedoch kein Abweichen zu, ist genauso rigide formuliert wie die bisherige Regelung. Sollte an dem Kriterium der Ehedauer festgehalten werden, so ist ganz im Sinne des erläuternden Berichts zumindest ein Abweichen davon zuzulassen (gleich wie bei dem Kriterium des Mindestalters der adoptionswilligen Personen).

Zum Mindestalter:

Die Reduktion des Mindestalters der adoptionswilligen Person ist zu begrüssen, 28 Jahre als neues Mindestalter kann akzeptiert werden; ein höheres Mindestalter würden wir jedoch nicht unterstützen.

Zu begrüßen ist insbesondere auch die Relativierung durch Abs. 2. Es fragt sich allerdings, wie in der Praxis „wichtige Gründe“ ausgelegt werden wird. Eine Klärung durch die Botschaft, so Abs. 2 aufrechterhalten wird, erachten wir als notwendig.

Art. 264b Einzeladoption

Die Zulässigkeit der Einzeladoption unabhängig der gelebten Beziehungsform erachten wir als sehr positive Neuerung.

Zu Abs. 3:

Problematisch ist die im erläuternden Bericht erwähnte Überprüfung, dass später nicht eine Stiefkindadoption durch die/den eingetragene_n Partner_in erfolgen soll, d.h. Vorkehren, dass das (vorgeschlagene) Verbot der gemeinschaftlichen Adoption nicht umgangen werden kann. Durch den vorgeschlagenen Ausschluss von der gemeinschaftlichen Adoption und den bestehenden Ausschluss von der Fortpflanzungsmedizin drängt der Gesetzgeber gleichgeschlechtliche Paare aktiv dazu, diesen einzigen Weg zu wählen. Da das Adoptivkind faktisch bei beiden Partner_innen aufwachsen wird, ist eine zumindest wohlwollende Haltung auch der nicht-adoptierenden Person wünschenswert (siehe auch Abs. 3: deren Einstellung ist zu würdigen). Eine solch wohlwollende Haltung einem Kind im gemeinsamen Haushalt gegenüber könnte aber gerade als Indiz für einen eigenen Adoptionswunsch und damit die spätere Stiefkindadoption ausgelegt werden. Eine Überprüfung, ob auch wirklich nur die eine Person adoptionswillig ist, birgt entsprechend die Gefahr, dass die Einzeladoption in der Praxis in diskriminierender Weise Personen in eingetragener Partnerschaft verwehrt wird.

Art. 264c Stiefkindadoption

Die Variante, die Stiefkindadoption auch für faktische Lebensgemeinschaften zu erlauben, bevorzugen wir. Innerhalb des Variantenvorschlages erachten wir Abs. 2 jedoch nicht als notwendig und regen daher an, diesen ersatzlos zu streichen. Die Vorstellung, dass die Person, mit der ein Elternteil verheiratet ist oder in eingetragener Partnerschaft lebt, auch zwingend die Person ist, die als ideale Ergänzung im Elternsein gesehen wird, stimmt nicht mehr in jedem Fall mit der gelebten Realität überein. Dies wird nur sehr wenige Konstellationen betreffen, dennoch rechtfertigt sich die rechtliche Anerkennung und Zulässigkeit auch solcher unkonventioneller Familienformen. Da das Kindeswohl – zu recht – im Zentrum jeder Adoption steht, wird eine Stiefkindadoption in einer solchen Konstellation ohnehin nur dann zugelassen werden, wenn sie im Interesse des Kindes erfolgt. Die Beschränkung auf Personen in faktischen Lebensgemeinschaften, die nicht mit einer dritten Person verheiratet oder in eingetragener Partnerschaft sind, ist daher nicht notwendig.

Zu dem Kriterium der Mindestdauer der Ehe resp. der eingetragenen Partnerschaft verweisen wir auf die vorstehend zu Art. 264a gemachten allgemeinen Ausführungen.

Ergänzend dazu regen wir an, bei der Stiefkindadoption zu prüfen, ob in den Fällen, in denen die Stiefkindadoption das Kindesverhältnis zu einer anderen Person heute zwingend vollständig auflöst, die absolute Begrenzung auf zwei Eltern noch zeitgemäss ist oder ob nicht eine (neue) Form der rechtlichen Verbundenheit zu mehr als zwei Elternteilen ermöglicht werden sollte.

Kritisch stehen wir der Mindestdauer von drei Jahren des Bestehens der eingetragenen Partnerschaft gegenüber. Dies, weil gemeinsam geplante Kinder im Unterschied zu ehelichen Kindern nicht automatisch beide Eltern als rechtliche Eltern erhalten. Dadurch wird ein Kindesverhältnis zu beiden Elternteilen in den ersten drei Jahren einer eingetragenen Partnerschaft (plus Dauer des Adoptionsverfahrens) unmöglich, was die in dieser Zeit geborenen Kinder von gleichgeschlechtlichen Paaren gegenüber den leiblichen Kindern von Ehepaaren deutlich schlechter stellt, allein aufgrund der sexuellen Orientierung ihrer Eltern.

Art. 265 Alter und Zustimmung des Kindes

Zu Abs. 1

Die Definition des zulässigen Höchstalters der adoptionswilligen Person in Relation zum Kindesalter und mit Ausnahmemöglichkeiten ist zu begrüßen. Auch dem Mindestaltersunterschied von 16 Jahren mit der Möglichkeit der Abweichung im Einzelfall stimmen wir zu.

Zu Abs. 2:

Gründe, die gegen eine Kindesanhörung sprechen, sollten nur sehr zurückhaltend angenommen werden. Nach dem Vorbild der Anhörung im familienrechtlichen Verfahren nach Art. 298 ZPO sollte zudem erstens eine Regelung zur Protokollierung der Anhörung und zweitens ein Beschwerderecht des urteilsfähigen Kindes aufgenommen werden.

Zudem regen wir an, dass es der ausdrücklichen Zustimmung auch des urteilsfähigen Kindes bedarf. Diese Zustimmung hat für das Kind sehr einschneidende und weitreichende Folgen, eine bloss stillschweigende Zustimmung kann aus diesem Grund nicht ausreichen.

Zu Abs. 3:

Die Regelung der Kindesvertretung sollte ebenfalls nach dem Vorbild der Kindesvertretung im familienrechtlichen Verfahren nach ZPO ausführlicher ausfallen (Art. 299 f. ZPO). Zunächst müssen die Situa-

tionen definiert werden, in denen die Adoptionsbehörde die Anordnung der Vertretung zwingend prüfen muss. Die Stiefkindadoption sollte explizit im Gesetzestext erwähnt werden, im Hinblick auf die im Bericht angesprochene Gefahr der Konflikt- und Drucksituation zwischen bisherigem Elternteil, Stiefel-ternteil und Kind. Die Notwendigkeit einer Anordnung ist zudem ebenfalls in der Regel dann gegeben, wenn von der Zustimmung eines Elternteils nach Art. 265c ZGB abgesehen werden soll. Schliesslich sollte vorgesehen werden, dass auf Antrag des urteilsfähigen Kindes zwingend eine Rechtsvertretung eingesetzt werden muss (vgl. Art. 299 Abs. 3 ZPO).

Art. 265a Abs. 3

Keine Bemerkungen

Art. 265d Abs. 1

Keine Bemerkungen

Art. 266 Abs. 1, 2 und 2^{bis}

Dass eigene Kinder der adoptierenden Person neu nicht mehr einer Erwachsenenadoption entgegenstehen sollen, ist aus unserer Sicht zu begrüssen.

Zu Abs. 2bis:

Wir regen an, dass auch die Nachkommen der zu adoptierenden erwachsenen Person angehört werden sollten, da durch die Adoption eines Elternteils ihre rechtlichen Grosseltern ändern.

Art. 267 Abs. 1, 2 und 3 Wirkungen Im Allgemeinen

Auch bei diesem Artikel bevorzugen wir die Variante der Zulässigkeit der Adoption durch faktische Lebensgemeinschaften und in der Folge die Ergänzung durch Abs. 2 Ziff. 3. neu.

Zu Abs. 1:

Zu überdenken ist unseres Erachtens der Automatismus des gesetzlichen Wechsels des Familiennamens, der aufgrund Art. 267 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 270 ff. ZGB erfolgt. Zwar bringt aufgrund der bundesgerichtlichen Rechtsprechung bei der Erwachsenenadoption (BGE 137 III 97) der Wunsch, nach der Adoption den bisherigen Familiennamen weiterzuführen, die enge Verbindung zwischen dem Namen und der Persönlichkeit zum Ausdruck, was als wichtiger Grund im Sinne von Art. 30 Abs. 1

ZGB genügt, um die Namensänderung im Sinne einer Beibehaltung des bisherigen Familiennamens zu bewilligen. Das separate Verfahren nach Art. 30 Abs. 1 ZGB, für das eine andere Behörde zuständig ist, ist aber nicht sachgerecht. Die zu adoptierende Person sollte im Adoptionsverfahren durch einfache Erklärung zwischen der Beibehaltung des bisherigen Familiennamens und der Annahme des Familiennamens der Adoptiveltern oder, bei fehlendem gemeinsamen Familiennamen, eines Adoptivelternteils wählen können. Diese Möglichkeit sollte sowohl für volljährige, wie für urteilsfähige minderjährige zu adoptierende Personen zur Verfügung stehen.

Zu Abs. 2:

Grundsätzlich sollte überdacht werden, ob nicht als Novum im Schweizer Familienrecht der Erhalt auch einer rechtlichen Verbindung zu den leiblichen Eltern ermöglicht werden sollte. Eine solche Rechtsbeziehung würde selbstredend deutlich weniger Rechte und Pflichten umfassen als das Kindesverhältnis zu den Adoptiveltern. Dadurch würde aber der biographischen Realität von Adoptivkindern besser gerecht als die heutige „entweder-oder“-Regelung, welche die Bande zu den leiblichen Eltern vollständig kappt.

Zu Abs. 3:

Eine Änderung des Vornamens sollte nur dann zulässig sein, wenn dies dem Kindeswohl entspricht und auch beim urteilsunfähigen Kind keine Anzeichen einer Ablehnung bestehen. Allein das Vorliegen von achtenswerten Gründen ist hier nicht gerechtfertigt, da der Antrag nicht von der betroffenen Person gestellt wird. Der grundsätzliche Ausschluss der Vornamensänderung bei Stiefkind- und Erwachsenenadoption ist zu begrüssen. Sachgerecht wäre es ergänzend, wenn eine Vornamensänderung auf Wunsch der Person direkt im Adoptionsverfahren ermöglicht würde und nicht der Umweg über das Verfahren nach Art. 30 Abs. 1 ZGB eingeschlagen werden müsste.

Art. 267a Abs. 1

Keine Bemerkungen

Art. 268 Abs. 1

Keine Bemerkungen

Art. 268a Abs. 2 und 3

Keine Bemerkungen

Art. 268b Adoptionsgeheimnis

Das Recht auf Kenntnis der Abstammung und die vorgeschlagene Ausweitung des Adoptionsgeheimnisses auf Dritte stufen wir als äusserst positive Neuerungen ein.

Zu Abs. 1:

Dass urteilsunfähige Kinder in geeigneter Weise angehört werden sollen, erscheint uns notwendig. Aus der vorgeschlagenen Regelung ergibt sich jedoch nicht, welches Gewicht der Meinung des urteilsunfähigen Minderjährigen zukommen soll. Wir schlagen daher eine Änderung in dem Sinne vor, dass mit der Bekanntgabe identifizierender Informationen dann zugewartet werden muss, bis das Adoptivkind urteilsfähig ist, wenn das Kind in der Anhörung seine Ablehnung ausdrückt.

Zu Abs. 3:

Der vorgeschlagene neue Anspruch der leiblichen Eltern auf nicht-identifizierende Informationen ist zu unterstützen. Wir regen aber an, dass dieser Anspruch nicht nur den leiblichen Eltern zustehen sollte, sondern auch Grosseltern und leiblichen Geschwistern. Eine Beschränkung auf die leiblichen Eltern verunmöglicht den genannten andern, gleichfalls sehr nah verwandten Personen, jeden Zugang zu Informationen, wenn die leiblichen Eltern kein Interesse haben oder verstorben sind.

Zur Terminologie:

In der Terminologie erscheinen die Abs. 1 und 2 inkongruent. Während volljährige adoptierte Personen „ausdrücklich zustimmen“ müssen, wird es als ausreichend vorgeschlagen, wenn urteilsfähige Minderjährige und ihre Adoptiveltern „zustimmen“. Sollte diese Inkongruenz beabsichtigt sind, so ist die Unterscheidung inhaltlich nicht nachvollziehbar. Die Bekanntgabe von identifizierenden Informationen hat so weitreichende Folgen, dass auch bei urteilsfähigen Kindern und ihren Adoptiveltern eine „ausdrückliche Zustimmung“ Bedingung sein sollte, eine stillschweigende Zustimmung kann nicht genügen.

In Abs. 3 steht der Terminus „Kind“ stets sowohl für minderjährige als auch für volljährige adoptierte Personen. In Abs. 1 und 2 hingegen wird teilweise explizit „minderjähriges Kind“, resp. „volljähriges Kind“ verwendet, teilweise aber nur „Kind“, obschon nur minderjährige oder nur volljährige Personen gemeint sind. Die Verwendung einer durchgängig einheitlichen Terminologie wäre für das Verständnis des Gesetzes dienlich. Überdies ist die Begriffs Kombination „volljähriges Kind“ auf dem Hintergrund der (völkerrechtlichen) Definition des Begriffes „Kind“ ein Widerspruch in sich. Wir erlauben uns bei dieser Gelegenheit ganz grundsätzlich zum Überdenken der Verwendung des Terminus „Kind“ für volljährige Personen im Zivilrecht anzuregen. Im Adoptionsrecht wäre ein klarer Begriff wie „adoptierte volljährige Person“ zu bevorzugen.

Art. 268c Auskunft über die leiblichen Eltern

Zu Abs. 1:

Dass dem minderjährigen Kind zumindest ein Anspruch auf nicht-identifizierende Angaben über seine leiblichen Eltern eingeräumt wird, erachten wir als positiv.

Die Last des Nachweises seines schutzwürdigen Interesses, um identifizierende Informationen über seine leiblichen Eltern erhalten zu können, sollte nicht vollumfänglich dem minderjährigen adoptierten Kind auferlegt werden. Zu bedenken ist, dass das Kind in der Wahrnehmung seiner Interessen faktisch stark von seinen Adoptiveltern abhängig sein wird, die ein divergierendes Interesse haben können. Wir schlagen deshalb als Formulierung vor: „Identifizierende Informationen erhält es nur bei Vorliegen von schutzwürdigen Interessen.“ Wir gehen davon aus, dass bei dieser Formulierung die Behörde, die über das Auskunftsgesuch entscheidet, aufgrund der *Offizialmaxime* dem Kind bei der Ermittlung der schutzwürdigen Interessen behilflich sein muss.

Art. 268d Kantonale Auskunftsstelle

Abs. 1:

Aus dem Gesetzestext ergibt sich u.E. zu wenig klar, dass die Behörde nach Art. 316 Abs. 1bis ZGB gemeint ist.

Art. 268e Suchdienste

Wir begrüßen die gesetzliche Regelung der Tätigkeit der Suchdienste. Wesentlich scheint uns, dass angesichts der grossen Bedeutung der internationalen Adoption deren Dienste auch durch Adoptivkinder oder leibliche Eltern in Anspruch genommen werden können, die ihren Wohnsitz im Ausland haben, wenn sich die gesuchte Person wahrscheinlich in der Schweiz aufhält.

Zu Abs. 3:

Die abschliessende Möglichkeit der Kostenbeteiligung auf die genannten Fälle erscheint uns zu eng begrenzt. Wir anerkennen vollumfänglich das Leid der Opfer dieser Massnahmen und erachten die Stossrichtung von Abs. 3 als positiv. Eine Kostenbeteiligung des Kantons sollte unseres Erachtens aber immer dann erfolgen, wenn ein Fehlverhalten eines Staates vorlag oder vorliegt oder wenn eine Bedürftigkeit vorliegt. Dabei ist an das Wohlstandsgefälle zwischen der Schweiz und den Ländern des globalen Südens zu denken, aus denen heute die Mehrheit der Adoptivkinder stammt, und wo folglich die Mehrheit der leiblichen Eltern leben. Die zwei genannten Konstellationen unfreiwillig erfolgter Adoptionsfreigaben sollten daher nur exemplarisch genannt werden. Insbesondere sollte die Kosten-

beteiligung auch nicht davon abhängig gemacht werden, ob das Kind seine leiblichen Eltern sucht oder umgekehrt die Eltern das Kind.

Zu Abs. 4:

Die Kostentragung sollte gesamtschweizerisch einheitlich geregelt und daher vom Bundesrat abschliessend geregelt werden. Zudem schlagen wir vor, die Möglichkeit einer Kostenüberwälzung oder eines Regresses auf nichtstaatliche Organisationen oder Personen, die zu ihrem eigenen Vorteil Druck ausübten auf die leiblichen Eltern, einzufügen.

Art. 268f Persönlicher Verkehr mit den leiblichen Eltern

Dieses neue Kontaktrecht zwischen minderjährigem Adoptivkind und leiblichen Eltern stufen wir als eine der ganz grossen Fortschritte dieses Vorentwurfes ein.

Um die Rechte auch des urteilsunfähigen Kindes zu stärken, schlagen wir vor, auch die Anhörung des nicht urteilsfähigen Kindes im Gesetz explizit aufzunehmen.

Unklar erscheint uns überdies, wie mit dem Übergang von urteilsunfähigen zu urteilsfähigen Kindern umgegangen wird. Im Geiste der vorgeschlagenen Regelung wäre zu begrüessen, wenn die Kinder mit Erlangen der Urteilsfähigkeit sich zu dem persönlichen Verkehr mit den leiblichen Eltern äussern und auch einen Abbruch oder eine Sistierung fordern könnten.

Art. 270a^{bis} Kind von Eltern in eingetragener Partnerschaft

Wir würden eine Regelung analog der Ehe bevorzugen: Bei der Eintragung der Partnerschaft sollten die Partner_innen den Entscheid treffen, welchen Namen allfällige gemeinsame Kinder tragen werden. Dadurch würde die Namensfrage sowohl für die Stiefkind- als auch für die gemeinschaftliche Adoption einheitlich geregelt und der vorgeschlagene Art. 270abis hinfällig.

Schlusstitel:

Art. 12b

Dieser Artikel darf u.E. nicht auf eingetragene Paare angewandt werden, die bereits die Stiefkindadoption beantragten und dadurch auch die Rechtsfortbildung zu Gunsten der Rechte ihrer eigenen Kinder

vorangetrieben haben. Es wäre mit dem Ziel dieser Revision nicht vereinbar, würden diese „abgestraft“ werden und von der Einführung der Stiefkindadoption ausgeschlossen.

Art. 12c

Inhaltlich haben wir dazu keine Bemerkung, jedoch stimmen die Erläuterungen im Bericht S. 48 nicht mit der Norm überein, welche Artikel genau dem neuen Recht unterstellt werden sollen: Art. 268b ist in der Norm erwähnt, nicht aber im erläuternden Bericht, Art. 268d im erläuternden Bericht, nicht aber in der Norm. Dies ist einer Klärung zuzuführen.

In der Aufzählung werden stets die Randtitel wortwörtlich übernommen – ausser bei „Persönlicher Verkehr mit den leiblichen Eltern“. Einheitlichkeit wäre zu bevorzugen.

Zur Variante:

Wie einleitend dargelegt, bevorzugen wir die Variante, das heisst die Möglichkeit der Stiefkindadoption für faktische Lebensgemeinschaften, und darüber hinaus die gemeinschaftliche Adoption sowohl für eingetragene Partnerschaften wie für faktische (gleich- und verschiedengeschlechtliche) Lebensgemeinschaften.

Die gemeinschaftliche Adoption durch eingetragene Paare sollte nicht nur zur Beseitigung einer Diskriminierung, sondern auch aus demokratiepolitischen Überlegungen eingefügt werden. Auf S. 24 des erläuternden Berichts wird die Umfrage des Instituts GALLUP TELEOmnibus zitiert, nach der sich bereits im Jahr 2010, also nur gerade drei Jahre nach in Kraft Treten des PartG, eine Mehrheit von 53% für die gemeinsame Adoption aussprach. Realistisch betrachtet wird im Falle eines Referendums frühestens im Jahr 2016 über die Revision des Adoptionsrechts abgestimmt werden, also sechs Jahre nach dieser Umfrage und elf Jahre nach der Abstimmung über das PartG. Bei gleichbleibendem Trend ist davon auszugehen, dass dann eine noch deutlichere Mehrheit die gemeinschaftliche Adoption auch für eingetragene Paare gutheissen wird. Das Stimmvolk sollte daher auch darüber befinden können.

Dass bei den faktischen Lebensgemeinschaften nicht nach der sexuellen Orientierung unterschieden wird, ist erfreulich. Zu überdenken ist aber, ob es zwingend eine Bettgemeinschaft braucht, damit eine faktische Lebensgemeinschaft im Sinne des Vorschlages bejaht werden kann. Damit ein Paar einem Kind die notwendige Geborgenheit, Pflege und Erziehung angedeihen lassen kann in stabilen familiären Verhältnissen, ist es mitnichten zwingend, dass sie auch das Bett teilen.

Art. 298e Elterliche Sorge

keine Bemerkungen.

Änderungen des PartG:

Die vorgeschlagenen Verweise auf das Familienrecht des ZGB unterstützen wir. Allerdings ist grundsätzlich zu hinterfragen, ob ein Spezialgesetz für gleichgeschlechtliche Partnerschaften noch zeitgemäss ist oder nicht besser die eingetragene Partnerschaft – so nicht die Ehe geschlechtsunabhängig geregelt werden will – ins Familienrecht des ZGB integriert würde.

Art. 28 PartG

Da das Partnerschaftsgesetz damit begründet wird, dass Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung abgebaut werden sollten, ist dieser Artikel dem Ziel entgegenstehend. Für die Aufrechterhaltung dieser Ungleichbehandlung gibt es, wie auch im erläuternden Bericht durch Verweis auf Studien über Kinder in Regenbogenfamilien implizit dargelegt wird, keinen triftigen Grund. Auch wenn die Ehe als Institut eine rechtliche Sonderstellung geniesst, führt sowohl das Verbot des Zugangs zur Fortpflanzungsmedizin als auch das Verbot der gemeinschaftlichen Adoption zu einer Ausgrenzung und signalisiert unmissverständlich, dass insbesondere gleichgeschlechtliche Paare als weniger geeignet erachtet werden, einem Kind gute Eltern zu sein. Es wäre zu begrüessen, wenn Bundesrat und Parlament einen Vorschlag verabschieden würden, der nicht Diskriminierungen eingetragener Paare bewusst aufrechterhält, sondern diese aufhebt.

Änderung von ZPO und BVG:

Diese Änderungen sind zu begrüessen.

Mit Ersuchen um Berücksichtigung unserer Anliegen verbleiben wir

mit freundlichen Grüessen



Melanie Aebli

Geschäftsleitung DJS



CH-3003 Bern, BSV, EKFF

Frau Bundesrätin
Simonetta Sommaruga
Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz BJ
z.H. Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

Unser Zeichen: 753.1/2007/00972 14.03.2014 Doknr: 281
Sachbearbeiter/in: Tina Zaugg / Zat
Bern, 25. März 2014

Stellungnahme der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) zur Änderung des Zivilgesetzbuches (ZGB; Adoption)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Frau Wyder, sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Vorentwurf der Teilrevision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Adoptionsrecht) Stellung zu nehmen.

Zur Adoption nach geltendem Recht und zur geplanten Revision im Allgemeinen

Die EKFF begrüsst die Neuregelung des Adoptionsrechts mit dem Ziel, das in die Jahre gekommene Adoptionsrecht an gesellschaftliche und internationale (Rechts-)Entwicklungen anzupassen sowie das Kindeswohl dabei weiter zu stärken. Vorgeschlagen werden insbesondere Lockerungen der zeitlichen Voraussetzungen, die Stiefkindadoption in eingetragener gleichgeschlechtlicher Partnerschaft (was in der EKFF kontrovers diskutiert wurde) und (bloss) als Variante die Stiefkindadoption in nicht-ehelicher gegengeschlechtlicher Lebensgemeinschaft, die Öffnung der Einzeladoption, die Lockerung des Konzeptes der geheimen Volladoption sowie die Stärkung verfahrensrechtlicher Positionen (ausdrückliche Verankerung der Anhörung des Kindes; Einführung von Such- und Auskunftsstellen).

Das noch geltende Adoptionsrecht ist hinsichtlich der Adoptionsvoraussetzungen und -wirkungen starr und in verschiedener Hinsicht oft nicht geeignet, das Kindeswohl umzusetzen. Die EKFF vertritt die Ansicht, dass flexiblere und offenere Normierungen im Adoptionsrecht (wie im Entwurf vorgeschlagen) besser geeignet sind zu garantieren, dass für jedes Kind die für sein Wohl bestmögliche Lösung

gefunden wird. Allerdings wiederholt die EKFF den Hinweis, den sie bei ihrer Stellungnahme zur Revision des Sorge- und Unterhaltsrechts angebracht hat, wonach über den Begriff des Kindeswohles nicht Interessen Erwachsener durchgesetzt werden sollen. Sodann ist das Kindeswohl kein reiner Ermessenbegriff, der lediglich durch Einzelfallkriterien zu konkretisieren ist. Vielmehr ist das Kindeswohl als Rechtsbegriff zunächst durch eine verallgemeinerte Prioritätsnorm zu konkretisieren und erst im zweiten Schritt durch Einzelfallerwägungen näher zu definieren (zu diesem Ansatz: Pfaffinger, Polyvalentes Kindeswohl – methodische Reflexionen über das Wohl des (adoptierten) Kindes, ZSR 2011 I, S. 417 ff.).

Die Adoption von minderjährigen Kindern ist zugleich Kindesschutzmassnahme und Rechtsakt zur Begründung eines rechtlichen Eltern-Kind-Verhältnisses zwischen Menschen, *die nicht voneinander abstammen*. Sie steht im Zentrum dieser Revision. Die Adoption Volljähriger als Erwachsenenschutzmassnahme erfährt am Rande, doch aber in substantieller Weise, eine Neuerung.

Die Adoption fordert seit jeher das Bild von Familie und Elternschaft heraus. Das Schweizer Familienrecht geht bis heute von der Einheit von (gegengeschlechtlicher) Ehe – leiblicher Abstammung – sozialer Bindung, oder, ihrem Schein aus. Die Einheitsfamilie ist (noch immer) das gesetzliche Familienideal. Traditionell gilt die Adoption folglich als die Familiengründungsform, welche die „Natur“ nachahmt (*adoptio naturam imitatur*). Seit jeher wird ihr damit, weil die Kongruenz von Ehe – Biologie – Beziehung nicht gegeben sind, ein defizitärer Charakter zugewiesen. Auch im Schweizer Recht hat die Adoption die Rolle der Nachahmerin: Die Adoptionsvoraussetzungen und -wirkungen sind heute so ausgestaltet, dass die sogenannte natürliche Familie – die Einheitsfamilie – imitiert wird. Entsprechend steht sie unter noch geltendem Recht bislang zum einen lediglich einem verheirateten gegengeschlechtlichen Paar zu. Zum anderen setzt die Schweiz mit der geheimen Volladoption einen *clean break* um: Mit der Volladoption erlischt das rechtliche Kindesverhältnis zu den leiblichen Eltern und wird zu den Adoptierenden begründet. Das Adoptionsgeheimnis soll die Familien vollkommen trennen. Begründet wurde dieser radikale Schnitt der vollkommenen Verdrängung der Herkunft des Kindes mit dem Kindeswohl und dem Schutz der Adoptionsfamilie. Sie sollte leben können, „als ob“ sie eine „normale“, sprich natürliche Familie sei. Die fehlende Leiblichkeit wird bis heute per Registervorgang kaschiert: Ein Geburtsregisterauszug fingiert die Geburt und Abstammung des Kindes von den Adoptierenden. Hinter diesem Modell steht allerdings, anders als der Gesetzgeber es annahm, weniger das Kindeswohl, als vielmehr der institutionelle Schutz einer Idealfamilie mit Mutterschaftsideologie. Weder die adoptierende noch die leibliche und abgebende Mutter erfüllen an sie gestellte Kernerwartungen. Und das Gesetz versucht ebendiese „Normbrüche“ mittels Fiktionen zu bewältigen. Die Belastungen des heutigen rechtlichen Systems sind wissenschaftlich jedoch anerkannt und in der Schweiz bisher am Rande mit dem Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung adressiert worden.

Vor diesem Hintergrund sieht die EKFF in der geplanten Revision, mit der die Adoptionsvoraussetzungen und -wirkungen flexibilisiert und geöffnet werden sollen, einen Schritt in Richtung Anerkennung der Adoption als *Familienform eigener Güte*. Danach wird anerkannt, dass Betreuung ohne leibliche Abstammung eine gleichwertige (nicht gleichartige) Elternschaft begründen kann. Die Herkunft des Kindes bleibt nämlich relevant, auch wenn für Adoptierte die Adoptiveltern als Eltern empfunden werden. Zugleich wird mit der geplanten Revision ein Beitrag zur besseren Gewährleistung des Kindeswohles geleistet. Lediglich verschoben wird allerdings mit der vorliegenden Revision die Frage der gemeinschaftlichen Adoption durch gleichgeschlechtliche sowie Paare in Lebenspartnerschaft und im Kontext damit auch die Frage der Öffnung der fortpflanzungsmedizinischen Techniken. Indem die Einzeladoption mit der Gesetzesänderung nicht nur einem Ehegatten, sondern auch einem Partner/einer Partnerin in eingetragener Partnerschaft sowie einem Partner/einer Partnerin in Lebensgemeinschaft ermöglicht wird, die gemeinschaftliche Adoption sowie die Stiefkindadoption allerdings nur beschränkt erweitert wird, entstehen allerdings nicht nur mit Blick auf die Fürsorgefunktion der Adoption Inkongruenzen. Inhaltlich stellt der Vorentwurf zwar keinen eigentlichen Systemwechsel dar. Die EKFF begrüsst dennoch die zu verzeichnende Tendenz, plurale Lebens- und Familienformen sowie soziale Verbundenheit durch das Recht abzusichern und damit das Kindeswohl, aber auch Bedürfnisse Adoptierender und leiblicher Eltern besser zu achten. Formell ist festzustellen, dass das Einfügen von Artikel- und Absatznummern mit „bis, ter“ oder „Abs. 2^{bis}“ zu einer gewissen Unübersichtlichkeit führt.

1. Anpassungen bei den zeitlichen Voraussetzungen auf Seiten der Adoptierenden

Das in der Schweiz heute hohe Mindestalter der Adoptierenden von 35 Jahren, das paradoxerweise mit dem Maximalalter internationaler Rechtstexte kollidiert(e), soll auf 28 Jahre gesenkt werden. Die EKFF hat dagegen nichts einzuwenden, zumal ein Mindestalter von 35 Jahren an sich kein Garant für die notwendige Reife der Adoptionskandidierenden ist. Dass die Adoptierenden das Wohl des Kindes bestmöglich gewährleisten, muss stets anhand einer Gesamtbeurteilung überprüft werden, wozu namentlich auch die Persönlichkeit der Adoptierenden sowie deren Einstellung gegenüber einer Adoption, der Herkunft des Kindes sowie einer eigenen Kinderlosigkeit gehören (vgl. insofern Art. 268 VE-ZGB). Die EKFF sieht allerdings in der Senkung des Mindestalters im ZGB kein zentrales Element für den verbesserten Schutz des Kindeswohles. Wenn damit einerseits der „Pool“ potentiell geeigneter Adoptiveltern vergrössert wird, verschärft sich andererseits zugleich die Problematik des „Überhangs“ an adoptionswilligen Personen gegenüber adoptierbaren Kindern. Entsprechend anspruchsvoller wird das Auswahlverfahren. Eine Ausnahmeregel, wonach die Unterschreitung des Mindestalters ausnahmsweise möglich sein soll, ist in den Augen der EKFF sinnvoll.

Bislang nicht ausdrücklich vom ZGB, doch aber auf Verordnungsstufe verlangt (vgl. Art. 5 Abs. 4 AdoV; Art. 11b Abs. 3 lit. a PAVO; Element des Kindeswohles) wurde die Prüfung eines Maximalalters(unterschiedes). Die Integration eines Maximalaltersunterschiedes ins ZGB verbessert die Übersichtlichkeit über die zeitlichen Adoptionsvoraussetzungen. Ein Maximalalter(sunterschied) will sicherstellen, dass die Betreuung des adoptierten Kindes gewährleistet wird, solange es dieser bedarf. Die Fürsorge ist ein der Adoption inhärentes Ziel, weshalb die EKFF einen entsprechenden zeitlichen Rahmen begrüsst. Dennoch befürwortet die EKFF auch hier die Möglichkeit einer Ausnahme.

Die EKFF wendet nichts gegen die Herabsetzung der Mindestdauer der Ehe auf drei Jahre ein. Sie unterstützt die Einschätzung, dass damit ein Mindestmass an Stabilität gewährleistet wird. Sie begrüsst, dass keine Differenzierung bei den zeitlichen Mindestanforderungen an den Bestand einer Partnerschaft sowohl für die Ehe, wie auch bei Stiefkindadoption in eingetragener Partnerschaft (vgl. dazu nachfolgend 2.) und bei der als Variante vorgeschlagenen Stiefkindadoption in gegengeschlechtlicher Lebenspartnerschaft (vgl. dazu nachfolgend 3.) vorgenommen wird.

2. Adoptionen und registrierte gleichgeschlechtliche Partnerschaft

a. Zulassung der Stiefkindadoption

Nach geltendem Recht steht eine Stiefkindadoption nur einem neuen Ehegatten/einer neuen Ehegattin offen. Systematisch handelte es sich hierbei – wie bei der Adoption eines fremden Kindes durch ein Ehepaar – nicht um eine Einzeladoption, sondern um eine gemeinschaftliche Adoption: die Volladoption wird durchbrochen und ein eheliches Kindesverhältnis zu beiden Ehegatten etabliert.

Der Gesetzesentwurf will neu auch Paaren in formalisierter gleichgeschlechtlicher Partnerschaft die Adoption eines leiblichen Kindes des/der nunmehr in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft lebenden Partners/Partnerin ermöglichen. Ein solches Kind entstammt in der Regel einer früheren Partnerschaft, da die Schweiz die Methoden der Fortpflanzungsmedizin restriktiv regelt. Allerdings ist davon auszugehen, dass faktisch auch in der Schweiz Kinder leben, die durch im Ausland zugelassene Verfahren gezeugt wurden.

Die EKFF begrüsst es, einer faktischen Eltern-Kind-Beziehung zu einem neuen Partner/einer neuen Partnerin auch rechtlich Anerkennung zu verschaffen und entsprechend internationalen Entwicklungen die Stiefkindadoption in (formalisierter) gleichgeschlechtlicher Partnerschaft zuzulassen. Die humanwissenschaftliche Forschung hat gezeigt, dass weniger die Gegengeschlechtlichkeit der Eltern

als vielmehr die sozialen Rahmenbedingungen, in denen ein Kind aufwächst, für sein Wohl massgeblich sind. Konsequenterweise ist es bei dieser Adoption, die Wirkungen der Volladoption zu durchbrechen. Allerdings sieht die EKFF in der Stiefkindadoption diejenige Adoptionsform, bei der die Einführung der *einfachen Adoption* angezeigt ist. Damit würde das ursprüngliche rechtliche Kindesverhältnis zum leiblichen Elternteil teilweise geschützt.

Die EKFF weist entsprechend darauf hin, dass die Stiefkindadoption, ungeachtet der Frage, ob sie in ehelicher oder gleichgeschlechtlicher Partnerschaft vorkommt, besonderen Herausforderungen begegnet: Sie liegt in der Existenz eines zweiten Elternteils begründet, wobei ebendiese Familie meist durch Trennung/Scheidung aufgelöst wurde. Wenn auch der leibliche Elternteil einer Adoption durch den neuen Partner/die neue Partnerin des anderen Elternteils zustimmen muss, ist sicherzustellen, dass die Adoption nicht zu einer Verdrängung eines Elternteils führt, der für das Kind noch immer Bedeutung hat (daher die Forderung der einfachen Adoption). Damit erscheint die Fremdkindadoption durch gleichgeschlechtliche Paare, für die der Gesetzgeber die Zeit als noch nicht reif beurteilt, nicht zwingend als die problematischere Konstellation. Insofern beurteilt die EKFF die Vorlage als nicht ganz überzeugend.

b. Zulassung der Einzeladoption

Die EKFF befürwortet die Zulassung der Einzeladoption durch Personen in registrierter gleichgeschlechtlicher Partnerschaft, womit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und den Anforderungen der EMRK Rechnung getragen wird. Bei der Prüfung des Gesuches darf damit nicht die geschlechtliche Orientierung entscheidend sein. Zentral ist vielmehr, ob die Begründung eines bloss einfachen Kindesverhältnisses im Kindeswohl ist. Bei einer Einzeladoption erhält das Kind stets nur einen rechtlichen Elternteil. Damit ist sein Unterhalt auch mit Blick auf die Betreuung weniger gut abgesichert als bei einer Stiefkindadoption oder einer Fremdkindadoption, bei der das Kind zwei rechtliche Eltern mit entsprechenden Verantwortungen erhält. In diesem Lichte und in Anbetracht der Tatsache, dass die Adoption einem Kind Fürsorge vermitteln soll, dort, wo die leiblichen Eltern diese nicht leisten können, erscheint es inkonsequent, die Einzeladoption grosszügiger zuzulassen als die Stiefkindadoption in nicht-ehelicher Partnerschaft (vgl. nachfolgend 3.) oder die Fremdkindadoption durch gleichgeschlechtliche Paare (vgl. sogleich 2.c.).

c. Keine Zulassung der gemeinschaftlichen Fremdkindadoption

Die EKFF weist (wie der erläuternde Bericht) darauf hin, dass gute Argumente für eine Zulassung der gemeinschaftlichen Fremdkindadoption für Paare in registrierter Partnerschaft sprechen. Dazu gehören namentlich wissenschaftliche Ergebnisse, wonach die Beziehungsqualität für das Kindeswohl bedeutsamer ist als die Familienkonstellation resp. das Geschlecht der Eltern. Eine solche Öffnung erscheint als eine Frage der Zeit (zumal die Adoption seit je die Institution war, Elternschaft ohne leibliche Abstammung zu begründen), wobei der Gesetzgeber über diesen mitentscheidet. Bei einer gemeinschaftlichen Fremdkindadoption hat das Kind nach Adoption – wie bei der Stiefkindadoption, aber anders als bei der Einzeladoption – zwei rechtliche Eltern. Wenn diese Adoptionsform nicht zugelassen wird, doch aber die Einzel- resp. Stiefkindadoption, entstehen insofern mit Blick auf das Kindeswohl sowie aus gleichstellungsrechtlichen Erwägungen Spannungen (vgl. oben).

3. Adoptionen und *nicht-eheliche Lebensgemeinschaft*

a. Nur als Variante vorgeschlagene Einführung der Stiefkindadoption

Die EKFF tritt für die Einführung der Stiefkindadoption auch für Paare in faktischer Lebensgemeinschaft ein. Diese wird derzeit im erläuternden Bericht zwar als Variante vorgeschlagen, nicht aber im Gesetzesentwurf aufgeführt. Der Entscheid Emonet gegen die Schweiz hat gezeigt, dass das Schweizer Recht mit Blick auf die Stiefkindadoption bei faktischer Partnerschaft nicht mit den Anforderungen der EMRK vereinbar ist. Der Gesetzgeber ist aufgerufen, die Stiefkindadoption mit Durchbrechung der Volladoption zuzulassen, womit die Schweiz ihren internationalen Verpflichtungen nachkäme.

Der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft einen angemessenen Rahmen zu geben, obliegt der Schweiz auch nach Art. 16 CEDAW. Nach dieser Norm hat die Schweiz sicherzustellen, dass kein Heiratszwang infolge eines Adoptionswunsches resultiert. Die EKFF setzt sich folglich dafür ein, dass die Stiefkindadoption auch für Paare in nicht-ehelicher Gemeinschaft zugelassen wird, sofern diese im Wohl des Kindes eine faktische Elternbeziehung absichert und dabei der Position des anderen leiblichen Elternteils angemessen Rechnung getragen wird. Im Rahmen der Kindeswohlprüfung ist hierfür namentlich die Auswirkung eines Beziehungsabbruches zum einen leiblichen Elternteil mit zu erwägen. Die EKFF würde es begrüßen, wenn die nicht-eheliche Lebensgemeinschaft mit einer adoptionsrechtlichen Regelung in ersten Ansätzen einer ausdrücklichen gesetzlichen Regelung zugeführt würde. Zu Recht weist der erläuternde Bericht darauf hin, dass sich mit ihrer Einführung zahlreiche Folgefragen stellen, wie diejenige nach der Definition einer hinreichend stabilen Partnerschaft. Sollte auch Paaren in nicht-ehelicher Gemeinschaft ein Adoptionsrecht zugebilligt werden, soll auch hier die Einführung einer einfachen Adoption erwogen werden. Die EKFF weist entsprechend an dieser Stelle darauf hin, dass im wissenschaftlichen Diskurs die Stiefkindadoption problematisiert wird (vgl. bereits 2.a.).

b. Zulassung der Einzeladoption auch in gegengeschlechtlicher faktischer Lebensgemeinschaft

Der Entwurf öffnet die Einzeladoption explizit auch für Paare in Lebenspartnerschaft, was die EKFF befürwortet. Sie wiederholt hierbei, dass bei Einzeladoption das Kind stets nur einen rechtlichen Elternteil mit entsprechenden Verantwortlichkeiten erhält. In diesem Lichte und in Anbetracht der Tatsache, dass die Adoption einem Kind Fürsorge vermitteln soll, dort, wo die leiblichen Eltern hierzu nicht in der Lage sind, erscheint es indes inkonsequent, die Einzeladoption grosszügiger zuzulassen als die Stiefkindadoption oder die Fremdkindadoption durch gleichgeschlechtliche Paare oder Paare in Lebenspartnerschaft.

c. Keine Zulassung der gemeinschaftlichen Adoption in gegengeschlechtlicher faktischer Lebensgemeinschaft

Die EKFF stützt die Auffassung, die im erläuternden Bericht aufgeführt wird, dass eine Ungleichbehandlung von faktischen gleich- sowie gegengeschlechtlichen Partnerschaften einzig aufgrund der sexuellen Orientierung unzulässig ist. Sie weist indes daraufhin, dass mit der Verwehrung der gemeinschaftlichen Adoption in faktischer Lebensgemeinschaft die eheliche Lebensgemeinschaft weiterhin privilegiert wird. Aus dieser Privilegierung erwachsen im Zuge der gesellschaftlichen, aber auch rechtlichen Entwicklungen, zusehends Spannungen. Die EKFF tritt auch für ein kohärentes Familienrecht ein.

4. Adoptionswirkungen: Durchbrechung der Volladoption und Lockerung des Adoptionsgeheimnisses i.w.S.; Auskunftsstelle und Suchdienste

Die EKFF begrüsst die Lockerung der Inkognitovolladoption. Die bislang ausschliesslich geltende geheime Volladoption mit ihrem *clean break* zwischen den Familien gilt als Belastung für alle Beteiligten des Adoptionsdreiecks. Es ist nicht nur im Wohl des Kindes, sondern auch im Interesse von leiblichen wie adoptierenden Eltern, dass das Gesetz von einem Modell Abstand nimmt, das am Ideal der Einheitsfamilie (Ehe, Leiblichkeit und soziale Fürsorge) ausgerichtet ist und seinen Schein durch Verheimlichung und Fiktion aufrecht erhält. Die Einführung eines flexibleren und offeneren Systems der Adoptionswirkungen gilt als Instrument zur Humanisierung der Adoption.

Die vorgeschlagenen Änderungen sind substantiell. Die EKFF tritt allerdings für eine noch konsequenterere Ausgestaltung im Wohle des Kindes und im Interesse Adoptierender/leiblicher Eltern ein. Im Einzelnen:

Das Kind hat ein *Recht auf Kenntnis der Adoptionstatsache*. Ein solches ist auch Garant für das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung. Um dieses Recht auf Wissen um die Adoptionstatsache

sicherzustellen, schlägt die EKFF die Einführung eines Adoptionsregisters vor. Damit würde der heutige Registervorgang, der die Identitätsrechte des Kindes verletzt, beseitigt: Bis heute weist die Schweiz ein adoptiertes Kind mit dem Geburtsregisterauszug als leibliches Kind der Adoptierenden aus. Mit der Geburtsfiktion wird der Schein einer natürlichen Familie imitiert, was die Adoption abwertet. Die Adoptionstatsache soll weder durch den Staat noch die Adoptierenden verheimlicht werden. Die transparente Kommunikation der Adoptionstatsache ist nicht nur für die Gewährleistung vom Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung zentral. Die EKFF plädiert für die Umsetzung eines entsprechenden Registerwechsels, der die Adoptionstatsache wahrheitsgemäss kommuniziert. Ein Zugang wäre unter fachkundiger Beratung zu gewährleisten.

Die EKFF begrüsst sehr, dass *leibliche Eltern neu einen Anspruch auf nicht-identifizierende Informationen* über das Kind haben sollen. Besagte Informationen sind elementar für die Humanisierung der Adoption. Die EKFF geht davon aus, dass die kantonale Auskunftsstelle bei der Umsetzung sogenannter halb-offener Adoptionen, bei denen die leiblichen Eltern und die Adoptierenden anonym nicht-identifizierende Informationen austauschen können, übermittelnd tätig wird. Die EKFF vertritt die Ansicht, dass die halb-offene Adoption als gesetzlicher Regelfall, bei der eine Vermittlungsstelle in regelmässigen Abständen nicht-identifizierende Informationen zwischen den Familien austauscht, dem Wohl des Kindes, aber auch der Eltern, am besten Rechnung trägt.

Die EKFF befürwortet, dass auch ein Recht der *leiblichen Eltern auf identifizierende Informationen* eingeführt werden soll. Allerdings bleiben Asymmetrien bestehen, wenn das Kind dieser Mitteilung zustimmen muss, umgekehrt aber ein absolutes Recht volljähriger Adoptierter auf identifizierende Informationen besteht. Die EKFF weist zudem darauf hin, dass die vor einigen Jahren erfolgte Einführung eines absoluten Rechts auf Kenntnis der Abstammung Adoptierter ohne Übergangsrecht in nicht gerechtfertigter Weise in die Position abgebender Mütter eingegriffen hat. Sie tritt dafür ein, dass dieser absolute Rechtsanspruch relativiert wird (vgl. dazu oben).

Die EKFF begrüsst es, dass von Gesetzes wegen *Kontaktvereinbarungen* anerkannt werden. Damit gibt der Gesetzgeber im Einvernehmen der Parteien die Möglichkeit der offenen Adoption. Folglich wird neu eine Kontaktvereinbarung durchsetzbar sein, wohingegen bislang ohne weitere Konsequenz ein vorab vereinbarter Kontakt abgebrochen werden konnte.

Die EKFF vertritt, dass die *Volladoption* gerade für die internationale Fremdkindadoption notwendig ist, um dem Kind einen sicheren Rechtsstatus zu vermitteln. Das schliesst Informations- und Kontaktrechte nicht aus. Für die Stiefkindadoption tritt sie indes für die Einführung einer einfachen Adoption ein.

Weiter begrüsst die EKFF die institutionelle Absicherung der neuen Adoptionsformen durch professionelle Behörden.

5. Stärkung der Mitwirkung der zu adoptierenden Kinder

Der Gesetzesentwurf verdeutlicht die Bedeutung der Integration des Kindes in das Verfahren. Die EKFF begrüsst eine entsprechende ausdrückliche gesetzliche Verankerung.

6. Erleichterung der Erwachsenenadoption

Die EKFF lehnt es ab, dass eine Adoption, der die leiblichen Eltern während der Minderjährigkeit ihres Kindes nicht zugestimmt haben, ohne Zustimmung derselben mit Erreichen der Volljährigkeit der zu adoptierenden Person möglich sein soll. Eine solcher Normierung erscheint grundrechtlich problematisch.

Gegen die Aufgabe der Voraussetzung fehlender Nachkommen sowie die Herabsetzung der Betreuungsdauer auf drei Jahre wendet die EKFF nichts ein.

Zu den Bestimmungen im Einzelnen

Art. 264 ZGB

Einverstanden. Die EKFF regt an, die Bedeutung des Beziehungsabbruches zur leiblichen Familie ebenso als Element der Kindeswohlprüfung sowie die Einstellung der Adoptionskandidierenden gegenüber der Herkunft des Kindes ausdrücklich in das ZGB aufzunehmen (bislang nur auf Verordnungsstufe).

Art. 264a ZGB

Einverstanden, auch mit der Ausnahmemöglichkeit.

Art. 264b ZGB

Teilweise einverstanden. Die EKFF begrüsst zwar diese Öffnung der Einzeladoption, tritt allerdings für die Festschreibung der Einzeladoption als Ausnahme ein. Der Einzeladoption soll deshalb Ausnahmeharakter zukommen, weil bei ihr das Kind nur einen rechtlichen Elternteil erhält. Damit ist rechtlich auch nur ein Elternteil für seinen Unterhalt und namentlich die Betreuung verantwortlich. Die Position des Kindes ist insofern stets eine schwächere als bei der Stiefkindadoption oder der gemeinschaftlichen Adoption. Darin liegt die weit bedeutendere Tatsache als in der sexuellen Orientierung einer alleine adoptierenden Person oder im (fehlenden) formalen Bestand einer Ehe.

Art. 264c ZGB

Teilweise einverstanden. Die EKFF tritt für die weitere Ergänzung der Bestimmung ein, wonach auch dem Partner/der Partnerin einer nicht-ehelichen Gemeinschaft die Stiefkindadoption bei faktischer Eltern-Kind-Beziehung sowie stabiler Partnerschaft offen stehen soll.

Art. 265 ZGB

Einverstanden.

Art. 265a Abs. 3 ZGB

Einverstanden mit dieser sprachlichen Redigierung.

Art. 265d Abs. 1 ZGB

Einverstanden mit dieser sprachlichen Redigierung.

Art. 266 Abs. 1, 2 und 2^{bis} ZGB

Nicht einverstanden ist die EKFF mit der Festschreibung, dass eine Erwachsenenadoption ohne Zustimmung der leiblichen Eltern möglich sein soll, wenn diese während der Minderjährigkeit nicht erteilt wurde und von dieser Zustimmung nicht abgesehen werden konnte. Ein Recht auf Anhörung leiblicher Eltern greift in den Augen der EKFF zu kurz (vgl. Art. 266 Abs. 2^{bis}). Die Bestimmung erscheint als Verbürgung eines Rechts leiblicher Eltern und verschleiert, dass es sich hierbei um eine ungerechtfertigte Abschaffung ihres Rechts auf Zustimmung zur Adoption handelt, sobald das Kind volljährig ist.

Art. 267 Abs. 1, 2 und 3 ZGB

Die Durchbrechung der Volladoption bei Zulassung der Stiefkindadoption bei eingetragener Partnerschaft ist folgerichtig, greift indes in den Augen der EKFF zu kurz. Sie tritt für eine einfache Adoption bei Stiefkindadoptionen ein. Die EKFF plädiert sodann für die Zulassung der Stiefkindadoption auch bei nicht-ehelicher Gemeinschaft, was eine entsprechende Durchbrechung der Volladoption auch für diese Konstellation bedürfte.

Die EKFF begrüsst es mit Blick auf die Identitätsrechte des Kindes, dass das Geben eines neuen Vornamens neu achtenswerter Gründe bedarf und nicht in jedem Fall möglich ist. Allerdings würde eine noch restriktivere Gesetzgebung (wichtige Gründe) den Rechten des Kindes und der leiblichen Eltern besser Rechnung tragen.

Art. 267a Abs. 1 ZGB

Kein Einwand.

Art. 268 Abs. 1 ZGB

Einverstanden mit dieser konsequenten terminologischen Anpassung.

Art. 268a Abs. 2 und 3 ZGB

Einverstanden mit dieser konsequenten terminologischen Anpassung. Die EKFF regt an, die Einstellung der adoptionswilligen Personen zur Herkunft des Kindes explizit als zu prüfendes Kriterium des Kindeswohles aufzuführen.

Art. 268b ZGB

Die EKFF begrüsst insbesondere das eingeführte Recht auf nicht-identifizierende Informationen nach Abs. 3. Sie befürwortet ebenso die Möglichkeit, den leiblichen Eltern identifizierende Informationen zu erteilen, Abs. 1 und 2. Sie weist indes auf die inkongruente Ausgestaltung mit Blick auf die Rechte des Kindes, Art. 268c, hin.

Art. 268c ZGB

Einverstanden mit Abs. 1. Weiterhin problematisch ist indes das absolute Recht nach Abs. 2.

Art. 268d/e ZGB

Die EKFF begrüsst die behördliche Unterstützung durch kompetente Stellen im Rahmen von Informationsaustausch und Suche.

Art. 268f ZGB

Die EKFF befürwortet die Absicherung eines Kontaktrechts, das im Einvernehmen der Parteien vereinbart wurde. Sie plädiert für die Neuformulierung der Norm dahingehend, als dass es sich bei einem Kontaktrecht auch um ein Recht des Kindes handelt.

Art. 270a^{bis} und 270b ZGB

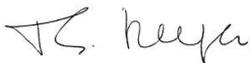
Einverstanden.

Weitere Anpassungen: Schlusstitel und andere Erlasse

Einverstanden.

Die EKFF dankt für die wohlwollende Prüfung ihrer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Thérèse Meyer-Kaelin
Präsidentin EKFF



Monika Pfaffinger
Vizepräsidentin EKFF



CH-3003 Berne, OFAS

Office fédéral de la justice
à l'att. de Mme Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Berne

envoyée par courrier électronique

Notre référence: 733.1/2006/20474 18.02.2014 No.: 270
Collaborateur/trice responsable: Marion Nolde /
Bern, le 19 mars 2014

Modification du code civil (Droit de l'adoption): prise de position de la CFEJ

Madame la Conseillère fédérale,
Madame, Monsieur,

La Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse (CFEJ) vous remercie pour l'opportunité de prendre position sur l'avant-projet de révision du code civil (droit de l'adoption) et vous fait parvenir, par la présente, sa prise de position. Celle-ci contient des remarques d'ordre général et des remarques spécifiques.

Remarques d'ordre général

La CFEJ salue la ligne directrice de cette révision, à savoir la priorité accordée à l'intérêt supérieur de l'enfant dans les questions et procédures touchant à l'adoption. Cet intérêt supérieur – garantissant la défense des intérêts de l'enfant dans les décisions le concernant – est, pour la question de l'adoption, formulé et précisé à l'art. 21 de la Convention de l'ONU relative aux droits de l'enfant. Comme le défend la CFEJ dans l'ensemble de ses activités, il importe de concevoir cet engagement international pris par la Suisse comme une norme de priorité des droits et intérêts de l'enfant. Les enfants ne sauraient devenir le véhicule des intérêts des adultes : ils doivent être considérés en priorité.

Dans le cadre de l'adoption, la prise en compte conséquente des intérêts et du bien de l'enfant bouleverse certaines formes familiales régulièrement qualifiées de « normal » ou de « standard ». En matière d'adoption, le droit est imprégné par des concepts et approches fortement marqués du sceau de la « normalité ». A ce titre, la CFEJ salue l'esprit de la révision proposée. Celle-ci adopte une stratégie des petits-pas sans sacrifier à la poursuite d'objectifs ambitieux. Cette stratégie est certainement plus à même de porter un consensus populaire qu'un changement de paradigme radical.

En plus de l'intérêt supérieur de l'enfant, la CFEJ souligne l'importance centrale de l'idéal d'égalité. Fondamentalement, l'Etat doit organiser la vie en société de sorte que chacun puisse, de manière égale, choisir la vie qu'il souhaite. De nombreux adversaires des réformes du droit de l'adoption

essaient d'éviter cette discussion en présentant un argument « biologique ». Ils tentent ainsi de montrer que la question ne doit pas être posée, car la nature y répond pour nous. Premièrement, la « nature » est définie comme l'union d'un homme et d'une femme à des fins de procréation. Deuxièmement, la « nature » est définie comme cadre d'éducation où seul un équilibre homme/femme (père-mère) serait à même de garantir le bien et la « normalité » des enfants.

Remarques spécifiques

De manière spécifique, la CFEJ souhaite prendre position sur les points suivants : accès et modalités de l'adoption, amélioration de l'accès à l'information dans le cas d'une adoption, renforcement du rôle de l'enfant dans les procédures le concernant.

a. Accès et modalités de l'adoption

La CFEJ salue les différentes mesures proposées pour réguler de manière plus cohérente le droit à l'adoption. Cette question du droit à l'adoption concerne la possibilité d'accéder à une procédure d'adoption, et non la réussite concrète d'une adoption. A ce titre, la CFEJ salue l'abaissement de l'âge minimum pour une adoption et l'introduction de clauses d'exception sur les différents critères d'adoption (Art. 264a ss). Ces mesures permettent de rendre justice à la volonté de considérer de l'intérêt supérieur de l'enfant de manière prioritaire.

Dans le cadre de cette prise de position, la CFEJ distingue trois constellations d'adoption. Premièrement, la CFEJ salue la possibilité pour les personnes homosexuelles d'adopter de manière individuelle. L'adoption individuelle par une personne seule est déjà possible dans le code civil actuel, elle est néanmoins interdite à une personne homosexuelle vivant dans un partenariat enregistré (Art. 28 LPart). Cette mesure représente une discrimination claire en raison de l'orientation sexuelle. Si l'adoption individuelle est autorisée, alors un individu - homosexuel ou non, vivant en partenariat enregistré ou non - devrait être autorisé à y avoir recours. Comme dans tous les cas d'adoption, le critère décisif doit être la garantie de l'intérêt supérieur de l'enfant.

Deuxièmement, la CFEJ salue l'ambition d'ouvrir l'adoption de l'enfant du partenaire aux personnes vivant en partenariat enregistré (Art. 264c). Pour l'heure, cette possibilité existe seulement pour les personnes mariées. Comme souligné dans l'introduction, cette réforme s'inscrit dans la volonté de mettre l'intérêt supérieur au cœur des mesures envisagées. Lorsque l'enfant d'un des conjoints grandit dans une famille où les conjoints sont liés par un partenariat enregistré, il apparaît logique que ses intérêts soient protégés de la meilleure des façons possibles. Il importe pour cela qu'un lien juridique – précisant les responsabilités et obligations du partenaire vis-à-vis de l'enfant – soit établi.

Troisièmement, la CFEJ salue la variante proposée par l'avant-projet concernant l'adoption de l'enfant d'un des partenaires menant de fait une vie de couple (pt. 6.2. du rapport). La CFEJ appelle à intégrer cette variante dans la proposition de révision. Il est essentiel que le législateur prenne en compte l'existence de personnes menant de fait une vie de couple, sans être mariés ou liés par un partenariat enregistré. Si les conditions d'une vie de couple sont données, l'adoption de l'enfant du partenaire devrait alors être autorisée. La difficulté principale consiste à définir de manière satisfaisante ce critère de « menant de fait une vie de couple ». Pour la question qui nous intéresse, le critère de relations factuelles de type parental entre les personnes menant de fait une vie de couple et un enfant devrait être considéré comme central. Il importe de plus de préciser les conditions matérielles qu'un couple doit remplir pour pouvoir prétendre à l'adoption. Sur cette troisième constellation, la CFEJ veut souligner, comme mentionné dans l'avant-projet de révision, la nécessité d'étendre cette notion de « menant de fait une vie de couple » aux personnes hétérosexuelles et homosexuelles. Il importe de ne pas introduire une nouvelle discrimination vis-à-vis des personnes vivant dans une relation homosexuelle.

En guise de remarques finales, la CFEJ veut souligner que certains points du droit de l'adoption restent problématiques. D'une part, la CFEJ prend bonne note que le Conseil fédéral estime que le

temps n'est pas encore venu de proposer la possibilité d'adoption conjointe par des couples homosexuels (adoption d'un enfant qui ne serait pas l'enfant d'un des partenaires). La CFEJ souligne qu'il s'agit là d'une claire discrimination basée sur le seul critère de l'orientation sexuelle. Cette discrimination doit être justifiée. Il est plus qu'incertain que cette justification soit possible. Pour l'heure, les preuves scientifiques concernant d'éventuels effets négatifs pour un enfant (des suites d'une éducation dans un environnement avec des conjoints homosexuels) n'ont pas été présentées. A l'inverse, un environnement familial aimant et à l'écoute apparaît comme le critère décisif. A ce titre, la CFEJ rejoint les arguments évoqués par le rapport de l'avant-projet de révision. D'autre part, les personnes menant de fait une vie de couple sont eux-aussi discriminées sur la question de l'adoption conjointe par rapport aux couples mariés. Là encore, les arguments visant à réserver ce droit d'adoption d'enfant tiers à des couples mariés ne sont pas convaincants.

b. Accès à l'information

La CFEJ approuve les modifications proposées sur l'accès à l'information dans le cas d'une adoption. A ce jour, le cas normal d'adoption est toujours conçu comme l'effacement total des liens entre parents biologiques, enfant et parents adoptifs. Cette vision des choses, censée permettre d'imiter la nature et la « véritable » famille, ne rend pas justice aux intérêts des différentes parties prenantes, en priorité l'enfant.

Le droit actuel consacre le droit de l'enfant adopté, une fois sa majorité atteinte, d'avoir accès à des informations sur ses parents biologiques (dans le respect de certaines procédures visant notamment à informer les parents biologiques) (Art. 268c). La CFEJ salue l'ambition d'offrir aux parents biologiques la possibilité d'obtenir des informations sur leur enfant qui ne permettraient pas d'identifier celui-ci ou ses parents adoptifs (Art. 268b). Il existe ainsi une certaine asymétrie entre le droit prioritaire de l'enfant adopté de connaître son ascendance et le droit conditionnel des parents biologiques d'obtenir certaines informations. Cette asymétrie se justifie au vue de la priorité accordée de l'intérêt supérieur de l'enfant.

De manière générale, la CFEJ reconnaît l'intérêt d'une évolution vers une adoption semi-ouverte, permettant aux différentes parties prenantes d'avoir un meilleur accès aux informations relatives à l'enfant adopté (notamment la convention commune prévue par Art. 268c). La vision de l'adoption s'en trouve peu à peu changée, passant d'une vision du secret et de la séparation totale à une vision de la coopération dans l'intérêt de l'enfant.

c. Renforcement de l'écoute de l'enfant

La CFEJ salue les mesures visant à accorder une plus grande importance à l'enfant et à ses intérêts dans les procédures le concernant (Art. 265). La CFEJ défend depuis toujours l'importance d'intégrer le plus tôt possible l'enfant dans les procédures le concernant. Cette participation directe des enfants leur permet de faire valoir plus clairement leur point de vue et oblige les parties prenantes à tenir compte de leurs intérêts particuliers.

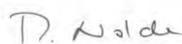
La CFEJ vous remercie de l'accueil que vous réserverez à cette prise de position et est à votre disposition pour toute question ou complément d'information.

Avec nos salutations les meilleures.

Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse CFEJ



Pierre Maudet
Président



Marion Nolde
Co-responsable du secrétariat

Koenig Grégoire BJ

De: lacsap [lacsap@bluewin.ch]
Envoyé: mercredi 5 février 2014 07:53
À: Wyder Judith BJ
Objet: VN Adoption, Private: Eschmann Pascal 05.02.2014 (Adoption de l'enfant du partenaire)

Bonjour Madame Wyder,

J'ai pris connaissance de la Consultation de l'avant-projet pour l'adoption de l'enfant du partenaire en Suisse. Par la présente, comme citoyen suisse responsable, j'aimerais vous faire part de mon plus total soutien au projet du Conseil fédéral et du Parlement de mettre fin à la discrimination que subissent des enfants innocents de la situation dans laquelle ils grandissent. Je peux témoigner d'un cas de famille homoparentale dans mes relations et je peux témoigner de l'amour, de la compétence, et la responsabilité avec lequel cet enfant est élevé. Il est grand temps que tous les enfants et tous les parents jouissent de la même protection et des mêmes droits.

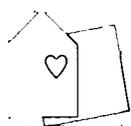
Je regrette toutefois, à la lecture du projet de modification de la loi, que les personnes liées par un partenariat enregistré ne soient pas autorisées à adopter un enfant conjointement ni à recourir à la procréation médicalement assistée. L'art. 264a ne dit en effet rien sur les partenaires enregistrés. Ce projet de modification du Droit de l'adoption constitue un premier pas vers une reconnaissance totale de situations de vie qui ne sont ni meilleures ni pires que d'autres et dans lesquelles tant les enfants que leurs parents doivent pouvoir s'épanouir.

Je ne peux qu'espérer que la Suisse ne devra pas faire face à des débats et des polémiques mesquines comme celles qui ont agité la France avant l'adoption de la loi sur le mariage dit « pour tous ». Je désirerais que la notion de « famille » soit étendue dans les lois suisses à toutes les familles, qu'elles soient « classiques », monoparentales, homoparentales ou « recomposées » et je suis confiant que ce n'est qu'une question de temps pour que ces réalités se reflètent dans nos textes légaux.

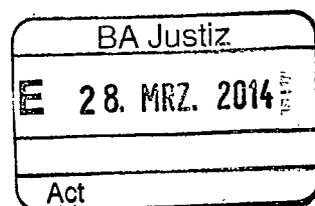
Je vous remercie pour l'attention que vous avez portée à la présente,

Avec mes meilleures salutations

Pascal Eschmann
Ch. de l'Etang 33a
1219 Châtelaine



espace adoption



Office fédéral de la justice
Autorité centrale en matière
d'adoptions internationales
Mme Judith Wyder
Bundesrain 20
CH-3003 Berne

Genève, le 27 mars 2014

Concerne : Prise de position d'Espace adoption dans la procédure de consultation relative à la modification du code civil (droit de l'adoption)

Madame, Monsieur,

Espace adoption est une association d'utilité publique constituée principalement de psychologues et dont les buts sont d'offrir soutien, écoute et accompagnement aux personnes concernées par l'adoption. Espace adoption travaille depuis 15 ans dans le domaine de l'adoption, et place l'intérêt de l'enfant et la promotion de sa santé psychique au centre de son travail et de ses préoccupations.

Forts de notre expertise professionnelle et de notre pratique clinique, nous souhaitons rendre attentives les autorités fédérales au soin à apporter aux situations d'adoption, en amont comme en aval.

Alors que la proposition de modifications traite principalement des éléments administratifs et légaux de l'adoption, nous souhaitons souligner l'importance d'un accompagnement psychologique spécialisé à chaque étape de l'adoption, dans un but de prévention.

Certains éléments de la modification nous paraissent ne pas aller de concert avec l'intérêt supérieur de l'enfant ou nécessiter des garanties supplémentaires.



1. Commentaire général :

- Garantir le respect mutuel des volontés des pays d'origine et d'accueil :

Pour le bon développement et la construction identitaire des enfants adoptés en Suisse, il est essentiel que la Confédération et les parents adoptants puissent leur garantir que les pays d'origine et d'adoption aient pris en considération leurs points de vue respectifs.

La personne adoptée doit pouvoir construire son identité sur une histoire dans laquelle sa double appartenance est basée sur un respect mutuel.

Par exemple : si le pays d'origine exige que les parents soient d'une religion déterminée, le pays d'accueil ne peut passer outre cette demande. Il ne peut pas non plus « déguiser » les conditions d'accueil pour qu'elles correspondent aux exigences du pays d'origine et ainsi

obtenir l'enfant. Si tel était le cas, comment la personne adoptée pourrait-elle composer avec cet antagonisme, sachant que son accueil en Suisse a été possible grâce à un mensonge/ une tromperie ?

- Libre choix d'un organisme par les personnes adoptées :

Les personnes concernées par l'adoption doivent pouvoir, à tout moment de leur parcours, se référer aux organismes de leur choix pour obtenir d'éventuelles réponses sur le déroulement et la raison de leur adoption.

En ce sens, il est nécessaire de conserver plusieurs acteurs professionnels actifs dans le soutien aux personnes adoptées, et de ne pas tout centraliser dans un organisme unique (service cantonal d'information).

- Dimension psychologique des recherches d'origine :

Il est nécessaire de considérer que les démarches de recherche d'origine ne se limitent pas à des questions d'accès à l'information. Le sens et les questionnements que les adoptés posent autour de leur adoption se situent souvent au delà de l'information contenue dans un dossier. Certaines informations peuvent considérablement bouleverser l'équilibre psychologique et familial des personnes concernées.

2. Commentaires par article :

Art 264 b al 3 :

Adoption par une personne seule

Comment garantir l'intérêt supérieur de l'enfant, si le conjoint/la personne avec laquelle elle est liée par un partenariat enregistré ou avec laquelle elle mène, de fait, une vie de couple :

- ne veut ou n'est pas associé/e à la démarche d'adoption ?
- n'est pas évalué/e par les autorités ?
- n'est pas impliqué/e dans la décision d'adopter un enfant ?
- ne s'engage pas lui/elle-même dans l'officialisation de la famille qu'il/elle construit dans le mariage/concubinage/vie de couple de fait ?
- ne participe pas à la création d'une vie de famille ?
- ne représente pas une figure parentale ? Dans ce cas-là, quel est son rôle ?
- Quel est le lien entre l'enfant et cette tierce personne ?

Que se passe-t-il si l'adoptant ne peut plus subvenir aux besoins de l'enfant ? S'il décède ?

Quel est le statut du conjoint de la personne décédée par rapport à l'enfant ?

Cette personne avec laquelle l'enfant vit a-t-elle une obligation d'entretien, de soin ?

En cas de séparation ?

En situation de partenariat enregistré ou de vie de couple, de fait, pour les personnes homosexuelles et pour les familles monoparentales :

Nous saluons la nécessité de s'assurer de non-discrimination sur la base des orientations sexuelles ou le mode de vie, mais soulignons le besoin d'introduire une différenciation lorsqu'il y a adoption.

Forts de notre expérience, il nous semble essentiel de proposer tant pour les couples homosexuels que pour les personnes seules, un travail sur soi, une préparation psychologique préalable et un soutien plus important après l'arrivée de l'enfant.

Cet accompagnement devrait être inscrit dans la procédure d'adoption afin d'intégrer la spécificité supplémentaire de l'homoparentalité et/ou de la monoparentalité. L'enfant adopté a un parcours de vie chargé, l'homosexualité ou la monoparentalité de ses/son parent/s ajoute une deuxième spécificité qui doit être réfléchi en amont comme en aval.

Un accompagnement par une structure spécialisée, telle qu'Espace adoption est nécessaire.

Art 264c

Adoption de l'enfant du conjoint ou du partenaire enregistré

Se pose ici la question de la place du père biologique dans les situations d'homoparentalité, avec ou sans PMA.

A quoi renonce-t-il ?

Fait-il ou non partie informellement de la famille ?

L'enfant a-t-il ou aura-t-il connaissance de son identité ?

Qu'en est-il, si le parent biologique qui élève l'enfant décède ?

Ces questions doivent se poser impérativement avant l'adoption.

Selon le nouveau droit, sera-t-il possible pour une personne seule d'adopter, puis de faire adopter son enfant par son conjoint ?

Dans le rapport explicatif, il est mentionné que l'impossibilité d'adopter de manière conjointe par des couples non mariés sera garantie par un examen au cas par cas des situations. Comment sera-t-il possible de le garantir ?

La plupart des pays d'origine refusent aux personnes homosexuelles le droit d'adopter. Comment les autorités suisses pourront-elles gérer cet état de fait en amont des procédures d'adoption et au fil des démarches ?

Se pose ainsi la question de la préparation, de l'accompagnement et du consentement des parents biologiques : comment sont-ils informés de la possibilité que leur enfant puissent être adopté dans une famille homoparentale ?

Art 265

Age et consentement de l'enfant

A saluer pour que les parents adoptants puissent se situer dans la même tranche d'âge que les parents non-adoptants. Cela normalise la parentalité adoptive.

Art 268a

Enquête

Lorsque l'adoptant est en couple, et adopte en tant que personne seule, qu'en est-il de l'enquête sur le conjoint ?

S'il n'y a pas d'enquête sur le conjoint ou le partenaire, comment peut-on garantir l'intérêt supérieur du bien de l'enfant ?

Art 268 c

Information sur les parents biologiques

Autoriser une demande de prise de contact à la majorité nous semble représenter un facteur d'insécurité trop important pour les parents adoptants comme pour les jeunes adoptés. Une telle autorisation interviendrait trop tôt dans le développement psychologique de la personne (25 ans serait plus approprié).

En outre, lors des demandes de contacts, les personnes concernées devraient être accompagnées par des professionnels formés à ce type de situations.

Une demande de contact semble à certains n'être qu'une procédure administrative, mais nous savons qu'en réalité, elle peut venir bouleverser tout un équilibre familial ou individuel.

Enfin, qu'en est-il d'une recherche de la part ou au sujet d'un frère ou d'une sœur biologique/adopté/e ?

Art 268 d

Service cantonal d'information

Le SCI devrait pouvoir orienter les personnes vers des services spécialisés qui seront à même de les accompagner, de manière professionnelle, dans leurs recherches.

Transmettre des informations non identifiantes aux parents biologiques doit pouvoir se faire. Il nous semble cependant essentiel de garantir que le droit de connaître ses origines pour l'enfant adopté prime sur le droit des parents biologiques d'obtenir des informations sur l'enfant.

Deux points importants :

- Certains d'entre eux auront besoin d'être soutenus psychologiquement. Il est important que les services concernés puissent adresser les parents d'origine vers des structures de soutien spécialisées. En effet, il est très douloureux et potentiellement destructeur, pour un parent séparé de son enfant, d'entreprendre une telle démarche sans avoir aucune garantie qu'elle aboutisse.

- Concernant la transmission des demandes, il est important de spécifier la manière de procéder. Les informations sont le plus souvent très chargées émotionnellement et ne doivent être transmises qu'avec précaution et préparation. Ainsi, nous demandons que les informations ne soient si possible transmises que dans le contexte d'entretiens menés par des personnes formées. Nous recommandons des entretiens de soutien avant, pendant et après les démarches concrètes.

Art 268 e

Service de recherche

Al. 2

Est-ce le service de recherche qui va transmettre l'information ?

Dans ce cas, il est absolument nécessaire de former les professionnels et de leur donner les moyens (en heures de travail et qualifications) de transmettre ce type d'information particulièrement sensible, en collaborant notamment avec les ONG et autres professionnels concernés.

Nous accompagnons depuis 15 ans les personnes concernées par l'adoption nationale ou internationale, notamment lors des recherches d'origine. Notre expérience confirme qu'un soutien psychologique est grandement nécessaire, en parallèle d'une démarche concrète.

Une recherche d'origine non accompagnée peut se révéler très difficile à vivre sur le plan émotionnel, psychique et relationnel. Certaines personnes, en particulier les plus jeunes, prennent parfois plusieurs années pour retrouver un équilibre et se remettre de ce qui est perçu par l'entourage comme une simple procédure administrative ou une conclusion forcément positive.

Al. 3

Pourquoi établir une inégalité de traitement entre les adoptés qui recherchent leurs origines et les parents biologiques qui recherchent leurs enfants ?

Le soutien financier s'applique-t-il seulement aux situations d'adoption nationale et aux seuls parents biologiques ?

Comment le montant du soutien financier est-il établi ? Sur quelle base ? Dans quelle limite ?

Notre expérience nous montre que les personnes adoptées ne comprennent pas toujours pourquoi la Confédération ou le Canton ne les aide pas financièrement à leur recherche d'origine. Les frais sont souvent élevés (plusieurs milliers de Francs suisses incluant démarches administratives, voyages, consultations, etc.)

Nous pensons qu'il serait judicieux de proposer un soutien financier pour tous les types de situations.

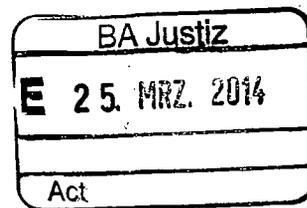


Espace adoption reste à votre disposition pour de plus amples renseignements.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions d'agréer, Madame, l'expression de nos sentiments distingués.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Elisabeth Assal'.

Elisabeth Assal
Directrice



Bundesamt für Justiz
Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

Horw, 16. März 2014

Aenderung des Zivilgesetzbuches (Adoption) Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Frau Wyder
Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga

fels bedankt sich für die Einladung zu den vorgeschlagenen Aenderungen des Adoptionsrechts Stellung zu nehmen. fels, die nationale Elternorganisation vereint Freundinnen, Freunde, Eltern und Angehörige von Lesben und Schwulen. Wir setzen uns ein für die volle Akzeptanz aller LGBT Menschen.

Wir unterstützen die Gesetzesrevision, möchten jedoch grundsätzlich bemerken:

Wir sind für jede denkbare Gleichbehandlung von Ehen und eingetragenen Partnerschaften und damit für die Oeffnung der Ehe für alle. Nur damit erreichen wir für unsere lesbischen und schwulen Töchter und Söhne gleiche Rechte unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung.

Die Revision verbietet weiterhin die gemeinschaftliche Adoption für eingetragene Partnerschaften. Damit wird diese Ungleichbehandlung nicht behoben sondern weiter getragen.

Unser Kommentar zu den wichtigen Bestimmungen der Gesetzesrevision:

Art. 264a gemeinschaftliche Adoption

1 Ehegatten können ein Kind gemeinschaftlich adoptieren, wenn sie seit mindestens drei Jahren miteinander verheiratet sind und beide das 28. Altersjahr zurückgelegt haben.

Eine gemeinschaftliche Adoption sollte unabhängig vom Zivilstand möglich sein. Es gibt keine Gründe dies eingetragenen Partnerschaften zu verbieten. Ist das ehегleiche gegenseitige Bekenntnis eines Paares zur eingetragenen Partnerschaft weniger wert? Wir denken: „Nein“. Kinder aus Regenbogenfamilien gedeihen gut, dies ist durch Langzeit-Studien belegt. Das Wohl dieser Kinder ist gewährleistet und damit die Möglichkeit der Adoption gegeben.

Art. 264c Stiefkindadoption

Eine Person darf das Kind ihres Ehegatten oder ihrer eingetragenen Partnerin oder ihres eingetragenen Partners adoptieren, wenn die Ehe oder die eingetragene Partnerschaft seit mindestens drei Jahren besteht.

Wir befürworten die Stiefkind-Adoption. Ebenfalls befürworten wir die Variante, die Stiefkind-Adoption auch für faktische Lebensgemeinschaften zu erlauben.

Aenderungen im PartG 2, Partnerschaftsgesetz vom 18. Juni 2004

Art. 28 Adoption und Fortpflanzungsmedizin

Personen, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, sind weder zur gemeinschaftlichen Adoption noch zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren zugelassen.

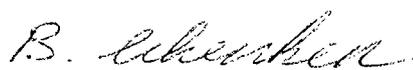
Wir verstehen nicht, dass es heute noch möglich ist, dass der diskriminierende Artikel 28 nicht aufgehoben wird. Wir würden es begrüssen, wenn Bundesrat und Parlament einen solchen Vorschlag verabschieden würden. Wir sind für die vollständige Oeffnung der Adoption und wir bedauern, dass diese im Entwurf nicht unterbreitet wurde. Ausschlaggebend für die Adoption ist das Wohl des Kindes. Die sexuelle Orientierung der Eltern hat nachweislich keinen negativen Einfluss.

Das Verbot, eingetragenen Partnerschaften fortpflanzungsmedizinische Verfahren nicht zu zulassen, ist nicht begründbar. Es ist Ausdruck von Vorurteilen. Diese Verweigerung ist eine Ungleichbehandlung gleichwertiger Partnerschaften aufgrund ihrer sexuellen Orientierung. Wir bitten darum, Artikel 28 aufzuheben und damit eingetragene Partnerschaften der Ehe gleichzustellen.

Mit freundlichen Grüssen



Fritz Lehre, Präsident fels



Brigitte Schenker-Rietmann, Vizepräsidentin fels

Koenig Grégoire BJ

De: Fabienne Forny [fabienneforny@bluewin.ch]
Envoyé: vendredi 24 janvier 2014 14:13
À: Wyder Judith BJ
Objet: VN Adoption, Private: Forny Fabienne / Berchtold Nicole 24.01.2014 (Vernehmlassung Stiefkindadoption Schweiz)

Sehr geehrte Frau Wyder,

Vor 2 Wochen haben meine Partnerin und ich das Glück erleben dürfen und eine kleine Tochter ist in unser Leben getreten. Wir sind super glücklich, da unser sehnlichster Wunsch damit in Erfüllung geht! Wir fühlen uns als gleichwertige Eltern wie ein Heteropärchen und wir werden alles tun um unserer Tochter ein bestmögliches Leben voller Liebe zu ermöglichen und sie auf ihrem Weg begleiten und unterstützen. Warum sollte dies von zwei Frauen oder zwei Männer weniger gewissenhaft oder mit weniger Liebe gemacht werden als von einem Mann und einer Frau?

Da wir für unsere Tochter auch rechtlich die besten Bedingungen schaffen wollen sind wir ganz klar für die Stiefkindadoption! So wie die Gesetzeslage momentan ist, hat unsere Tochter bedeutend schlechtere Bedingungen als ein Kind das in eine Heteroehe hineingeboren wird. Es gibt keine gesetzliche Regelung der vermögensrechtlichen Folgen des gemeinsamen Zusammenlebens, der Kinderbetreuung und des Kinderunterhaltes sowie für den Fall von Trennung oder Tod der biologischen Mutter. Wie auch meine Partnerin hat laut dem aktuellen Gesetz keinerlei Rechte in bezug auf das Kind wie aber auch keine Pflichten. Somit ist unsere Tochter rechtlich absolut nicht fair vom Gesetz abgedeckt. Deshalb bitten wir inständig, dass die Gesetzgebung geändert wird, damit auch Regenbogenkinder in einer angemessenen rechtlichen Lage aufwachsen können und diese Sicherheit haben.

Mit freundlichen Grüssen

Fabienne Forny und Nicole Berchtold mit unsere Tochter

Bundesamt für Justiz
Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern
(wird auf Wunsch nur in el. Form geschickt)

Fédération
der Schweizer Psychologinnen
und Psychologen



Fédération
Suisse des Psychologues

Federazione
Svizzera delle Psicologhe
e degli Psicologi

Choisystrasse 11, PF/CP 510, 3000 Bern 14
T +41 31 388 88 00, F +41 31 388 88 01
www.psychologie.ch

Bern, 19. März 2014

Stellungnahme zur Änderung des ZGB (Adoption)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Frau Wyder
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Föderation Schweizer Psychologinnen und Psychologen FSP ist mit rund 7'000 Mitgliedern der grösste Berufsverband von PsychologInnen und PsychotherapeutInnen in der Schweiz. Viele unserer Mitglieder werden gerade auch im Rahmen von Adoptionsverfahren einbezogen, so zum Beispiel bei der Prüfung der Adoptionsfähigkeit der betreffenden Erwachsenen. Wir danken Ihnen daher sehr für die Möglichkeit, zu den vorgeschlagenen Änderungen Stellung nehmen zu können. Erfasst sind dabei auch Rückmeldungen unserer 48 Gliedverbände, die intern konsultiert wurden.

Allgemeine Bemerkungen

Die FSP begrüsst den vorliegenden Entwurf grundsätzlich und ist mit der Stossrichtung einverstanden.

Es überzeugt uns, dass das Kindeswohl im Zentrum der Adoptionsüberlegungen steht. Auch wenn unbestritten ist, dass dieses nicht in allen Fällen einfach und eindeutig ermittelt werden kann, so ist es als grundsätzliche Richtschnur unabdingbar.

Dadurch und durch weitere Massnahmen – wie z.B. die Flexibilisierung des Mindest- und Höchstalters der Adoptiveltern – werden die notwendigen Ermessensspielräume geschaffen, die für eine den Umständen des Einzelfalls angemessene Lösung dringend vorhanden sein sollten. Auf diese Weise wird es möglich, im Einzelfall von den Adoptionsvoraussetzungen abzuweichen, um die beste Lösung für das betroffene Kind zu finden. So werden schliesslich auch jene Härtefälle vermieden, welche in der therapeutischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in erschwerten Bedingungen häufig auftreten.

Wir begrüssen ausdrücklich eine Öffnung der Adoptionsmöglichkeit für Paare in eingetragener Partnerschaft. Ebenso begrüssen wir die Variante des Bundesrates hinsichtlich der Erweiterung auf faktische Lebensgemeinschaften.

Aus unserer Sicht kommt es viel weniger auf die Art der Lebensform, sondern sehr viel mehr auf das Verantwortungsbewusstsein der Adoptionse Eltern, die Qualität der Beziehung des Paares untereinander und der Beziehung der Adoptionse Eltern zum Kind an. Wie bereits im Bericht festgehalten, ist die Eheschliessung allein ein ungenügender Garant für die notwendige Stabilität der Beziehung der Sorgeberechtigten. Zusammen mit andern Kriterien bietet die Voraussetzung einer Lebensgemeinschaft einer bestimmten Dauer hingegen einen angemesseneren Schutz und gilt für alle Lebensgemeinschaften gleich. Aus unserer Sicht sollte diese Frist jedoch bei fünf Jahren belassen werden, um eine möglichst grosse Sicherheit zu gewährleisten (Art. 264a Abs. 1).

Hinweise zu einzelnen Artikeln

ad Art. 265

Abs. 2: Es ist grundlegend für die zukünftige Beziehung, dass die Zustimmung des Kindes zur Adoption und damit zu den Adoptionse Willigen vorliegen muss. Wir unterstützen daher ausdrücklich, dass das Kind altersgemäss, in geeigneter Weise persönlich angehört wird.

Zudem weisen wir darauf hin, dass diese Anhörung nur von Fachpersonen bzw. in diesem Bereich geschulten Personen durchgeführt werden sollte. Es sollte dabei zudem wenn immer möglich vermieden werden, dass ein Kind mehrfach befragt wird.

Abs. 3: Bei Konflikten sollte eine Vertretung für die Interessen des Kindes zwingend eingesetzt werden. Es besteht die Gefahr, dass die zuständigen Behörden aus Kostengründen zurückhaltend mit der Anordnung dieser Massnahme sind, weshalb wir zur Wahrung des Kindeswohls für eine zwingende Formulierung eintreten.

Art. 265d Abs. 1 zur Zeile: „... fehlt die Zustimmung eines Elternteils, so entscheidet die Kindesschutzbehörde...“

Die Adoption ohne Zustimmung eines Elternteils sollte nur in Ausnahmesituationen ermöglicht werden. Für die Anwendung dieses Artikels bräuchte es aus unserer Sicht mehr Klärung und Orientierung für die zu entscheidende Kindesschutzbehörde. Sich beispielsweise nicht ernsthaft ums Kind zu kümmern, reicht aus kinder- und jugendpsychologischer Sicht als alleinige Begründung nicht aus.

ad Art. 268a, Abs. 2:

Bei der Beurteilung der adoptionse Willigen Personen ist nicht nur deren Persönlichkeit, sondern auch deren Biographie zentral. Nur so ist es möglich, auf belastende Ereignisse in der Lebensgeschichte aufmerksam zu werden, welche die Erziehungsfähigkeit und die gute Beziehung zum Adoptionse Kind stark beeinträchtigen oder verunmöglichen. Diese Befragung und Beurteilung des Adoptionse Paares sollte ausserdem zwingend durch eine psychologisch geschulte, mit Familiensystemen vertraute Person durchgeführt werden.

Zudem sollte die Liste der zu prüfenden Punkte um die räumlichen Voraussetzungen zur kindsgerechten Unterbringung (oder die Bereitschaft des Paares, diese allenfalls zu ändern) erweitert werden.

ad Art. 268b

Das Geheimnis wird sinnvoll geöffnet und konkretisiert und zwar sowohl für die leiblichen Eltern wie auch für das minderjährige Kind.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme sowie die Berücksichtigung unserer Überlegungen und stehen für allfällige Fragen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Sonderegger
Präsident FSP



Dolores Krapf
Stv. Geschäftsleiterin FSP

Département fédéral de justice et police (DFJP)
Madame Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Berne

Föderation
der Schweizer Psychologinnen
und Psychologen



Fédération
Suisse des Psychologues

Federazione
Svizzera delle Psicologhe
e degli Psicologi

Choisystrasse 11, PF/CP 510, 3000 Bern 14
T +41 31 388 88 00, F +41 31 388 88 01
www.psychologie.ch

Berne, le 19 mars 2014

Prise de position sur la modification du Code civil (adoption)

Madame la Conseillère fédérale,
Chère Madame Wyder,
Madame, Monsieur,

Avec près de 7000 membres, la Fédération Suisse des Psychologues (FSP) est la principale association professionnelle regroupant des psychologues et psychothérapeutes en Suisse. Beaucoup de nos membres sont effectivement impliqués dans des procédures d'adoptions, par exemple pour examiner si les parents concernés disposent des capacités nécessaires pour adopter. Nous vous sommes donc très reconnaissants de nous offrir la possibilité de prendre position sur les modifications proposées. Cette prise de position tient compte de l'avis de nos 48 associations affiliées, consultées à l'interne.

Remarques générales

La FSP salue les principes du présent projet et exprime son accord quant à l'orientation proposée.

Nous sommes convaincus par l'idée que le bien de l'enfant se trouve au centre des réflexions sur l'adoption. Même s'il est communément admis que les choses ne sont pas simples et claires dans tous les cas, cela reste une orientation fondamentale indispensable.

Grâce à cela et à d'autres mesures, comme par ex. la flexibilisation de l'âge minimal et maximal des parents adoptifs, les marges de manœuvre nécessaires pour trouver rapidement une solution adaptée aux circonstances d'un cas particulier, ont été créées. De cette manière, il est alors possible de s'écarter des conditions préalables à l'adoption afin de trouver la meilleure solution pour l'enfant concerné. On évitera ainsi les cas sociaux graves qui se présentent, dans des conditions difficiles, dans le cadre du travail thérapeutique avec des enfants et des jeunes.

Nous saluons expressément l'élargissement de l'adoption aux couples en partenariat enregistré. De même, nous saluons la variante du Conseil fédéral concernant l'élargissement aux communautés de vie réelles.

De notre point de vue, ce n'est pas tant le type d'union qui est en jeu, mais bien plutôt le sentiment de responsabilité des parents adoptifs, la qualité de la relation au sein du couple et la relation des parents adoptifs avec l'enfant. Comme déjà établi dans le rapport, la seule conclusion d'un mariage n'est pas une garantie suffisante de la stabilité de la relation des personnes ayant la garde d'un enfant. Parmi d'autres critères, la condition d'une communauté de vie d'une certaine durée présente une protection plus adaptée et vaut pour toutes les communautés de vie. De notre point de vue, cette durée devrait toutefois être maintenue à cinq ans, afin de garantir la plus grande sécurité possible (art. 264a al. 1).

Remarques concernant les différents articles

ad art. 265

al. 2: Il est fondamental pour la future relation d'avoir l'accord de l'enfant pour l'adoption, a fortiori pour les candidats à l'adoption. A cet égard, nous sommes expressément favorables à ce que l'enfant soit personnellement entendu de manière appropriée, en fonction de son âge.

Par ailleurs, nous suggérons que cet entretien soit uniquement mené par des spécialistes ou par des personnes au bénéfice d'une formation dans le domaine. Dans la mesure du possible, il faudrait en outre éviter qu'un enfant soit interrogé à plusieurs reprises.

al. 3: En cas de conflit, il est impératif de considérer une représentation des intérêts de l'enfant. Il y a un risque que, pour des raisons de coûts, les autorités compétentes soient réservées quant à la mise en place de cette mesure, raison pour laquelle nous sommes favorables à une formulation contraignante en faveur du bien de l'enfant.

art. 265d al. 1 phrase: «... si l'accord d'un parent fait défaut, les autorités de protection de l'enfance décident ...»

L'adoption sans l'accord d'un des parents ne devrait être possible que dans des situations d'exception. Pour pouvoir utiliser cet article, il faudrait à notre avis davantage de clarification et d'orientation pour permettre aux autorités de protection de l'enfance de prendre une décision. Ne pas s'occuper sérieusement d'un enfant, par exemple, ne constitue pas un motif suffisant du point de vue de la psychologie de l'enfance et de l'adolescence.

ad art. 268a, al. 2:

Dans l'évaluation des candidats à l'adoption, leur personnalité est centrale, mais leur histoire aussi. C'est là la seule manière d'identifier dans la vie du couple des événements susceptibles de péjorer fortement ou d'entraver leur aptitude à élever un enfant adopté et d'avoir de bonnes relations avec lui. Cette interrogation et cette évaluation du couple désirant adopter devrait en outre être menée par une personne au bénéfice d'une formation en psychologie et connaissant bien les systèmes familiaux.

En outre, la liste des points à examiner devrait être élargie aux conditions spatiales nécessaires au bien-être de l'enfant (ou à la volonté du couple de s'y conformer, le cas échéant).

ad art. 268b

Le secret est dévoilé et concrétisé de manière pertinente, et ce à la fois pour les parents biologiques et pour l'enfant mineur.

Restant à votre disposition pour tous renseignements complémentaires, nous vous remercions de nous offrir la possibilité de prendre position et espérons que vous tiendrez compte de nos observations.

Veillez croire, Madame la Conseillère fédérale, chère Madame Wyder, Madame, Monsieur, à l'expression de nos sentiments les meilleurs.



Peter Sonderegger
Président de la FSP



Dolores Krapf
Secrétaire générale adj. de la FSP

Koenig Grégoire BJ

De: Hannah Gaywood [hannahgaywood@bluewin.ch]
Envoyé: vendredi 21 mars 2014 13:27
À: Wyder Judith BJ
Objet: VN Adoption, Private: Hannah Gaywood 21.03.2014

Madame,

Dans le cadre du projet de loi destiné à protéger les enfants « arc en ciel » contre toute discrimination il nous paraît primordial de modifier et/ou de réformer la loi actuelle dans l'intérêt premier des enfants précités.

En effet il nous semble évident que les deux parents « arc en ciel » doivent être reconnus légalement afin de pouvoir se substituer, le cas échéant, au parent défaillant ou qui pourraient disparaître. Ceci permettrait d'éviter tout imbroglio juridique qui se ferait au détriment des enfants, si le parent légal venait à manquer.

Il s'agit là, d'une mesure de protection à nos yeux élémentaire et d'éviter des souffrances inutiles.

En vous remerciant de votre attention,

Hannah Gaywood

Koenig Grégoire BJ

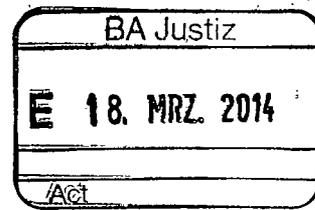
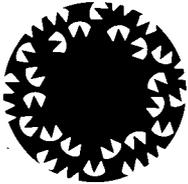
De: Dominique Graf [domgraf@hispeed.ch]
Envoyé: jeudi 23 janvier 2014 19:24
À: Wyder Judith BJ
Objet: VN Adoption, Private: Graf Dominique 23.01.2014 (Vernehmlassung Stiefkind-Adoption Schweiz)

Sehr geehrte Frau Wyder

Ich unterstütze als heterosexuelle Frau und Mitglied bei FELS (Freundinnen, Freunde und Eltern von Lesben und Schwulen) die Stiefkind-Adoption in der Schweiz für ALLE Menschen – ungeachtet, welche Lebensform sie wählen und welche sexuelle Orientierung sie haben.

Mit freundlichen Grüssen
Dominique Graf

Dominique Graf
Felsenrainstrasse 15
8052 Zürich
044 302 72 30
domgraf@hispeed.ch



Bundesamt f. Justiz
Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

vorgängig PDF und Word-Version per
E-Mail an:
judith.wyder@bj.admin.ch

St. Gallen, 15. März 2014

Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Adoption)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Juristinnen Schweiz – Femmes Juristes Suisse – Giuriste Svizzera – Giuristas Svizra (siehe www.lawandwomen.ch, nachfolgend: Juristinnen Schweiz), die 2001 gegründete Organisation der Schweizer Juristinnen, setzen sich u.a. für frauenspezifische Sichtweisen in der Forschung, Lehre, Ausbildung, Rechtssetzung und Rechtsvergleichung ein. Juristinnen Schweiz haben sich sodann entschieden, schwerpunktmässig auch die Interessen der Kinder aufzunehmen und zu verfolgen. Ihre Tätigkeit und Stellungnahmen nehmen eine rechtliche Sicht ein und möchten den juristischen Diskurs weiterbringen. Dazu gehört die aktive Beteiligung im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren.

Mit Schreiben vom 6. Dezember 2013 lädt uns das Eidgen. Justiz- und Polizeidepartement EJPD ein, sich zur Reform des Adoptionsrechts gemäss ZGB zu äussern. Juristinnen Schweiz danken für die Möglichkeit und nehmen gerne zum Revisionsanliegen Stellung.

Regula Kägi-Diener, Prof. Dr.iur.
Präsidentin Juristinnen Schweiz – Femmes Juristes Suisse – Women Lawyers Switzerland

St. Leonhard-Str. 20, Postfach 123
CH-9001 St. Gallen

Telefon +41 71 223 81 21 - Telefax +41 71 223 81 28

Regula.Kaegi-Diener@lawandwomen.ch
www.lawandwomen.ch

PC-Konto: 17-661943-5

1. Allgemeine Bemerkungen

a) Grundsätzliches

- Die Adoptionsregelung spiegelt die Auffassung und die Bilder über die Familie und die Wertigkeit der familiären, d.h. der persönlichen Bande der engsten rechtlichen Einheit wieder. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass das Recht, will es die menschliche Würde achten, kein bestimmtes Menschenbild festlegen darf und damit auch kein fixes Familienbild, in dem die beteiligten Personen bestimmte Rollen zugewiesen bekommen. Das Recht soll einen Rahmen bieten, damit die verschiedenen involvierten Interessen einen gerechten Ausgleich und den notwendigen Schutz finden. Das klassische (schweizerische) Familienmodell, das die Frau als Mutter idealisiert und diese Rolle von ihr fordert und das bis zu einem gewissen Grad immer noch gilt, wird mit einer Anpassung an die heutigen Anschauungen sowie die Lebens- und Beziehungsformen offener. Das bedeutet einen Schritt Richtung Flexibilisierung der Geschlechterrollen, eine Flexibilisierung, die letztlich für die Gleichstellung der Geschlechter in hohem Masse bedeutsam ist.
- Das Eltern-Kind-Verhältnis berührt und prägt die Persönlichkeit des Menschen stark. Eine differenziertere Berücksichtigung dieses Verhältnisses wird den modernen Menschen und den Verhältnissen, in denen sie leben besser gerecht. Wir begrüßen deshalb, dass das Adoptionsrecht sich künftig verstärkt an den pluralen Lebensrealitäten, in denen Beziehungen zwischen den Generationen sich heute entfalten und gepflegt werden, orientieren soll (etwa im Zusammenhang mit der Stiefkindadoption), wenngleich wir uns in gewissen Bereichen grosszügigere Lösungen vorstellen könnten (siehe dazu nachstehend).
- Ebenfalls begrüßenswert ist das Bestreben, mit dem vorgelegten Vorentwurf die grundrechtlichen Anforderungen gemäss der Rechtsprechung des EGMR ins Gesetz einzubauen.

b) Adoptionsvoraussetzungen

- Es scheint uns richtig und wichtig, die Persönlichkeitsrechte der Beteiligten, vor allem der zu adoptierenden unmündigen Person (über das Konzept des Kindeswohls) bzw. der zu adoptierenden erwachsenen Person, aber auch der leiblichen Eltern (häufig der Mutter, in bestimmten Konstellationen auch des Vaters) und der adoptionswilligen Person(en) als richtungsweisend für die Regelung der Zulässigkeit der Adoption zu sehen. Unter diesen Kautelen rechtfertigt sich eine grosszügige Zulassung der Adoption.

- Wir fragen uns allerdings, ob das Kindeswohl als zentraler Rechtsbegriff nicht gesetzlich genauer umschrieben bzw. die Kriterien dafür festzulegen wären. Dadurch würde mehr Rechtssicherheit geschaffen.
- Dem Willen der beteiligten Personen wird durch den vorgelegten Entwurf im Vergleich zur heutigen Rechtslage besser Rechnung getragen. Es könnte ihm aber ohne weiteres noch vermehrt Rechnung getragen werden, womit eine stärkere Liberalisierung der Adoption Platz greifen würde. Dies schiene den Juristinnen Schweiz vor allem bei der Adoption Erwachsener gerechtfertigt. Wir verstehen freilich, dass eine Gesetzesrevision immer auch bisherige Vorstellungen berücksichtigen und in einem gewissen Masse einen Traditionsanschluss bewerkstelligen muss. Die hohe Autonomie, die dem modernen Menschen bei seiner Lebensgestaltung abverlangt wird und die er wahrnimmt, würde es erlauben, dass das Recht respektiert, wenn er sich für seine Familie eigenverantwortlich entscheidet, nicht nur im Zusammenhang mit der Heirat, sondern auch bei der rechtlichen Begründung anderer Familienbeziehungen, namentlich im Rahmen der Adoption.
- In diesem Zusammenhang halten wir fest, dass die Heirat von Adoptionswilligen keine Voraussetzung für eine Adoption für sein darf. Wir halten deshalb dafür, dass die Adoption auch auf nicht-eheliche Lebenspartnerschaften (Konkubinat) ausgedehnt werden sollte. Es geht auch nicht an, einem Kind, dessen Wohl am besten Rechnung getragen werden kann, wenn es adoptiert wird, diese Möglichkeit deswegen zu verweigern, weil die „Eltern“ nicht miteinander verheiratet sind bzw. der adoptionswillige Elternteil nicht verheiratet ist. Das würde dem Grundsatz widersprechen, dass das Kindeswohl der entscheidende Leitgedanke sein muss.
- Wir begrüßen sodann ausdrücklich, dass in eingetragenen Partnerschaften die Stiefkindadoption neu möglich sein soll.

c) Adoptionsfolgen, insbesondere das Adoptionsgeheimnis

- Die Juristinnen Schweiz stimmen dem Ansatz zu, das Adoptionsgeheimnis in einem angemessenen Umfange zu lockern. Auch die Vorschriften über die behördliche Hilfe bei der Suche nach den natürlichen (genetischen) Eltern erscheinen uns positiv, weil damit die Rechte der Betroffenen gestärkt werden.
- Wir fragen uns allerdings, ob es sich rechtfertigt, weiterhin in diesem hohen Masse an der Volladoption (mit voller Integration in die Adoptionsfamilie) festzuhalten, oder ob nicht der einfachen Adoption vermehrt Raum verschafft werden sollte (etwa bei Waisen, wo sie erlauben würde, als vollwertiges Mitglied in eine neue Familie zu kommen, ohne die familiären Bande zur Familie des verstorbenen Elternteils, vor allem der Grosseltern, aufgeben zu müssen). Die einfache Adoption verdient auch

bessere Berücksichtigung bei Erwachsenenadoptionen, die allerdings nicht der gesetzliche Normalfall sind, jedoch u.E. ein stärkere Berücksichtigung verdienen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte EGMR gibt in seiner Praxis mehrfachen Elternbeziehungen mehr und mehr Raum (biologische Elternschaft, rechtliche Elternschaft, soziale Elternschaft). So tendiert er dazu, Kontaktansprüche der biologischen Väter zu anerkennen, siehe etwa Fall Anayo v. Germany, 21.12.2010, Appl.No. 20578/07; Wyttenbach/Grohsmann, Welche Väter für das Kind? in: AJP 2014, 149 ff, insbes.158 ff.). Angesichts dieser Entwicklung rechtfertigt es sich nicht (mehr), ausschliesslich die Volladoption mit der Kappung jeglicher rechtlicher und persönlicher Beziehungen zu den biologischen Eltern zuzulassen (ausgenommen ist hiervon nur der Partner/die Partnerin der adoptionswilligen Person bei der Stiefkinder-Adoption). Zumindest eine vorsichtige Öffnung und die Möglichkeit, in Einzelfällen weiter zu gehen, würde dieser Entwicklung besser Rechnung tragen. Die nunmehr für die biologischen Eltern eingeführte Möglichkeit zur Auskunft über das Kind ist ein Schritt in die richtige Richtung, scheint uns aber allzu zaghaft.

2. Zu den einzelnen Bestimmungen

- Art. 264: Wir können der Regelung im Wesentlichen zustimmen. Allerdings könnte der letzte Halbsatz von Art. 264 Abs. 1 („ohne andere Kinder dieser Personen in unbilliger Weise zurückzusetzen“) unseres Erachtens ersatzlos gestrichen werden.

In Abs. 2 kann „nur“ ersatzlos gestrichen werden. Es muss genügen, wenn bei einem künftigen Adoptiv-Elternteil keine Hinweise darauf bestehen, dass er für das Kind bis zur Volljährigkeit sorgen kann.

So sollte es beispielsweise einem Ehepaar, das bereits seit Jahren ein Kind ohne Beziehung zu dessen eigenen leiblichen Eltern bei sich pflegt, möglich sein, dieses gemeinsam zu adoptieren, selbst wenn bei der Frau Brustkrebs festgestellt wurde und im Zeitpunkt der Bewilligung unsicher ist, wie lange sie noch lebt. Eine lebensbedrohende Krankheit kann gerade ein berechtigter Grund sein, die Verhältnisse endgültig zu ordnen. Wenn die Frau vor der Volljährigkeit des Kindes stirbt, wird das Kind einen Teil ihres Vermögens erben und eine Waisenrente erhalten, was zur Absicherung seiner Zukunft beiträgt und seinem Wohl besser entspricht, als wenn es nicht erbt und nicht durch eine Hinterlassenenrente gesichert ist.

Abs. 3 ist eine eine unbegründete Einschränkung. So soll auch dann, wenn das Pflegeverhältnis noch kein Jahr besteht, die Adoption eingeleitet werden können, dadurch werden die Perspektiven geklärt. Das ist gerade bei den hohen

persönlichen Vorleistungen der Adoptionswilligen (Pflegeverhältnis) wichtig. Es reicht aus, dass im Zeitpunkt der Bewilligung die Voraussetzungen gegeben sind. Es scheint uns zudem, dass es im Bewilligungswesen singulär ist, die Voraussetzungen in einem Zeitpunkt zu verlangen, in dem das Verfahren erst eingeleitet wird.

- Art. 264a: Wir begrüßen die Herabsetzung des Mindestalters für adoptionswillige Eheleute in Abs. 1. Nach der vorgelegten Fassung ist das Mindestalter bei der Stiefkind-Adoption (Art. 264c) nicht einzuhalten, was nicht kongruent ist. Überdies fragen wir uns, weshalb *beide* Ehegatten das Mindestalter einhalten müssen. Es muss unseres Erachtens ausreichen, dass die Ehe schon 3 Jahre gedauert hat und mindestens ein Ehegatte das 28. Altersjahr erreicht hat. Damit würde auch Kongruenz zu Art. 264c hergestellt. Der Abs. 2 genügt u.E. hierfür nicht, da er „wichtige Gründe“ verlangt. Dass das Kindeswohl nicht gefährdet sein darf, ist ohnehin Voraussetzung für jede Adoption.

Wir empfehlen deshalb, dass in Abs. 1 „beide“ ersetzt wird durch „mindestens einer von ihnen“.

Nicht gelöst ist die Frage wie eine der Ehe vorangegangene faktische Lebensgemeinschaft zwischen den Adoptionswilligen angerechnet wird. Soweit wir verstehen, wird sie nicht berücksichtigt, was im Vergleich zu den faktischen Lebensgemeinschaften Ungleichheiten schafft. Dieses Problem sollte gelöst werden. Analoges gilt auch für Partnerschaften nach Partnerschaftsgesetz.

Abs. 2 kann deshalb ganz gestrichen werden. Der Einwand in den Erläuterungen, dass sich so die Stabilität der Beziehung am besten feststellen lässt, ist angesichts der heutigen Gepflogenheiten (häufige voreheliche Lebensgemeinschaften, hohe Scheidungsrate) nicht wirklich begründet.

Alternativ empfehlen wir, Abs. 2 durch etwa folgende Bestimmung zu ersetzen:

„Aus wichtigen Gründen kann von den Voraussetzungen gemäss Abs. 1 abgewichen werden.“

Mit einer solchen Formulierung könnte eine vorangegangene feste faktische Lebensgemeinschaft wie auch weitere besondere Umstände (z.B. längeres Pflegeverhältnis) zugunsten des Kindes berücksichtigt werden.

- Art. 264b: Die Systematik im Zusammenhang mit Art. 264c überzeugt nicht und sollte nochmals überprüft werden.

Abs. 2 letzter Teilsatz kann ersatzlos gestrichen werden, da das Kindeswohl ohnehin Leitgedanken sein muss und es sonst so aussieht, als wenn das Kindeswohl nur bei Abweichung vom Mindestalter bedeutsam wäre.

Endlich scheint uns, dass der Begriff „darf“ in Abs. 1 durch den Begriff „kann“ ersetzt werden sollte.

- Art. 264c: Wir begrüßen diese Bestimmung (allerdings empfehlen wir auch hier „darf“ zu ersetzen durch „kann“).
- Art. 265: Auch hier empfehlen wir in Abs. 1 den 2. Satz zu streichen und dafür im ersten Satz „in der Regel“ od.dgl. einzusetzen. Wir halten es nicht für gerechtfertigt, wichtige Gründe zu verlangen, vor allem bei gemeinsamen Adoptionen.

Abs. 2, 3 und 4 scheinen sachgerecht und geben zu keinen Bemerkungen Anlass.

- Art. 265a und Art. 265d: Keine Bemerkungen.
- Art. 266 Abs. 1: Wir halten es für richtig, dass darauf verzichtet wird, für die Erwachsenenadoption Kinderlosigkeit der Adoptionswilligen zu verlangen.

Während ein Pflegeverhältnis für die Adoption körperlich oder geistig behinderter Personen in der Regel angezeigt erscheint (ob dieses nun während deren Kindheit oder Mündigkeit macht keinen Unterschied), halten wir dafür, dass andere Adoptionen Erwachsener viel grosszügiger ermöglicht werden sollten. Namentlich sehen wir nicht ein, weshalb „wichtige Gründe“ und eine dreijährige Hausgemeinschaft verlangt werden müssen. Diese Bedingungen tragen der Autonomie und der Selbstverantwortung und letztlich der (verfassungsmässigen) persönlichen Freiheit der adoptionswilligen Personen auf beiden Seiten nicht Rechnung. Ziff. 3 von Abs. 1 kann ersatzlos gestrichen werden.

Auch beim ersten Tatbestand (Ziff. 1 von Abs. 1) sollte das vorgesehene Pflegeverhältnis nur „in der Regel“ verlangt werden. Zumindest sind die Anforderungen an den Beweis eines solchen Verhältnisses herabzusetzen und es muss genügen, wenn ein *Betreuungsverhältnis* und nicht ein ausschliessliches Pflegeverhältnis bestanden hat. Die Berechtigung, ein Pflegeverhältnis zu verlangen, ergibt sich daraus, dass die Belastungen, die sich bei dauernd hilfsbedürftigen Personen ergeben, für die Adoptionswilligen überblickbar sein müssen, damit nicht das Verhältnis später an diesen Belastungen zerbricht.

Endlich ist in Abs. 1 der Begriff „darf“ ebenfalls durch „kann“ zu ersetzen.

Die Begriffe „körperliche oder geistige Gebrechen“ können weggelassen werden (wie ist es mit psychischen Gebrechen?), da nur die Hilfsbedürftigkeit entscheidend ist.

Abs. 1 von Art. 266 sollte überarbeitet und auf das Wesentliche konzentriert werden im oben dargelegten Sinn, wobei auf den heute vorhandenen paternalistisch anmutenden Ton zu verzichten ist.

Art.266 Abs. 1 könnte deshalb wie folgt gefasst werden:

„Eine volljährige Person kann mit ihrem Einverständnis oder bei Bevormundung mit dem Einverständnis der Erwachsenenschutzbehörde adoptiert werden. Ist sie dauernd hilfebedürftig, ist in der Regel vorausgesetzt, dass die adoptionswilligen Personen ihr während wenigstens drei Jahren Pflege erwiesen haben.“

- Art. 266 Abs. 2: keine Bemerkung.
- Art. 266 Abs. 2bis: keine Bemerkung.
- Art. 267 Abs. 1: Da die Adoption nicht nur für Kinder vorgesehen sind, sondern auch für Erwachsene, ist der Begriff „Adoptivkind“ nicht angebracht und sollte ersetzt werden. Im Übrigen sollte bei der Adoption erwachsener Personen eine Ausnahme insofern vorgesehen sein, als diese ihren Namen erleichtert behalten können (z.B. durch einfache Erklärung). Das ist vor allem bei erwachsenen verheirateten Personen von Bedeutung.
- Art. 267 Abs. 2: Da wir dafür halten, dass zumindest in gewissen Fällen auch *einfache Adoptionen* zugelassen werden sollten (so bei Stiefkind-Adoption von Halbweisen, auch bei Adoption von Vollweisen, wenn ein intaktes Verhältnis zu den Grosseltern oder anderen Familienmitgliedern besteht), sollte dieser Absatz angepasst, bzw. ergänzt werden durch die Regelung der einfachen Adoption.
- Art. 267 Abs. 3: Keine Bemerkungen.
- Art. 267a Abs. 1 und 268 Abs. 1: Im Prinzip i.O. Bei der Erwachsenenadoption scheint uns allerdings eine Anpassung notwendig, ebenfalls wenn das urteilsfähige Kind seinen Namen behalten kann (was wir vorschlagen). Die Bestimmung passt eigentlich nur für die Adoption kleiner Kinder.
- Art. 268a passt für die Adoption von Kindern, nicht gleichermassen für die Erwachsenenadoption. Wir fragen uns, weshalb die Gesundheit der am Adoptionsverhältnis Beteiligten „umfassend“ abgeklärt werden muss. Wesentlich ist (bei Kindern) das *Kindeswohl*. Nur soweit dieses betroffen sein könnte, sind (auch) Gesundheitsaspekte abzuklären. Bei Erwachsenenadoptionen sollten die Abklärungen – ausser bei Hilfebedürftigen – auf die Frage begrenzt werden, ob der *freie Wille wirklich gegeben* ist und die Folgen von den Betroffenen überblickt werden, sowie ob keine (besonderen) Gründe *gegen* die Adoption sprechen.
- Art. 268b: Im Prinzip i.O. In Abs. 3 sollte allerdings das Verhältnis von Regel und Ausnahme umgekehrt werden, im Sinne von folgender Formulierung:

„...Bekanntgabe nichtidentifizierbaren Informationen...., ausser wenn dadurch dessen Interessen gefährdet werden“.

- Art. 268s: „nur“ kann ersatzlos gestrichen werden. Was ein „schutzwürdiges Interesse“ in diesem Zusammenhang heisst, sollte unbedingt entweder auf Gesetzes- (vorzugsweise) oder aber auf Verordnungsebene ausgedeutet werden.
- Art. 268d: Ist sprachlich schwerfällig, ja fast unverständlich und deshalb redaktionell zu überarbeiten.

Abs. 2: der (hier erstmals auftauchende) Begriff „gesuchte Person“ muss näher definiert werden. Die Regelung passt nicht für Stefkinderadoptionen.

Abs. 3 gehört systematisch zu Art. 268c und strotzt vor Unklarheit.

- Art. 268e: Grundsätzlich begrüssenswert.

Abs. 4: Dass der Bundesrat Ausführungsvorschriften erlassen kann ist eine (verfassungsrechtlich abgestützte) Selbstverständlichkeit und deshalb hier als singuläre Vorschrift im 1. Teil von Abs. 4 wegzulassen. (Sonst könnte man noch auf die Idee kommen, dass mit Bezug auf andere Fragen keine Ausführungskompetenz des Bundesrates bestünde). Allerdings entspricht es mit Bezug auf das ZGB angesichts seiner direkten Bedeutung und des Orientierungsbedürfnisses der Privaten der rechtlichen Tradition, dass Erklärungsbedarf auf *Gesetzesstufe* gelöst wird.

- Art. 268f: An sich i.O. Die Kindesschutzbehörde soll aber nicht (zumindest nicht nur) bei Uneinigkeit entscheiden, sondern soll nur Anordnungen treffen, wenn das Kindeswohl als gefährdet erscheint. Bei der Adoption von Waisen (auch Halbweisen) sollte die Zustimmung auf die Grosseltern ausgedehnt werden, evt. auf weitere Familienmitglieder (z.B. wenn solche eine besondere Betreuung geleistet haben).§
- Art. 270a bis Abs. 1: Wir halten diese Bestimmung *für völlig verfehlt*. „Ledigname“ ist zu ersetzen durch „Name“, anders entsteht u.U. eine unerwünschte und keinen legitimen Interessen dienende Namenspluralität in der Familie (neu: „...welche ihren Namen...“). Die Bestimmung passt zudem *nicht* auf die Erwachsenenadoption und auch nicht auf Fälle, in denen *urteilsfähige Jugendliche adoptiert* werden. Das Kind ist in solchen Fällen zumindest anzuhören. Wir halten gar dafür, dass das *urteilsfähige Kind den Namen selber soll bestimmen können* (einer der beiden Namen der adoptierenden Personen oder aber seinen bisherigen Namen), die *mündige adoptierte Person soll dies ohnehin können*.

- Art. 12c SchIT: ist obigen Ausführungen über den Einbezug der weiteren Familie (insbes. Grosseltern) zumindest im Falle von Waisen Rechnung zu tragen.

Juristinnen Schweiz – Femmes Juristes Suisse begrüßen die eingeleitete Revision, soweit sie mehr Flexibilität für die Adoption bringt, sind aber klar der Meinung, dass der Autonomie und dem Verantwortungsbewusstsein der beteiligten Personen (immer) noch zu wenig Rechnung getragen wird. Leitlinie der Adoption muss sodann das Interesse der zu adoptierenden Person sein, was sich beim unmündigen Kind durch das Kindeswohl ausdrückt (auch etwa bei der Namensgebung); je älter die zu adoptierende Person ist, umso mehr ist ihr Wille zu beachten. Das herkömmliche Familienbild darf für die Zulassung der Adoption dagegen keine und, jedenfalls keine ausschlaggebende Rolle spielen.

Wir hoffen, dass unsere Anregungen weiter führen und die von uns vorgebrachten Anliegen angemessen berücksichtigt werden.

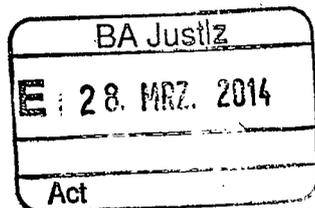
Wir danken nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen
Namens des Vorstandes



Regula Kägi-Diener
Prof. Dr. iur., Präsidentin

Forum de la Session des jeunes
Siméon Goy
Ruelle sous le bourg 1
1860 Aigle
simeon.goy@jugendsession.ch



Office fédéral de la Justice
A l'attention de Mme Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

Lausanne, le 16 mars 2014

Concerne: procédure de consultation, modification du code civil (droit de l'adoption)

Chère Madame Wyder,

Madame, Monsieur,

Nous souhaitons par la présente répondre à la procédure de consultation concernant la modification du code civil et de la loi sur le partenariat enregistré, touchant au droit à l'adoption. Nous souhaitons d'avance vous remercier pour le temps que vous prendrez pour examiner notre position sur ce projet.

La Session des jeunes a lieu une fois par année, et est une plateforme privilégiée où des jeunes de tout le pays et de toutes les régions linguistiques se rencontrent et échangent sur des thèmes politiques également choisis par des jeunes. Le travail se fait d'abord dans des petits groupes thématiques, puis les résultats sont discutés en plénum. Sont ensuite votées des pétitions, idées de projet et des prises de positions.

Le travail du Forum est de faire suivre ces revendications auprès des politiques et de l'administration, raison pour laquelle nous souhaitons prendre position dans cette procédure de consultation.

Lors de la dernière session, le thème de l'homophobie a été un des thèmes majeurs, traités par deux groupes de travail. Ce thème avait également été parmi ceux qui avaient été les plus largement choisis lors du choix des thèmes. De ces deux groupes de travail sont sorties deux pétitions, largement approuvées par le plénum.

La première des pétitions adoptées sur ce sujet concerne le droit au mariage pour les couples homosexuels, ainsi que l'égalité pour ces couples dans des domaines comme l'adoption, l'accès à la naturalisation, ou la procréation médicalement assistée. La deuxième souhaite voir inscrit dans la Constitution fédérale le principe de non discrimination selon l'orientation sexuelle et l'identité de genre, à l'article 8 alinéa 2. Vu le contenu de ces pétitions, nous ne souhaitons donner un avis que sur les dispositions touchant aux couples

de même sexe, les autres aspects de la révision n'ayant pas été traités par la Session.

Selon la Session des jeunes, la situation actuelle concernant l'adoption pour les couples de même sexe est discriminatoire. Il est en effet possible pour une personne homosexuelle d'adopter en tant que célibataire, même si elle est en couple, mais cela est impossible si cette personne est liée par un partenariat enregistré.

Dans ce sens, le Forum de la Session salue la volonté du Conseil Fédéral de vouloir lutter contre cette discrimination en ouvrant la voie à l'adoption par le partenaire de l'enfant de l'autre partenaire. A notre sens, une telle révision permettra de lutter contre certaines situations dramatiques, notamment si le parent biologique décède.

Néanmoins, et les pétitions de la Session des jeunes le montrent, il nous semble dommage que le Conseil fédéral ne veuille pas aller plus loin dans cette révision, en ouvrant également l'adoption conjointe pour les couples homosexuels. Si tel n'est pas le cas, la situation restera à notre sens discriminatoire, puisque certains couples homosexuels ne pourront pas adopter, contrairement aux couples hétérosexuels.

Les arguments que le Conseil fédéral utilise pour refuser l'adoption conjointe ne nous semblent à ce propos pas convaincants. Ainsi, au point 5.5.3 du rapport du Conseil fédéral, il est rappelé qu'il est déjà aujourd'hui possible pour un couple homosexuel d'adopter à l'étranger et de faire reconnaître cette adoption ensuite en Suisse. Ne pas permettre cette adoption directement en Suisse ne nous semble donc pas cohérent.

Dans le même ordre d'idée, le point 5.5.4 du rapport susmentionné dit explicitement qu'il est prouvé que les enfants grandissant au sein d'un couple homosexuel ne vivent pas plus mal que ceux vivant avec un couple hétérosexuel.

Il nous semble également important, surtout en tant que jeunes, de souligner que les mentalités ont évolué. Une dizaine de pays européens permettent l'adoption conjointe par les couples homosexuels, ainsi que l'adoption par le partenaire. A la Session des jeunes, la pétition demandant le mariage et l'adoption pour tous a été plébiscitée par presque 75% des votants. Pour nous, l'interdiction de l'adoption contenue à l'article 28 de la loi sur le partenariat enregistré n'a plus lieu d'être, quelles qu'aient été les discussions lors de la votation de 2004. Il convient donc à notre sens d'ouvrir l'adoption aux couples de même sexe pour l'enfant du partenaire, mais aussi pour l'adoption conjointe, afin de mettre fin à ce qu'une majorité de participants à la Session a considéré comme une discrimination.

Nous vous remercions d'avance pour le temps que vous prendrez pour examiner notre position, et restons bien entendu à votre disposition pour de plus amples renseignements.

Nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués.



Siméon Goy
Session des Jeunes

Revendications de la Session fédérale des jeunes 2013

Mesures contre le manque d'enseignants (Statement)

Accepté avec 111 voix contre 68

Afin de lutter contre le manque d'enseignant-e-s en Suisse, nous demandons :

- que la préparation des étudiant-e-s des hautes écoles pédagogiques soit davantage orientée vers la pratique ainsi que vers les situations conflictuelles en général, notamment les conflits parents-enseignant-e-s.
- que chaque certificat de maturité professionnelle permette d'accéder à la formation d'enseignant-e au primaire dans toutes les hautes écoles pédagogiques.
- que les salaires du corps enseignant soient adaptés à la demande et donc revus à la hausse.

Argumentation :

Le manque d'enseignant-e-s s'est accru ces dix dernières années et la demande d'enseignant-e-s au niveau primaire et secondaire I ne peut pas être couverte au niveau national. Notre objectif principal est de rendre le métier d'enseignant-e plus attractif et ainsi d'augmenter l'effectif de jeunes enseignant-e-s.

Des différends dans la relation parents-profs ont contribué à alourdir la charge subie par les enseignant-e-s. De plus, les obstacles que doivent franchir les détenteurs et détentrices d'une maturité professionnelle pour accéder à la formation d'enseignant-e primaire sont trop importants et parfois inutiles. Nous pensons par ailleurs que la rémunération dans les premiers niveaux de scolarité ne correspond pas à la charge de travail et à la longueur de la formation. Des augmentations de salaire pourraient entraîner une revalorisation du métier d'enseignant et donc créer une incitation. Un nombre d'enseignant-e-s suffisant est l'élément principal pour qu'une formation fonctionne et soit durablement assurée.

Déclaration de l'expérimentation animale sur les produits (Pétition)

Accepté avec 121 voix contre 45

Nous demandons à la Confédération que tous les produits pharmaceutiques et cosmétiques qui ont été testés sur les animaux, ou dont une de leurs composantes l'a été, comportent une indication sur leur emballage.

Argumentaire :

Il arrive souvent qu'un citoyen suisse achète un produit cosmétique ou médicinal sans savoir si des animaux ont souffert pour cela. Un symbole reconnaissable doit servir à attirer l'attention et à sensibiliser sur cette thématique. Ainsi, le consommateur sera averti des produits sur lesquels des tests sur animaux ont été pratiqués.

De plus, le Conseil Fédéral doit exiger des déclarations internationales. Grâce à cette nouvelle transparence, le consommateur est libre de soutenir l'expérimentation animale pour ces produits, ou non. Grâce à cela, l'expérimentation animale cessera d'être un sujet tabou et sera ramenée au premier plan. En parallèle, la décision du soutien de ces pratiques sera de la responsabilité de chaque individu.

Contre la discrimination liée à l'orientation sexuelle (Pétition)

Accepté avec 164 voix contre 11

Nous demandons que la Confédération modifie l'article 8 al. 2 de la constitution fédérale comme suit:

Art 8: Egalité

2. Nul ne doit subir de discrimination du fait notamment de son origine, de sa race, de son sexe, de son âge, de sa langue, de sa situation sociale, de son orientation sexuelle, de son identité de genre, de son mode de vie, de ses convictions religieuses, philosophiques ou politiques ni du fait d'une déficience corporelle, mentale ou psychique.

Argumentation :

Nous constatons que notre Constitution n'est plus en harmonie avec notre société. Un des droits fondamentaux, base de notre démocratie, est la liberté individuelle. Nous estimons que ce droit-là n'est pas respecté, ce qui fragilise la société et atteint la dignité de chacun.

L'ajout dans l'article 8 de notre Constitution des termes « orientation sexuelle » et « identité de genre » permet de combler un manque dans la liste actuelle des discriminations. Nous estimons que cette précision est nécessaire, car le terme « mode de vie » n'est pas assez explicite.

Actuellement, un jeune homosexuel sur cinq fait une tentative de suicide avant ses vingt ans, contre un sur trente-quatre chez les hétérosexuels[1]. Ces taux démontrent un certain mal-être. De par les changements que nous proposons, nous souhaitons adapter la Constitution à l'évolution des mœurs:

Comme le font déjà les Constitutions des cantons de Bâle-Ville, Genève et Zurich, nous souhaitons au travers de cette modification que la Confédération assure la protection de chaque citoyen face à toute discrimination.

[1] Etude publiée par l'université de Zurich au début de l'année 2013.

Conventions Collectives de Travail pour tous les employés (Pétition)

Accepté avec 109 voix contre 54

Nous, la Session Fédérale des Jeunes, demandons que la Confédération rende impérative la mise en place de Conventions Collectives de Travail pour tous les employés (CCT).

Argumentation :

En effet, dans notre pays, une part de la population active qui travaille à 100% n'arrive pas à s'en sortir avec son revenu : pour une meilleure protection, des CCT pour tous !

Ceci dans le but que chaque employé puisse vivre décemment de son activité professionnelle. Cela se traduirait par la création de CCT tant au niveau de l'Etat que des secteurs d'activité ou des entreprises elles-mêmes.

Nous y voyons plusieurs avantages, notamment :

- Un accroissement des bas salaires et une amélioration des conditions de travail avec l'accord de toutes les parties formant l'entreprise.
- Un droit de regard de l'Etat qui n'agirait qu'en tant qu'arbitre.

- Une réglementation fédéraliste respectant chaque niveau de notre Etat, communes, cantons et Confédération.

Les jeunes au service du pays (Statement)

Accepté avec 138 voix contre 22.

Pour permettre des parcours de formation scolaire et professionnelle linéaires, sans ruptures répétées pour cause de périodes de service militaire, nous invitons le nouveau Groupe de réflexion sur le système de l'obligation de servir à prendre en considération les revendications que voici:

- possibilité accrue d'effectuer le service militaire d'une traite dans les différentes armes
- correction du système actuel des périodes de service civil, avec possibilité d'effectuer une période longue d'une durée de 180 jours avant l'âge de 27 ans
- possibilité donnée aux personnes inaptes au service militaire d'effectuer un service civil

Argumentation :

Nous constatons qu'il est souvent difficile aux jeunes suisses de concilier études et/ou activité professionnelle et obligations militaires.

Nos propositions permettraient à un nombre accru d'appelés d'effectuer leur service militaire en interrompant une seule fois leur formation ou leur activité professionnelle, ce qui réglerait le problème des interruptions répétées dues aux cours de répétition.

Par ailleurs et pour ce qui concerne le service civil, la modification que nous proposons permettrait aux astreints d'effectuer une période de service longue au moment qui leur convient le mieux pour ne pas trop perturber leurs études ou leur activité professionnelle.

Enfin nous observons que de nombreux jeunes désireux de servir leur pays et capables de le faire se voient privés de cette possibilité parce qu'ils sont déclarés inaptes au service militaire. Nous estimons que la création d'une nouvelle catégorie d' "inaptes au service militaire mais aptes au service civil" permettrait de résoudre ce problème.

Promotion du plurilinguisme (Statement)

Accepté avec 153 voix contre 20

Le plurilinguisme constitue l'une des grandes richesses culturelles de notre pays. L'art.70 de la Constitution fédérale prévoit à l'alinéa 3 l'encouragement de la compréhension et des échanges entre les communautés linguistiques. Notre système de formation assure depuis toujours un enseignement de qualité des langues nationales.

Nous estimons qu'il convient de compléter ces cours de langues par de nouvelles mesures. Nous demandons la mise en place au niveau fédéral d'un dispositif d'encouragement du plurilinguisme qui prévoira notamment:

- La possibilité de suivre des filières débouchant sur des maturités bilingues au niveau post-obligatoire.
- A l'école obligatoire, l'enseignement de certaines matières comme l'éducation physique ou les disciplines artistiques dans une autre langue nationale choisie par le canton.

- Au niveau post-obligatoire, la possibilité assurée et activement encouragée de suivre une partie de la formation dans une autre région linguistique.

Pour renforcer ce plurilinguisme qui nous rend uniques, nous pensons que la généralisation au niveau national de ces mesures s'impose. Le plurilinguisme constitue la base de l'unité confédérale. Renoncer à le défendre ou à l'encourager reviendrait à renoncer à notre identité et à la cohésion nationale. Par ailleurs, nous pensons que ces mesures permettraient de mieux apprendre et parler les langues nationales. Notre proposition est conforme au projet HarmoS et à l'Ordonnance sur les langues nationales et la compréhension entre communautés linguistiques, et plus particulièrement à l'art.9 consacré aux échanges scolaires. Enfin, il est évident qu'un plurilinguisme plus répandu constituera aussi un atout pour l'économie et les entreprises, les relations internationales et le tourisme.

Égalité des droits pour les homosexuel-le-s (Pétition)

Accepté avec 123 voix contre 41

Nous demandons à la Confédération l'égalité des droits pour les couples homosexuels et hétérosexuels dans le domaine du mariage.

Argumentation :

L'Europe est en pleine évolution. Dans plus d'une douzaine de pays comme la Grande-Bretagne ou l'Espagne, le mariage entre personnes du même sexe est déjà une réalité. La Suisse doit se mettre à la page. La situation actuelle n'est plus tenable à cause de la discrimination des personnes homosexuelles et de leurs enfants. La législation suisse présente un très grand désavantage juridique pour les couples de même sexe et leurs enfants, notamment dans les domaines du mariage, du droit à l'adoption, de l'accès à la procréation médicalement assistée, de la citoyenneté commune, de la procédure de naturalisation ainsi que dans d'autres domaines. Nous sommes d'avis que la majorité de la population suisse soutient le mariage entre personnes du même sexe.

Consommation d'alcool chez les jeunes (Statement)

Accepté avec 117 voix contre 39

La Session des Jeunes ne conçoit pas la consommation d'alcool par les jeunes comme allant en s'aggravant. Nous ne voyons pas le besoin de renforcer la restriction à l'égard de la vente d'alcool et soutenons, à cet égard, la position du Conseil national en la matière. Nous voulons également ajouter que les caisses-maladie doivent continuer à prendre en charge tous les éventuels coûts d'hospitalisation liés à une consommation excessive d'alcool.

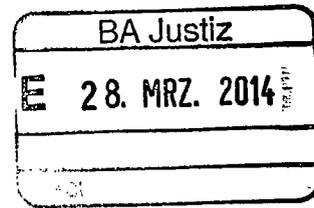
Pour correspondre à la réalité actuelle, la prévention des risques liés à la consommation d'alcool devrait déjà débuter en 7e-8e année scolaire. Dans ce cadre, l'alcool ne devrait pas être présenté comme mauvais en tant que tel, mais une information devrait être donnée quant à ses risques, à ses effets et au comportement adéquat à avoir à son égard.

Nous considérons comme problématique le fait que la dépendance à l'alcool soit encore un sujet tabou dans notre société. Celui-ci devrait justement être activement combattu à travers la prévention.

Comités d'entreprise pour les SA (Pétition)



Justitia et Pax | Justice et Paix | Giustizia e Pace



Bundesamt für Justiz
z. H. Frau Judith Wyder
Bundesrain 20

3003 Bern

Fribourg, 17.03.2014

Stellungnahme zur Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Revision Adoptionsrecht)

Sehr geehrte Frau Wyder,
Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, zum vorgelegten Vorentwurf zur Änderung des Zivilgesetzbuches in Sachen Adoptionsrecht Stellung zu nehmen. Die Schweizerische Nationalkommission Justitia et Pax ist eine Stabsstelle der Schweizer Bischofskonferenz, die sich mit dem breiten Feld sozialemischer Fragestellungen befasst.

1. Grundsätzliches

Im Zusammenhang mit Adoptionsfragen sind Menschen- und Familienbilder sowie Vorstellungen vom gesellschaftlichen Zusammenleben aufgeworfen. Für die Kommission Justitia et Pax steht bei einer Revision des Adoptionsrechts das „Wohl des Kindes“ im Mittelpunkt. Das Wohlergehen des Kindes muss deshalb zentrales Kriterium für weitergehende Überlegungen sein. Diese Betrachtung impliziert, dass ein Kind ein Recht auf Eltern hat (vgl. a. UN-Kinderrechtskonvention Art. 7), nicht aber erwachsene Paare ein Recht auf ein Kind, weil damit das Recht der Paare höher gewichtet wäre als das Wohl des Kindes.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass es bei dem vorliegenden Vorentwurf nicht primär um die Frage geht, ob eingetragene Partnerschaften gleichgeschlechtlicher Paare in Adoptionsfragen ehelichen Partnerschaften gleichgestellt sein sollen, sondern um die Anerkennung der Tatsache, dass heute verschiedene Formen des Zusammenlebens Realität sind und bereits eine beachtliche Zahl von Kindern in sog. „Regenbogenfamilien“ leben und dort aufwachsen. Im Interesse des Wohls dieser Kinder ist eine erb- und zivilrechtliche Schlechterstellung dieser Kinder nicht zu rechtfertigen.

Vor diesem Hintergrund erachtet die Kommission Justitia et Pax die vorgeschlagenen Änderungen im Adoptionsrecht im Wesentlichen als sinnvoll und im Interesse der betroffenen Kinder und Paare als angemessen. Wir begrüßen es, dass der vorgelegte Entwurf den veränderten gesellschaftlichen Gegebenheiten im Zusammenleben von Familien, den heutigen Alternativen zur Adoption mit den Möglichkeiten medizinisch unterstützter Fortpflanzung und der bisher restriktiven Handhabung des Adoptionsgeheimnisses Rechnung trägt und dabei das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt stellt.

Im Zusammenhang mit der im Bericht aufgeführten Variante zur Stiefkindadoption, in dem diese nicht nur für eingetragene Paare, sondern auch für „faktische Lebensgemeinschaften“ ermöglicht werden soll, spricht sich die Kommission mit Blick auf das Wohl des Kindes für die erweiterte Variante aus. Für das betroffene Kind ist es zunächst unerheblich, ob die familiären Verhältnisse in einer ehelichen Gemeinschaft, in einer eingetragenen Gemeinschaft oder in einer faktischen Lebensgemeinschaft begründet sind. Für unsere Beurteilung ist es zentral, dass familiäre Verhältnisse bereits bestehen – und die im Entwurf genannten Adoptionsvoraussetzungen erfüllt sind – und das Wohl des Kindes im Mittelpunkt stehen muss. Bei der Beurteilung von Adoptionsanträgen darf es ausschliesslich um das Wohl des Kindes gehen. Diese Beurteilung des Wohls des Kindes muss jeweils immer im Einzelfall erfolgen und bedarf entsprechend erfahrener und hinreichend geschulter Fachpersonen.

Die Kommission Justitia et Pax ist sich bewusst, dass mit der Frage der Stiefkindadoption auch die Frage der Fremdadoption bei gleichgeschlechtlichen Paaren aufgeworfen ist. In verschiedenen Stellungnahmen von homosexuellen Verbänden wurde diese Forderung auch schon in der Öffentlichkeit platziert. Die Kommission plädiert hier für eine unterschiedliche Behandlung und ein differenziertes Vorgehen. Sie plädiert für eine gewisse Zurückhaltung bei Fremdoptionen von homosexuellen Paaren, weil davon auszugehen ist, dass eine mehrheitliche gesellschaftliche Akzeptanz nicht gegeben ist. Es besteht dadurch die begründete Gefahr, dass Kinder entsprechenden Ressentiments in der Gesellschaft ausgesetzt sind. Abgesehen davon muss nochmals darauf hingewiesen werden, dass es kein Recht erwachsener Personen auf ein Kind bzw. eine Familie gibt, sondern nur das Recht eines Kindes auf eine Familie, und dessen Wohl muss im Mittelpunkt stehen.

Im Unterschied zur Stiefkindadoption bei gleichgeschlechtlichen Paaren ist bei der Fremdoption in den meisten Fällen davon auszugehen, dass hier erst mit der Adoption familiäre Beziehungen aufgebaut werden. Bei der Stiefkindadoption sind diese bereits gegeben, und durch die Adoption findet dann eine rechtliche Gleichstellung mit Stiefkindern in ehelichen Gemeinschaften statt. Dieses differenzierte Vorgehen erlaubt es, zunächst weitere Erfahrungen im Bereich der Stiefkindadoption bei gleichgeschlechtlichen Paaren zu sammeln.

2. Beurteilung der einzelnen Artikel

Da der Vorentwurf aus Sicht der Kommission Justitia et Pax grundsätzlich in die richtige Richtung geht, beschränken wir uns auf Kommentare und Vorschläge zu einzelnen Artikeln.¹

Art. 264b

Grundsätzlich bevorzugt die Kommission Justitia et Pax zum Wohl des Kindes die *gemeinschaftliche* Adoption. Einzeladoptionen sollen möglich sein, aber nicht die Regel. Intakte familiäre Strukturen und Verhältnisse mit mindestens zwei Betreuungs- und Bezugspersonen sind für das Wohl des Kindes wichtig. Grundsätzlich muss auch bei der Frage Einzel- oder gemeinschaftliche Adoption das Wohl des Kindes im Mittelpunkt stehen.

Der Artikel 264b schafft Ungerechtigkeit und führt zur Bevorzugung von Einzelpersonen gegenüber ehelichen Gemeinschaften, da diese nur gemeinschaftlich adoptieren können.

Art. 264c

Hier befürwortet die Kommission die Variante 6.2 im erläuternden Bericht (*Art. 264c neu*): Öffnung der Stiefkindadoption auch für faktische Lebensgemeinschaften. Das verbessert die erb- und zivilrechtliche Situation von Stiefkindern, die faktisch bereits in familiären Strukturen leben.

Art. 268b

Die Anhörung des Kindes ist unabdingbar. Dabei ist die Professionalität der Mitarbeitenden bei den zuständigen Behörden und der allenfalls beauftragten Drittperson zu gewährleisten.

Art. 268c

Die Frage stellt sich, was sich der Gesetzgeber unter «schutzwürdigem Interesse» genau vorstellt. Der Anspruch muss gross sein, zum Beispiel wenn es sich um schwere (vererbare) Krankheiten und/oder Ähnliches handelt. Es braucht viel Sorgfalt, Umsichtigkeit und Rücksichtnahme – sowohl mit Blick auf das minderjährige Kind als auch mit Blick auf die leiblichen Eltern –, um angemessen beurteilen zu können, ob und welche Informationen erhältlich sein sollen.

Art. 268e, Abs. 1

Der spezialisierte Dienst soll nicht nur mit der Suche beauftragt werden, sondern ebenso mit der Beratung und Begleitung der gesuchstellenden Person. Die suchende Person ist in einer schwierigen und unter Umständen belastenden Situation, verbunden mit vielen Emotionen. Eine angemessene Beratung und Begleitung ist angebracht und erwünscht.

Art. 268f

Bei der Regelung des persönlichen Verkehrs mit den leiblichen Eltern muss gewährleistet sein, dass nicht gegen den Willen des Kindes entschieden wird, dessen Zustimmung muss

¹ Die in der Beurteilung nicht genannten Artikel sind aus Sicht der Kommission Justitia et Pax unstrittig und können so beibehalten werden.

zwingend gegeben sein. Das Wohl des Kindes muss im Mittelpunkt stehen. Bei urteilsunfähigen Kindern muss eine neutrale Kindeschutzbehörde entscheiden.

Art. 270a

Das urteilsfähige Kind muss in Bezug auf die Namenswahl angehört werden.

Für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen und Überlegungen danken wir Ihnen bestens.

Mit freundlichen Grüssen



Dr. Wolfgang Bürgstein
Generalsekretär
wolfgang.buergstein@iuspax.ch

Kommission Justitia et Pax
Rue des Alpes 6
1700 Fribourg

KONFERENZ DER KANTONALEN AUFSICHTSBEHÖRDEN IM ZIVILSTANDSDIENST
CONFÉRENCE DES AUTORITÉS CANTONALES DE SURVEILLANCE DE L'ÉTAT CIVIL
CONFERENZA DELLE AUTORITÀ CANTONALI DI VIGILANZA SULLO STATO CIVILE

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

per Mail an judith.wyder@bj.admin.ch

Münsingen, 11. März 2014

Änderung des Zivilgesetzbuches (Adoption)
Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Wyder
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) wurde im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Stellungnahme eingeladen. Dafür danken wir bestens. Wir erlauben uns darauf aufmerksam zu machen, dass die Adresse der Konferenz in der Adressatenliste nicht mehr aktuell ist und bitten um Anpassung (vgl. Adresse in Fusszeile).

Die Zivilstandsbehörden sind im Rahmen der Eintragung von Adoptionsentscheidungen im Personenstandsregister betroffen und der Vorstand der KAZ hat die Vorlage entsprechend inhaltlich gewürdigt.

Der Konferenzvortrag stellt fest, dass die Wirkungen der Adoption auf Namen (Vorname und Familienname) und Bürgerrecht der adoptierten Person seit Jahren Problemstellungen bei der Beurkundung mit sich bringen, da im Adoptionsentscheid die expliziten Aussagen zu diesen zwei Aspekten heute fehlen. Im Kontext zur geplanten Änderung von Art. 267 Abs. 3 ZGB (dem minderjährigen Kind kann ein neuer Vorname gegeben werden, sofern achtenswerte Gründe vorliegen), dürfte sich diese Situation mindestens nicht entschärfen.

Wir schlagen vor, in der Vorlage aufzunehmen, dass künftig die Adoptionsbehörde im Adoptionsentscheid die Wirkungen zu Namen (Vorname und Familienname) und Bürgerrecht nach Adoption explizit festhalten.

Für die Berücksichtigung unserer Eingabe danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

**KONFERENZ DER KANTONALEN AUFSICHTSBEHÖRDEN
IM ZIVILSTANDSDIENST**

Im Auftrag des Vorstandes

Der Geschäftsführer:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'W. Grossenbacher', written in a cursive style.

Walter Grossenbacher

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern
(per Mail an judith.wyder@bj.admin.ch)

Luzern, 31. März 2014

Änderung des Zivilgesetzbuches (Adoption): Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) dankt Ihnen für die Gelegenheit, zur rubrizierten Vorlage Stellung nehmen zu dürfen. Unsere Stellungnahme lehnt sich in weiten Teilen an die Vernehmlassungsantwort des Verbandes der kantonalen Zentralbehörden Adoption (VZBA) an, dessen Auffassung weitgehend geteilt wird.

1. Grundsätzliche Überlegungen

1. Grössere Flexibilität

Wir begrüssen das dem Entwurf zugrunde liegende Konzept, wonach das Gesetz nach wie vor formelle Voraussetzungen wie Mindestalter, Altersunterschied usw. enthält, dabei gleichzeitig die Möglichkeit vorsieht, bei Vorliegen wichtiger Gründe Ausnahmen zuzulassen. Die Aufgabe der Adoptionsbehörden wird durch diese Flexibilität zwar noch anspruchsvoller, sie können demgegenüber aber den Umständen des Einzelfalles besser Rechnung tragen. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass vermehrt komplexe Adoptionsverfahren zu bearbeiten sind und der Druck adoptionswilliger Personen, "Sonderlösungen" für ihren Fall zu finden, in den letzten Jahren zugenommen hat. Die Erfahrungen der Adoptionsbehörden zeigen auch, dass die Motivation adoptionswilliger Personen meist unter der Prämisse steht, ein gesundes Kleinkind zur Adoption zu "erhalten" und nicht unter der Prämisse, einem "elternlosen" - öfters mit psychischen und/oder körperlichen Defiziten behaftetem - Kind zu geeigneten Eltern zu verhelfen. So zeigt sich vor allem im Rahmen internationaler Adoptionen, dass Kinder mit "special needs" oder ältere Kinder an in der Schweiz wohnhafte Adoptionswillige kaum vermittelbar sind.

Gemäss dem Entwurf können Ausnahmen von den formellen Voraussetzungen jeweils aus wichtigen Gründen zugelassen werden, wenn "das Kindeswohl dadurch nicht gefährdet wird". Dazu ist festzustellen, dass es für die Adoptionsbehörde äusserst schwierig, wenn nicht unmöglich ist, eine in die Zukunft gerichtete Prognose zu stellen, ob das Kindeswohl durch einen bestimmten Umstand gefährdet wird. Es ist deshalb von adoptionswilligen Personen zu fordern, dass sie ihre Gründe für eine Ausnahme darlegen und aufzeigen, inwiefern diese dem Kindeswohl zugute kommen. Die Adoptionsbehörde hat dann zu entscheiden, ob sich zum Wohle des Kindes eine Ausnahme rechtfertigt.

2. Herabsetzung des Mindestalters der Adoptionswilligen

Die Festlegung eines Mindestalters von adoptionswilligen Personen erachten wir als sachgerecht. So stellt die Adoption eines Kindes die Eltern vor besondere Herausforderungen, die mit längerer Lebenserfahrung grundsätzlich besser zu meistern sind.

Die Herabsetzung des Mindestalters von 35 auf 28 Jahre bei der gemeinschaftlichen, der Einzel- und der Stiefkindadoption ist angemessen.

3. Mindestaltersunterschied

Das grundsätzliche Festhalten am Mindestaltersunterschied von 16 Jahren zwischen Adoptionswilligen und Kind befürworten wir. Was die Möglichkeit von Ausnahmen von dieser Grenze betrifft, so sind diese sehr restriktiv auszulegen. Das im Bericht erwähnte Beispiel von Geschwistern, wonach bei einem der Altersunterschied gewahrt ist, beim anderen nicht, ist unter dem Grundsatz der Gleichbehandlung von Geschwistern gemäss der UN-Kinderrechtskonvention nachvollziehbar. Weitere Ausnahmen sollten kaum zu rechtfertigen sein.

4. Höchstalter oder Höchstaltersunterschied

Es ist zu begrüßen, dass kein Höchstalter, sondern - wie bereits in der Adoptionsverordnung festgesetzt - ein Höchstaltersunterschied definiert wird. Damit ist der Fokus auf das Kind gerichtet, d.h. sein Alter bestimmt das Höchstalter der Adoptiveltern. Die Festlegung des Höchstaltersunterschieds zwischen Kind und den Adoptierenden von 45 Jahren im Gesetz ist sachgerecht. Dies unter dem Aspekt, dass der Sinn der Adoption - dem Kind Pflege und Erziehung zu erweisen - gebietet, dass das Alter der Adoptiveltern in etwa dem Alter natürlicher Eltern entspricht, und dass ein Kind möglichst bis zu seiner Volljährigkeit auf seine Adoptiveltern zählen kann. Die ausdrückliche Verankerung dieses Grundsatzes im Gesetz (Art. 264 Abs. 2 ZGB Entwurf) ist sehr hilfreich für die Adoptionsbehörden, insbesondere auch für Fälle, in denen Adoptionswillige eine Ausnahme bezüglich des Höchstaltersunterschieds beanspruchen wollen.

5. Herabsetzung der Ehedauer

Gemäss Entwurf wird die geltende Ehedauer von 5 Jahren auf 3 Jahre herabgesetzt. Im Bericht zum Entwurf wird dazu ausgeführt, dass mit einer solchen Festsetzung der Gesetzgeber den Adoptionsbehörden ein objektives Kriterium in die Hand gibt, um die geforderte Stabilität und Dauerhaftigkeit prüfen zu können. Auch unter dem neuem Recht solle die Dauer der Beziehung ein wichtiges Kriterium bei der Entscheidungsfindung bilden. Unseres Erachtens lässt sich die Stabilität einer Beziehung nicht so sehr aus der Ehedauer ableiten, sondern aus der Dauer eines gemeinsam gelebten Alltags, also der Dauer des Zusammenlebens in einer Hausgemeinschaft. Wir könnten uns deshalb auch eine Regelung vorstellen, wonach zwar eine Ehe bestehen muss, um ein Adoptionsgesuch einreichen zu können, im Gegenzug aber eine gelebte Hausgemeinschaft von mindestens 5 Jahren nachgewiesen ist.

Eine Herabsetzung der Ehedauer auf 3 Jahre - die gemäss Bericht eine Vorgabe des Parlaments ist - erachten wir als nicht opportun. Dies auch unter dem Aspekt der hohen Scheidungsrate¹. In diesem Zusammenhang ist auch darauf zu verweisen, dass mit guten Gründen - die heute noch gelten - im Rahmen des neuen Scheidungsrechts im Jahre 2000 die Ehedauer von 2 Jahren auf 5 Jahre heraufgesetzt wurde.

¹ Ehedauer von 0-4 Jahren 12%, von 5-9 Jahren 27%, somit von 0-9 Jahren 39%
(Zahlen 2012 betr. Scheidungen gemäss Statistik Schweiz)

6. Spezialfall "Stiefkindadoption"

Die Erfahrungen der Adoptionsbehörden bestätigen die Problematik der Stiefkindadoption wie sie im Bericht beschrieben wird. Dies betrifft vor allem Kinder aus geschiedenen Ehen. Diese erleben zweimal eine Trennung, zuerst mit der Scheidung und dann mit der Auflösung des Kindesverhältnisses zu einem Elternteil. Es besteht bei Stiefkindadoptionen die Gefahr, dass ein Elternteil die Adoption benutzt, um den anderen Elternteil aus dem Leben des Kindes zu verdrängen. Dabei sind auch "Deals" im Spiele, dass - meist der Vater - die Zustimmung zur Adoption gibt, wobei im Gegenzug - meist die Mutter - auf die Unterhaltsbeiträge verzichtet. Zudem verliert das Kind mit der Adoption zusätzlich seine Verwandten desjenigen Elternteils, zu dem das Kindesverhältnis erlischt. Die Erfahrungen zeigen, dass nicht wenige adoptierte Stiefkinder im Erwachsenenalter nachfragen, ob die Adoption rückgängig gemacht werden kann, oder dass sie ein Namensänderungsgesuch stellen auf den ledigen Namen der Mutter, und dabei kommunizieren, dass sie die Beziehung zu ihrem Adoptivvater abgebrochen haben, die Mutter vom Adoptivvater geschieden ist usw.

Erfahrungsgemäss geraten Stiefkinder oft in grosse Loyalitätskonflikte und werden vom Elternteil und Stiefelternteil, bei denen sie leben, einseitig beeinflusst und manipuliert, und sie stimmen ihrer Adoption zu, obwohl sie nicht deren Konsequenzen für ihre eigene Situation abschätzen können. Wir plädieren daher dafür, Stiefkindadoptionen grundsätzlich erst bei Volljährigkeit des Stiefkindes zuzulassen.

Demgegenüber gibt es Konstellationen, die unseres Erachtens die Adoption minderjähriger Stiefkinder ausnahmsweise rechtfertigen bzw. deren Wohle dienen. Wir denken dabei an Fälle, in denen das Kind rechtlich oder faktisch nur einen Elternteil hat: Halbweise, anderer Elternteil unbekannt, seit längerer Zeit unbekanntem Aufenthalts, dauernd urteilsunfähig oder er hat sich nicht ernstlich um sein Kind gekümmert. Es handelt sich also um die Konstellationen von Art. 265c ZGB, bei denen von der elterlichen Zustimmung abgesehen werden kann.

Die Zulassung der Stiefkindadoption durch Personen in eingetragener Partnerschaft unter den beschriebenen Voraussetzungen erachten wir als sinnvoll. Dies unter dem Aspekt, dass das Kind bereits in der Gemeinschaft mit dem Vater oder der Mutter und dessen/deren Partner/in zusammenlebt und mit einer Adoption eine rechtliche Absicherung des Kindes erreicht werden kann.

7. Einzeladoption

Gemäss dem geltenden Recht kommt der Einzeladoption ein Ausnahmecharakter zu und ist für verheiratete Personen nur unter ganz "engen Voraussetzungen" zulässig.

Gemäss dem Entwurf soll die Einzeladoption für sämtliche Personen möglich sein, also unabhängig davon, ob jemand alleinstehend ist, verheiratet ist, in eingetragener Partnerschaft lebt oder in einer faktischen Lebensgemeinschaft zusammenlebt. Damit wird der Ausnahmecharakter der Einzeladoption aufgehoben, ebenso das Prinzip, dass das Institut der Adoption entsprechend dem natürlichen Kindesverhältnis grundsätzlich darauf ausgerichtet ist, einem Kind zwei Eltern und damit zwei Familiensysteme zu verschaffen. Dieser Konzeption können wir nicht zustimmen. Zudem besteht die Gefahr der Umgehung des Verbots einer gemeinschaftlichen Adoption durch Personen in einer faktischen Lebensgemeinschaft, indem einer Einzeladoption eine Stiefkindadoption "nachgeschoben" wird. Wir regen an, die Regelung der Einzeladoption zu überdenken und diese wie bisher mit Ausnahmecharakter auszugestalten.

8. Ausschluss der gemeinschaftlichen Adoption durch Personen in eingetragener Partnerschaft

Gleichgeschlechtlich orientierten Personen ist gemäss geltendem Recht die Einzeladoption zugänglich, und im Ausland erfolgte gemeinschaftliche Adoptionen gleichgeschlechtlicher Paare in eingetragener Partnerschaft sind zu anerkennen. Unter diesen Aspekten und insbesondere auch der Gleichbehandlung von Personen in eingetragener Partnerschaft mit Ehepaaren müsste die gemeinschaftliche Adoption durch Personen in eingetragener Partnerschaft zugelassen werden. Wir können aber die Argumentation des Bundesrates, der diese Öffnung wegen der mangelnden gesellschaftlichen Akzeptanz als nicht opportun erachtet, nachvollziehen.

9. Öffnung der Adoption für faktische Lebensgemeinschaften

Die Adoption für Personen in faktischer Lebensgemeinschaft - handle es sich um eine gemeinschaftliche Adoption oder eine Stiefkindadoption - ist abzulehnen. Die Rechtssicherheit gebietet es im Zusammenhang mit Adoptionen, am formalen Akt der Ehe oder eingetragenen Partnerschaft anzuknüpfen, der eine nach aussen erkennbare Manifestation des Willens zweier Personen darstellt, ihr Leben gemeinsam zu verbringen. Die Eingehung der Ehe oder die Erklärung zur Eintragung einer Partnerschaft im Hinblick auf eine Adoption ist zumutbar.

10. Erleichterung der Erwachsenenadoption

Künftig soll von der Voraussetzung des Fehlens von Nachkommen abgesehen werden. Dieser Änderung können wir zustimmen. Dagegen nicht der Herabsetzung der Dauer der Pflege bzw. Pflege und Erziehung bzw. Hausgemeinschaft von heute 5 auf 3 Jahren. Eine Erwachsenenadoption soll unseres Erachtens nur zugelassen werden, wenn zwischen den Adoptionswilligen und der zu adoptierenden Person eine Eltern-Kind ähnliche Beziehung besteht. Dass eine solche bereits nach 3 Jahren besteht, ist zweifelhaft.

11. Lockerung des Adoptionsgeheimnisses für leibliche Eltern

Der Regelung, wonach den leiblichen Eltern ermöglicht werden soll, während der Minderjährigkeit des Adoptivkindes im Einverständnis mit den Adoptiveltern und dem urteilsfähigen Adoptivkind, oder ab der Volljährigkeit des Adoptivkindes mit dessen Einverständnis Informationen über seine Personalien zu erhalten, können wir zustimmen. Sie soll ja insbesondere Müttern, die seitens von Behörden unter Druck gesetzt wurden, ihre Zustimmung zur Adoption zu geben, ermöglichen, die Identität und den Aufenthalt ihres Kindes zu erfahren.

Die Einräumung eines Anspruches der leiblichen Eltern, wonach unabhängig vom Alter und von der Zustimmung des Kindes, ihnen nichtidentifizierende Informationen über die Lebenssituation des Kindes bekannt zu geben sind, ist als problematisch zu qualifizieren. So stellt sich insbesondere auch die Frage, woher die für diese Auskünfte zuständigen Behörden ihre Informationen zur Lebenssituation des Kindes bekommen sollen, wenn das Adoptivkind oder dessen Adoptiveltern darüber keine Auskunft geben wollen oder diese nicht mehr auffindbar sind. Die Regelung ist somit gegenüber den leiblichen Eltern eine reine "Augenwischerei".

2. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen des Vorentwurfs

Artikel 264a Absatz 2, 264b Absatz 2, 265 Absatz 1

Die Abweichung vom Mindestalter bzw. Mindestaltersunterschied bei wichtigen Gründen rechtfertigt sich, *wenn sie dem Kindeswohl dient* (vgl. Bemerkung Ziff. 1.1. zweiter Absatz).

Artikel 265 Absätze 2 und 3

Wir begrüßen die ausdrückliche gesetzliche Verankerung des Einbezuges des urteilsunfähigen Kindes und der Möglichkeit der Beistandsbestellung im Verfahren.

Artikel 267 Absatz 3

Der dritte Satz dieser Bestimmung ist an die seit 1. Januar 2013 geltende Regelung von Art. 270b ZGB anzupassen, wonach das Kind, welches das 12. Altersjahr vollendet hat, der Namensänderung zuzustimmen hat.

Artikel 268d Absatz 1

Gemäss der vorliegenden Bestimmung soll die im Sinne von Art. 316 Abs. 1^{bis} ZGB einzige zuständige kantonale Behörde *im Zeitpunkt der Adoption* für die Auskunftserteilung zuständig sein. Hierzu ist festzuhalten, dass die Regelung von Art. 316 Abs. 1^{bis} ZGB erst seit 1.1.2003 in Kraft ist und vor diesem Zeitpunkt meist Gemeindebehörden zuständig waren. In Anbetracht, dass gemäss der Übergangsregelung von Art. 12c ZGB die Bestimmungen über das Adoptionsgeheimnis auch für Adoptionen gelten, die vor Inkrafttreten der Revision ausgesprochen wurden, somit auch für Adoptionen gilt, die vor Jahrzehnten bewilligt wurden, ist der Passus "im Zeitpunkt der Adoption" zu streichen.

Artikel 268e

Diese Regelung ist ersatzlos zu streichen.

Es steht jeder Person und den für die Auskünfte zuständigen kantonalen Behörden schon heute frei, Suchdienste zu beauftragen. Die Kantone quasi zu verpflichten, Suchdienste in Anspruch zu nehmen, sofern dies die gesuchstellende Person wünscht, und den Kantonen eine Kostenbeteiligung aufzuerlegen, ist abzulehnen.

Was die Bestimmung von Absatz 3 betrifft, welche die Erfüllung der Motion Fehr "Adoptionsgeheimnis" (09.4017) im Blickwinkel hat, ist die Finanzierung von Suchmassnahmen für Personen, bei denen keine Zustimmung zur Adoption eingeholt wurde oder die nur unter Druck einer Behörde eine solche abgaben, mit der Schaffung eines Fonds zu lösen. Diesbezügliche Bestrebungen sind ja bereits im Gange und ein Fonds für finanzielle Soforthilfen für von "fürsorgerischen Zwangsmassnahmen" (worunter auch die sog. "Zwangsadoption" fällt) betroffenen Personen - wurde bereits geschaffen.

Bei Streichung dieser Bestimmung ist die Übergangsregelung von Art. 12c entsprechend anzupassen.

Artikel 268f

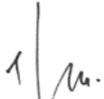
Die Akteure bei der sogenannten "offenen Adoption" haben in der Regel unterschiedliche Motivationen und Interessen. Ursprüngliche Ideen/Vorstellungen können sich deshalb zu hoch konfliktiven Situationen entwickeln. Entsprechend ist es wichtig, dass nicht schon die Vereinbarung Konfliktpo-

tential enthält. Wir beantragen deshalb, die Vereinbarung der Genehmigung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde zu unterstellen. Dies entspricht auch dem System der Regelung des persönlichen Verkehrs, bei der Vereinbarungen zwischen den Eltern nicht verbindlich sind, solange die KESB nicht autoritativ über den persönlichen Verkehr entscheidet.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Aufnahme unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

**Konferenz der Kantone
für Kindes- und Erwachsenenschutz KOKES**



Guido Marbet,
Präsident



Diana Wider,
Generalsekretärin

Koenig Grégoire BJ

De: Simona Liechti [simonaliechti@gmail.com]
Envoyé: jeudi 6 février 2014 14:33
À: Wyder Judith BJ
Objet: VN Adoption, Private: Liechti Simona 06.02.2014 (Stiefkindadoption)

Sehr geehrte Frau Wyder

kurz zu meiner Person, damit Sie die Stellungnahme entsprechend einordnen können: ich lebe in einer (nicht eingetragenen) gleichgeschlechtlichen Beziehung und arbeite als Juristi im Kanton Bern.

Folgende Szenario: ich und meine Partnerin lassen uns eintragen. Da wir nicht gemeinsam Kinder adoptieren können, adoptiere ich ein Kind als Einzelperson. Anschliessend kann meine Partnerin das Kind ebenfalls dank der Stiefkindadoption adoptieren?

Auch wenn dieses Szenario entsprechend sinnlos und nicht den Wünschen des Gesetzgebers entsprechend dürfte, erkenne ich aus dem Wortlaut des Gesetzes, wie auch aus dem Bericht keine entsprechenden Vorbehalte diesbezüglich. So wird bei der Stiefkindadoption nirgends von "leiblichem" Kind gesprochen. Dies könnte m.E. zu Probleme in der Umsetzung führen. Für uns natürlich, vorteilhafte Lücken, jedoch wird es wohl in der Umsetzung dann doch nicht funktionieren. Vielleicht irre ich mich aber auch und übersehe etwas. So oder so, faktisch - aber das weiss der Gesetzgeber ja auch - wird immer noch eine Ungleichbehandlung vorgenommen und keine sachlogischen Gründe (ausser dem angeblichen Wille des Volkes) dargelegt, weshalb eine gemeinschaftliche Adoption unmöglich sein soll. Das Argument es sei der im Moment "mildeste" Weg, vermag nur halb zu überzeugen. Mit Blick ins Ausland erscheint beängstigend wie zurückgeblieben die tolerante, demokratische und angeblich offene Schweiz diesbezüglich ist. Gerade auch im Vergleich mit katholischen Ländern!

Nichtsdesto trotz. Die Stiefkindadoption ist mitunter ein Schritt in die m.E. richtige Richtung.

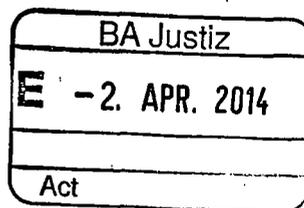
Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse
Simona Liechti

--

Simona Flaminia Liechti
Brunngasse 46, 3011 Bern
+41 78 624 14 31

Bundesamt für Justiz
z.Hd. Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern



Bern, 31. März 2014

Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Adoption)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga
Sehr geehrte Frau Wyder

Die Lesbianorganisation Schweiz LOS bedankt sich für die Einladung des Bundesamtes für Justiz, zu den vorgeschlagenen Änderungen des Adoptionsrechts Stellung zu nehmen. Die Stossrichtung der Revision unterstützen wir.

Wir schliessen uns der Analyse des Vereins "Regenbogen Familien" an, die Vernehmlassung wurde durch die Juristin der LOS fachlich begleitet und mit einigen für unseren Verein wichtigen Zusätzen versehen.

Gerne senden wir Ihnen in der Beilage die Vernehmlassung der LOS zur Änderung des Zivilgesetzbuches betreffend Adoption.

Freundliche Grüsse
LESBENORGANISATION SCHWEIZ LOS

Für den Vorstand und die Geschäftsleitung:
Barbara Lanthemann, Geschäftsführerin

Im Unterschied zum vorliegenden Gesetzesentwurf befürworten wir die Zulassung der **gemeinschaftlichen Adoption** auch für eingetragene Partnerinnen und Partner sowie für faktische Lebensgemeinschaften. Die gemeinschaftliche Adoption durch eingetragene Paare sollte nicht nur zur Beseitigung einer Diskriminierung, sondern auch aus gesellschaftspolitischen Überlegungen zugelassen werden. Denn wie im erläuternden Bericht dargelegt, kann davon ausgegangen werden, dass eine Mehrheit der Bevölkerung die gemeinschaftliche Adoption für gleichgeschlechtliche Paare gutheissen wird.

Die vorgeschlagene Regelung der **Stiefkindadoption** zur rechtlichen Absicherung von Kindern in eingetragener Partnerschaft verkennt die Tatsache, dass es sich bei den meisten Kindern, nicht um klassische "Stiefkinder" handelt, sondern um Kinder, die in diese Familien hineingeboren werden und bei denen i.d.R. kein zweiter biologischer Elternteil greifbar/bekannt ist. Die Wartefrist bis zur möglichen Stiefkindadoption bewirkt, dass die Kinder (unnötig) lange Zeit ohne zweiten rechtlichen Elternteil und damit ohne genügenden rechtlichen Schutz sind. Die im Gesetzesentwurf vorgesehene Regelung ist demnach für die Mehrheit dieser Familien ungenügend und es wäre zu prüfen, ob für solche Konstellationen nicht eine Art Anerkennung ab Geburt, wie dies durch die Vaterschaftsanerkennung möglich ist, geschaffen werden kann.

Mit der Einführung der Stiefkindadoption auch für eingetragene Paare und damit der Anerkennung der Realität, dass auch diese Paare einen gemeinsamen Kinderwunsch umsetzen, macht die zwingende Errichtung einer **Beistandschaft** für Neugeborene bei Frauen in einer eingetragenen Partnerschaft keinen Sinn mehr. Wir regen daher an, Art. 309 ZGB im Rahmen dieser Revision ebenfalls entsprechend anzupassen.

Die Revision stellt einen Schritt in die richtige Richtung dar. Es werden aber viele **Ungleichbehandlungen** nicht behoben, sondern ungerechtfertigte und überholte Diskriminierungen fortgesetzt (so etwa das Verbot der gemeinschaftlichen Adoption und das Verbot zum Zugang zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren). Es ist daher grundsätzlich zu hinterfragen, ob ein Spezialgesetz für gleichgeschlechtliche Paare (PartG) noch zeitgemäss ist. Um alle rechtlichen Benachteiligungen von gleichgeschlechtlich orientierten Menschen und deren Kindern aufzuheben, bleibt langfristig einzig die Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare.

Im Folgenden nehmen wir Stellung zu den - aus der Sicht von gleichgeschlechtlichen Paaren und Regenbogenfamilien - wichtigsten Bestimmungen:

Art. 264a gemeinschaftliche Adoption

1 Ehegatten können ein Kind gemeinschaftlich adoptieren, wenn sie seit mindestens drei Jahren miteinander verheiratet sind und beide das 28. Altersjahr zurückgelegt haben.

2 Aus wichtigen Gründen kann vom Mindestalter abgewichen werden, wenn das Kindeswohl dadurch nicht gefährdet wird.

Abs. 1

Wir finden es sehr bedauernd, dass die gemeinschaftliche Adoption auf Ehegatten beschränkt bleiben soll. Eine gemeinschaftliche Adoption sollte unabhängig vom Zivilstand bzw. der sexuellen Orientierung möglich sein. Wie im erläuternden Bericht aufgezeigt, ist seit der Abstimmung zum

Partnerschaftsgesetz die Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften stark angestiegen. Auch in Bezug auf gleichgeschlechtliche Elternschaften hat sich die Meinung der Bevölkerung aufgrund der Entwicklungen im nahen (Europa) und fernen Ausland (USA, Australien, Südamerika), wo vielerorts die vollständige Öffnung der Adoption erfolgt ist und von der Bevölkerung positiv aufgenommen wurde, gewandelt.

Faktisch gibt es keine Gründe, die gemeinschaftliche Adoption gleichgeschlechtlichen Paaren weiterhin zu verwehren, denn ausschlaggebend für die Adoption eines Kindes ist die Gewährleistung des Kindeswohls. Die sexuelle Orientierung der Eltern hat nachweislich auf die Entwicklung keinen negativen Einfluss: Kinder aus sogenannten Regenbogenfamilien gedeihen gut. Diesen Erkenntnissen, welche in den letzten 30 Jahren in diversen entwicklungspsychologischen Langzeit-Studien bestätigt wurden, sollte nun endlich Rechnung getragen werden.

Abs. 2

Wir vermissen die Möglichkeit, dass auf Grund von wichtigen Gründen nicht auch von der Partnerschaftsdauer abgewichen werden kann, sofern das Kindeswohl nicht gefährdet ist.

Art. 264b Einzeladoption

1 Eine Person darf alleine adoptieren, wenn Sie das 28. Altersjahr zurückgelegt hat.

2 Aus wichtigen Gründen kann vom Mindestalter abgewichen werden, wenn das Kindeswohl dadurch nicht gefährdet wird.

3 Vor der Adoption ist die Einstellung des Ehegatten, der eingetragenen Partnerin oder des eingetragenen Partners oder der faktischen Lebenspartnerin oder des faktischen Lebenspartners der adoptionswilligen Person entsprechend zu würdigen.

Wir begrüßen es sehr, dass mit dem vorliegenden Vorschlag die Einzeladoption für sämtliche Personen - unabhängig von ihrem Zivilstand - geöffnet werden soll. Nach geltendem Recht ist eine Einzeladoption nur möglich, wenn die adoptierende Person unverheiratet ist. Dies führt heute für eine in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft lebende Person zur absurden und unhaltbaren Situation, dass eine Einzeladoption nicht mehr zulässig ist, sobald sie eine eingetragene Partnerschaft eingeht. Mit der vorgesehenen Gesetzesänderung wird nun richtigerweise sichergestellt, dass homosexuelle Personen nicht allein wegen der Eingehung einer eingetragenen Partnerschaft von der Einzeladoption ausgeschlossen werden.

Art. 264c Stiefkindadoption

Eine Person darf das Kind ihres Ehegatten oder ihrer eingetragenen Partnerin oder ihres eingetragenen Partners adoptieren, wenn die Ehe oder die eingetragene Partnerschaft seit mindestens drei Jahren besteht.

Wir begrüßen es, dass künftig auch eine Stiefkindadoption durch Personen in einer eingetragenen Partnerschaft möglich sein soll. Damit wird die nach geltendem Recht stossende Situation, dass Kinder in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften rechtlich nicht in gleichem Masse abgesichert sind wie Kinder in ehelichen Gemeinschaften, zumindest teilweise beseitigt. Zu beachten ist aber, dass es sich

bei den meisten Kindern, die in Regenbogenfamilien aufwachsen, nicht um eigentliche "Stiefkinder" handelt, sondern um Kinder, die in diese Familien hineingeboren werden und bei denen i.d.R. kein zweiter biologischer Elternteil greifbar/bekannt ist. Die - durch die verlangte mindestens dreijährige eingetragene Partnerschaft sowie das anschliessende Adoptionsverfahren – entstehende Wartezeit bis zur möglichen Stiefkindadoption hat zur Folge, dass die Kinder lange Zeit nur einen Elternteil haben und in dieser Zeit ohne genügenden rechtlichen Schutz sind. Die vorgesehene Regelung ist demnach für die Mehrheit dieser Familien ungenügend und es wäre zu prüfen, ob für solche Konstellationen nicht eine Art Anerkennung ab Geburt, wie dies durch die Vaterschaftsanerkennung möglich ist, geschaffen werden kann.

Art. 264c neu Stiefkindadoption (Variante)

1 Eine Person darf das Kind adoptieren, mit dessen Mutter oder Vater sie in einer:

- 1. Ehe;*
- 2. eingetragenen Partnerschaft;*
- 3. faktischen Lebensgemeinschaft lebt.*

Das Paar muss unmittelbar vor Einreichen des Adoptionsgesuchs seit mindestens drei Jahren einen gemeinsamen Haushalt geführt haben.

2 Personen in einer faktischen Lebensgemeinschaft dürfen mit einer Drittperson weder verheiratet noch durch eine eingetragene Partnerschaft verbunden sein.

Die Variante, die Stiefkindadoption auch für faktische Lebensgemeinschaften zu erlauben, bevorzugen wir. Angesichts der heutigen Lebensrealitäten ist es nicht mehr zeitgemäss, die Möglichkeit der Stiefkindadoption vom Zivilstand abhängig zu machen. Mit der vorgesehenen mindestens 3-jährigen Dauer des gemeinsamen Haushalts ist die erforderliche Stabilität der Beziehung hinreichend sichergestellt.

Diese Regelung würde auch die oben angesprochene Problematik, dass in eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft hineingeborenen Kinder längere Zeit ohne zweiten rechtlichen Elternteil bleiben müssen, etwas abmildern. Eine dreijährige faktische Partnerschaft ist schneller erreicht als eine dreijährige eingetragene Partnerschaft.

Im Übrigen sieht der Auftrag des Parlaments die Öffnung der Adoption für alle Erwachsenen, ungeachtet des Zivilstands und der Lebensform vor; es ist daher schwer nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat - in Abweichung vom Beschluss des Parlaments - die Öffnung der Stiefkindadoption für faktische Lebensgemeinschaften lediglich als Variante vorschlägt.

Änderungen im PartG 2. Partnerschaftsgesetz vom 18. Juni 2004

Art. 17 Abs. 3 Aufhebung des Zusammenlebens

3bis Hat eine Person das minderjährige Kind adoptiert, mit dessen Mutter oder Vater sie in einer eingetragenen Partnerschaft lebt, so trifft das Gericht nach den Artikeln 270-327c ZGB151 die nötigen Massnahmen.

Wir erachten es als notwendig, die Begriffe "leiblich/biologisch" zu ergänzen.

Art. 27a Stiefkindadoption

Hat eine Person das minderjährige Kind adoptiert, mit dessen Mutter oder Vater sie in einer eingetragenen Partnerschaft lebt, so sind die Artikel 270–327c ZGB 153 sinngemäss anwendbar.

Wie bereits weiter oben ausgeführt, ist eine Anerkennung ab Geburt, wie dies bei der Vaterschafts-erkennung möglich ist, zu prüfen, denn die Mehrheit der Kinder in eingetragener Partnerschaft sind als Wunsch Kinder in eine gleichgeschlechtliche Beziehung hineingeboren, was nicht der klassischen Stiefkind-Situation entspricht.

Art. 28 Adoption und Fortpflanzungsmedizin

Personen, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, sind weder zur gemeinschaftlichen Adoption noch zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren zugelassen.

Es wäre zu begrüßen, wenn Bundesrat und Parlament einen Vorschlag verabschieden würden, der nicht Diskriminierungen eingetragener Paare bewusst aufrechterhält, sondern diese aufhebt.

Wir finden es sehr bedauernd, dass der Gesetzesentwurf am Verbot der **gemeinschaftlichen Adoption** durch Personen in einer eingetragenen Partnerschaft festhält. Wie im erläuternden Bericht aufgezeigt, ist seit der Abstimmung zum Partnerschaftsgesetz die Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften stark angestiegen. Auch in Bezug auf gleichgeschlechtliche Elternschaften hat sich die Meinung der Bevölkerung aufgrund der Entwicklungen im nahen (Europa) und fernen Ausland (USA, Australien, Südamerika), wo vielerorts die vollständige Öffnung der Adoption erfolgt ist und von der Bevölkerung positiv aufgenommen wurde, gewandelt.

Faktisch gibt es keine Gründe, die gemeinschaftliche Adoption gleichgeschlechtlichen Paaren weiterhin zu verwehren, denn ausschlaggebend für die Adoption eines Kindes ist die Gewährleistung des Kindeswohls. Die sexuelle Orientierung der Eltern hat nachweislich auf die Entwicklung keinen negativen Einfluss: Kinder aus sogenannten Regenbogenfamilien gedeihen gut. Diesen Erkenntnissen, welche in den letzten 30 Jahren in diversen entwicklungspsychologischen Langzeit-Studien bestätigt wurden, sollte nun endlich Rechnung getragen werden.

Ebenfalls bedauern wir und erachten es nicht als zeitgemäss, dass Personen, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, auch künftig nicht zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren zugelassen werden sollen. Wie im erläuternden Bericht zutreffend ausgeführt wird (S. 23 unten), können die schweizerischen Verbote durch eine Inanspruchnahme von fortpflanzungsmedizinischen Leistungen im Ausland ohnehin umgangen werden. Dass die betroffenen Paare jedoch ins Ausland ausweichen

müssen, ist diskriminierend. Den **Zugang zur Fortpflanzungsmedizin** auf verschieden-geschlechtliche Paare zu beschränken, erachtet die Nationale Ethikkommission (NEK) als nicht mehr begründet. Es sei Ausdruck von Vorurteilen, die wissenschaftlich nicht abgestützt seien – sofern nicht ein normativer Naturbegriff herangezogen werde. Vielmehr können auch gleichgeschlechtliche Paare gemeinsam die elterliche Verantwortung für ein Kind übernehmen, obwohl sie ohne den Eingriff von Dritten nicht in der Lage sind, es „natürlich“ zu zeugen. Nach Ansicht der NEK erfolgt hier eine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare sowie alleinstehender Personen ausgehend von einem falschen Verständnis des Kindeswohls (NEK-Stellungnahme 22/2013, S. 38, 52 f.).

Im Weiteren empfiehlt die NEK, die Samenspende für gleichgeschlechtliche Paare und alleinstehende Personen in der Schweiz zuzulassen (NEK-Stellungnahme 22/2013, S. 41). Den heutigen Ausschluss erachtet sie als diskriminierend. Diesen Argumenten stimmen wir zu und beantragen, sie in der Gesetzesrevision zu berücksichtigen und Art. 28 PartG aufzuheben und eingetragene Partnerschaften insoweit der Ehe gleichzustellen.

Bundesamt für Justiz
z.Hd. Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

Zürich, 28. März 2014

Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Adoption)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga
Sehr geehrte Frau Wyder

NETWORK, die Vereinigung schwuler Führungskräfte, dankt Ihnen bestens für die Einladung, zu den vorgeschlagenen Änderungen des Adoptionsrechts Stellung zu nehmen. Die Stossrichtung der Revision unterstützen wir.

Im Unterschied zum vorliegenden Gesetzesentwurf befürworten wir aber die Zulassung auch der **gemeinschaftlichen Adoption** für eingetragene Partnerinnen und Partner sowie für faktische Lebensgemeinschaften. Die gemeinschaftliche Adoption durch eingetragene Paare sollte nicht nur zur Beseitigung einer Diskriminierung, sondern auch aus gesellschaftspolitischen Gründen zugelassen werden. Denn wie Sie im erläuternden Bericht dargelegen, können wir davon ausgehen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung die gemeinschaftliche Adoption für gleichgeschlechtliche Paare heute gutheissen würde. Darüber hinaus sollten eingetragene Paare auch zur Fortpflanzungsmedizin zugelassen werden; für einen Ausschluss davon ist kein Grund ersichtlich.

Die vorgeschlagene Regelung der **Stiefkindadoption** zur rechtlichen Absicherung von Kindern in eingetragener Partnerschaft erachten wir als ungenügend. Denn die Mehrheit der Kinder, die in Regenbogenfamilien aufwachsen, sind Wunschkinder, die in eine gleichgeschlechtliche Beziehung hineingeboren werden und bei denen in der Regel kein zweiter Elternteil greifbar oder bekannt ist (z.B. wegen Samenspende). Diese Kinder werden derzeit rechtlich nur durch einen Elternteil abgesichert und würden – wenn es nach dem bundesrätlichen Entwurf geht – auch in Zukunft während mindestens einem Jahr plus Adoptionsdauer ohne rechtliche Bindung zu ihrem zweiten, nicht-genetischen Elternteil bleiben. Im Fall von Wunschkindern soll jedoch von Geburt an auch ein Kindesverhältnis zum zweiten Elternteil begründet werden können: Wir schlagen deshalb für diese Situationen die Möglichkeit einer Anerkennung des Kindes analog der Vaterschaftsanerkennung von Art. 260 Abs. 1 ZGB vor.

Mit der Revision des Sorgerechts per 1. Juli 2014 wird Art. 309 ZGB abgeschafft. Damit wird bei Frauenpaaren in eingetragener Partnerschaft künftig keine Beistandschaft für das Neugeborene mehr zu errichten sein, auch nicht gestützt auf Art. 308 Abs. 2 ZGB. Der Anspruch des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung genügt gemäss Botschaft des Bundesrates zur elterlichen Sorge nicht, um dem Kind weiterhin in jedem Fall einen Beistand zu bestellen (vgl. Botschaft des Bundesrates (11.070, S. 9108 f.).

Wichtig ist es auch, eine Möglichkeit zu schaffen, dass Frauenpaare die Identität des „Samenspenders“ bekannt geben können, ohne dass damit eine rechtliche Vaterschaftsfeststellung/-anerkennung verbunden ist. Diesbezüglich befinden sich Frauenpaare heute in einem Dilemma: Geben sie die Identität des genetischen Erzeugers an, wird dieser automatisch als rechtlicher Vater in das Zivilstandsregister eingetragen.

Wegen der Zustimmungserfordernis des bisherigen rechtlichen Elternteils (Art. 265a Abs. 1 ZGB) wird die Stiefkindadoption nicht in allen Fällen eine realistische oder wünschbare Option sein. Kinder, die in Patchwork- oder Regenbogenfamilien aufwachsen, haben auch oft mehr als zwei Elternteile als Bezugspersonen. Um das Familienrecht und die Realität näher zusammen zu führen, ist deshalb die Obergrenze der zulässigen Elternzahl auf zwei zu überdenken. Dass ein Kind nicht unübersehbar viele Eltern haben sollte, ist verständlich; warum eine Mehrelternschaft völlig ausgeschlossen sein sollte, dagegen nicht. Eine Fehlvorstellung scheint zu sein, dass mehrere Eltern immer die gleichen Rechte haben müssten (vgl. Lembke, Die Ordnung der Familie, FamPra 1/2014, S. 132). Der Wandel von Familienformen ist kein exklusives Ereignis der Jahrtausendwende. Abhängig von kulturellen, sozialen, ökonomischen und technologischen Veränderungen hat es einen solchen Wandel schon immer gegeben. Wer auf die ehebasierte Kleinfamilie als universales Modell abstellt, wird den realen historischen Entwicklungen in keiner Weise gerecht (vgl. Lembke, a.a.O., S. 121).

Die geplante Revision des Adoptionsrechtes stellt einen Schritt in die richtige Richtung dar. Es werden aber viele **Ungleichbehandlungen** nicht behoben, sondern ungerechtfertigte und überholte Diskriminierungen fortgesetzt (so etwa das Verbot der gemeinschaftlichen Adoption und das Verbot zum Zugang zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren). Es ist daher grundsätzlich zu hinterfragen, ob ein Spezialgesetz für gleichgeschlechtliche Partnerschaften (PartG) noch sachlich gerechtfertigt ist. Angemessener und einfacher erscheint es, die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen, denn nur damit können alle rechtlichen Benachteiligungen beseitigt werden.

Im Folgenden nehmen wir gerne zu den einzelnen Artikeln Stellung:

Art. 264 Allgemeine Voraussetzungen

1 Ein minderjähriges Kind darf adoptiert werden, wenn ihm die adoptionswilligen Personen während wenigstens eines Jahres Pflege und Erziehung erwiesen haben und nach den gesamten Umständen zu erwarten ist, die Begründung eines Kindesverhältnisses diene seinem Wohl, ohne andere Kinder dieser Personen in unbilliger Weise zurückzusetzen.

2 Eine Adoption ist insbesondere nur dann möglich, wenn die adoptionswilligen Personen aufgrund ihres Alters und ihrer persönlichen Verhältnisse voraussichtlich bis zur Volljährigkeit des Kindes für dieses sorgen können.

3 Die Adoptionsvoraussetzungen müssen bei Einreichen des Adoptionsgesuches erfüllt sein. Ausgenommen davon sind jene Adoptionsvoraussetzungen, von denen bei Vorliegen wichtiger Gründe abgewichen werden kann, wenn das Kindeswohl dadurch nicht gefährdet wird.

Zu Abs. 1:

Im Fall von Wunschkindern (z.B. private Samenspende) führt diese Regelung zur Benachteiligung von Kindern in eingetragenen Partnerschaften, denn zu dem nicht-genetischen Elternteil kann nur durch eine Stiefkindadoption ein Kindesverhältnis entstehen. Während des Wartejahrs und der Dauer des Adoptionsverfahrens besteht weiterhin eine Rechtslücke. Daher sollte die Begründung eines Kindesverhältnisses zum zweiten, nicht-genetischen Elternteil statt durch Adoption schon bei Geburt durch einen Anerkennungsakt möglich sein, dies analog zur Anerkennung des Kindes von unverheirateten verschiedengeschlechtlichen Eltern.

Art. 264a gemeinschaftliche Adoption

1 Ehegatten können ein Kind gemeinschaftlich adoptieren, wenn sie seit mindestens drei Jahren miteinander verheiratet sind und beide das 28. Altersjahr zurückgelegt haben.

2 Aus wichtigen Gründen kann vom Mindestalter abgewichen werden, wenn das Kindeswohl dadurch nicht gefährdet wird.

Zu Abs. 1:

Eine gemeinschaftliche Adoption sollte auch für Paare sowohl in eingetragener Partnerschaft als auch für Paare in faktischer Lebensgemeinschaft möglich sein. Wir finden es bedauernd, dass keine vollständige Öffnung der Adoption im Entwurf unterbreitet wurde. Denn gemäss repräsentativen statistischen Erhebungen im Jahr 2011 wachsen in über 10'000 Privathaushalten (!) Kinder in faktischen Lebensgemeinschaften auf.

Wie Sie zudem im erläuternden Bericht aufgezeigt, ist seit der Abstimmung über das Partnerschaftsgesetz die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in der Bevölkerung stark angestiegen. Auch in Bezug auf gleichgeschlechtliche Elternschaften hat sich die Meinung der Bevölkerung aufgrund der Entwicklungen im nahen (Europa) und fernen (USA, Australien, Südamerika) Ausland, wo vielerorts gleichgeschlechtliche Elternschaften rechtlich möglich sind und von der Bevölkerung positiv aufgenommen werden, gewandelt.

Es gibt keine sachlichen Gründe, die gemeinschaftliche Adoption gleichgeschlechtlichen Paaren weiterhin zu verwehren, denn ausschlaggebend für die Adoption eines Kindes ist die Gewährleistung des Kindeswohls. Die sexuelle Orientierung der Eltern hat nachweislich auf die Entwicklung der Kinder keinen negativen Einfluss: Kinder aus sogenannten Regenbogenfamilien gedeihen gut. Diesen Erkenntnissen, welche in den letzten 30 Jahren in diversen entwicklungspsychologischen Langzeit-Studien bestätigt wurden, soll nun endlich Rechnung getragen werden. In Deutschland erklärte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) mit Urteil vom 19. Februar 2013, dass auch Personen gleichen Geschlechts rechtliche Eltern sein können. Ausschlaggebend waren die Aussagen von Sachverständigen und Studien, wonach sich Kinder in

Regenbogenfamilien genauso gut entwickeln wie in anderen Familienformen. „Die behüteten Verhältnisse einer eingetragenen Lebensgemeinschaft können das Aufwachsen von Kindern ebenso fördern wie die einer Ehe.“ (BVerG, 19.2.2013). Der Ausschluss gleichgeschlechtlicher Paare von der gemeinschaftlichen Adoption stellt – da hierfür keine sachlichen Gründe vorliegen – somit auch einen Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot von Art. 8 Abs. 2 BV dar.

Wir bemängeln im weiteren die Inkonsequenz der Revision, denn es ist einer homosexuellen Einzelperson möglich, ein Kind zu adoptieren, einem Paar hingegen nicht.

Zudem ist es bedauernd, dass die Revision die Möglichkeit zur rechtlichen Absicherung für bereits bestehende Familien weiterhin verhindert. So ist es weiter unmöglich, für einen Paten, der in einer eingetragenen Partnerschaft lebt, das Patenkind im Falle des Todes der Eltern zu adoptieren.

Die Reduktion des Mindestalters der adoptionswilligen Person ist zu begrüßen. Aus unserer Sicht könnte das Alter noch weiter gesenkt oder – analog der Gesetzgebung in der Fortpflanzungsmedizin – ganz weggelassen werden.

Die Mindestdauer sollte durch eine Beurteilung der gesamten Umstände ersetzt werden, denn drei Jahre Ehe ist kein Kriterium für die Stabilität oder die Qualität einer Beziehung.

Zu Abs. 2:

Wir vermissen die Möglichkeit, dass auf Grund von wichtigen Gründen nicht auch von der Partnerschaftsdauer abgewichen werden kann, soweit das Kindeswohl nicht gefährdet ist.

Art. 264b Einzeladoption

1 Eine Person darf allein adoptieren, wenn sie das 28. Altersjahr zurückgelegt hat.

2 Aus wichtigen Gründen kann vom Mindestalter abgewichen werden, wenn das Kindeswohl dadurch nicht gefährdet wird.

3 Vor der Adoption ist die Einstellung des Ehegatten, der eingetragenen Partnerin oder des eingetragenen Partners oder der faktischen Lebenspartnerin oder des faktischen Lebenspartners der adoptionswilligen Person entsprechend zu würdigen.

Die Einzeladoption unabhängig vom Zivilstand begrüßen wir ausdrücklich.

Zu Abs. 3:

Da gleichgeschlechtlichen Paaren auch mit der von Ihnen geplanten Revision des Adoptionsrechts nur die Möglichkeit der Stiefkindadoption zur vollständigen Absicherung der Familie bleibt, ist die „Würdigung“ der Einstellung der eingetragenen Partnerin / des

eingetragenen Partners skeptisch zu betrachten. Dies birgt die Gefahr, dass Personen in eingetragener Partnerschaft oder in gleichgeschlechtlichen Haushalten in Sachen Einzeladoptionen benachteiligt werden.

Art. 264c Stiefkindadoption

Eine Person darf das Kind ihres Ehegatten oder ihrer eingetragenen Partnerin oder ihres eingetragenen Partners adoptieren, wenn die Ehe oder die eingetragene Partnerschaft seit mindestens drei Jahren besteht.

1 Eine Person darf das Kind adoptieren, mit dessen Mutter oder Vater sie in einer:

- 1. Ehe;*
- 2. eingetragenen Partnerschaft;*
- 3. faktischen Lebensgemeinschaft lebt.*

Das Paar muss unmittelbar vor Einreichen des Adoptionsgesuchs seit mindestens drei Jahren einen gemeinsamen Haushalt geführt haben.

2 Personen in einer faktischen Lebensgemeinschaft dürfen mit einer Drittperson weder verheiratet noch durch eine eingetragene Partnerschaft verbunden sein.

Die Lösung der Stiefkindadoption zur rechtlichen Absicherung von Familien erachten wir als ungenügend. Denn die Mehrheit der Kinder, die in Regenbogenfamilien aufwachsen, sind Wunschkinder, ihre Eltern haben sich in der Regel meist jahrelang mit dem Thema auseinandergesetzt, und die Kinder sind von Anfang an in eine gleichgeschlechtliche Beziehung hineingeboren. Diese Kinder werden derzeit rechtlich nur durch einen Elternteil abgesichert und sollen auch in Zukunft während mindestens einem Jahr plus Adoptionsdauer ohne rechtliche Bindung zu ihrem nicht-leiblichen Elternteil bleiben. Wir schlagen daher für eingetragene Paare mit Wunschkindern anstatt der Adoption die Möglichkeit der Anerkennung des Kindes durch den nicht-genetischen Elternteil vor, dies analog zur Vaterschaftsanerkennung.

Die Variante, die Stiefkindadoption auch für faktische Lebensgemeinschaften zu öffnen, bevorzugen wir. Angesichts der heutigen Lebensrealitäten ist es nicht mehr zeitgemäss, die Möglichkeit der Stiefkindadoption vom Zivilstand abhängig zu machen. Diese Regelung würde auch die oben angesprochene Problematik, dass in eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft hineingeborene Kinder längere Zeit ohne zweiten rechtlichen Elternteil bleiben müssen, etwas mildern. Eine dreijährige faktische Partnerschaft ist schneller erreicht als eine dreijährige eingetragene Partnerschaft.

Im Übrigen sieht der Auftrag des Parlaments die Öffnung der Adoption für alle Erwachsenen, ungeachtet des Zivilstands und der Lebensform, vor. Es ist daher schwer nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat - in Abweichung vom Beschluss des Parlaments - die Öffnung der Stiefkindadoption für faktische Lebensgemeinschaften lediglich als Variante vorschlägt.

Art. 265 Alter und Zustimmung des Kindes

1 Der Altersunterschied zwischen dem Kind und den adoptierenden Personen darf nicht weniger als 16 Jahre und nicht mehr als 45 Jahre betragen. Aus wichtigen Gründen kann davon abgewichen werden, wenn das Kindeswohl dadurch nicht gefährdet wird.

2 Das Kind wird durch die zuständige Behörde oder eine beauftragte Drittperson in geeigneter Weise persönlich angehört, sofern sein Alter oder andere wichtige Gründe nicht dagegen sprechen. Ist das Kind urteilsfähig, so bedarf die Adoption seiner Zustimmung.

3 Die zuständige Behörde ordnet wenn nötig die Vertretung des Kindes an und bezeichnet als Beiständin oder Beistand eine in fürsorgerischen und rechtlichen Fragen erfahrene Person.

4 Ist das Kind bevormundet, so kann, auch wenn es urteilsfähig ist, die Adoption nur mit Zustimmung der Kindesschutzbehörde erfolgen.

Zu Abs. 1:

Das zulässige Höchstalter der adoptionswilligen Person in Relation zum Kindesalter sollte erhöht werden, denn heute befassen sich viele Menschen erst Mitte 40 mit dem Kinderwunsch. Dem Mindestaltersunterschied von 16 Jahren mit der Möglichkeit der Abweichung im Einzelfall stimmen wir zu.

Art. 265a Abs. 3

3 Sie ist gültig, selbst wenn die adoptionswilligen Personen nicht genannt oder noch nicht bestimmt sind.

-

Art. 265d Abs. 1

1 Wird das Kind zum Zwecke späterer Adoption untergebracht und fehlt die Zustimmung eines Elternteils, so entscheidet die Kindesschutzbehörde am Wohnsitz des Kindes auf Gesuch einer Vermittlungsstelle oder der adoptionswilligen Personen und in der Regel vor Beginn der Unterbringung, ob von dieser Zustimmung abzusehen sei.

Art. 266 Abs. 1, 2 und 2bis

1 Eine volljährige Person darf adoptiert werden, wenn:

1. sie infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen dauernd hilfsbedürftig ist und ihr die adoptionswilligen Personen während wenigstens drei Jahren Pflege erwiesen haben,
2. ihr die adoptionswilligen Personen während ihrer Minderjährigkeit wenigstens drei Jahre lang Pflege und Erziehung erwiesen haben,
3. andere wichtige Gründe vorliegen und sie während wenigstens drei Jahren mit den adoptionswilligen Personen in Hausgemeinschaft gelebt hat.

2 Eine verheiratete Person kann nur mit Zustimmung ihres Ehegatten adoptiert werden, eine in eingetragener Partnerschaft lebende Person nur mit Zustimmung ihrer Partnerin oder ihres Partners.

2bis Vor der Adoption sind die leiblichen Eltern der zu adoptierenden Person und die Nachkommen der adoptionswilligen Personen anzuhören.

Zu Abs. 2:

Die Adoption einer volljährigen Person sollte ohne Zustimmung des Ehegatten oder der/des eingetragenen Partnerin/Partners möglich sein. Eine Anhörung reicht aus.

Zu Abs. 2bis:

Auch die Nachkommen der zu adoptierenden erwachsenen Person sollten angehört werden, weil sich durch die Adoption die Situation der rechtlichen Grosseltern verändert.

Art. 267 Abs. 1, 2 und 3 Wirkungen im Allgemeinen

1 Das Adoptivkind erhält die Rechtsstellung eines Kindes des oder der Adoptierenden.

2 Das bisherige Kindesverhältnis erlischt, ausgenommen dasjenige zum Elternteil, der:

1. mit der adoptierenden Person verheiratet ist;
2. mit dieser in einer eingetragenen Partnerschaft lebt.

3 Bei der gemeinschaftlichen Adoption und bei der Einzeladoption kann dem minderjährigen Kind ein neuer Vorname gegeben werden, wenn achtenswerte Gründe vorliegen. Vor der Namensänderung wird das Kind durch die zuständige Behörde oder eine beauftragte Drittperson in geeigneter Weise persönlich angehört, sofern sein Alter oder andere wichtige Gründe nicht dagegen sprechen. Ist das Kind urteilsfähig, so bedarf die Namensänderung seiner Zustimmung.

Zu Abs. 2:

Wir regen an zu prüfen, ob die absolute Begrenzung auf zwei Eltern noch zeitgemäss ist oder ob nicht eine (neue) Form der rechtlichen Verbundenheit zu mehr als zwei Elternteilen ermöglicht werden sollte, z.B. in Form von abgestuften rechtlichen Verhältnissen.

Art. 267a Abs. 1

1 Das minderjährige Kind erhält anstelle seines bisherigen das Kantons- und Gemeindebürgerrecht derjenigen adoptierenden Person, deren Namen es tragen wird.

Art. 268 Abs. 1

1 Die Adoption wird von der zuständigen kantonalen Behörde am Wohnsitz des oder der Adoptierenden ausgesprochen.

Art. 268a Abs. 2 und 3

2 Namentlich sind die Persönlichkeit und die Gesundheit der adoptionswilligen Personen und des Kindes, ihre gegenseitige Beziehung, die erzieherische Eignung, die wirtschaftliche Lage, die Beweggründe und die Familienverhältnisse der adoptionswilligen Personen sowie die Entwicklung des Pflegeverhältnisses abzuklären.

3 Haben die adoptionswilligen Personen Nachkommen, so ist deren Einstellung zur Adoption zu würdigen.

Art. 268b Adoptionsgeheimnis

1 Identifizierende Informationen über das adoptierte minderjährige Kind oder über seine Adoptiveltern dürfen den leiblichen Eltern oder Dritten nur bekanntgegeben werden, wenn die Adoptiveltern der Bekanntgabe zugestimmt haben. Das Kind wird vor der Bekanntgabe durch die zuständige Behörde oder eine beauftragte Drittperson in geeigneter Weise persönlich angehört, sofern sein Alter oder andere wichtige Gründe nicht dagegen sprechen. Ist das Kind urteilsfähig, so bedarf die Bekanntgabe seiner Zustimmung.

2 Identifizierende Informationen über das volljährige Kind werden den leiblichen Eltern bekannt gegeben, wenn das Kind der Bekanntgabe ausdrücklich zugestimmt hat.

3 Unabhängig vom Alter oder von der Zustimmung des Kindes haben die leiblichen Eltern Anspruch auf Bekanntgabe nichtidentifizierender Informationen über die Lebenssituation des Kindes, wenn dadurch dessen Interessen nicht gefährdet werden.

Art. 268c Auskunft über die leiblichen Eltern

1 Das minderjährige Kind hat Anspruch auf Bekanntgabe nichtidentifizierender Informationen über seine leiblichen Eltern. Identifizierende Informationen erhält es nur, wenn es ein schutzwürdiges Interesse nachweisen kann.

2 Das volljährige Kind kann jederzeit Auskunft über die Personalien seiner leiblichen Eltern verlangen.

3 Aufgehoben

Wir sind für eine gegenseitige Transparenz in Bezug auf die Eltern-Kindbeziehung. Die Eltern sollten verpflichtet werden, das Kind so früh wie möglich über seine Herkunft zu informieren.

Zu Abs. 2:

Bereits das „urteilsfähige“ und nicht erst das „volljährige“ Kind sollte einen Anspruch haben, Auskunft über seine genetischen Eltern zu verlangen.

Art. 268d Kant. Auskunftsstelle

1 Auskünfte über die leiblichen Eltern oder das Kind erteilt diejenige kantonale Behörde, die im Zeitpunkt der Adoption als einzige kantonale Behörde zuständig ist, wenn ein Pflegekind zum Zweck der späteren Adoption aufgenommen wird.

2 Bevor sie Auskunft erteilt, informiert sie die gesuchten Personen über eingegangene Auskunftsbegehren und holt, wo nötig, deren Zustimmung zur Weitergabe von Informationen an die gesuchstellenden Personen ein.

3 Lehnen die leiblichen Eltern den persönlichen Kontakt ab, so ist das Kind darüber zu informieren und auf die Persönlichkeitsrechte der leiblichen Eltern aufmerksam zu machen.

4 Die Kantone bezeichnen eine geeignete Stelle, welche die adoptierte Person oder die leiblichen Eltern auf Wunsch beratend unterstützt.

Art. 268e Suchdienste

1 Ist ein Kontakt zu einer gesuchten Person nicht ohne Weiteres möglich, beauftragt die kantonale Auskunftsstelle einen spezialisierten Dienst mit der Suche, sofern die gesuchstellende Person dies wünscht.

2 Der beauftragte Suchdienst untersteht im Rahmen des Auftrages der Schweigepflicht.

3 Der Kanton beteiligt sich an den Kosten der Suche, wenn begründete Zweifel bestehen, dass die Zustimmung zur Adoption eines leiblichen Elternteils, der sein adoptiertes Kind sucht, nicht vorlag oder diese unter dem Druck einer Behörde erfolgte.

4 Der Bundesrat erlässt Ausführungsvorschriften und regelt die Kostentragung.

-

Art. 268f Persönlicher Verkehr mit den leiblichen Eltern

Die Adoptiveltern und die leiblichen Eltern können vereinbaren, dass den leiblichen Eltern ein Anspruch auf angemessenen persönlichen Verkehr mit dem minderjährigen Adoptivkind eingeräumt wird. Ist das Kind urteilsfähig, so ist seine Zustimmung notwendig. Diese Vereinbarung kann einseitig nicht abgeändert oder aufgehoben werden. Bei Uneinigkeit entscheidet die Kinderschutzbehörde.

Art. 270a bis Kind von Eltern in eingetragener Partnerschaft

1 Tragen die Partnerinnen oder Partner in einer eingetragenen Partnerschaft verschiedene Namen, so bestimmen sie im Rahmen der Stiefkindadoption, welchen ihrer Ledignamen das Kind erhält.

2 Tragen sie einen gemeinsamen Namen, so erhält das Kind diesen Namen.

Anwendungs- und Einführungsbestimmungen

Erster Abschnitt: Die Anwendung bisherigen und neuen Rechts

Art. 12b Hängige Verfahren

Für Adoptionsverfahren, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Bestimmungen des Bundesgesetzes vom [...] hängig sind, gelten die Bestimmungen des bisherigen Rechts.

Art. 12c Unterstellung unter das neue Recht

Die Bestimmungen der Änderung vom [...] über das Adoptionsgeheimnis, die Auskunft über die leiblichen Eltern, die Suchdienste und die Möglichkeit der Vereinbarung eines persönlichen Verkehrs zwischen den leiblichen Eltern und dem adoptierten Kind gelten auch für Adoptionen, die vor ihrem Inkrafttreten ausgesprochen oder im Zeitpunkt ihres Inkrafttretens noch hängig sind.

Art. 298 e Elterliche Sorge

Hat eine Person das Kind adoptiert mit dessen Mutter oder Vater sie eine faktische Lebensgemeinschaft führt und tritt eine wesentliche Änderung der Verhältnisse ein so ist die Bestimmung über die Veränderung der Verhältnisse bei Anerkennung und Vaterschaftsurteil entsprechend anwendbar.

-

Änderungen im PartG 2. Partnerschaftsgesetz vom 18. Juni 2004

Art. 13 Abs. 1bis

1bis *Im Übrigen sind die Artikel 163–165 ZGB 150 über den Unterhalt der Familie sinngemäss anwendbar.*

Art. 17 Abs. 3 Aufhebung des Zusammenlebens

3bis Hat eine Person das minderjährige Kind adoptiert, mit dessen Mutter oder Vater sie in einer eingetragenen Partnerschaft lebt, so trifft das Gericht nach den Artikeln 270-327c ZGB151 die nötigen Massnahmen.

Der Begriff Adoption sollte vermieden werden. Eine Möglichkeit für Formulierung des ersten Satzteiltes lautet: „Sind die Partner oder die Partnerinnen gemeinsame Eltern eines minderjährigen Kindes, so ...“

Es gibt bereits heute zahlreiche Fälle in der Schweiz, in denen das Kindesverhältnis zum zweiten gleichgeschlechtlichen Elternteil nicht durch Adoption begründet wurde, sondern auf andere Weise, zum Beispiel durch Anerkennung im Ausland und in der Folge durch Anerkennung des ausländischen Entscheides in der Schweiz. Art. 17 Abs. 3 sollte diese Fälle ebenfalls abdecken.

Art. 25a Abs. 1 Zweiter Satz

1 ... Namentlich können sie vereinbaren, dass das Vermögen nach den Artikeln 196–219 ZGB geteilt wird.

Eine Bestimmung „Art. 25a PartG“ gibt es nicht. Die Art. 196 – 219 ZGB enthalten nicht nur die „Teilung des Vermögens“.

Wir schlagen einen allgemeinen Verweis auf die güterrechtlichen Bestimmungen im Eherecht vor. Für die Ungleichbehandlung eingetragener Paare im Verhältnis zu Ehegatten fehlt ein sachlicher Grund. Die unterschiedliche Behandlung eingetragener Paare im Güterrecht verstösst zudem gegen das Diskriminierungsverbot (Art. 8 Abs. 2 BV).

Eingetragenen Partner/innen sollte insbesondere auch die Gütergemeinschaft (Art. 221 ff. ZGB) offen stehen. Dies umso mehr, als es sich bei der Gütergemeinschaft um den „Güterstand der kinderlosen Paare“ handelt (ohne Pflichtteil der Eltern).

Art. 27a Kinder

Hat eine Person das minderjährige Kind adoptiert, mit dessen Mutter oder Vater sie in einer eingetragenen Partnerschaft lebt, so sind die Artikel 270–327c ZGB 153 sinngemäss anwendbar.

Der Begriff Adoption sollte vermieden werden. Eine bessere Formulierung für den ersten Satzteil wäre: „*Sind die Partner oder die Partnerinnen gemeinsame Eltern eines minderjährigen Kindes, so ...*“

Es gibt bereits heute zahlreiche Fälle in der Schweiz, in denen das Kindesverhältnis zum zweiten gleichgeschlechtlichen Elternteil nicht durch Adoption begründet wurde, sondern auf andere Weise, zum Beispiel durch Anerkennung im Ausland und in der Folge durch die Anerkennung des ausländischen Entscheides in der Schweiz. Art. 17 Abs. 3 sollte diese Fälle ebenfalls abdecken.

Vorschlag für eine Änderung des Kindesrechts:

Da es immer mehr eingetragene Paare mit Kinderwunsch gibt, sollte de lege ferenda die Möglichkeit geschaffen werden, dass ein Kind durch den zweiten, nicht-genetischen Elternteil/eingetragenen Partner bei der Geburt anerkannt wird (analog Art. 260 Abs. 1 ZGB) und dass so zwischen ihm und dem Kind originär ein rechtliches Kindesverhältnis begründet werden kann.

Art. 28 Adoption und Fortpflanzungsmedizin

Personen, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, sind weder zur gemeinschaftlichen Adoption noch zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren zugelassen.

Es wäre zu begrüßen, wenn Bundesrat und Parlament einen Vorschlag verabschieden würden, der die Diskriminierung eingetragener Paare nicht aufrechterhält, sondern diese aufhebt.

Den Zugang zur Fortpflanzungsmedizin auf verschiedene geschlechtliche Paare zu beschränken, ist heute nicht mehr gerechtfertigt. Es ist erwiesen und gesellschaftlich anerkannt, dass Kinder in Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern genauso gut heranwachsen wie mit Eltern verschiedenen Geschlechts (vgl. Urteil deutsches BVerG vom 19. Februar 2013, 1 BvL 1/11, 1 BvR 3247/09 N 80). Daher verstösst ein genereller Ausschluss eingetragener Paare von der Fortpflanzungsmedizin gegen das Diskriminierungsverbot gemäss Art. 8 Abs. 2 BV.

In Österreich hat der Verfassungsgerichtshof (VfGH) mit Urteil vom 10. Dezember 2013 entschieden, dass der Ausschluss lesbischer Paare von der Samenspende und von der Fortpflanzungsmedizin verfassungswidrig und diskriminierend ist. Dem österreichischen Gesetzgeber wurde eine Frist bis 31. Dezember 2014 eingeräumt, um das Gesetz anzupassen (vgl. Urteil VfGH vom 10. Dezember 2014, 2013 G 16/2013-16, G 44/2013-14).

Auch die **Nationale Ethikkommission der Schweiz (NEK)** kritisiert in ihrer kürzlich veröffentlichten Stellungnahme den Ausschluss gleichgeschlechtlicher Paare von den Verfahren

der Fortpflanzungsmedizin: Es sei nicht verständlich, weshalb „im Interesse des Kindeswohls“ die Fortpflanzungsmedizin einzig für Paare verschiedenen Geschlechts zugänglich sein solle. Dies sei Ausdruck von Vorurteilen, die wissenschaftlich nicht abgestützt sind. Vielmehr würden gleichgeschlechtliche Paare gemeinsam die elterliche Verantwortung für ein Kind übernehmen können, obwohl sie ohne die Hilfe von Dritten nicht in der Lage sind, es zu zeugen. Nach Ansicht der NEK erfolgt hier eine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare ausgehend von einem falschen Verständnis des Kindeswohls (NEK Stellungnahme 22/2013, S. 38, 52 f.). Die NEK empfiehlt explizit, die Samenspende für gleichgeschlechtliche Paare in der Schweiz zuzulassen. Den heutigen Ausschluss erachtet sie als diskriminierend. Eine Mehrheit der NEK ist sogar der Ansicht, dass die Leihmutterchaft in der Schweiz zugelassen werden kann (NEK Stellungnahme 22/2013, S. 41, 57).

Der erläuternde Bericht des Bundesrates enthält keine Begründung, weshalb eingetragene Paare weiterhin von der Fortpflanzungsmedizin ausgeschlossen bleiben sollen. Der Bundesrat selber weist in seinem Bericht auf die Tatsache hin, dass gleichgeschlechtliche Paare fortpflanzungsmedizinische Leistungen im Ausland in Anspruch nehmen und dass sich die Akzeptanz der gleichgeschlechtlichen Elternschaft rasch und positiv entwickelt hat (vgl. Bericht S. 23 ff.).

Viele lesbische Paare weichen heute zur Erfüllung ihres Kinderwunsches auf Samenbanken im Ausland aus, wo sie eine liberalere Gesetzgebung vorfinden (z.B. Spanien, nordische Länder). Auch immer mehr Männerpaare entscheiden sich für eine Leihmutterchaft im Ausland (z.B. USA). Diese Umgehungspraktiken sind nicht befriedigend und führen zu komplexen Situationen und Rechtsunsicherheiten. Es besteht oftmals eine jahrelange Rechtsunsicherheit darüber, wer die rechtlichen Eltern des Kindes sind. Das widerspricht den Garantien von Art. 7 der UN-Kinderrechtskonvention, wonach ein Kind Anspruch darauf hat, unverzüglich nach seiner Geburt in ein Register eingetragen zu werden sowie einen Namen und eine Staatsangehörigkeit zu erwerben.

Aus all diesen Gründen ist der vorgeschlagene Art. 28 ParG ersatzlos zu streichen. Eingetragene Paare sind de lege ferenda zur Fortpflanzungsmedizin zuzulassen. Aus rechtlicher Sicht spricht nichts dagegen, die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen.

Art. 34 Abs. 4 Unterhaltsbeitrag

4 Im Übrigen sind die Artikel 125 Absätze 2 und 3 sowie 126–134 ZGB über den nahehelichen Unterhalt sinngemäss anwendbar.

Zivilprozessordnung (ZPO) 155

3. Kapitel: Kinderbelange in Verfahren bei eingetragener Partnerschaft

Art. 307a

Hat eine Person das minderjährige Kind adoptiert, mit dessen Mutter oder Vater sie in einer eingetragenen Partnerschaft lebt, so gelten die Artikel 295 bis 302 über die Kinderbelange in familienrechtlichen Angelegenheiten sinngemäss.

Änderungsvorschlag für Formulierung des 1. Satzteil: „*Sind die Partner oder die Partnerinnen gemeinsame Eltern eines minderjährigen Kindes, so ...*“

Es gibt auch in der Schweiz Kindesverhältnisse zu zwei gleichgeschlechtlichen Elternteilen, die nicht durch Adoption begründet wurden (z.B. durch die Anerkennung ausländischer Entscheide).

4. Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 (BVG)

Art. 19a Überlebende eingetragene Partnerin, überlebender eingetragener Partner

Die Bestimmung von Artikel 19 gilt für die überlebende eingetragene Partnerin oder den überlebenden eingetragenen Partner sinngemäss.

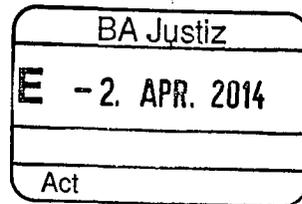
Diese Änderung ist zu begrüessen.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Frau Wyder

Wir bedanken uns bereits jetzt für die wohlwollende Prüfung unserer Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Änderungsvorschläge. Für weiterführende Fragen können Sie uns gerne kontaktieren unter hpfricker@gmail.com oder unter Tel. 078 850 19 49.

Freundliche Grüsse
NETWORK

gez. Dr. Hans-Peter Fricker
Leiter der Politischen Kommission



Bundesamt für Justiz
Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

Bern, 31. März 2014

Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Adoption)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga
Sehr geehrte Frau Wyder

PINK CROSS bedankt sich für die Einladung, zu den vorgesehenen Änderungen des Adoptionsrechtes Stellung zu nehmen. PINK CROSS ist die Schweizer Dachorganisation der Schwulen. 40 schwule oder lesbischwule Vereine, 20 Betriebe und über 2000 Einzelmitglieder sind PINK CROSS angeschlossen. Die Stossrichtung der Revision unterstützen wir sehr. Es ist klar im Interesse von Kindern, die in eingetragenen Partnerschaften aufwachsen, dass sie - unter gewissen Voraussetzungen - von der Partnerin oder dem Partner der Mutter bzw. des Vaters adoptiert werden können. Die Revision verbietet weiterhin die gemeinschaftliche Adoption für eingetragene Partnerschaften. Diese Ungleichheit ist politisch bedingt – wir lehnen sie inhaltlich klar ab. Die vorgesehene Anpassung kann nur ein erster Schritt für eine weitere Gleichstellung sein.

Untenstehend unser Kommentar zu den wichtigsten Bestimmungen der Gesetzesrevision:

Art. 264a gemeinschaftliche Adoption

1 Ehegatten können ein Kind gemeinschaftlich adoptieren, wenn sie seit mindestens drei Jahren miteinander verheiratet sind und beide das 28. Altersjahr zurückgelegt haben.

Wie bereits ausgeführt gibt es aus unserer Sicht und auch aus wissenschaftlicher Perspektive keine Gründe, die gemeinschaftliche Adoption nicht auch eingetragenen Partnerschaften zu ermöglichen.

Art. 264b Einzeladoption

1 Eine Person darf allein adoptieren, wenn sie das 28. Altersjahr zurückgelegt hat.

2 Aus wichtigen Gründen kann vom Mindestalter abgewichen werden, wenn das Kindeswohl dadurch nicht gefährdet wird.

3 Vor der Adoption ist die Einstellung des Ehegatten, der eingetragenen Partnerin oder des eingetragenen Partners oder der faktischen Lebenspartnerin oder des faktischen Lebenspartners der adoptionswilligen Person entsprechend zu würdigen.

PINK CROSS begrüsst die Möglichkeit der Einzeladoption unabhängig vom Zivilstand.

SEKRETARIAT / SECRETARIAT

Monbijoustrasse 73
Postfach 1100
3000 Bern 23

+41 (0) 31 372 33 00
office@pinkcross.ch

www.pinkcross.ch

CP 80-74157-7
IBAN CH90 0900 0000 8007 4157 7

Art. 264c Stiefkindadoption

Eine Person darf das Kind ihres Ehegatten oder ihrer eingetragenen Partnerin oder ihres eingetragenen Partners adoptieren, wenn die Ehe oder die eingetragene Partnerschaft seit mindestens drei Jahren besteht.

Wir befürworten die Öffnung der Stiefkindadoption für eingetragene Partnerschaften sehr. Es geht dabei nicht nur um eine Gleichstellung von eingetragenen Partnerschaften mit der Ehe, sondern auch um eine Änderung, welche im Sinne des Kindeswohls unbedingt geboten ist. Ebenfalls befürworten wir die Variante, die Stiefkindadoption auch für faktische Lebensgemeinschaften zu erlauben. Angesichts der heutigen Lebensrealitäten ist es nicht mehr zeitgemäss, die Möglichkeit der Stiefkindadoption vom Zivilstand abhängig zu machen. Diese Regelung würde auch die Problematik, dass in eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft hineingeborene Kinder längere Zeit ohne zweiten rechtlichen Elternteil bleiben müssen, etwas mildern. Eine dreijährige faktische Partnerschaft ist schneller erreicht als eine dreijährige eingetragene Partnerschaft.

Art. 265 Alter und Zustimmung des Kindes

1 Der Altersunterschied zwischen dem Kind und den adoptierenden Personen darf nicht weniger als 16 Jahre und nicht mehr als 45 Jahre betragen. Aus wichtigen Gründen kann davon abgewichen werden, wenn das Kindeswohl dadurch nicht gefährdet wird.

2 Das Kind wird durch die zuständige Behörde oder eine beauftragte Drittperson in geeigneter Weise persönlich angehört, sofern sein Alter oder andere wichtige Gründe nicht dagegen sprechen. Ist das Kind urteilsfähig, so bedarf die Adoption seiner Zustimmung.

3 Die zuständige Behörde ordnet wenn nötig die Vertretung des Kindes an und bezeichnet als Beiständin oder Beistand eine in fürsorgerischen und rechtlichen Fragen erfahrene Person.

4 Ist das Kind bevormundet, so kann, auch wenn es urteilsfähig ist, die Adoption nur mit Zustimmung der Kindesschutzbehörde erfolgen.

Zu Absatz 1: Das Höchstalter ist mit 45 Jahren sehr einschränkend. Eine Erhöhung wäre sinnvoll.

Art. 268c Auskunft über die leiblichen Eltern

1 Das minderjährige Kind hat Anspruch auf Bekanntgabe nichtidentifizierender Informationen über seine leiblichen Eltern. Identifizierende Informationen erhält es nur, wenn es ein schutzwürdiges Interesse nachweisen kann.

2 Das volljährige Kind kann jederzeit Auskunft über die Personalien seiner leiblichen Eltern verlangen.

3 Aufgehoben

Die Transparenz ist wichtig für die Beziehung des Kindes zu seinen Eltern. Diese sollten verpflichtet sein, das Kind so früh wie möglich über seine Herkunft zu informieren. Aus unserer Sicht sollte das Kind bereits dann informiert werden, wenn es "urteilsfähig" ist, nicht erst mit der Volljährigkeit.

SEKRETARIAT / SECRETARIAT

Monbijoustrasse 73
Postfach 1100
3000 Bern 23

+41 (0) 31 372 33 00
office@pinkcross.ch

www.pinkcross.ch

CP 80-74157-7
IBAN CH90 0900 0000 8007 4157 7

Änderungen im PartG 2, Partnerschaftsgesetz vom 18. Juni 2004

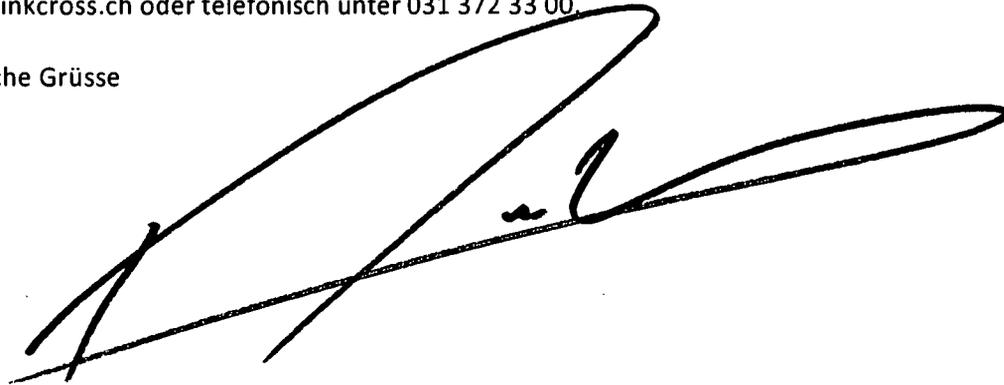
Art. 28 Adoption und Fortpflanzungsmedizin

Personen, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, sind weder zur gemeinschaftlichen Adoption noch zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren zugelassen.

Dieser Artikel ist eine Benachteiligung von gleichgeschlechtlichen Paaren, die jeder sachlichen Grundlage entbehrt - also eine Diskriminierung. Die sexuelle Orientierung der Eltern hat keinen negativen Einfluss, wie zahlreiche Studien dies belegen.

Für weiterführende Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Sie erreichen uns per Mail unter office@pinkcross.ch oder telefonisch unter 031 372 33 00.

Freundliche Grüsse



Im Namen von PINK CROSS, Mehdi Künzle, Co-Präsident

SEKRETARIAT / SECRETARIAT

Monbijoustrasse 73
Postfach 1100
3000 Bern 23

+41 (0) 31 372 33 00
office@pinkcross.ch

www.pinkcross.ch

CP 80-74157-7
IBAN CH90 0900 0000 8007 4157 7

Koenig Grégoire BJ

De: orietta [proetiopiainfanzia@sunrise.ch]
Envoyé: lundi 10 février 2014 15:55
À: Wyder Judith BJ
Objet: VN Adoption, Organisationen: Pro Etiopia-Infanzia 10.02.2014 (Modification du code civil - droit de l'adoption)

Chère Madame Wyder,

à propos de la modification du code civil, dans le droit de l'adoption, je suis d'accord avec les changements prévus.

Merci de votre envoi et mes salutations les meilleures.



Pro Etiopia-Infanzia
Orietta Lucchini
6967 Dino
+41 91 943 60 65
www.proetiopiainfanzia.ch

Département fédéral de Justice et Police
Madame la Conseillère fédérale
Simonetta Sommaruga
Palais fédéral
3003 Berne

Berne, 31 mars 2014

AVANT-PROJET DE MODIFICATION DU CODE CIVIL - DROIT DE L'ADOPTION

Madame la Conseillère fédérale
Mesdames et Messieurs

Le comité de Pro Familia Suisse vous remercie pour la soumission du projet de révision du Code civil. Suite à l'étude du projet, nous vous faisons volontiers part de nos considérations.

Remarques générales

Nous nous référons, pour vous faire part de nos considérations, à notre Charte des familles, à laquelle souscrivent les associations membres de Pro Familia Suisse, et dans laquelle nous nous réclamons entre autre des droits internationaux reconnus (e.a. et plus particulièrement dans notre contexte : Déclaration universelle des droits de l'homme, Convention sur les droits de l'enfant, Convention européenne de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, Convention de Haag sur l'adoption). Nous précisons aussi que «la famille est le lieu privilégié de l'accueil, garantissant dans un espace temporel illimité l'affection, le soutien, la protection. Elle sert de repère pour toute personne indépendamment de son âge, de son sexe et de ses capacités physiques et psychiques.»

Nous tenons toutefois à relever que le débat n'est pas uniquement un débat juridique mais aussi un débat de société et un débat éthique.

Face à une société multi-optionnelle

Nous souhaitons souligner que notre prise de position repose sur une analyse strictement juridique. Nous n'entendons pas pour autant ignorer le débat de société en cours, ce débat n'est pas simple et est dû à différentes évolutions, relevons dans notre contexte simplement les suivantes : la reconnaissance du principe de la non-discrimination, l'évolution de la biologie et de la médecine reproductrice et la reconnaissance des droits de l'enfant. Dans ce débat de

société, il nous importe d'être non seulement à l'écoute des découvertes des sciences humaines tout en gardant un esprit critique face aux multiples attentes des adultes qui exigent de la médecine et de la société qu'elles leur permettent cet épanouissement personnel, que beaucoup trouvent dans la création d'un noyau familial. Nous estimons que les interdictions juridiques ne sont pas la solution car elles peuvent en tout temps être déjouées. Ce qui importe bien plus dans notre société multi-optionnelle c'est que nous évitions les stigmatisations des enfants et des adultes. Notre société doit donner un message respectueux du choix de vie des adultes et offrir à tout enfant la possibilité d'évoluer dans un environnement qui lui est bénéfique et qui le protège. Chaque couple doit trouver en lui-même sa source d'épanouissement, chaque couple indépendamment de son orientation sexuelle est invité à garder un esprit critique face aux multiples options qu'offrent notre société, car toutes les options offertes ne garantissent pas obligatoirement le bien-être supérieur de l'enfant. Rappelons ici avant d'aborder les questions juridiques que l'adoption d'un enfant ne concerne pas seulement deux personnes consentantes mais également une troisième en l'enfant. Il ressort du droit de ce dernier d'avoir un cadre de paternité et de maternité bénéfique à son développement.

Le bien supérieur de l'enfant

L'article 21 de la Convention internationale des droits de l'enfant, convention ratifiée par notre pays, stipule que «les Etats qui adoptent et / ou autorisent l'adoption s'assurent que **l'intérêt supérieur de l'enfant est la considération primordiale en la matière.**» Toute adoption ne peut avoir lieu que dans l'intérêt supérieur de l'enfant et lorsque sont réunies toutes les autorisations des autorités compétentes ainsi que toutes les garanties nécessaires.

Le projet soumis permet d'affirmer que les auteurs du rapport sont eux aussi soucieux du respect de cette norme internationale. Aussi saluons-nous la révision du droit d'adoption et plus particulièrement le **renforcement de l'attention que les autorités vont accorder au bien-être supérieur de l'enfant**. Si l'enfant est avant tout enfant avant d'être «enfant adopté», il n'en reste pas moins qu'en cas d'adoption par les adoptants et pour autant qu'il ne s'agisse pas de l'adoption de l'enfant du ou de la partenaire, l'enfant porte en lui le sentiment de l'abandon, parfois certes difficilement décelable. Face à cette situation, il est de prime importance de conférer aux autorités compétentes la **responsabilité de veiller cas par cas au bien-être très spécifique de l'enfant**. L'enfant a un droit à des parents tout comme il a le droit de connaître ses origines, mais il n'existe pas pour les adultes un droit à l'enfant. Il est donc dans l'intérêt de l'enfant et de notre société qu'une attention particulière soit accordée en tout temps à l'enfant, à tout enfant en famille d'accueil et en voie d'adoption. En plaçant volontairement et de manière décisive le bien-être supérieur de l'enfant au centre de la décision d'adoption et en accordant une grande liberté d'appréciation aux autorités compétentes, les auteurs du projet de révision ont reconnu l'importance de l'enjeu que représente la valorisation du bien-être de l'enfant pour son développement et son intégration dans la société. **Nous souscrivons à cette priorisation et la saluons explicitement.**

Les nouvelles parentalités

Au cours des dernières décennies nous avons assisté à une profonde transformation de la société et des styles de vie. La pluralité des formes de vie familiale est aujourd'hui une réalité

sociale, économique et juridique. Cette nouvelle constellation et cette réalité sociale nous obligent à reconnaître, aussi dans le texte législatif proposé, les nouvelles parentalités. Le législateur a fait très récemment encore un pas additionnel dans la reconnaissance des nouvelles parentalités en acceptant la motion relative à l'adoption de l'enfant du ou de la partenaire.

Nous sommes conscients que le débat sur la pluralité des formes de vie familiale et sur les nouvelles parentalités, qui ne sont qu'une conséquence de cette pluralité, soulève différentes questions, questions qui sont non seulement éthiques mais souvent aussi idéologiques. Rappelons ici simplement que les nouvelles parentalités peuvent provoquer des disjonctions dans la procréation et la filiation. Le débat actuel sur la procréation médicalement assistée ou sur la maternité de substitution et la prise de position de la Commission nationale d'éthique dans le domaine de la médecine humaine (CNE-NEK) démontrent qu'au nom de la justice sociale et de la non-discrimination il importe de trouver des solutions non seulement en harmonie avec notre sens du droit et de l'éthique mais encore avec la juridiction, plus particulièrement européenne (Cedh).

Les retenues formulées dans le projet de révision

Nous constatons qu'à différentes reprises les auteurs du projet de révision offrent une analyse juridique pertinente mais proposent par la suite une solution politique, pour répondre aux attentes formulées par le Conseil fédéral et par le parlement lors de l'adoption de la loi sur le partenariat enregistré (LPart), loi en vigueur depuis 2007. Cette loi exclut effectivement dans son article 28 l'adoption. Bien que la juridiction européenne ne reconnaisse pas un droit à l'adoption, il convient de relever que l'approche très différenciée, que certains pourraient qualifier de discriminatoire, proposée dans le texte de révision soulève plusieurs problèmes.

De toute évidence et comme l'a relevé la Cedh «l'adoption consiste à donner une famille à un enfant et non un enfant à une famille». Toutefois nous constatons que la législation en vigueur et le texte de révision proposé ne tiennent pas assez compte des réalités sociales et des nouvelles parentalités. Aujourd'hui le nombre d'enfants nés hors mariage est en constante augmentation, les parents de ces enfants vivent en union libre et assument, comme les parents mariés, leurs responsabilités parentales. Aussi l'exclusion de la possibilité d'adopter pour des couples hétérosexuels non mariés est difficilement défendable, ce d'autant plus que le droit à l'adoption est accordé à une personne seule – aujourd'hui déjà.

De plus, en acceptant le principe de l'adoption de l'enfant du partenaire et donc la reconnaissance de l'existence des familles homoparentales et par là même du «parent social», le législateur propose une différenciation dans le droit à l'adoption pour les couples homosexuels comme il propose une différenciation entre le droit à l'adoption pour les couples hétérosexuels mariés ou non-mariés.

Comme il s'agit avant tout et en toute priorité d'accorder dans toutes décisions d'adoption la priorité au bien de l'enfant et d'assurer que l'intérêt supérieur de l'enfant soit la considération primordiale pour accorder l'adoption, les restrictions proposées dans le projet de loi n'ont pas de raison d'être.

La loi actuelle se caractérise, comme le souligne les auteurs du rapport, «par son manque de flexibilité», raison pour laquelle il est indispensable de mettre fin à l'interdiction systématique faite à certaines personnes d'adopter. Adopter est une démarche particulière, qui est

mûrement réfléchi. Les adoptants acceptent les longues démarches administratives et l'analyse de leur situation personnelle par les autorités compétentes puisqu'il s'agit de vérifier au cas par cas l'adéquation de l'adoption, l'intérêt supérieur de l'enfant devenant – dans le projet de loi proposé – primordial, ce que nous saluons explicitement.

Analyse détaillée

Art. 264 CC

Nous approuvons le changement de terminologie et la clarification proposée en utilisant l'expression «d'adoptant» et «d'adopté». Ce changement de terminologie est ainsi aussi compatible avec l'adoption par une personne seule ou l'adoption de l'enfant du partenaire.

Nous souscrivons par ailleurs aux principes fixés aux alinéas 2 et 3. Si, comme nous le demandons à l'article 264a CC, la possibilité d'adoption est aussi accordée aux couples hétérosexuels non mariés, il est indispensable que toutes les conditions nécessaires pour formulées une demande d'adoption soient remplies au moment du dépôt de la demande.

Art. 264a CC

Cet article soulève différentes questions: partant du principe qu'une personne seule, indépendamment de son orientation sexuelle et dans des circonstances particulières déterminées par les autorités compétentes, peut adopter un enfant, il n'est pas judicieux de limiter l'adoption conjointe qu'aux couples mariés. Une personne seule peut elle aussi à un moment déterminé de sa vie, et après l'adoption, fonder un couple homo ou hétérosexuel. Elle serait privilégiée par rapport aux couples non mariés, ces derniers se voyant refuser le droit à l'adoption.

Nous demandons que la **formulation soit ouverte** et prévoie l'adoption conjointe pour tous les couples, indépendamment de leur statut marital. Le droit de la famille doit être indépendant du statut du couple, il doit surtout dans notre contexte mettre en avant la responsabilité qu'assume le couple pour **garantir le bien-être supérieur de l'enfant, bien prioritaire**. Il est toutefois indispensable de préciser juridiquement que la vie du couple doit avoir une durée d'au moins trois ans, comme le prévoit le texte de loi, tout en sachant que cette stabilité relationnelle n'est pas pour autant garante de la durabilité de la relation du couple. Nous souscrivons par ailleurs à l'abaissement de l'âge des adoptants, tout en faisant remarquer qu'actuellement l'âge moyen de la première parentalité est bien supérieur à l'âge minimum retenu.

Art. 264b - alinéa 3 CC

Cet alinéa 3 n'est **guère praticable et doit être supprimé**. Selon cet alinéa il appartiendrait aux autorités compétentes d'examiner la situation du couple pour éviter que l'interdiction d'adoption conjointe par des couples non mariés, telle que prévue dans l'avant-projet, soit contournée au moyen d'une adoption par une personne seule suivie par l'adoption de l'enfant du partenaire. En optant pour une formulation ouverte et non discriminatoire à l'article 264a le législateur clarifie la situation et évite tout détournement de la loi.

Art. 264c option en faveur de la variante

Le parlement a clairement souhaité l'ouverture proposée par la variante en approuvant la motion 11.4046 permettant l'adoption de l'enfant du partenaire à tous les couples, indépendamment de leur orientation sexuelle. **Nous nous prononçons en faveur de la variante proposée dans l'avant-projet**, indépendamment des remarques formulées par les auteurs. Leur argumentation contre cette option ne convainc aucunement. Aucune forme de vie n'est aujourd'hui garante de la stabilité relationnelle, comme le prouve le taux très élevé de divorcialité. De plus, force est d'admettre que dès le moment où le législateur accepte le principe du droit à l'adoption pour adoptant sans partenaire, il accepte aussi que l'enfant adopté – donc l'adopté – sera élevé dans une famille monoparentale. La question de la stabilité de la relation ne se pose donc plus, seul le bien être de l'enfant est déterminant. Il doit en être de même pour les autres formes de vie en couple. Il est évident que toute adoption de l'enfant du partenaire implique des responsabilités spécifiques, cette personne acceptant d'assumer volontairement le rôle de parent.

Art. 265

Le **droit d'être entendu** est un droit fondamental qui doit revenir à l'enfant, c'est un droit de sa personnalité. Ce droit doit être accordé à tout enfant **dès l'âge de 7 ans**, conformément à un arrêt du Tribunal fédéral (ATF 131 III 553, Cons.1.2.3), comme c'est le cas lors du divorce des parents. Nous approuvons la procédure proposée à l'alinéa 2 qui s'inspire des procédures du droit matrimonial, mais tenons à souligner qu'il est important de former les personnes qui accompagnent l'enfant dans cette procédure. Les recherches effectuées dans le cadre du PNR 52 ont clairement montré les lacunes dans la formation des personnes chargées de s'entretenir avec l'enfant pour déterminer l'option qui réponde au mieux au bien-être de l'enfant.

Par ailleurs, conformément à l'article 12 de la Convention de l'ONU relative aux droits de l'enfant, convention ratifiée par la Suisse, il est indispensable de désigner un représentant légal pour défendre les intérêts et le bien-être de l'enfant. L'alinéa 3 offre une certaine flexibilité aux autorités compétentes, une marge de manœuvre. Nous émettons quelques réserves quant à l'opportunité de cet affaiblissement de la mise en œuvre de l'article 12 susmentionné.

Art. 268 c

Le droit d'être informé sur les parents biologiques est un droit fondamental. Le droit de connaître son origine, déjà en tant qu'enfant, doit être respecté, car la vérité permet à l'enfant d'avancer dans la vie et à former sa personnalité. Lorsque qu'un enfant souhaite retrouver ses parents biologiques, les parents et les autorités compétentes doivent être attentifs à cette demande, l'enfant doit être accompagné dans sa démarche, il doit être soutenu. Il faut aussi préparer l'enfant à assumer la démarche qu'il souhaite entreprendre.

Nous approuvons ce droit absolu à l'information conféré à tout enfant, au plus tard lorsque cet enfant est majeur. Ce droit est ancré lui aussi dans la Convention de l'ONU relative aux droits de l'enfant et ne saurait être remis en cause.

Adaptation des différentes lois fédérales

Nous ne prenons pas position sur ces adaptations, car elles feront l'objet d'une reconsidération dès que le Conseil fédéral aura défini suite à la procédure de consultation l'orientation qu'il souhaite donner à la révision du droit du divorce.

Nous vous prions de prendre bonne note de nos recommandations et vous adressons, Madame la Conseillère fédérale, Mesdames et Messieurs, nos salutations les meilleures.

PRO FAMILIA SUISE

Le président



Laurent Wehrli
Syndic de Montreux

La directrice



Dr. Lucrezia Meier-Schatz
Conseillère nationale

Bundesamt für Justiz
Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

Zürich, 30. März 2014

Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Adoption)

Sehr geehrte Frau Wyder
Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga

Der Dachverband Regenbogenfamilien bedankt sich für die Einladung, zu den vorgeschlagenen Änderungen des Adoptionsrechts Stellung zu nehmen. Die Stossrichtung der Revision unterstützen wir.

Im Unterschied zum vorliegenden Gesetzesentwurf befürworten wir die Zulassung der **gemeinschaftlichen Adoption** auch für eingetragene Partnerinnen und Partner sowie für faktische Lebensgemeinschaften. Die gemeinschaftliche Adoption durch eingetragene Paare sollte nicht nur zur Beseitigung einer Diskriminierung, sondern auch aus gesellschaftspolitischen Überlegungen zugelassen werden. Denn wie im erläuternden Bericht dargelegt, kann davon ausgegangen werden, dass eine Mehrheit der Bevölkerung die gemeinschaftliche Adoption für gleichgeschlechtliche Paare gutheissen wird. Darüber hinaus sollten eingetragene Paare auch zur Fortpflanzungsmedizin zugelassen werden; für einen Ausschluss ist kein Grund ersichtlich.

Die vorgeschlagene Regelung der **Stiefkindadoption** zur rechtlichen Absicherung von Kindern in eingetragener Partnerschaft durch Stiefkindadoption erachten wir als ungenügend und nicht optimal. Denn die Mehrheit der Kinder, die in Regenbogenfamilien aufwachsen, sind Wunschkinder, die in eine gleichgeschlechtliche Beziehung hineingeboren werden und bei denen in der Regel kein zweiter Elternteil greifbar oder bekannt ist (z.B. durch Samenspende). Diese Kinder werden derzeit rechtlich nur durch einen Elternteil abgesichert und würden – wenn es nach dem bundesrätlichen Entwurf geht – auch in Zukunft während mindestens einem Jahr Adoptionsdauer ohne rechtliche Bindung zu ihrem zweiten, nicht-genetischen Elternteil bleiben. Im Fall von Wunschkindern sollte jedoch von Geburt an auch ein Kindesverhältnis zum zweiten Elternteil begründet werden können: Wir schlagen daher in diesen Situationen die Möglichkeit einer Anerkennung des Kindes vor, analog der Vaterschaftsankennung von Art. 260 Abs. 1 ZGB.

Mit der Revision des Sorgerechts per 1. Juli 2014 wird Art. 309 ZGB abgeschafft. Damit wird bei Frauenpaaren in eingetragener Partnerschaft künftig keine Beistandschaft für das Neugeborene mehr zu errichten sein, auch nicht gestützt auf Art. 308 Abs. 2 ZGB. Der Anspruch des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung genügt gemäss Botschaft des Bundesrates zur elterlichen Sorge nicht, um dem Kind weiterhin in jedem Fall einen Beistand zu bestellen (vgl. Botschaft des Bundesrates (11.070, S. 9108 f.).

Wichtig ist es auch, eine Möglichkeit zu schaffen, dass Frauenpaare die Identität des „Samenspenders“ bekannt geben können, ohne dass damit eine rechtliche Vaterschaftsfeststellung/-anerkennung verbunden ist. Diesbezüglich befinden sich Frauenpaare heute in einem Dilemma: Geben sie die Identität des genetischen Erzeugers an, wird dieser automatisch als rechtlicher Vater in das Zivilstandsregister eingetragen.

Wegen der Zustimmungserfordernis des bisherigen rechtlichen Elternteils (Art. 265a Abs. 1 ZGB) wird die Stiefkindadoption nicht in allen Fällen eine realistische oder wünschbare Option sein. Kinder, die in Patchwork- oder Regenbogenfamilien aufwachsen, haben auch oftmals mehr als zwei Elternteile als Bezugspersonen. Um das Familienrecht und die Realität näher zusammen zu führen, ist auch die Obergrenze der zulässigen Elternzahl auf zwei zu überdenken. Dass ein Kind nicht unübersehbar viele Eltern haben sollte, ist verständlich. Warum eine Mehrelternschaft völlig ausgeschlossen sein sollte, dagegen nicht. Eine Fehlvorstellung scheint zu sein, dass mehrere Eltern immer die gleichen Rechte haben müssten (vgl. Lembke, Die Ordnung der Familie, FamPra 1/2014, S. 132). Der Wandel von Familienformen ist kein exklusives Ereignis der Jahrtausendwende. Abhängig von kulturellen, sozialen, ökonomischen und technologischen Veränderung hat es einen solchen Wandel schon immer gegeben. Wer auf die ehebasierte Kleinfamilie als universales Modell abstellt, zeigt eine erstaunliche Geschichtsvergessenheit (vgl. Lembke, a.a.O., S. 121).

Die Revision des Adoptionsrechtes stellt einen Schritt in die richtige Richtung dar. Es werden aber viele **Ungleichbehandlungen** nicht behoben, sondern ungerechtfertigte und überholte Diskriminierungen fortgesetzt (so etwa das Verbot der gemeinschaftlichen Adoption und das Verbot zum Zugang zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren). Es ist daher grundsätzlich zu hinterfragen, ob ein Spezialgesetz für gleichgeschlechtliche Partnerschaften (PartG) noch sachlich gerechtfertigt ist. Angemessener und einfacher erscheint es, die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen, denn nur damit können alle rechtlichen Benachteiligungen beseitigt werden.

Im Folgenden nehmen wir zu den einzelnen Artikeln Stellung.

Art. 264 Allgemeine Voraussetzungen

1 Ein minderjähriges Kind darf adoptiert werden, wenn ihm die adoptionswilligen Personen während wenigstens eines Jahres Pflege und Erziehung erwiesen haben und nach den gesamten Umständen zu erwarten ist, die Begründung eines Kindesverhältnisses diene seinem Wohl, ohne andere Kinder dieser Personen in unbilliger Weise zurückzusetzen.

2 Eine Adoption ist insbesondere nur dann möglich, wenn die adoptionswilligen Personen aufgrund ihres Alters und ihrer persönlichen Verhältnisse voraussichtlich bis zur Volljährigkeit des Kindes für dieses sorgen können.

3 Die Adoptionsvoraussetzungen müssen bei Einreichen des Adoptionsgesuches erfüllt sein. Ausgenommen davon sind jene Adoptionsvoraussetzungen, von denen bei Vorliegen wichtiger Gründe abgewichen werden kann, wenn das Kindeswohl dadurch nicht gefährdet wird.

Abs. 1:

Im Fall von Wunschkindern (z.B. private Samenspende) führt diese Regelung zur Benachteiligung von Kindern in eingetragenen Partnerschaften, denn zu dem nicht-genetischen Elternteil kann nur durch eine Stiefkindadoption ein Kindesverhältnis entstehen. Während des Wartejahrs und der Dauer des Adoptionsverfahrens besteht weiterhin eine Rechtslücke. Daher sollte die Begründung eines Kindesverhältnisses zum zweiten, nicht-genetischen Elternteil statt durch Adoption schon bei Geburt durch einen Anerkennungsakt möglich sein, dies analog der Anerkennung des Kindes von unverheirateten verschiedengeschlechtlichen Eltern.

Art. 264a gemeinschaftliche Adoption

1 Ehegatten können ein Kind gemeinschaftlich adoptieren, wenn sie seit mindestens drei Jahren miteinander verheiratet sind und beide das 28. Altersjahr zurückgelegt haben.

2 Aus wichtigen Gründen kann vom Mindestalter abgewichen werden, wenn das Kindeswohl dadurch nicht gefährdet wird.

Abs. 1

Eine gemeinschaftliche Adoption sollte sowohl für Paare in eingetragener Partnerschaft als auch für Paare in faktischer Lebensgemeinschaft möglich sein. Wir finden es bedauernswert, dass keine vollständige Öffnung der Adoption im Entwurf unterbreitet wurde. Wie im erläuternden Bericht aufgezeigt, ist seit der Abstimmung zum Partnerschaftsgesetz die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften stark angestiegen. Auch in Bezug auf gleichgeschlechtliche Elternschaften hat sich die Meinung der Bevölkerung aufgrund der Entwicklungen im nahen (Europa) und fernen Ausland (USA, Australien, Südamerika), wo vielerorts gleichgeschlechtliche Elternschaften rechtlich möglich sind und von der Bevölkerung positiv aufgenommen wurden, gewandelt.

Es gibt keine sachlichen Gründe, die gemeinschaftliche Adoption gleichgeschlechtlichen Paaren weiterhin zu verwehren, denn ausschlaggebend für die Adoption eines Kindes ist die Gewährleistung des Kindeswohls. Die sexuelle Orientierung der Eltern hat nachweislich auf die Entwicklung keinen negativen Einfluss: Kinder aus sogenannten Regenbogenfamilien gedeihen gut. Diesen Erkenntnissen, welche in den letzten 30 Jahren in diversen entwicklungspsychologischen Langzeit-Studien bestätigt wurden, sollte nun endlich Rechnung getragen werden. In Deutschland erklärte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) mit Urteil vom 19. Februar 2013, dass auch Personen gleichen Geschlechts rechtliche Eltern sein können. Ausschlaggebend waren die Aussagen von Sachverständigen und Studien, wonach sich Kinder in Regenbogenfamilien genauso gut entwickeln wie in anderen Familienformen. „Die behüteten Verhältnisse einer eingetragenen Lebensgemeinschaft können das Aufwachsen von Kindern ebenso fördern wie die einer Ehe.“ (BVerfG, 19.2.2013). Der Ausschluss gleichgeschlechtlicher Paare von der gemeinschaftlichen Adoption stellt – da hierfür keine sachlichen Gründe vorliegen – einen Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot von Art. 8 Abs. 2 BV dar.

Wir bemängeln ausserdem die Inkonsequenz der Revision, denn als homosexuelle Einzelperson ist es möglich ein Kind zu adoptieren, als Paar hingegen nicht.

Die Reduktion des Mindestalters der adoptionswilligen Person ist zu begrüßen. Aus unserer Sicht könnte das Alter noch weiter gesenkt oder – analog der Gesetzgebung in der Fortpflanzungsmedizin – ganz weggelassen werden.

Die Mindestdauer sollte durch eine Beurteilung der gesamten Umstände ersetzt werden, denn drei Jahre Ehe sind kein Kriterium für Stabilität oder Qualität einer Beziehung.

Abs. 2

Wir vermissen die Möglichkeit, dass aufgrund wichtiger Gründe nicht auch von der Partnerschaftsdauer abgewichen werden kann, sofern das Kindeswohl nicht gefährdet ist.

Art. 264b Einzeladoption

1 Eine Person darf allein adoptieren, wenn sie das 28. Altersjahr zurückgelegt hat.

2 Aus wichtigen Gründen kann vom Mindestalter abgewichen werden, wenn das Kindeswohl dadurch nicht gefährdet wird.

3 Vor der Adoption ist die Einstellung des Ehegatten, der eingetragenen Partnerin oder des eingetragenen Partners oder der faktischen Lebenspartnerin oder des faktischen Lebenspartners der adoptionswilligen Person entsprechend zu würdigen.

Die Einzeladoption unabhängig des Zivilstandes ist begrüssenswert.

Abs. 3

Da gleichgeschlechtlichen Paaren auch mit Revision des Adoptionsrechts nur die Möglichkeit der Stiefkindadoption zur vollständigen Absicherung der Familie bleibt, ist die „Würdigung“ der Einstellung der eingetragenen Partnerin / des eingetragenen Partners skeptisch zu betrachten. Es birgt die Gefahr, dass Personen in eingetragener Partnerschaft oder in gleichgeschlechtlichen Haushalten für Einzeladoptionen benachteiligt werden.

Art. 264c Stiefkindadoption

Eine Person darf das Kind ihres Ehegatten oder ihrer eingetragenen Partnerin oder ihres eingetragenen Partners adoptieren, wenn die Ehe oder die eingetragene Partnerschaft seit mindestens drei Jahren besteht.

1 Eine Person darf das Kind adoptieren, mit dessen Mutter oder Vater sie in einer:

- 1. Ehe;*
- 2. eingetragenen Partnerschaft;*
- 3. faktischen Lebensgemeinschaft lebt.*

Das Paar muss unmittelbar vor Einreichen des Adoptionsgesuchs seit mindestens drei Jahren einen gemeinsamen Haushalt geführt haben.

2 Personen in einer faktischen Lebensgemeinschaft dürfen mit einer Drittperson weder verheiratet noch durch eine eingetragene Partnerschaft verbunden sein.

Die Variante, die Stiefkindadoption unabhängig des Zivilstands sowohl in eingetragener Partnerschaft als auch für Paare in faktischer Lebensgemeinschaft zu erlauben, bevorzugen wir. Die Lösung der Stiefkindadoption zur rechtlichen Absicherung unserer Familien erachten wir als ungenügend. Denn die Mehrheit der Kinder, die in Regenbogenfamilien aufwachsen, sind Wunschkinder, ihre Eltern haben sich in der Regel meistens jahrelang mit diesem Thema auseinandergesetzt, und die Kinder sind von Anfang an in eine gleichgeschlechtliche Beziehung hineingeboren. Diese Kinder werden derzeit rechtlich nur durch einen Elternteil abgesichert und sollen auch in Zukunft während mindestens einem Jahr plus Adoptionsdauer ohne rechtliche Bindung zu ihrem nicht-leiblichen Elternteil verbleiben. Wir schlagen daher für eingetragene Paare mit Wunschkindern anstatt der Adoption die Möglichkeit der Anerkennung des Kindes durch den nicht-genetischen Elternteil vor, dies analog der Vaterschaftsanerkennung.

Wir begrüßen, die Stiefkindadoption auch für faktische Lebensgemeinschaften zu erlauben. Angesichts der heutigen Lebensrealitäten ist es nicht mehr zeitgemäss, die Möglichkeit der Stiefkindadoption vom Zivilstand abhängig zu machen. Mit der vorgesehenen mindestens dreijährigen Dauer des gemeinsamen Haushalts ist die erforderliche Stabilität der Beziehung hinreichend sichergestellt.

Diese Regelung würde auch die oben angesprochene Problematik, dass in eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft hineingeborene Kinder längere Zeit ohne zweiten rechtlichen Elternteil bleiben müssen, etwas abmildern. Eine dreijährige faktische Partnerschaft ist schneller erreicht als eine dreijährige eingetragene Partnerschaft.

Im Übrigen sieht der Auftrag des Parlaments die Öffnung der Adoption für alle Erwachsenen, ungeachtet des Zivilstands und der Lebensform vor; es ist daher schwer nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat - in Abweichung vom Beschluss des Parlaments - die Öffnung der Stiefkindadoption für faktische Lebensgemeinschaften lediglich als Variante vorschlägt.

Art. 265 Alter und Zustimmung des Kindes

1 Der Altersunterschied zwischen dem Kind und den adoptierenden Personen darf nicht weniger als 16 Jahre und nicht mehr als 45 Jahre betragen. Aus wichtigen Gründen kann davon abgewichen werden, wenn das Kindeswohl dadurch nicht gefährdet wird.

2 Das Kind wird durch die zuständige Behörde oder eine beauftragte Drittperson in geeigneter Weise persönlich angehört, sofern sein Alter oder andere wichtige Gründe nicht dagegen sprechen. Ist das Kind urteilsfähig, so bedarf die Adoption seiner Zustimmung.

3 Die zuständige Behörde ordnet wenn nötig die Vertretung des Kindes an und bezeichnet als Beiständin oder Beistand eine in fürsorgerischen und rechtlichen Fragen erfahrene Person.

4 Ist das Kind bevormundet, so kann, auch wenn es urteilsfähig ist, die Adoption nur mit Zustimmung der Kindesschutzbehörde erfolgen.

Abs. 1: Das zulässige Höchstalter der adoptionswilligen Person in Relation zum Kindesalter sollte erhöht werden, denn heute befassen sich viele Menschen erst Mitte 40 mit dem Kinderwunsch. Dem Mindestaltersunterschied von 16 Jahren mit der Möglichkeit der Abweichung im Einzelfall stimmen wir zu.

Art. 266 Abs. 1, 2 und 2bis

1 Eine volljährige Person darf adoptiert werden, wenn:

- 1. sie infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen dauernd hilfsbedürftig ist und ihr die adoptionswilligen Personen während wenigstens drei Jahren Pflege erwiesen haben,*
- 2. ihr die adoptionswilligen Personen während ihrer Minderjährigkeit wenigstens drei Jahre lang Pflege und Erziehung erwiesen haben,*
- 3. andere wichtige Gründe vorliegen und sie während wenigstens drei Jahren mit den adoptionswilligen Personen in Hausgemeinschaft gelebt hat.*

2 Eine verheiratete Person kann nur mit Zustimmung ihres Ehegatten adoptiert werden, eine in eingetragener Partnerschaft lebende Person nur mit Zustimmung ihrer Partnerin oder ihres Partners.

2bis Vor der Adoption sind die leiblichen Eltern der zu adoptierenden Person und die Nachkommen der adoptionswilligen Personen anzuhören.

Abs. 2

Eine Adoption einer volljährigen Person sollte ohne Zustimmung des Ehegatten oder eingetragenen Partnerin / Partners möglich sein. Eine Anhörung reicht aus.

Abs. 2bis

Auch die Nachkommen der zu adoptierenden erwachsenen Person sollten angehört werden, weil sich durch die Adoption die rechtlichen Grosseltern ändern.

Art. 267 Abs. 1, 2 und 3 Wirkungen im Allgemeinen

1 Das Adoptivkind erhält die Rechtsstellung eines Kindes des oder der Adoptierenden.

2 Das bisherige Kindesverhältnis erlischt, ausgenommen dasjenige zum Elternteil, der:

- 1. mit der adoptierenden Person verheiratet ist;*
- 2. mit dieser in einer eingetragenen Partnerschaft lebt.*

3 Bei der gemeinschaftlichen Adoption und bei der Einzeladoption kann dem minderjährigen Kind ein neuer Vorname gegeben werden, wenn achtenswerte Gründe vorliegen. Vor der Namensänderung wird das Kind durch die zuständige Behörde oder eine beauftragte Drittperson in geeigneter Weise persönlich angehört, sofern sein Alter oder andere wichtige Gründe nicht dagegen sprechen. Ist das Kind urteilsfähig, so bedarf die Namensänderung seiner Zustimmung.

Abs. 2

Wir regen an zu prüfen, ob die absolute Begrenzung auf zwei Eltern noch zeitgemäss ist oder ob nicht eine (neue) Form der rechtlichen Verbundenheit zu mehr als zwei Elternteilen ermöglicht werden sollte, z.B. in Form von abgestuften rechtlichen Verhältnissen.

Art. 268c Auskunft über die leiblichen Eltern

1 Das minderjährige Kind hat Anspruch auf Bekanntgabe nichtidentifizierender Informationen über seine leiblichen Eltern. Identifizierende Informationen erhält es nur, wenn es ein schutzwürdiges Interesse nachweisen kann.

2 Das volljährige Kind kann jederzeit Auskunft über die Personalien seiner leiblichen Eltern verlangen.

3 Aufgehoben

Wir sind für eine gegenseitige Transparenz in Bezug auf die Eltern-Kind-Beziehung. Die Eltern sollten sich verpflichten, dass Kind so früh wie möglich über seine Herkunft zu informieren.

Abs. 2

Bereits das „urteilsfähige“ und nicht erst das „volljährige“ Kind sollte einen Anspruch haben, Auskunft über seine genetischen Eltern zu verlangen.

Änderungen im PartG 2. Partnerschaftsgesetz vom 18. Juni 2004

Art. 17 Abs. 3 Aufhebung des Zusammenlebens

3bis Hat eine Person das minderjährige Kind adoptiert, mit dessen Mutter oder Vater sie in einer eingetragenen Partnerschaft lebt, so trifft das Gericht nach den Artikeln 270-327c ZGB151 die nötigen Massnahmen.

Der Begriff Adoption sollte vermieden werden. Vorschlag für Formulierung des 1. Satzteil: „Sind die Partner oder die Partnerinnen gemeinsame Eltern eines minderjährigen Kindes, so ...“
Es gibt bereits heute zahlreiche Fälle in der Schweiz, in denen das Kindesverhältnis zum zweiten gleichgeschlechtlichen Elternteil nicht durch Adoption begründet wurde, sondern auf andere Weise, zum Beispiel durch Anerkennung im Ausland und in der Folge der Anerkennung des ausländischen Entscheides in der Schweiz. Art. 17 Abs. 3 sollte diese Fälle auch abdecken.

Art. 25a Abs. 1 Zweiter Satz

1 ... Namentlich können sie vereinbaren, dass das Vermögen nach den Artikeln 196–219 ZGB geteilt wird.

Eine Bestimmung „Art. 25a PartG“ gibt es nicht. Verunglückte Formulierung: Art. 196 – 219 ZGB enthalten nicht nur die „Teilung des Vermögens“.

Wir schlagen einen allgemeinen Verweis auf die güterrechtlichen Bestimmungen im Eherecht vor. Für die Ungleichbehandlung eingetragener Paare im Verhältnis zu Ehegatten fehlt ein sachlicher Grund. Die unterschiedliche Behandlung eingetragener Paare im Güterrecht verstösst gegen das Diskriminierungsverbot (Art. 8 Abs. 2 BV).

Eingetragenen Partner/innen sollte insbesondere auch die Gütergemeinschaft (Art. 221 ff. ZGB) offen stehen. Dies umso mehr als es sich bei der Gütergemeinschaft um den „Güterstand der kinderlosen Paare“ handelt (kein Pflichtteil der Eltern).

Art. 27a Kinder

Hat eine Person das minderjährige Kind adoptiert, mit dessen Mutter oder Vater sie in einer eingetragenen Partnerschaft lebt, so sind die Artikel 270–327c ZGB 153 sinngemäss anwendbar.

Der Begriff Adoption sollte vermieden werden. Bessere Formulierung für den 1. Satzteil: „Sind die Partner oder die Partnerinnen gemeinsame Eltern eines minderjährigen Kindes, so ...“
Es gibt bereits heute zahlreiche Fälle in der Schweiz, in denen das Kindesverhältnis zum zweiten gleichgeschlechtlichen Elternteil nicht durch Adoption begründet wurde, sondern auf andere Weise, zum Beispiel durch Anerkennung im Ausland und in der Folge Anerkennung des ausländischen Entscheides in der Schweiz. Art. 17 Abs. 3 sollte diese Fälle auch abdecken.

Vorschlag für eine Änderung des Kindesrechts

Da es immer mehr eingetragene Paare mit Kinderwunsch gibt, sollte de lege ferenda die Möglichkeit geschaffen werden, dass ein Kind durch den zweiten, nicht-genetischen Elternteil/eingetragenen Partner bei der Geburt anerkannt (analog Art. 260 Abs. 1 ZGB) und so zwischen ihm und dem Kind originär ein rechtliches Kindesverhältnis begründet werden kann.

Art. 28 Adoption und Fortpflanzungsmedizin

Personen, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, sind weder zur gemeinschaftlichen Adoption noch zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren zugelassen.

Es wäre zu begrüßen, wenn Bundesrat und Parlament einen Vorschlag verabschieden würden, der nicht die Diskriminierung eingetragener Paare bewusst aufrechterhält, sondern diese aufhebt.

Den Zugang zur Fortpflanzungsmedizin auf verschiedengeschlechtliche Paare zu beschränken ist heute nicht mehr gerechtfertigt. Es ist erwiesen und gesellschaftlich anerkannt, dass Kinder in Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern genauso gut heranwachsen wie mit Eltern verschiedenen Geschlechts (vgl. Urteil deutsches BVerG vom 19. Februar 2013, 1 BvL 1/11, 1 BvR 3247/09 N 80). Daher verstösst ein genereller Ausschluss eingetragener Paare von der Fortpflanzungsmedizin gegen das Diskriminierungsverbot gemäss Art. 8 Abs. 2 BV.

In Österreich hat der Verfassungsgerichtshof (VfGH) mit Urteil vom 10. Dezember 2013 explizit entschieden, dass der Ausschluss lesbischer Paare von der Samenspende und Fortpflanzungsmedizin verfassungswidrig und diskriminierend ist. Dem österreichischen Gesetzgeber wurde eine Frist bis 31. Dezember 2014 eingeräumt, um das Gesetz anzupassen (vgl. Urteil VfGH vom 10. Dezember 2014, 2013 G 16/2013-16, G 44/2013-14).

Auch die Nationale Ethikkommission der Schweiz (NEK) kritisiert in ihrer kürzlich veröffentlichten Stellungnahme den Ausschluss gleichgeschlechtlicher Paare von den Verfahren der Fortpflanzungsmedizin: es sei nicht verständlich, weshalb „im Interesse des Kindeswohls“ die Fortpflanzungsmedizin einzig für Paare verschiedenen Geschlechts zugänglich sein solle. Es sei Ausdruck von Vorurteilen, die wissenschaftlich nicht abgestützt seien. Vielmehr würden gleichgeschlechtliche Paare gemeinsam die elterliche Verantwortung für ein Kind übernehmen können, obwohl sie ohne den Eingriff von Dritten nicht in der Lage sind, es „natürlich“ zu zeugen. Nach Ansicht der NEK erfolgt hier eine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare ausgehend von einem falschen Verständnis des Kindeswohls (NEK Stellungnahme 22/2013, S. 38, 52 f.). Die NEK empfiehlt explizit, die Samenspende für gleichgeschlechtliche Paare in der Schweiz zuzulassen. Den heutigen Ausschluss erachtet sie als diskriminierend. Eine Mehrheit der NEK ist sogar der Ansicht, dass die Leihmutterchaft in der Schweiz zugelassen werden kann (NEK Stellungnahme 22/2013, S. 41, 57).

Der erläuternde Bericht des Bundesrates enthält keine Begründung, weshalb eingetragene Paare weiterhin von der Fortpflanzungsmedizin ausgeschlossen bleiben sollen. Der Bundesrat selber weist in seinem Bericht auf die Tatsache hin, dass gleichgeschlechtliche Paare fortpflanzungsmedizinische Leistungen im Ausland in Anspruch nehmen und sich die öffentliche Haltung in Bezug auf die gleichgeschlechtliche Elternschaft rasant und positiv entwickelt hat (vgl. Bericht S. 23 ff.).

Tatsächlich weichen heute viele lesbische Paare zur Erfüllung ihres Kinderwunsches auf Samenbanken im Ausland aus, wo sie eine liberalere Gesetzgebung vorfinden (z.B. Spanien, nordische Länder). Auch immer mehr Männerpaare entscheiden sich für eine Leihmutterchaft im Ausland (z.B. USA). Diese Umgehungspraktiken sind nicht befriedigend und führen zu komplexen Situationen und Rechtsunsicherheiten. Es besteht oftmals eine jahrelange Rechtsunsicherheit darüber, wer die rechtlichen Eltern des Kindes sind. Das widerspricht den Garantien von Art. 7 der UN-Kinderrechtskonvention, wonach ein Kind Anspruch darauf hat, unverzüglich nach seiner Geburt in ein Register eingetragen zu werden sowie einen Namen und eine Staatsangehörigkeit zu erwerben.

Aus all diesen Gründen ist der vorgeschlagene Art. 28 ParG ersatzlos zu streichen. Eingetragene Paare sind de lege ferenda zur Fortpflanzungsmedizin zuzulassen. Aus rechtlicher Sicht spricht nichts dagegen, die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen.

Zivilprozessordnung (ZPO) 155

3. Kapitel: Kinderbelange in Verfahren bei eingetragener Partnerschaft

Art. 307a

Hat eine Person das minderjährige Kind adoptiert, mit dessen Mutter oder Vater sie in einer eingetragenen Partnerschaft lebt, so gelten die Artikel 295 bis 302 über die Kinderbelange in familienrechtlichen Angelegenheiten sinngemäss.

Änderungsvorschlag für Formulierung des 1. Satzteil: „Sind die Partner oder die Partnerinnen gemeinsame Eltern eines minderjährigen Kindes, so ...“

Es gibt auch in der Schweiz Kindesverhältnisse zu zwei gleichgeschlechtlichen Eltern, die nicht durch Adoption begründet wurden (z.B. Anerkennung ausländischer Entscheide).

4. Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 (BVG)

Art. 19a Überlebende eingetragene Partnerin, überlebender eingetragener Partner

Die Bestimmung von Artikel 19 gilt für die überlebende eingetragene Partnerin oder den überlebenden eingetragenen Partner sinngemäss.

Diese Änderung ist zu begrüssen.

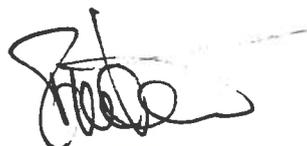
Sehr geehrte Frau Wyder
Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga

Wir bedanken uns bereits im Vorfeld für die wohlwollende Prüfung der Stellungnahme und Berücksichtigung unserer Änderungsvorschläge. Für weiterführende Fragen im Allgemeinen kontaktieren Sie bitte Maria von Känel unter 079 611 06 71, für juristische Nachfragen wenden Sie sich bitte an lic.iur. Karin Hochl unter 079 283 76 06.

Freundliche Grüsse



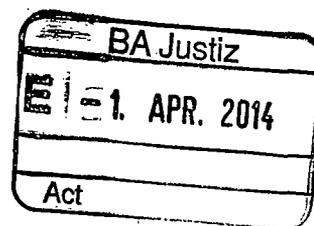
lic.iur. Karin Hochl
juristische Beraterin



Maria von Känel
Geschäftsführerin



Martin della Valle
Co-Präsident

Office fédérale de la justice
A l'att. de Mme Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 BERNE

RR/tm

312

Berne, le 31 mars 2014

Modification du code civil (droit de l'adoption)

Chère Madame,

La Fédération Suisse des Avocats vous remercie pour votre courrier du 6 décembre 2013 et pour nous avoir donné la possibilité de prendre position par rapport à la procédure de consultation susmentionnée.

Après examen de l'avant-projet de modification du Code civil suisse et du rapport explicatif, nous sommes en mesure de vous faire part de nos quelques remarques suivantes :

1. Art. 268c al. 2 CC :

Cet article prévoit que l'enfant majeur a le droit d'obtenir en tout temps les informations relatives à l'identité de ses parents biologiques. Si l'on fait le lien entre cet article et l'article 27 al. 2 LPMA, qui prévoit que l'enfant de dix-huit révolus peut obtenir de l'office des données concernant non seulement l'identité du donneur, mais aussi son aspect physique, se pose alors la question de savoir s'il ne faudrait pas, par conséquent, prévoir la même chose dans le cadre de l'article 268c CC et donc d'y ajouter « l'aspect physique ».

2. Art. 268f CC:

Si l'on prend le cas du père légal qui donne en adoption son enfant issu du don de sperme d'un tiers, ce tiers est le parent biologique ; ainsi, l'enfant adopté n'aura pas la possibilité d'avoir des informations sur son père légal et ce dernier ne pourra pas convenir de relations personnelles avec son enfant en application de l'art. 268f ; est-ce là la volonté du législateur ?

3. Modification de la LPart :

C'est l'art. 25, al. 1, deuxième phrase, qui sera modifié et non l'art. 25a comme mentionné dans l'avant-projet.

4. Nom de l'enfant :

En ce qui concerne la variante pour l'adoption de l'enfant par le concubin, faut-il offrir la possibilité de choisir le nom que portera l'enfant comme c'est le cas pour des parents mariés (art. 270ss CC).

Pour le surplus, nous n'avons de remarques particulières à faire.

La FSA vous remercie de prendre en compte ses observations et vous prie d'agréer, cher Madame, l'expression de sa considération distinguée.

Président FSA

Secrétaire général FSA

Pierre-Dominique Schupp

René Rall

Koenig Grégoire BJ

De: Madeleine Schmid [mady.schmid@bluewin.ch]
Envoyé: vendredi 24 janvier 2014 16:31
À: Wyder Judith BJ
Objet: VN Adoption, Private: Schmid Madeleine 24.01.2014

Sehr geehrte Frau Wyder

Was in Spanien schon lange möglich ist (sehr katholisches Land, aber Staat und Kirche völlig getrennt!) sollte auch endlich in der Schweiz möglich werden. Nicht nur die Stiefkindadoption, sondern generell das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare. In guten Beziehungen sind Kinder immer gut aufgehoben, ob Regenbogenfamilien, Patch-oder heterogenen Familien. Und unglückliche Kinder gibt es zu Hauf in sogenannten „normalen“ Familien.

Das meine überzeugte Meinung!

Mit freundlichen Grüssen

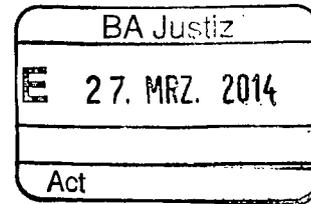
Mutter von 2 homosexuellen Kindern

Madeleine Schmid



Schweizerische
Evangelische
Allianz

Schweizerische
Evangelische Allianz SEA
Josefstrasse 32 | 8005 Zürich
Tel 043 344 72 00
Konto PC-60-6304-6



Bundesamt für Justiz
Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

Zürich, 26. März 2014

Sehr geehrte Frau Wyder

In der Beilage senden wir Ihnen die Stellungnahme der Schweizerischen Evangelischen Allianz SEA zur Vernehmlassung betreffend die Anpassung des Adoptionsrechts im Zivilgesetzbuch.

Danke, dass Sie diese Stellungnahme in Ihrer weiteren Arbeit berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen

E. Ehrensperger

Elina Ehrensperger
Mitarbeiterin Medien/Kommunikation SEA



Zürich, 26. März 2014

Stellungnahme zum Vorentwurf betreffend die Änderungen des Zivilgesetzbuches im Bereich Adoption

Ehepaar-Adoption gibt den Kindern einen stabilen Rahmen

In der vorliegenden Debatte um die Öffnung der Stiefkindadoption unterstreicht die Schweizerische Evangelische Allianz SEA die Bedeutung der Ehe. Bei der zukünftigen Gestaltung des Adoptionsrechtes ist darauf zu achten, dass zur Adoption freigegebene Kinder in ein möglichst stabiles Beziehungsumfeld eingebettet werden. Die Ehe von Mann und Frau bietet dazu den verlässlichsten Rahmen.

Eheverständnis

Nach dem christlichen Menschenbild wird die Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau und als lebenslange Gemeinschaft aufgrund eines Bündnisses eingegangen. Diese Lebensform weist gegenüber dem Zusammenleben ohne Trauschein einen höheren Grad an sozialer Verantwortung auf, indem die gegenseitige Verpflichtung der Partner gegenüber den Herkunftsfamilien und einem erweiterten Kreis von Freunden öffentlich deklariert wird. Dieser Grad an Verbindlichkeit bildet auch den Rahmen für das Aufwachsen der nächsten Generation. Die hohe Scheidungsrate vermag die Tatsache nicht zu entkräften, dass die Ehe zwischen Mann und Frau statistisch gesehen die stabilste Lebensform ist und deshalb in der Schweiz bis anhin auch einen besonderen Schutz genoss. Bis heute wird Adoption allein in diesem geschützten Rahmen erlaubt. Dies scheint uns durchaus sinnvoll.

Ehebeziehungen sind stabiler

Das Max-Planck-Institut für demografische Forschung ist der Diversität der Familienformen nachgegangen und hat 2012 einen Bericht vorgelegt, der insbesondere die Trennungswahrscheinlichkeit des Paares in Abhängigkeit der gewählten Lebensform bei Geburt des ersten Kindes untersuchte. Die Studie ist insofern wertvoll, weil sie Vergleichszahlen aus zwei unterschiedlichen Kulturräumen liefert: Sowohl im Osten wie im Westen Deutschlands ist die Trennungswahrscheinlichkeit bei Paaren bei der Geburt des ersten Kindes geringer, wenn diese in einer Ehegemeinschaft leben. Für die Schweiz liegen bisher keine Zahlen für Trennungswahrscheinlichkeit von Konkubinatspaaren vor, dennoch dürften diese Schlussfolgerungen auch bei uns Geltung haben.

Viele Stresssituationen bei Stiefkindadoptionen

Mit der Flexibilisierung der Adoptionsvoraussetzungen wird unter anderem angestrebt, dass in der Patchworksituation ein Stiefkind schneller als adoptiertes Kind dem neuen Partner zugeschrieben werden kann. Während mit dieser Adoptionserleichterung zwar sorgerechte Aspekte verbessert werden könnten, ist dadurch das Wohl des Kindes in vielen Fällen nicht verbessert, im Gegenteil. Es ist allgemein bekannt, dass die Stieffamilienbildung einen immensen Stress für die neue Paarbeziehung darstellt: Unverarbeitetes aus der vorherigen Beziehung wird in die neue Partnerschaft



hineingetragen; der Stiefpartner kann nicht von heute auf morgen die Elternrolle übernehmen; es kann zu Loyalitätskonflikten kommen usw. Es kann also keinesfalls im Interesse des Kindes sein, in einer für ihn neuen, wackeligen (weil noch unreifen) Stief-Elternschaft aufzuwachsen, wo sich ein neuer Partner als «rechtmässiger» Elternteil aufspielen darf, während das Kind noch dem leiblichen Elternteil nachtrauert. Aus diesen Gründen ist die Schweizerische Evangelische Allianz SEA nicht damit einverstanden, dass mit dem Argument des so genannten «Kindswohls» die Voraussetzung der Stiefkindadoption ausgedehnt werden soll.

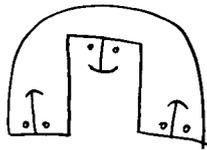
Kindswohl richtet sich nach der Stabilität der Elternbeziehung

Wenn es um das Kindswohl geht, muss die Betonung aus obigen Überlegungen vor allem auf der Stabilität der Elternbeziehung liegen (vgl. Familientherapeut Jesper Juul). Die Anpassung des Adoptionsrechtes macht aber leider gerade bei diesem Kriterium massiv Abstriche und setzt sich damit in Gegensatz zum angestrebten Ziel, die tatsächliche Befindlichkeit des Kindes zu verbessern. Vielmehr erweckt die vom Bund vorgelegte Argumentation den Eindruck, als versuchten Partnerschaften, die der Ehe nicht gleichgestellt sind, sich mit allen Mitteln dieselben Rechte wie diejenigen der Ehepaare zu erkämpfen. Der Preis bei den betroffenen Kindern, die unter jedem Beziehungsabbruch ihrer Eltern leiden, ist dabei zu hoch. Auch wenn die Ehe keine Garantie für eine lebenslange Gemeinschaft der Eltern ist, ist sie dennoch die verlässlichste Beziehung, in der Kinder aufwachsen können. Die Dreijahresfrist für die Adoption, die in der Gesetzesänderung vorgeschlagen wird, ist keine wirkliche Alternative zur Voraussetzung, dass adoptionswillige Paare verheiratet sein müssen.

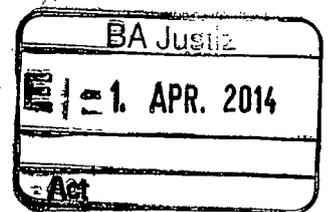
Vielen Dank für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme in Ihrer weiteren Arbeit.

Hansjörg Forster
Leiter «Forum Ehe+Familie»
(Arbeitsgemeinschaft der SEA)

Thomas Hanimann
Kommunikation und Medien SEA



SCHWEIZERISCHE FACHSTELLE
FÜR ADOPTION



Bundesamt für Justiz
Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

Zürich, 31. März 2014 rw/lu

Vernehmlassung Adoptionsrecht

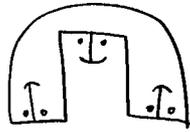
Sehr geehrte Frau Wyder

Sie erhalten anbei – wie bereits per Mail angekündigt - unsere Stellungnahme zum Vorentwurf über die Änderung des Zivilgesetzbuches – Adoptionsrecht.

Freundliche Grüsse
Schweizerische Fachstelle für Adoption

Priska Luther
Administration

Stellungnahme Vernehmlassung Adoptionsrecht



SCHWEIZERISCHE
FACHSTELLE FÜR ADOPTION

STELLUNGNAHME DER SCHWEIZERISCHEN FACHSTELLE FÜR ADOPTION ZUM VORENTWURF ÜBER DIE ÄNDERUNG DES ZIVILGESETZBUCHES – ADOPTIONSRECHT

Die Schweizerische Fachstelle für Adoption begrüsst den Vorschlag des Bundesrates bezüglich der Revision des Adoptionsrechts und unterstützt grundsätzlich den Vorentwurf zur Änderung des Zivilgesetzbuches.

Sie befürwortet insbesondere folgende Punkte:

- eine Handhabung von Fall zu Fall, unter Berücksichtigung des Kindeswohls, wobei insbesondere formelle Voraussetzungen bezüglich Alter und Zivilstand der Adoptiveltern gelockert werden sollen
- **eine Konsolidierung des Verfahrens der Herkunftssuche für Adoptierte sowie die Beanspruchung von spezialisierten Suchdiensten**
- die Lockerung des Adoptionsgeheimnisses für leibliche Eltern

Bezüglich des ersten Punktes möchte die Schweizerische Fachstelle für Adoption jedoch betonen, dass es sich bei einer Adoption um eine Schutzmassnahme für das Kind handelt und dass dem Kindeswohl deshalb stets höchste Priorität eingeräumt werden muss. Lockerungen bezüglich Alter und Zivilstand sind angebracht, sofern sie aufgrund der Situation des Kindes gerechtfertigt sind und nicht nur, um Adoptivelternkandidaten gleiche Chancen einzuräumen.

Die Schweizerische Fachstelle für Adoption ist der Ansicht, dass die Artikel bezüglich Herkunftssuche und Adoptionsgeheimnis (Art. 268b bis 268f VE-ZGB) eine gewisse Anzahl heikler Punkte enthalten und möchte bei dieser Gelegenheit Beobachtungen und Empfehlungen formulieren, die ihr hinsichtlich einer Umsetzung der neuen Gesetzgebung - in Übereinstimmung mit dem Wohl des Kindes und aller betroffenen Personen - wesentlich erscheinen.

INHALT

I. EINFÜHRENDE BEMERKUNGEN: ARBEITSWEISE DER SCHWEIZERISCHEN FACHSTELLE FÜR ADOPTION

II. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

- a) ANSPRUCH AUF AUSKUNFT ÜBER DIE ABSTAMMUNG UND DAS VERFAHREN DER HERKUNFTSSUCHE, ART. 268c VE-ZGB
- b) LOCKERUNG DES ADOPTIONSGEHEIMNISSES FÜR LEIBLICHE ELTERN, ART. 268b UND 268f VE-ZGB
- c) KANTONALE AUSKUNFTSSTELLE, ART. 268d VE-ZGB
- d) SUCHDIENSTE, ART. 268e VE-ZGB
- e) ÜBERNAHME DER SUCHKOSTEN, ART. 268e ABS.3 UND 4 VE-ZGB

III. ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE ZUM VORENTWURF (ART. 268b BIS 268f VE-ZGB)

I. EINFÜHRENDE BEMERKUNGEN: ARBEITSWEISE DER SCHWEIZERISCHEN FACHSTELLE FÜR ADOPTION

Jährlich melden sich 70 bis 100 Personen, die in der Schweiz zur Welt kamen, adoptiert wurden und sich heute mit ihrer Herkunft auseinandersetzen. In den letzten zehn Jahren hat unsere Stelle 842 Personen aktiv auf dem Weg der Herkunftssuche begleitet. Wir arbeiten eng mit dem Internationalen Sozialdienst zusammen (Bürogemeinschaft in Zürich), um auf diese Weise Menschen aus allen Teilen der Welt bei der Suche nach ihren Wurzeln zu unterstützen.

Die Leistungen der Schweizerischen Fachstelle für Adoption im Bereich der Herkunftssuche

Unsere Dienstleistungen im Bereich der Herkunftssuche

Die Schweizerische Fachstelle für Adoption unterstützt seit ihrer Gründung im Jahr 1996 adoptierte Personen bei der Suche nach ihren Wurzeln. Sie verfügt über ein Archiv, in welchem die meisten Akten der seit 1922 in der Schweiz geborenen und im In- oder Ausland adoptierten Kinder registriert sind.

Zielgruppen, die an uns gelangen:

- Adoptierte Personen im Alter von 18 – 60 Jahren
- Gelegentlich auch adoptierte Kinder und Jugendliche

Meist handelt es sich dabei um Personen, die in der Schweiz geboren wurden und deren Eltern meist auch noch in der Schweiz leben.

Auftragslage

- Jährlich zwischen 70 und 100 neue Gesuche
- 70 % der Gesuche führen zu einem direkten oder indirekten Kontakt
- Bei 30 % kommt ein Kontakt mindestens im ersten Anlauf nicht zustande
- Durchschnittliche Begleitdauer: 6 – 9 Monate
- Kostenbeteiligung der Betroffenen: Fr. 1'000.– pro Suchauftrag (ca. 50% Kostendeckung)

Gründe für die Herkunftssuche

- Suche nach der eigenen Identität, um sein Leben mit seiner Vergangenheit zu verknüpfen und die persönliche Geschichte abzurunden
- Im Rahmen einer Therapie möchten Herkunftssuchende mit unserer Unterstützung die konkreten Schritte in die Wege leiten, um ihren Wunsch in die Wirklichkeit umzusetzen
- Junge adoptierte Frauen möchten erfahren, mit welchen Fragen sie und ihre zukünftigen Kinder sich bei einer eigenen Familiengründung auseinandersetzen müssen
- Allfällige Erbkrankheiten

Vorgehen bei der Suche

- Kennenlernen der Adoptionsgeschichte der Betroffenen (Fragebogen, persönliches Gespräch)
- Kennenlernen der aktuellen Lebens- und Familienverhältnisse, um Art und Weise der Unterstützung festzulegen
- Klären der Erwartungen an die Herkunftssuche
- Festlegen eines konkreten Vorgehens und Konfrontation mit den möglichen Ausgängen der Herkunftssuche

Voraussetzungen für die Suche

- Respekt für die Entscheidung des Gesuchten (Zeit lassen)
- Herstellung einer Verbindung zwischen der individuellen Vergangenheitsbewältigung des Suchenden und dem aktuellen Familien- und Beziehungssystem
- Konfrontation mit dem Entscheid resp. Rhythmus des/der Gesuchten

Begleitung des Suchprozesses

- Genügend Zeit für die psychosoziale Begleitung, Entscheid des Gesuchten/Wunsch des Betroffenen (zeitlicher Rahmen soll so gestaltet werden, dass beide bereit sind)
- Umgang mit der Realität (beide Teile müssen zum Kontakt bereit sein)
- Dosierte Gestaltung der Kontakte (anonyme Briefkontakte, direkte Kontakte durch Briefverkehr, E-Mail oder Telefon, begleitete erste persönliche Kontakte)
- lange Nachbegleitung des/der Suchenden

II. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

a) Anspruch auf Auskunft über die Abstammung und das Verfahren der Herkunftssuche, Art. 268c VE-ZGB

Der **Anspruch des adoptierten Kindes** auf Kenntnis seiner Abstammung, besonders der Identität seiner leiblichen Eltern, wird als unverzichtbares und unverjährbares Grundrecht anerkannt, beruhend insbesondere auf Art. 7 Abs. 1 der Kinderrechtskonvention (KRK).

Die **Herkunftssuche** umfasst sämtliche Schritte einer adoptierten Person, mehr über ihre Vergangenheit zu erfahren, besonders auch über ihre Identität und leibliche Herkunft. Im Allgemeinen möchte die adoptierte Person nicht nur die **Identität ihrer leiblichen Eltern kennen**, sie sucht auch nach **allgemeinen Informationen über ihr Herkunftsmilieu und ihr Leben** vor der Adoption und möchte erfahren, **weshalb sie zur Adoption freigegeben wurde**. Deshalb soll einem Suchenden **der Zugang zu seinem Dossier generell ermöglicht werden**, unter Vorbehalt von Informationen bezüglich Dritter.

Meist verspürt der Suchende den Wunsch, **einen Kontakt zu seiner Herkunftsfamilie** (den leiblichen Eltern und Geschwistern) **herzustellen, wofür die Intervention einer Fachperson unumgänglich ist. Direkte Versuche, die Familie ausfindig zu machen,** werden zwar durch die heutigen technologischen Möglichkeiten wie Internet und soziale Netzwerke vereinfacht, sollten jedoch nach Möglichkeit **vermieden werden**, da der Suchende dadurch das **Risiko** eingeht, **hintergangen oder von der Herkunftsfamilie abgewiesen zu werden**. Ein solches Vorgehen kann aufgrund religiöser, kultureller oder sonstiger Gründe (z.B. einer verheimlichten Geburt) zudem die leibliche Mutter und ihre physische Integrität gefährden.

Weiter gilt es zu beachten, dass **nicht alle adoptierten Personen dieselben Bedürfnisse und Motivationen haben** und dass auch **der Zeitpunkt, zu dem diese Fragen auftreten, eine Rolle spielt**. Ist nämlich für gewisse Adoptierte das Bedürfnis, ihre Herkunft zu kennen, schon während der Kindheit oder in der Pubertät ein Thema, so stellt sich für andere die Frage, wenn sie das Elternhaus verlassen, selber eine Familie gründen oder nach dem Tod der Adoptiveltern.

Eine Herkunftssuche ist folglich mehr als nur ein simples administratives Verfahren, sie ist ein **multidimensionaler Prozess auf psychologischer, sozialer, administrativer und rechtlicher Ebene**. Aus diesem Grund ist es von grosser Bedeutung, der suchenden Person **während des gesamten Suchprozesses eine angemessene fachliche Begleitung zu gewährleisten**.

Die Herkunftssuche gestaltet sich oft langwierig und komplex, der Suchende ist immer wieder grossen Emotionen ausgesetzt. Wichtig ist, dass er **seine Erwartungen klar definiert**. Die **Durchführbarkeit seines Vorhabens hängt stark von der Situation in seinem Herkunftsland, von seinem Dossier und den zur Verfügung stehenden Informationen ab**. Es kommt vor, dass die Herkunftssuche **nicht zum gewünschten Resultat führt**, wenn man z.B. nur wenig über die Adoption weiss, die Suche mit sonstigen Schwierigkeiten verbunden ist oder die leiblichen Eltern einen Kontakt verweigern. In solchen Fällen können Fragen unbeantwortet bleiben oder die Reaktion der Herkunftsfamilie kann alte Wunden wieder öffnen und die Situation zusätzlich erschweren. In manchen Fällen kann der Suchende die Begleitung einer Fachperson aus dem psychomedizinischen Bereich wünschen.

Eine **eventuelle Kontaktaufnahme zwischen dem Suchenden und seiner Herkunftsfamilie bedarf auf jeden Fall einer angemessenen und konsequenten Vorbereitung**.

All diese Punkte zeigen auf, wie wichtig eine fachliche Begleitung ist.

b) Die Lockerung des Adoptionsgeheimnisses für leibliche Eltern, Art. 268b und 268f VE-ZGB

Dem Kindeswohl soll in der geplanten Revision höchste Priorität beigemessen werden und der Wunsch, die Rechte der leiblichen Eltern denen des Kindes anzupassen, darf den Interessen und dem Wohl des Kindes keinesfalls übergeordnet werden. Das Recht einer adoptierten Person, die Identität ihrer leiblichen Eltern kennenzulernen, ergibt sich aus dem Recht des Kindes, sich eine eigene Identität zu schaffen, besonders auch durch die Kenntnis seiner Abstammung. **Es ist nicht vertretbar, den leiblichen Eltern dasselbe Recht zu gewähren, da die rechtlichen Grundlagen verschieden sind.**

Obwohl das im aktuellen Recht vorgesehene Adoptionsgeheimnis nicht zufriedenstellend geregelt ist, gilt es, bei der Lockerung dieses Geheimnisses für die leiblichen Eltern, die Informationen über ihr Kind erhalten möchten, Vorsicht walten zu lassen. Den Persönlichkeitsrechten der leiblichen Eltern darf auf keinen Fall mehr Gewicht zugesprochen werden als dem Wohl des Kindes, besonders im Hinblick auf seine Privatsphäre im Kreise der Adoptivfamilie. Das Recht der leiblichen Eltern, Auskunft zu erhalten, muss deshalb ein **bedingtes Recht** bleiben. Diesbezüglich scheint uns Art. 268b Abs.1 VE-ZGB angemessen, der vorsieht, dass das minderjährige adoptierte Kind persönlich angehört und um seine Zustimmung gefragt wird, sofern es urteilsfähig ist. Erforderlich ist zudem auch die Zustimmung der Adoptiveltern. Diese Bestimmungen entsprechen auf sinnvolle Weise dem Bedürfnis einer Lockerung des Adoptionsgeheimnisses, respektieren gleichzeitig aber auch das Privatleben des adoptierten Kindes und der Adoptivfamilie. Ebenso respektiert Art. 268b Abs. 2 VE-ZGB die **Persönlichkeitsrechte des erwachsenen Adoptierten**, indem für die Weitergabe von Informationen seine ausdrückliche Zustimmung verlangt wird.

Auch die Lockerung des Adoptionsgeheimnisses lässt sich nicht allein auf administrative Aspekte beschränken und setzt ebenfalls eine **psychosoziale Begleitung des Kindes und der Adoptivfamilie, aber auch der leiblichen Eltern voraus**. Ein solches Verfahren braucht Zeit und muss den Betroffenen manchmal im Rahmen einer Mediation die Gelegenheit geben, Ängste und Bedürfnisse zu formulieren.

Immer öfter kommt es auch vor, dass Geschwister (oder andere Mitglieder der Herkunftsfamilie) nach Informationen über das adoptierte Kind suchen, vor allem dann, wenn leibliche Eltern vor oder nach der Adoption weitere Kinder hatten. Es erscheint deshalb angebracht, **die Lockerung des Adoptionsgeheimnisses auf die gesamte Herkunftsfamilie auszudehnen, insbesondere aber auf die leiblichen Geschwister des adoptierten Kindes**.

Bezüglich Art. 268b Abs. 3 VE-ZGB ist die Schweizerische Fachstelle für Adoption der Meinung, dass er einen **zu grossen Interpretationsspielraum gewährt, was in der Praxis zu Problemen führen und das Kindeswohl gefährden kann**. Es ist nämlich nur schwer verständlich, welche nicht-identifizierenden Informationen an die leiblichen Eltern weitergeleitet würden und wie sie von diesen verstanden würden, vor allem auch, wenn die Situation des adoptierten Kindes komplex ist. In einem solchen Fall stellt sich die Frage, inwiefern Informationen an die leiblichen Eltern weitergegeben werden sollen, da sie ja doch keine Handlungsmöglichkeit haben.

Wir möchten hier betonen, dass **die Frage der offenen Adoption unbedingt von der oben erwähnten Problematik zu trennen ist, da die Modalitäten meist zum Zeitpunkt der Adoption und im Einvernehmen zwischen der Herkunfts- und der Adoptivfamilie bestimmt werden**.

a) Die kantonale Auskunftsstelle, Art. 268d VE-ZGB

Wir begrüßen den Vorschlag einer **einzigen kantonalen Auskunftsstelle**, nämlich der kantonalen Zentralbehörden für Adoption, die in der Regel **Fachleute aus dem psychosozialen Bereich** beschäftigen und deshalb mit den Themen Adoption und Herkunftssuche bestens vertraut sind.

Eine solche kantonale Auskunftsstelle wird in erster Linie **das Einholen von Informationen** bei den zuständigen Justiz- und Administrativbehörden und den eventuellen Adoptionsvermittlungsstellen **erleichtern**.

Ausserdem sollte die kantonale Auskunftsstelle **betroffene Personen an die verschiedenen spezialisierten Suchdienste verweisen** und dadurch die **Zusammenarbeit zwischen Auskunftsstelle und Suchdiensten stärken**. Diesbezüglich ist es wichtig zu betonen, dass nicht ein einziger Dienst für die Herkunftssuche zuständig ist und dass die kantonale Auskunftsstelle für jeden einzelnen Fall den zuständigen Suchdienst bestimmen muss. **Der Suchende sollte bei der Wahl des spezialisierten Dienstes miteinbezogen werden und sich direkt mit diesem in Verbindung setzen können**.

Im Hinblick auf Einfachheit und Ressourcen ist es von Bedeutung, dass **nur ein Dienst pro Kanton oder für mehrere Kantone zusammen entsprechende Auskunft erteilt**. In diesem Sinne sollten die „kantonale Behörde“ und die „geeignete Stelle“, wie sie in Art. 268d VE-ZGB erwähnt werden, dieselbe Stelle sein. Wichtig ist aber, dass sich betroffene Personen von mehreren spezialisierten Diensten beraten lassen können, die Suchende auf ihrem Weg komplementär oder subsidiär begleiten können.

b) Suchdienste, Art. 268e VE-ZGB

Wie bereits erwähnt, gibt es mehrere **spezialisierte Suchdienste**. Es ist wichtig, dass diese Dienste im Bereich **der Adoption und der Herkunftssuche** Erfahrung aufweisen. Diesbezüglich sollten die in Art. 268e Abs.4 VE-ZGB festgehaltenen Ausführungsbestimmungen die Kompetenzen auflisten, über die jeder spezialisierte Dienst verfügen sollte.

Ferner möchten wir nochmals die Notwendigkeit betonen, den Suchenden selbst bestimmen zu lassen, **an welchen spezialisierten Suchdienst er sich wenden möchte, besonders wenn diese Dienste eine psychosoziale Begleitung anbieten.**

Nach Möglichkeit sollte ein Hin und Her zwischen spezialisiertem Dienst und kantonaler Behörde vermieden werden, um dem Betroffenen eine kontinuierliche Unterstützung gewährleisten zu können. Ausserdem kann dem Suchenden das gewünschte Resultat wie bereits erwähnt keinesfalls garantiert werden, und die Vielfalt der angetroffenen Situationen erfordert nuancierte Antworten und Raum für Diskussion mit den Betroffenen. **Heute übertragen die zuständigen Behörden Herkunftssuche, Kontaktaufnahme und psychosoziale Begleitung meist an den spezialisierten Dienst, der die Behörden danach über die wichtigsten Schritte und das Resultat der Herkunftssuche informiert.**

Die spezialisierten Dienste sind bereits seit mehreren Jahren tätig. Sie unterstehen bereits der Schweigepflicht und orientieren sich an den vorgeschriebenen ethischen/deontologischen Richtlinien. **Selbstverständlich befürworten wir den Vorschlag, die Zusammenarbeit zwischen Kantons-/Bundesbehörden und Suchdiensten zu stärken.**

c) Übernahme der Suchkosten, Art. 268e Abs.3 und 4 VE-ZGB

Wie bedauern den Wortlaut von Art. 268e Abs.3 VE-ZGB, der eine Kostenübernahme nur zu befürworten scheint, wenn keine Zustimmung des leiblichen Elternteils zur Adoption vorliegt. Es ist fragwürdig, **im ZGB eine Bestimmung bezüglich besonderer Situationen festzuhalten, die immer seltener auftreten, besonders wie sie in der Motion 09.4107 Fehr beschrieben sind.** Dadurch soll keinesfalls ausgeschlossen werden, dass diese dramatischen und unerträglichen Situationen eine Entschädigung oder sonstige Wiedergutmachung verlangen (wie z.B. für Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen). Ausserdem wird

dieses System ohne Zweifel erhebliche praktische Probleme zur Folge haben, wenn es darum geht, konkrete Fälle einer unfreiwilligen Adoption zu ermitteln.

Noch einmal möchten wir hier betonen, dass dem Anspruch des Kindes auf Kenntnis seiner Herkunft höchste Priorität zukommen muss und die Übernahme der Kosten in erster Linie diesem Zweck dienen soll. Die Ausführungsvorschrift darf diese Priorität keinesfalls vernachlässigen.

Art. 268f : Persönlicher Verkehr mit den leiblichen Eltern

Die Adoptiveltern und die leiblichen Eltern können vereinbaren, dass den leiblichen Eltern ein Anspruch auf angemessenen persönlichen Verkehr mit dem minderjährigen Adoptivkind eingeräumt wird. Ist das Kind urteilsfähig, so ist seine Zustimmung notwendig. Diese Vereinbarung kann einseitig nicht abgeändert oder aufgehoben werden. Bei Uneinigkeit entscheidet die Kindesschutzbehörde.

III. ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE ZUM VORENTWURF (art. 268b bis 268f VE-ZGB)

Wir schlagen vor, Art. 268b VE-ZGB mit Art. 268c VE-ZGB auszutauschen, damit das Recht des Kindes vor demjenigen der leiblichen Eltern steht und der Sinn des Gesetzes respektiert wird.

*Art. 268**eb**, Auskunft über die Personalien der leiblichen Eltern:*

- 1. Das minderjährige Kind hat das Recht, Auskunft über seine leiblichen Eltern zu erhalten, sofern sie dadurch nicht identifizierbar sind. Es hat das Recht, ihre Identität zu erfahren, wenn es ein schutzwürdiges Interesse hat.*
- 2. Das erwachsene Kind kann jederzeit Auskunft über die Identität seiner leiblichen Eltern erhalten.*
- 3. Aufgehoben.*

→ Abs.3: Wir unterstützen den Vorschlag, anstelle eines Absatzes 3 einen speziellen Artikel über die kantonale Auskunftsstelle zu verfassen (Art. 268d VE-ZGB).

*Art. 268**ec**, Adoptionsgeheimnis:*

- 1. Ist das adoptierte Kind minderjährig, werden Informationen, die das Kind oder die Adoptiveltern identifizieren, nur mit vorherigem Einverständnis der Adoptiveltern an die ~~leiblichen Eltern~~ Herkunftsfamilie oder andere Personen weitergegeben. Bevor diese Informationen weitergegeben werden, wird das Kind durch die zuständigen Behörden oder andere zu diesem Zweck befähigte Personen in geeigneter Weise persönlich angehört, sofern sein Alter oder andere wichtige Gründe nicht dagegen sprechen. Ist das Kind urteilsfähig, so ist für eine Weitergabe der Informationen seine Zustimmung erforderlich.*
- 2. Wenn das adoptierte Kind volljährig ist, wird die Auskunft über seine Identität nur an die ~~leiblichen Eltern~~ die Herkunftsfamilie weitergegeben, sofern das adoptierte Kind sein ausdrückliches Einverständnis gegeben hat.*
- ~~3. Die leiblichen Eltern haben das Recht, Auskunft über das Kind zu erhalten, unabhängig von dessen Alter und Einverständnis, sofern diese Informationen nicht zur Identifikation des Kindes oder der Adoptiveltern führen können und diese Auskunft in keiner Weise den Interessen des Kindes schadet.~~*

→ Wie in den allgemeinen Bemerkungen bereits erwähnt, möchten immer öfter auch Geschwister mehr über das adoptierte Kind erfahren, weshalb es uns angemessen erscheint, die Lockerung des Adoptionsgeheimnisses auf die gesamte Herkunftsfamilie auszudehnen, insbesondere aber auf die leiblichen Geschwister des adoptierten Kindes.

→ Gemäss unserem Kommentar unter Punkt b), Seite 6 (dépend de la mise en page finale) gewährt Absatz 3 einen zu grossen Interpretationsspielraum, der in der Praxis zu Problemen führen und das Kindeswohl gefährden kann. Der **Anspruch der leiblichen Eltern** auf Information muss deshalb ein **bedingtes** Recht bleiben, wie dies in Abs. 1 und 2 des vorliegenden Artikels vorgesehen ist.

Art. 268d, Kantonale Auskunftsstelle:

- ~~1. Auskunft über die leiblichen Eltern oder das Kind erteilt diejenige kantonale Behörde, die im Zeitpunkt der Adoption als einzige kantonale Behörde zuständig ist, wenn ein Pflegekind zum Zweck der späteren Adoption aufgenommen wird. Die Kantone bestimmen eine kantonale Auskunftsstelle, welche Auskunft über die leiblichen Eltern oder das Kind erteilt.~~
2. Bevor sie Auskunft erteilt, informiert sie die gesuchten Personen über eingegangene Auskunftsbegehren und holt, wo nötig, deren Zustimmung zur Weitergabe von Informationen an die gesuchstellenden Personen ein.
3. Lehnen die leiblichen Eltern den persönlichen Kontakt mit dem Kind ab, so ist das Kind darüber zu informieren und auf die Persönlichkeitsrechte der leiblichen Eltern aufmerksam zu machen.
4. ~~Die Kantone bezeichnen eine geeignete Stelle.~~ Die adoptierte Person oder die leiblichen Eltern werden durch die kantonale Auskunftsstelle auf Wunsch beratend **unterstützt**.

→ Dieser Artikel ist missverständlich, das er die Begriffe „kantonale Behörde“ und „geeignete Stelle“ verwendet, im Titel aber von der „kantonalen Auskunftsstelle“ gesprochen wird. Es ist wichtig, dass sich Gesuchsteller an eine **einzige und klar identifizierbare Behörde** wenden können. Diese kantonale Stelle wird in erster Linie für das Einholen von Informationen bei den zuständigen Justiz- und Administrativbehörden und den eventuellen Adoptionsvermittlungsstellen zuständig sein.

Art. 268e, Suchdienst:

1. Ist ein Kontakt zu einer gesuchten Person nicht ohne Weiteres möglich, beauftragt die kantonale Auskunftsstelle einen spezialisierten Dienst mit der Suche, wenn die gesuchstellende Person dies wünscht.
2. Der beauftragte Suchdienst untersteht im Rahmen des Auftrages der Schweigepflicht.
3. Der Kanton beteiligt sich an den Kosten der Suche, ~~wenn begründete Zweifel bestehen, dass die Zustimmung zur Adoption durch einen leiblichen Elternteil, der sein Kind sucht, nicht vorlag oder dessen Zustimmung unter dem Druck einer Behörde erfolgte.~~
- 4.3. Der Bundesrat erlässt Ausführungsvorschriften und regelt die Kostentragung.

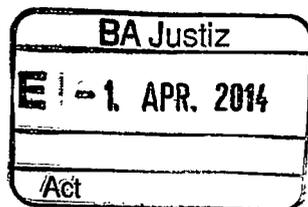
→ Wie in Punkt e), Seite 10 (voir mise en page finale) erwähnt, ist dem **Anspruch des Kindes** auf Kenntnis seiner Herkunft **höchste Priorität** beizumessen, weshalb die **Übernahme der Kosten** in erster Linie diesem

Zweck dienen soll. Was selbstverständlich eine Beteiligung an den Suchkosten der leiblichen Eltern nicht ausschliesst.

Die Beteiligung an den Kosten nur zu befürworten, sofern ein leiblicher Elternteil gezwungen war, sein Kind zur Adoption freizugeben (Abs. 3 *in fine*), wird erhebliche praktische Probleme zur Folge haben, wenn es darum geht, konkrete Fälle einer unfreiwilligen Adoption zu ermitteln.

→ Abs. 4 Ausführungsvorschriften: Wie für das Kreisschreiben vom 21. März 2003 des EAZW bezüglich der Umsetzung von Artikel 268c ZGB (03-03-01) müssen folgende Punkte vorgesehen werden:

- Praktische Modalitäten, ohne starren Formalismus bei der Herkunftssuche. Ein gewisser Spielraum ist nötig, damit für jeden Fall das beste Suchverfahren zur Anwendung kommen kann.
- Die Definition der erforderlichen Kompetenzen eines spezialisierten Suchdienstes
- Die Berücksichtigung der Multidimensionalität der Herkunftssuche



Bundesamt für Justiz
z.Hd. Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

judith.wyder@bj.admin.ch

Bern, 26. März 2014

Änderung des Zivilgesetzbuches (Adoption)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit, zur oben erwähnten Änderung des Zivilgesetzbuches Stellung nehmen zu können.

Der SGB begrüsst diese Revision und unterstützt die vom Bundesrat vorgeschlagenen Reformschritte als ein Schritt in die richtige Richtung. Die Revision ist unbedingt nötig, um der heutigen Realität, die verschiedene Lebensgemeinschaften kennt, gerechter zu werden. Nach geltendem Recht kann nur eine verheiratete Person das Kind ihres/r Ehegatten/gattin adoptieren. Kinder, die in eingetragenen Partnerschaften oder in faktischen Lebensgemeinschaften aufwachsen, können von der Partnerin oder dem Partner der Mutter bzw. des Vaters nicht adoptiert werden. Im Interesse des Kindeswohls, und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass heute mehrere Formen von tragfähigen Lebensgemeinschaften gelebt werden, ist das heutige Recht zu reformieren und so Diskriminierungen abzubauen.

Der SGB unterstützt deshalb die vorgeschlagene Öffnung der Stiefkindadoption für Paare in eingetragenen Partnerschaften. Der Vorschlag geht allerdings zu wenig weit. Der SGB vertritt die Haltung, dass die gemeinschaftliche Adoption auch für eingetragene Partnerschaften möglich werden sollte. Er unterstützt zudem die vom Bundesrat als Variante vorgeschlagene Öffnung der Stiefkindadoption auch für faktische Lebensgemeinschaften. Gemäss Erläuterungen haben verschiedene europäische Länder ihre Gesetze in diesem Sinne bereits angepasst.

Zu den weiteren vorgeschlagenen Massnahmen haben wir keine Bemerkungen.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND

Paul Rechsteiner
Präsident

Christina Werdli
Zentralsekretärin



Vernehmlassung (Adoption)
Bundesamt für Justiz
z.H. Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

Mail an: judith.wyder@bj.admin.ch

Bern, 31. März 2014

Vernehmlassung. Änderung des Zivilgesetzbuches (Adoption)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 6. Dezember 2013 haben Sie dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) den oben erwähnten Vorentwurf betreffend die Änderung des Zivilgesetzbuches (Adoption), des Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (PartG) sowie weiterer Gesetze, die von der Revision des Adoptionsrechts betroffen sind, zur Stellungnahme unterbreitet. Für die Gelegenheit, uns aus Sicht der über 1700 dem SGV angeschlossenen Gemeinden und Städte äussern zu können, danken wir Ihnen.

Der SGV unterstützt generell das Vorhaben, das Adoptionsrecht zu modernisieren und den neuen gesellschaftlichen Erfordernissen anzupassen. Hingegen nimmt er aus grundsätzlichen Überlegungen nicht zu den einzelnen gesellschaftlichen Aspekten der Vorlage Stellung.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gemeindeverband

Präsident

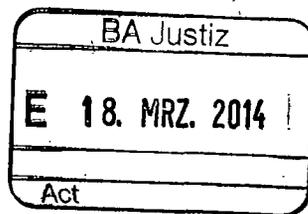
Stv. Direktorin

Hannes Germann
Ständeratspräsident

Maria Luisa Zürcher
Rechtsanwältin



Bundesamt für Justiz
z. H. Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern



SKF-FrauenBande
Impulsthema 2012-2015

Luzern, März 2014

STELLUNGNAHME ZUR VERNEHMLASSUNG ZUR ÄNDERUNG DES ZIVILGESETZBUCHES (Die Adoption)

Sehr geehrte Frau Wyder
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, zu den vorgeschlagenen Änderungen des Zivilgesetzbuches Stellung zu nehmen. Der Schweizerische Katholische Frauenbund SKF ist der Dachverband der katholischen Frauenorganisationen und vertritt rund 150'000 Frauen in der Schweiz. Der SKF setzt sich für die Verbesserung der Situation der Frauen in Kirche, Staat und Gesellschaft ein. Bei der Beurteilung der vorgeschlagenen Änderungen im Zivilgesetzbuch ist für den SKF der grundlegende Massstab das Wohl des Kindes, das Priorität hat.

1. Grundsätzliches

Der SKF nimmt die vorgeschlagenen Änderungen im Adoptionsrecht im Wesentlichen erfreut zur Kenntnis. Begrüsst wird, dass das angepasste Gesetz den veränderten gesellschaftlichen Begebenheiten Rechnung tragen soll. In diesem Zusammenhang spricht sich der SKF für die Stiefkindadoption für alle erwähnten Formen von Lebensgemeinschaften aus (Variante 6.2 des erläuternden Berichts). Vorstellbar sind für den SKF auch Fremdoptionen für alle beschriebenen Formen von Lebensgemeinschaften. Das muss ein «Fernziel» sein. Der SKF ist sich bewusst, dass die mehrheitliche gesellschaftliche Akzeptanz von Fremdoptionen zum Beispiel für Konkubinats- und homosexuelle Paare derzeit nicht gegeben sein dürfte. Aus diesem Grund verzichtet der SKF auf entsprechende Vorschläge und beschränkt sich auf Kommentare und Vorschläge zu den einzelnen zur Diskussion gestellten Artikeln im Zivilgesetzbuch.

2. Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln

Erwähnt werden jene Artikel, zu denen Kommentare und Vorschläge vorliegen. Die nicht erwähnten Artikel werden wie in der Vernehmlassung vorgeschlagen befürwortet.

Art. 264a Abs. 1.

„Ehegatten können ein Kind nur gemeinschaftlich adoptieren.....“ Wir unterstützen den Vorschlag, dass grundsätzlich nur gemeinschaftlich adoptiert werden kann. (Siehe Kommentar unter Art. 264b) Die Neuregelung der Adoptionsvoraussetzung unterstützen wir.

Art. 264b

Dieser Artikel schafft Ungerechtigkeit und führt zur Bevorzugung von Einzelpersonen, die unter Umständen aus rein egoistischen Gründen ein Kind adoptieren wollen. Er würde allenfalls dann Sinn machen, wenn auch nicht verheiratete Paare *gemeinschaftlich* adoptieren dürfen. Grundsätzlich bevorzugt der SKF zum Wohl des Kindes die *gemeinschaftliche* Adoption. Einzeladoptionen sollen möglich sein, aber nicht die Regel. Einzeladoptionen sollen im Gesetz nicht gefördert respektive nicht bevorzugt werden – bevor nicht die gemeinschaftliche Adoption für die verschiedenen Formen von Lebensgemeinschaften möglich ist. Intakte familiäre Strukturen und Verhältnisse mit mindestens zwei Betreuungs- und Bezugspersonen sind für das Wohl des Kindes zentral.

Art. 264c

Hier befürwortet der SKF die Variante 6.2 im erläuternden Bericht (*Art. 264c neu*): Öffnung der Stiefkindadoption auch für faktische Lebensgemeinschaften. Das erhöht die Chancen für Stiefkinder, in intakten familiären Strukturen und Verhältnissen aufzuwachsen. Zudem wird die Diskriminierung von Konkubinatspaaren aufgehoben.

Art. 268b

Die Anhörung des Kindes ist unabdingbar. Dabei ist die Professionalität der Mitarbeitenden bei den zuständigen Behörden und der allenfalls beauftragten Drittperson zu gewährleisten.

Art. 268c

Die Frage stellt sich, was sich der Gesetzgeber unter «schutzwürdigem Interesse» genau vorstellt. Der Anspruch muss hoch sein, zum Beispiel wenn es sich um schwere (vererbare) Krankheiten und/oder Ähnliches handelt. Es braucht viel Sorgfalt, Umsichtigkeit und Rücksichtnahme – sowohl mit Blick auf das minderjährige Kind als auch mit Blick auf die leiblichen Eltern.

Art. 268e, Abs. 1

Der spezialisierte Dienst soll nicht nur mit der Suche beauftragt werden, sondern ebenso mit der Beratung und Begleitung der gesuchstellenden Person. Die suchende Person ist in einer schwierigen und unter Umständen belastenden Situation, verbunden mit vielen Emotionen. Eine angemessene Beratung und Begleitung ist angebracht und erwünscht.

Art. 268f

Hier schlägt der SKF eine konkrete Änderung des Artikels vor:

«Die Adoptiveltern und die leiblichen Eltern können vereinbaren, dass den leiblichen Eltern ein Anspruch auf angemessenen persönlichen Verkehr mit dem ~~minderjährigen urteilsfähigen~~ Adoptivkind eingeräumt wird. *Das Kind muss dem zustimmen. Ist das Kind urteilsfähig, so ist seine Zustimmung notwendig.* (...)»

Diese Fassung gewährleistet, dass das Kind darüber entscheidet, ob es den Kontakt mit den leiblichen Eltern tatsächlich will oder nicht. Das Wohl des Kindes geht klar vor.

Art. 270a

Das urteilsfähige Kind muss in Bezug auf die Namenswahl angehört werden. Zudem muss es möglich sein, dass das Stiefkind seinen herkömmlichen Namen behalten kann.

Für die Berücksichtigung unserer Ausführungen danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse

SKF Schweizerischer Katholischer Frauenbund



Karin Ottiger
Geschäftsführerin

Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten
Conférence Suisse des Délégué-e-s à l'Égalité entre Femmes et Hommes
Conferenza Svizzera delle Delegate alla Parità fra Donne e Uomini

Bundesamt für Justiz
z.Hd. Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

Per e-mail an:
judith.wyder@bj.admin.ch

Bern, 27. März 2014

Änderung des Zivilgesetzbuches (Adoption) - Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (SKG), der Zusammenschluss aller institutionellen staatlichen Gleichstellungsstellen der Schweiz, nimmt gerne die Gelegenheit wahr, zur obgenannten Vorlage Stellung zu nehmen.

1. Allgemein zur Vorlage

Die gesellschaftlichen Wertvorstellungen und politischen Meinungen zum Thema „Familie“ unterliegen einem starken Wandel, der neue Realitäten mit sich gebracht hat und sich voraussichtlich noch weiterhin verändern wird. So haben sich in den letzten Jahrzehnten nebst der traditionellen Kleinfamilie zahlreiche andere, alternative Familienformen etabliert (z.B. die Patchwork¹-, Eineltern- oder Regenbogenfamilien²). Kinder, die in diesen Familien aufwachsen, sind heute jedoch ungünstigeren rechtlichen Rahmenbedingungen ausgesetzt als Kinder, die in einer traditionellen, bzw. in einer auf Ehe im Sinne des Schweizer Rechts beruhenden Familie leben.

Bisher konnte in keiner Weise nachgewiesen werden, dass Kinder, die nicht bei Vater *und* Mutter bzw. in einer traditionellen Kleinfamilie aufwachsen, dadurch in irgendeiner Weise negativ beeinflusst würden oder sonst wie im Vergleich zu den übrigen Kindern auffällig wären. Die SKG vertritt die Ansicht, dass eine der Grundvoraussetzungen für die gesunde Entwicklung eines Kindes die Verfügbarkeit von (mindestens) einer konstanten Bezugsperson ist, die dem Kind emotionalen Halt gibt, ein tragfähiges soziales Umfeld schafft und es in seiner individuellen Entwicklung unterstützt.

Die SKG begrüsst daher die Tatsache, dass mit der vorliegenden Revision des Adoptionsrechts die gelebten Realitäten alternativer Familienformen rechtlich weitgehend abgesichert werden und das Kindeswohl noch stärker ins Zentrum einer Adoptionsentscheidung rückt. Somit trägt die Schweiz auch den Vorgaben des Art. 21 des UNO-Übereinkommens über die Rechte der Kinder weitgehend Rechnung. Ferner begrüsst die SKG insbesondere auch die Tatsache, dass mit der Revision bestimmte Personen oder Personengruppen nicht mehr grundsätzlich von einer Adoption ausgeschlossen werden.

¹ Familien, in denen mindestens ein Elternteil ein Kind aus einer früheren Beziehung in die neue Familie miteingebracht hat.

² Familien, in denen sich mindestens ein Elternteil als lesbisch, schwul, bisexuell oder trans* versteht.

Zum vorgelegten Revisionsentwurf hat die SKG aus gleichstellungsrechtlicher Sicht noch folgende Bemerkungen und Anliegen:

2. Einzeladoption (Art. 264b VE-ZGB)

Nach geltendem Recht ist die Einzeladoption in aller Regel nur einer unverheirateten Person gestattet, unter gewissen Umständen ausnahmsweise auch einer verheirateten Person (Art. 264b Abs. 2 ZGB). Sobald aber eine alleinstehende Person eine eingetragene Partnerschaft eingeht, ist laut Art. 28 PartG eine Einzeladoption explizit nicht mehr zulässig. Die vorliegende Revision öffnet die Einzeladoption sämtlichen Personen, unabhängig davon, ob sie alleinstehend, verheiratet, in einer eingetragenen Partnerschaft oder einer faktischen Lebenspartnerschaft leben. Die SKG begrüsst diese Öffnung, wohl wissend, dass einer Einzeladoption in der Praxis weiterhin Ausnahmecharakter zukommen wird.

3. Stiefkindadoption (Art. 264c VE-ZGB)

Nach geltendem Recht ist eine Stiefkindadoption nur einem (neuen) Ehegatten / einer (neuen) Ehegattin gestattet, bzw. nur der/dem verheirateten und daher zwingend gegengeschlechtlichen Partner/in. Wie eingangs erwähnt, wachsen heute in der Schweiz jedoch viele Kinder in sogenannten Regenbogenfamilien auf, in denen das Kindesverhältnis lediglich mit einem Elternteil begründet ist und im Inlandkontext gegenwärtig auch begründet werden kann. Häufig handelt es sich dabei um Paare, bei denen ein_e Partner_in der leibliche Elternteil ist und die Kinder entweder einer früheren Ehe/Partnerschaft entstammen oder durch die im Ausland zugelassenen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren gezeugt wurden. Im Sinne des geltenden Schweizer Rechts verfügt aber nur der biologische Elternteil über die elterliche Sorge, selbst wenn das Kind faktisch zwei Eltern hat, die ihre alltäglichen Aufgaben als Betreuungs- und Vertrauenspersonen einwandfrei wahrnehmen. Zahlreiche Patchwork-Familien befinden sich in einer ähnlichen Situation. Eltern und Kinder in diesen neueren familiären Verhältnissen stossen daher auf grosse Rechtsunsicherheiten bzgl. des Sorge- und Unterhaltsrechts, des Erb- und Sozialversicherungsrechts oder des Anspruchs auf persönlichen Kontakt des Kindes mit dem anderen Elternteil nach einer Trennung oder beim Tod der (leiblichen) Mutter bzw. des (leiblichen) Vaters.

Die Tatsache, dass Kinder in diesen Familien gegenwärtig nicht im gleichen Masse rechtlich abgesichert werden können wie Kinder in ehelichen Gemeinschaften, ist stossend. Aus Sicht der SKG ist ausserdem die Beseitigung jeglicher rechtlicher und faktischer Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und/oder der Geschlechtsidentität eng mit der Überwindung jeglicher Diskriminierung aufgrund des Geschlechts verbunden. Die SKG befürwortet deshalb die vorgesehene Behebung dieser Ungleichheiten. Wie schon in ihrer Stellungnahme zur Einführung des Partnerschaftsgesetzes vom 21. Februar 2002³ festgehalten und in Anlehnung an die entsprechenden Entwicklungen und Rechtsänderungen im nahen Ausland, tritt die SKG für die Einführung der Stiefkindadoption auch für eingetragene Partnerschaften ein und begrüsst die Revision des Art. 264c ZGB.

Die Vorlage schlägt zudem variantenweise auch eine Ausdehnung der Stiefkindadoption auf sämtliche Paare in faktischen Lebensgemeinschaften vor, sofern unmittelbar vor Einreichung des Adoptionsantrags seit mindestens drei Jahren ein gemeinsamer Haushalt geführt wurde. Die SKG erachtet diese Ausdehnung als unbedingt notwendig, zumal die Schweiz dadurch auch internationalen Verpflichtungen nachkommen würde. Einerseits zeigte der Entscheid des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs in Sache *Emonet u.a. gegen die Schweiz*⁴, dass das gegenwärtige Schweizer Adoptionsrecht in Bezug auf die Stiefkindadoption bei nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) nicht kompatibel und daher revisionsbedürftig ist. Andererseits verpflichtet auch Art. 16 (1) (f) des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW) die Schweiz unter Vorbehalt der vorrangig zu berücksichtigenden Interessen der Kinder dafür zu sorgen, dass der Adoptionswunsch einer Person nicht mit dem Zwang resultieren darf, eine Ehe einzugehen. Des

³ http://www.equality.ch/d/stellungnahmen_1.htm

⁴ http://www.humanrights.ch/de/Schweiz/Europa/EGMR/CH-Faelle/idart_6513-content.html

Weiteren hält der CEDAW-Ausschuss im Punkt 18 seiner Empfehlungen Nr. 29 vom 30. Oktober 2013 die Signatarstaaten an, Massnahmen gegen Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Identität zu ergreifen, die sich auf diverse Familienformen beziehen.⁵

Die SKG beantragt deshalb, die vorgeschlagene Ausdehnung der Stiefkindadoption auf faktische Lebensgemeinschaften im Gesetzesentwurf unter den in Abs. 2 vorgegebenen Bedingungen explizit aufzuführen.

4. Gemeinschaftliche Fremdkindadoption (Art. 264a VE-ZGB)

Die SKG stellt fest, dass der Revisionsentwurf weiterhin daran festhält, die gemeinschaftliche Fremdkindadoption ausschliesslich verheirateten Paaren zugänglich zu machen und somit die bestehende Ungleichbehandlung sowohl von Paaren in eingetragenen Partnerschaften als auch von gegen- und gleichgeschlechtlichen Paaren in faktischen Lebensgemeinschaften bekräftigt. Die SKG teilt die im erläuternden Bericht geäusserte Ansicht, dass gegenwärtig gute und sachliche Gründe für die vollständige Öffnung der Adoption für sämtliche Lebensformen bestehen würden. So haben auch verschiedene ausländische Rechtsordnungen⁶ nach sorgfältiger Prüfung sämtlicher relevanten Umstände in den letzten Jahren im Bereich des Adoptionsrechts eine weitgehende Gleichbehandlung mit verheirateten Paaren eingeführt. Umso mehr bedauert die SKG, dass der vorliegende Entwurf auf diese Erkenntnisse und Entwicklungen nicht gebührend Rücksicht nimmt. Die SKG würde eine Lösung begrüßen, welche allen Erwachsenen ungeachtet ihres Geschlechts, ihres Zivilstandes oder ihrer Lebensform, ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität grundsätzlich auch die gemeinschaftliche Volladoption erlauben würde.

In diesem Zusammenhang und vor dem Hintergrund eines kohärent zu gestaltenden Familienrechts scheint der vorliegende Revisionsentwurf ausserdem inkonsequent und diskriminierend zu sein, denn mit der Revision von Art. 264b ZGB ermöglicht er die *Einzeladoption* ungeachtet des Zivilstandes, der sexuellen Orientierung bzw. der Geschlechtsidentität einer adoptionswilligen Person, erweitert aber gleichzeitig die *gemeinschaftliche Adoption* sowie die *Stiefkindadoption* bei stabilen Lebensgemeinschaften entweder gar nicht oder nur beschränkt. Wie bei der Stiefkindadoption verweist die SKG im Übrigen auch in diesem Kontext auf die aus Art. 16 CEDAW hinausgehenden Forderungen, auch Adoptionen im Konkubinat unter Vorbehalt einer gewissen Stabilität der Beziehung zu ermöglichen.

5. Lockerung des Konzeptes der geheimen Volladoption (Art. 268b VE-ZGB)

In Umsetzung der Motion 09.4107 (Fehr)⁷ ermöglicht der vorliegende Revisionsentwurf den leiblichen Eltern eines einst zur Adoption freigegebenen Kindes, identifizierende Informationen über das Kind zu erhalten. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass das nun volljährige Kind dieser Bekanntgabe ausdrücklich zustimmt. Unabhängig vom Alter des Kindes bzw. seiner allfälligen Zustimmung erhalten zudem die leiblichen Eltern einen Anspruch auf Bekanntgabe der nicht identifizierbaren Auskünfte über die Lebenssituation des Kindes, sofern dadurch seine Interessen nicht verletzt werden. Die SKG begrüsst diese Änderung, verbessert sie doch, wenn auch in beschränktem Masse, die Stellung der leiblichen Eltern.

Für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen im Voraus.

⁵ <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/CEDAW/Pages/Comments.aspx>

⁶ Dänemark, Belgien, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Norwegen, die Niederlande, Schweden, Spanien, Island, Andorra.

⁷ http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20094107

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten



Barbara Krattiger

Mitglied des Vorstands / Leiterin der Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Bern

Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten
Conférence Suisse des Délégué-e-s à l'Égalité entre Femmes et Hommes
Conferenza Svizzera delle Delegate alla Parità fra Donne e Uomini

Office fédéral de la justice
Mme Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Berne

Par e-mail:
judith.wyder@bj.admin.ch

Berne, le 27 mars 2014

Modification du code civil (CC ; droit de l'adoption) : mise en consultation

Madame, Monsieur

La Conférence suisse des délégué-e-s à l'égalité entre femmes et hommes (CSDE), qui regroupe tous les Bureaux de l'égalité officiels de Suisse, a l'avantage de vous adresser par la présente ses déterminations sur le projet cité.

1. Remarque générale

Depuis quelques années, la structure des familles se modifie fortement. Cette mutation, qui génère de nouvelles réalités, se poursuivra probablement. Au cours des dernières décennies, de nombreuses formes de famille différentes se sont établies parallèlement à la famille nucléaire traditionnelle (p. ex. famille recomposée¹, famille monoparentale ou famille arc-en-ciel²). Mais les enfants qui grandissent dans de telles familles sont actuellement exposés à un cadre juridique moins favorable que les enfants qui vivent dans une famille traditionnelle resp. dans une famille fondée sur le mariage au sens du droit suisse.

À ce stade, il n'a aucunement été prouvé que les enfants qui n'ont pas grandi auprès de leurs père *et* mère, c'est-à-dire dans une famille nucléaire traditionnelle, en aient été influencés négativement d'une quelconque manière ou que leur comportement soit anormal comparativement aux autres enfants. La CSDE est d'avis que l'une des conditions fondamentales du développement sain de l'enfant réside dans la disponibilité d'au moins une personne de référence constante, qui donne à l'enfant un ancrage émotionnel, qui crée pour lui un environnement social solide et qui le soutienne dans son développement individuel.

C'est pourquoi la CSDE salue le fait que, grâce à la présente révision du droit de l'adoption, les réalités vécues dans diverses formes de famille s'inscriront en grande partie dans un cadre juridique, plaçant ainsi plus clairement encore le bien de l'enfant au centre d'une décision d'adoption. Ce faisant, la Suisse tient compte des exigences prévues à l'art. 21 de la Convention de l'ONU relative aux droits de l'enfant. La CSDE salue en outre le fait que, grâce à la révision, certaines personnes ou groupes de personnes ne sont plus fondamentalement exclus d'une adoption.

¹ Famille dans laquelle au moins un-e des enfants est issu-e d'une relation antérieure.

² Famille dans laquelle au moins un parent se considère comme homosexuel(le), bisexuel(le) et/ou transgenre.

Sous l'angle du droit à l'égalité entre femmes et hommes, le projet de révision présenté suscite les remarques et demandes suivantes de la CSDE.

2. Adoption par une personne seule (art. 264b AP-CC)

Selon le droit en vigueur, l'adoption par une personne seule n'est généralement permise qu'à une personne non mariée et, dans certaines circonstances, exceptionnellement à une personne mariée (art. 264b, al. 2, CC). Cependant, dès qu'une personne seule est liée par un partenariat enregistré, les dispositions de l'art. 28 LPart excluent explicitement l'adoption par cette personne. La présente révision ouvre la possibilité de l'adoption individuelle à toutes les personnes, qu'elles soient seules, mariées, liées par un partenariat enregistré ou qu'elles vivent dans une union de fait. La CSDE, consciente que l'adoption par une personne seule conservera en pratique un caractère exceptionnel, salue cette ouverture.

3. Adoption d'un enfant du conjoint ou de partenaire enregistré (art. 264c AP-CC)

En vertu du droit actuellement en vigueur, l'adoption de l'enfant du partenaire ou de la partenaire n'est permise qu'à un (nouvel) époux ou à une (nouvelle) épouse, c'est-à-dire aux partenaires mariés et partant nécessairement de sexes opposés. Comme nous l'avons mentionné en introduction, cependant, de nombreux enfants grandissent de nos jours dans des familles « arc-en-ciel », où le lien de filiation ne repose et ne peut reposer légalement dans le contexte national actuel que sur l'un des parents. Il s'agit de couples dont l'une des partenaires est le parent biologique et dont les enfants sont issu-e-s soit d'une union ou d'un mariage antérieur-e, soit d'un procédé de procréation médicalement assistée autorisé à l'étranger. Selon le droit suisse en vigueur, toutefois, seule le parent biologique dispose de l'autorité parentale, même si l'enfant a de fait deux parents qui assument pleinement leurs tâches quotidiennes d'encadrement et de personnes de confiance. Nombre de familles recomposées se trouvent dans une situation semblable. Les parents et les enfants qui vivent dans ces conditions familiales alternatives sont confrontés à d'importantes insécurités juridiques concernant l'autorité parentale, l'obligation d'entretien, le droit des successions, le droit des assurances sociales ou le droit de l'enfant au contact personnel avec l'autre parent après une séparation ou le décès de la mère (biologique) ou du père (biologique).

Il n'est pas conforme à l'intérêt supérieur de l'enfant que les enfants de ces familles ne bénéficient actuellement pas de la même protection juridique que les enfants de communautés matrimoniales. En outre, du point de vue de la CSDE, la suppression de toute discrimination de droit et de fait en raison de l'orientation sexuelle et/ou de l'identité genre est étroitement liée à l'élimination de toute discrimination fondée sur le sexe. La CSDE se déclare favorable à la suppression, prévue par la présente révision, des discriminations en raison de l'orientation sexuelle et/ou de l'identité de genre. Fidèle à sa position exprimée lors de l'introduction de la loi du 21 février 2002 sur le partenariat enregistré entre personnes du même sexe³ (LPart) et compte tenu des développements correspondants et des modifications du droit dans les pays voisins, la CSDE est favorable à introduire l'adoption de l'enfant du conjoint également pour les personnes liées par le partenariat enregistré. Elle salue donc la révision de l'art. 264c CC.

Le projet propose en outre, à titre de variante, une extension de l'adoption de l'enfant du conjoint à toutes les personnes menant de fait une vie de couple, pour autant qu'elles aient fait ménage commun pendant au moins trois ans immédiatement avant le dépôt de leur demande d'adoption. La CSDE considère que cette extension est absolument nécessaire afin notamment que la Suisse remplisse enfin ses obligations internationales. D'une part, la décision de la Cour européenne des droits de l'Homme dans l'affaire *Emonet et autres contre la Suisse*⁴ relève que le droit suisse actuel en matière d'adoption n'est pas compatible avec la Convention européenne des droits de l'homme (CEDH) en ce qui concerne l'adoption de l'enfant du ou de la partenaire pour les personnes menant une vie de couple sans être mariées et qu'il doit être révisé de ce fait. D'autre part, l'art. 16 al. 1 let. f, de la Convention sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes (CEDEF) oblige la Suisse à veiller à ce que le désir

³ http://www.equality.ch/fr/prises_de_position_1.htm

⁴ http://www.humanrights.ch/fr/Suisse/Conventions-europe/Cour-Strasbourg/Liste-des-cas-suisse/idart_6513-content.html

d'adoption d'une personne ne résulte pas en une contrainte au mariage, l'intérêt des enfants étant la considération primordiale. Par ailleurs, au point 18 de sa Recommandation générale n° 29 du 30 octobre 2013, le Comité de la CEDEF exhorte les Etats signataires à prendre des mesures contre la discrimination fondée sur le sexe et l'identité sexuelle qui touche les divers types de famille et de relations familiales.⁵

La CSDE demande donc que le projet de loi mentionne explicitement, aux conditions prévues à l'al. 2, l'extension proposée de l'adoption de l'enfant du conjoint aux personnes menant de fait une vie de couple.

4. Adoption conjointe (art. 264a AP-CC)

La CSDE constate que le projet de révision persiste à ne permettre l'adoption conjointe d'un enfant qu'aux couples mariés, ce qui revient à consolider l'inégalité de traitement actuelle tant des personnes liées par un partenariat enregistré que des personnes, homosexuelles ou hétérosexuelles, qui mènent de fait une vie de couple. La CSDE partage l'avis, exprimé dans le rapport explicatif, qu'il existe actuellement de bonnes raisons et des éléments objectifs pour permettre l'adoption conjointe à tout type de couple, quel que soit le mode de vie. C'est ainsi que divers ordres juridiques étrangers⁶ ont introduit ces dernières années dans le domaine du droit de l'adoption, suite à un examen soigneux de tous les aspects pertinents, un traitement des formes de famille alternatives dans une large mesure égal à celui des couples mariés. La CSDE regrette d'autant plus que le présent projet ne tienne pas suffisamment compte de ces éléments nouveaux et de ces développements. Elle serait favorable à une solution qui permette fondamentalement l'adoption conjointe plénière à tous les adultes, indépendamment de leur sexe, de leur état civil ou de leur mode de vie, de leur orientation sexuelle ou de leur identité genre.

Dans ce contexte et face à la nécessité de concevoir un droit de la famille cohérent, le présent projet de révision semble inconséquent et discriminatoire. En effet, la révision de l'art. 264b CC permet l'*adoption par une personne seule* indépendamment de l'état civil, de l'orientation sexuelle ou de l'identité sexuelle de la personne candidate à l'adoption, mais elle n'élargit pas du tout ou seulement de manière limitée l'*adoption conjointe* et l'*adoption de l'enfant du conjoint* dans le cadre de communautés de vie stables. Au demeurant, comme pour l'adoption de l'enfant du conjoint, la CSDE renvoie aussi à l'art. 16 CEDEF, dont il résulte que l'adoption par les concubins doit être permise sous réserve d'une certaine stabilité de la relation.

5. Assouplissement du secret de l'adoption (art. 268b AP-CC)

En réalisation de la motion 09.4107 (Fehr)⁷, le présent projet de révision donne la possibilité aux parents biologiques d'un enfant qui a été adopté de recevoir des informations permettant d'identifier ce dernier. Il faut toutefois que l'enfant, devenu majeur, consente expressément à la transmission de cette information. Les parents biologiques ont en outre le droit d'obtenir des informations sur la situation de vie de l'enfant, quel que soit son âge et qu'il soit ou non consentant, pour autant que ses intérêts n'en soient pas compromis et dans la mesure où ces informations ne permettent pas de l'identifier. La CSDE approuve cette modification, qui améliore la situation des parents biologiques, même si ce n'est que de manière limitée.

Vous remerciant d'avance de l'attention que vous voudrez bien prêter à nos remarques et demandes, nous vous présentons, Madame, Monsieur, l'assurance de notre considération respectueuse.

⁵ <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/CEDAW/Pages/Comments.aspx>

⁶ Danemark, Belgique, France, Royaume-Uni, Norvège, Pays Bas, Suède, Espagne, Islande, Andorre.

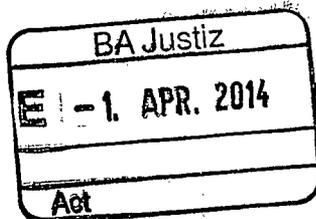
⁷ http://www.parlament.ch/f/suche/Pages/geschaefte.aspx?gesch_id=20094107

Pour la Conférence suisse des délégué-e-s à l'égalité,

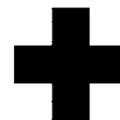


Barbara Krattiger

Cheffe du Bureau de l'égalité entre femme et homme de la ville de Berne / Membre du comité



Croix-Rouge suisse
Schweizerisches Rotes Kreuz
Croce Rossa Svizzera



Office fédéral de la justice
Mme Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

Berne, le 28. Mars 2014

Avant-projet de modification du code civil (Droit de l'adoption)
Prise de position du siège de la Croix-Rouge suisse

Madame, Monsieur,

Le siège de la Croix-Rouge suisse (CRS) remercie Mme la Conseillère fédérale Simonetta Sommaruga pour son invitation à partager notre avis concernant l'avant-projet susmentionné.

Le Service de recherches de la CRS apporte son soutien à toute personne qui souhaite restaurer le lien familial avec des proches disparus.

Les recherches d'origine font également partie des demandes qui lui sont adressées, y compris les demandes de recherche consécutives à des adoptions ou à des placements/adoptions forcés. C'est la raison pour laquelle nous nous sommes essentiellement intéressés aux articles 268b-e.

Dans l'espoir que nos suggestions seront prises en considération, nous vous transmettons, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

Croix-Rouge suisse

Markus Mader
Directeur



Avant-projet de modification du code civil (Droit de l'adoption)

Prise de position du siège de la Croix-Rouge suisse

Le Service de recherches des personnes disparues de la Croix-Rouge suisse (CRS) apporte son soutien à des personnes qui souhaitent restaurer le lien familial avec des proches disparus. Il poursuit ainsi l'action de M. Henry Dunant en faisant le lien entre des membres d'une famille qui ont perdu le contact entre eux depuis des années. Dans beaucoup de situations, ce sont des guerres, des catastrophes naturelles ou la migration qui sont à l'origine de la recherche. Parfois, ce sont des raisons personnelles ou familiales qui ont mené à une rupture de contact. Les recherches de parents biologiques suite à une adoption internationale font aussi partie des demandes qui lui sont adressées, même s'il ne s'agit pas là de son activité principale. Ces dernières années, le Service a été de plus en plus sollicité pour des demandes de recherche consécutives à des placements/séparations forcés (Verdingkind).

Remarques générales

Le siège de la CRS salue la volonté d'harmoniser les procédures de recherche sur le territoire national ainsi que celle d'améliorer l'accès à l'information pour les personnes concernées par une adoption.

Certains articles ont néanmoins soulevé un certain nombre de questionnements, qu'il nous paraît important de relever ici, notamment parce que nous sommes d'avis que leur application va s'avérer problématique. Cet avis est d'ailleurs partagé par d'autres services de recherches actifs sur le territoire national, avec qui nous nous sommes entretenus.

A travers ses commentaires concernant les articles 268b-e, le siège de la CRS espère pouvoir apporter quelques propositions de solutions, qui soient réalistes et tiennent compte des ressources déjà existantes sur le territoire national.

Art 268b : Secret de l'adoption

« Al. 1 Si l'enfant adopté est mineur, les informations permettant d'identifier l'enfant ou les parents adoptifs ne peuvent être révélées aux parents biologiques ou à des tiers que si les parents adoptifs y ont consenti préalablement. Avant que ces informations ne soient communiquées, l'enfant est entendu personnellement et de manière appropriée par l'autorité compétente ou un tiers nommé à cet effet, pour autant que son âge ou d'autres justes motifs ne s'y opposent pas. Si l'enfant est capable de discernement, son consentement à la communication des informations est requis.

Al. 2 Si l'enfant adopté est majeur, les informations sur son identité sont communiquées aux parents biologiques à condition que l'enfant adopté ait donné son consentement exprès.

Al. 3 Les parents biologiques ont le droit d'obtenir des informations sur l'enfant quel que soit son âge, et que l'enfant y ait consenti ou non, lorsque ces informations ne permettent pas d'identifier les parents adoptifs ni l'enfant et que les intérêts de ce dernier ne s'en trouvent pas compromis. »

Art 268c : Information sur les parents biologiques

« Al. 1 L'enfant mineur a le droit d'obtenir des informations sur ses parents biologiques lorsque ces informations ne permettent pas de les identifier. Il n'a le droit d'obtenir des informations sur leur identité que s'il peut faire valoir un intérêt légitime.

Al. 2 L'enfant majeur peut obtenir en tout temps les informations relatives à l'identité de ses parents biologiques. »

Commentaires

- Da manière générale, nous sommes d'avis que l'utilisation du terme « parents biologiques » est trop restrictive. Dans la pratique, des demandes de recherches sont souvent adressées par d'autres membres de la famille (ex : frère et sœur). Ces requêtes sont acceptées, lorsque les parents biologiques sont décédés.
- Le consentement du mineur adopté ainsi que la vérification que cela soit dans son intérêt sont des éléments essentiels à déterminer et très délicats à établir en pratique (ex : conflit de loyauté). La prudence s'avère de mise et cette démarche devrait être uniquement entreprise par des professionnels de l'adoption.
- Le droit inconditionnel d'un enfant adopté de connaître son ascendance ne peut pas être mis sur le même niveau que le droit des parents biologiques à obtenir des informations. Ceci dit, au-delà de son droit à connaître son ascendance, la sphère privée des parents biologiques doit également être respectée. A ce titre et conformément à ses principes, le Service de recherches de la CRS ne fournit pas d'information sans le consentement de la personne recherchée, qu'il s'agisse d'un parent biologique ou d'un enfant adopté, même si ces informations ne permettent pas de les identifier.

Il nous paraît en outre important de soulever les questions suivantes :

- De quelle manière va-t-on gérer le triangle de l'adoption lorsqu'une partie refuse de donner son consentement :
 - o Qui va expliquer aux différentes parties que le droit à la confidentialité doit être préservé ?
 - o Qu'entend-on exactement par informations qui ne permettent pas d'identifier l'enfant ?
 - o Qui se chargera de transmettre ces informations ?

Art. 268d : Service cantonal d'information

« Al. 1 L'autorité qui, au moment de l'adoption, était l'autorité cantonale unique compétente lorsqu'un enfant est placé en vue de son adoption, communique les informations relatives aux parents biologiques ou à l'enfant.

Al. 2 Avant de communiquer ces informations, elle avise les personnes recherchées qu'elle a reçu une demande d'information les concernant et requiert au besoin leur consentement pour la communication des informations aux auteurs de la demande.

Al. 3 Si les parents biologiques refusent de rencontrer l'enfant, il doit en être avisé et être informé des droits de la personnalité de ceux-ci.

Al. 4 Les cantons désignent un service approprié qui conseille la personne adoptée ou les parents biologiques à leur demande. »

Art 268e : Service de recherches

« Al. 1 S'il n'est pas possible d'établir un contact avec la ou les personnes recherchées, le service cantonal d'information charge un service spécialisé de les retrouver si l'auteur de la demande d'information le désire.

Al.2 Le service de recherches est soumis dans le cadre de son mandat à l'obligation de garder le secret.

Al.3 Le canton participe aux frais de recherche en cas de doutes fondés que le parent biologique qui recherche son enfant n'a pas consenti à l'adoption ou que ce consentement a été donné sous la pression d'une autorité.

Al.4 Le Conseil fédéral édicte des prescriptions d'exécution et règle la prise en charge de frais. »

Commentaires

- En ce qui concerne l'Art. 268 e, al3 et al. 4 : le siège de la CRS regrette que la problématique des adoptions forcées (motion Fehr) soit traitée seulement dans cet article. Nous sommes d'avis que cette thématique devrait faire l'objet d'une disposition plus claire mais pas uniquement sur la participation aux frais. C'est pourquoi, le siège de la CRS suggère que ces mesures soient définies d'entente avec le délégué aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et les membres de la table ronde qui a été instaurée à cet effet. Le siège de la CRS est par contre d'avis que chaque personne effectuant une recherche devrait bénéficier d'un soutien financier.

- Le fait qu'un Service cantonal d'information mandate un Service de recherches spécialisé directement pose problème au siège de la CRS : d'une part, en raison de son principe d'indépendance vis-à-vis des autorités, d'autre part, parce qu'un entretien personnalisé avec les personnes concernées est toujours souhaité. L'intérêt de cette démarche réside dans la possibilité :
 - o de les accompagner pendant toute la durée de la recherche (qui peut s'étaler sur de nombreuses années),
 - o de leur transmettre le résultat des investigations personnellement et dans le cadre d'une démarche qui a été discutée au préalable,
 - o d'assurer un canal de communication le temps nécessaire à la restauration définitive du contact, pour autant que cela soit souhaité.

- Finalement, le siège de la CRS souhaite rappeler que la transmission des informations sans le consentement de la personne concernée (en dehors du droit absolu de connaître ses origines), entre en contradiction avec ses principes de travail. Le Service de recherches se doit de respecter le souhait des personnes de ne transmettre aucune information sur leur vie privée, quelques soient les circonstances de la rupture de contact et même si ces informations ne permettent pas de les identifier. Le Service de recherches de la CRS ne pourrait pas effectuer cette tâche et se demande si cela n'entre pas en contradiction avec la Loi fédérale sur la protection des données, notamment l'Art. 4, al.5.

Proposition de mise en œuvre

La création d'un Service cantonal d'information nous paraît une option intéressante pour centraliser l'archivage des dossiers et faciliter l'accès à l'information aux personnes concernées.

Ceci dit, plutôt que les recherches de personnes ne soient effectuées par le Service cantonal d'information, le siège de la CRS propose de définir deux étapes distinctes : l'accès au dossier d'adoption, puis la recherche du contact.

1. Le Service cantonal d'information pourrait être compétent pour l'accès au dossier d'adoption.

2. Une fois que la personne concernée a obtenu ses documents, le Service cantonal d'information pourrait réorienter les personnes vers les services de recherches spécialisés déjà existants. Une plate-forme d'information online est d'ailleurs en cours de réalisation entre différents partenaires. La personne déciderait ensuite vers quel service spécialisé se tourner pour entamer une procédure de recherche, ce qui lui permettrait également de choisir à quel moment elle souhaite entreprendre ce type de démarche. A ce propos, il peut se passer des années entre le moment où une personne a eu accès à son dossier d'adoption et celui où elle souhaite réellement entamer une démarche de recherche. Le rythme de la personne serait de cette manière respecté.

La personne concernée pourrait également être orientée vers un service approprié déjà existant (ex. Espace Adoption) afin de recevoir un accompagnement plus conséquent et pouvoir y aborder toutes les questions relatives à son adoption. S'il n'existe pas de service approprié dans chaque canton, il conviendrait de déterminer qui apportera ce type de soutien aux personnes qui en ont besoin.

A l'instar des autres partenairesⁱ avec qui nous nous sommes entretenus, nous sommes d'avis que la diversité actuelle des Services de recherches spécialisés devrait être maintenue, ceci afin :

- d'assurer un accompagnement par des partenaires qui ont déjà des années d'expertise dans ce domaine.
- de garantir que les données personnelles soient traitées avec la plus grande attention.
- de continuer à mobiliser des ressources professionnelles (travailleurs sociaux, psychologues, juristes, ...) qui sont déjà existantes, ce qui évite aussi d'en créer de nouvelles.
- d'assurer une diversité des services en fonction de leurs cahiers des charges et surtout de leurs possibilités/réseaux/intermédiaires/spécificités, notamment pour les recherches à l'étranger.
- de respecter la liberté de choix d'une personne de s'adresser à un service plutôt qu'à un autre.

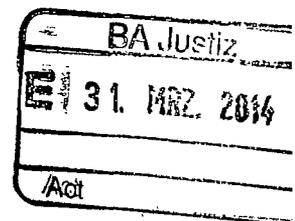
Le siège de la CRS est d'avis que ces propositions devraient être définies dans les directives et/ou ordonnances.

ⁱ Service Social International (SSI), Fachstelle für Adoption, Terre des Hommes, Espace Adoption.



Familie ist Zukunft

Bundesamt für Justiz
Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern



Änderung des Zivilgesetzbuches (ZGB) im Bereich Adoption Stellungnahme der Schweizerischen Stiftung für die Familie (SSF)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Bei der Adoption muss das Wohl des Kindes im Zentrum stehen. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, dieses hohe Rechtsgut zu schützen. Auch die Schweizerische Stiftung für die Familie (SSF) setzt sich für das Wohl des Kindes ein. Beim erwähnten Entwurf und den geplanten Änderungen im Bereich der Adoption steht das Wohl des Kindes auf dem Spiel. Darum bitten wir Sie mit aller Dringlichkeit, auf die geplante Vorlage zu verzichten.

Mit der Begründung, das Adoptionsrecht den gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen, wird hier eine Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches präsentiert, die nicht mit der nötigen Sorgfalt angegangen wurde. Der Vorschlag verwässert die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Adoption und schafft neue Probleme, statt die anstehenden Herausforderungen nachhaltig zum Wohl des Kindes zu lösen.

Die SSF findet es positiv, dass der Gesetzgeber die Bestimmungen zur Adoption bisher auf das Wohl des Kindes ausgerichtet hat. Umso mehr erstaunt es uns, dass bei der geplanten Vorlage nicht mehr das Wohl des Kindes, sondern individuelle Wünsche der Adoptionswilligen im Vordergrund stehen.

Die Vernehmlassungsunterlagen hinterlassen den Eindruck, dass die Sache nicht durchdacht ist. Studien fehlen und auch Experten wurden offenbar nicht beigezogen. So wichtige Änderungen, wo das Wohl des Kindes auf dem Spiel steht, dürfen nicht ohne wissenschaftliche Langzeitstudien vorgenommen werden (repräsentative Grösse der Gruppe, inkl. Kontrollgruppe).

Verschiedene internationale Studien belegen die Wichtigkeit von Vater und Mutter für eine gesunde kindliche Entwicklung: Wenn ein Geschlecht (Vater oder Mutter) in der Erziehung fehlt, weisen Kinder ein deutlich höheres Risiko zu Störungen auf (mehrfach erhöhtes Risiko für psychische Erkrankungen, Schulleistungsstörungen, beeinträchtigter Selbstwert, aggressive Verhaltensstörungen, sozialer Rückzug, Alkohol- und Drogenkonsum).

Der Hinweis, dass es auch „positive Beispiele“ gibt, darf nicht als Vorwand dienen, um die negativen Konsequenzen einer so folgenschweren Anpassung des Adoptionsrechts einfach hinzunehmen. Kinder sind das schwächste Glied in der Gesellschaft und der Staat muss alles unternehmen, damit die gesetzlichen Rahmenbedingungen dem Wohl des Kindes dienen.

Auch wenn sich Studien aus dem englischsprachigen Raum nicht 1:1 auf die soziodemografische Situation in der Schweiz übertragen lassen, sollten wir durch diese Studien dennoch genügend alarmiert sein.

Die SSF hält es für fahrlässig, eine so einschneidende Änderung des Adoptionsrechts vorzuschlagen, ohne dass die Auswirkungen auf das Kindeswohl mit mindestens einer wissenschaftlich fundierten Schweizer Langzeitstudie seriös erforscht sind.

Ebenfalls fällt in den Vernehmlassungsunterlagen auf, dass einzelne Fakten sprachlich verschleiert oder im Text versteckt werden. Im Zusammenhang mit der Stiefkindadoption für faktische Lebensgemeinschaften wird von einer „Variante“ des Bundesrates gesprochen, obwohl sie im Gesetzesentwurf nie als solche bezeichnet wurde. Die massive Änderung bei der Einzeladoption wird nur bei Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen ganz kurz erwähnt. Ein solches „Versteckspiel“ schafft in der Bevölkerung kaum Vertrauen.

Zudem weisen wir darauf hin, dass die Schweiz die Kinderrechtskonvention ratifiziert hat. Hier ist ganz klar vom Recht des Kindes auf Eltern die Rede. Angesichts der biologischen Fakten ist damit unmissverständlich Vater und Mutter gemeint. Die oben erwähnten Hinweise zeigen deutlich, dass die Geschlechterspannung von Vater und Mutter eine wesentliche Voraussetzung für die gesunde Entwicklung des Kindes ist.

Einzeladoption für verheiratete Paare

Mit dem bisherigen Recht ist Ehepaaren in der Regel nur die gemeinschaftliche Adoption erlaubt, und Einzeladoption ist nur in begründeten Ausnahmen möglich (z.B. wenn Partner/in dauerhaft urteilsunfähig).

Eine Adoption stellt für alle Beteiligten eine grosse Herausforderung dar. Im Interesse des Kindes ist darum dringend davon abzuraten, dass ohne Einverständnis des Ehepartners in Zukunft eine Adoption möglich wird. Laut Entwurf soll es für die Einzeladoption inskünftig genügen, die „Einstellung des Ehegatten (...) zu würdigen“. Und wenn der Ehegatte die Adoption des Kindes ablehnt? Es ist ein Gummiparagraf, der kaum zur Rechtssicherheit und auch nicht zum Wohl des Kindes beiträgt.

Von einer Änderung, die das Wohl des Kindes gefährdet, ist darum dringend abzuraten. Ein verheiratetes Paar soll für ein adoptiertes Kind auch in Zukunft gemeinsam die Verantwortung übernehmen. Es besteht kein Anlass, das bisherige Recht zu ändern und damit das Wohl des Kindes aufs Spiel zu setzen.

Einzeladoption für eingetragene Partnerschaften

Die Aussage ist schlichtweg falsch, dass zwischen einer eingetragenen Partnerschaft und einem verheirateten Paar bei der Einzeladoption eine Ungleichbehandlung besteht (siehe erläuternder Bericht Seite 25). Wie aus den oben stehenden Ausführungen klar hervorgeht, hat auch eine verheiratete Person keinen Zugang zu einer Einzeladoption. Nochmals: Einzeladoptionen sind bei verheirateten Paaren nur in begründeten Ausnahmen möglich (z.B. wenn Partner/in dauerhaft urteilsunfähig).

Mit dem bisherigen Recht sind Einzeladoptionen sehr selten (2 Prozent) und betreffen kaum Kinder. Es gibt keinen Grund, die Einzeladoption für Menschen in einer eingetragenen Partnerschaft zu öffnen.

Stiefkindadoption für Paare in faktischen Lebensgemeinschaften (Variante)

Entscheidend für das Wohl des Kindes ist eine sichere, feste und auf Dauer angelegte Paarbeziehung der Eltern. Damit soll eine feste, dauerhafte Paarbeziehung den unverheirateten Paaren keineswegs abgesprochen werden. Zu jeder Zeit haben sie jedoch die Möglichkeit, mit einer Heirat ihre feste und dauerhafte Absicht der Beziehung zu bekräftigen – und dann steht einer Adoption nichts mehr im Wege.

Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, Anreize zu schaffen, dass Kinder unabhängig von der gesellschaftlichen Entwicklung in eine auf Dauer angelegte Paarbeziehung hinein adoptiert werden. Hier ein geeignetes Mittel ist, die Stiefkindadoption auf Ehepaare zu beschränken.

Zudem ist es bei adoptionswilligen faktischen Lebensgemeinschaften schwierig, die Beziehungsstabilität zu überprüfen. Im Gegensatz zu einer rechtlich verbindlichen Ehe ist die Dauer des Zusammenlebens bei Lebenspartnerschaften in der Praxis schwer zu überprüfen. Es gibt rechtlich keine Kriterien, welche bei faktischen Lebensgemeinschaften die Dauer der Beziehung in jedem Fall klar belegen.

Es besteht kein Grund, das bisherige Zivilrecht umzukrempeln, um damit neue Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen zu schaffen. Im Interesse des Kindes fordert die Schweizerische Stiftung für die Familie (SSF), die Stiefkindadoption wie bisher auf Ehepaare zu beschränken.

Stiefkindadoption für Paare in eingetragenen Partnerschaften

Die SSF lehnt die Stiefkindadoption für Paare in eingetragener Partnerschaft ab. Einerseits handelt es sich nur um ganz wenige Einzelfälle, andererseits sind die Auswirkungen für die betroffenen Kinder sehr weitreichend.

In den meisten Fällen entsteht eine solche Situation, weil sich ein Elternteil nach der Geburt eines oder mehrerer Kinder sexuell neu orientiert. Hier sind beide leiblichen Elternteile noch vorhanden und bekannt. Eine Adoption wäre nur mit Einwilligung des andersgeschlechtlichen Elternteils möglich. In den meisten Fällen wird diese Einwilligung nicht erteilt.

Gravierend sind jedoch die Folgen für ein Kind, wenn in einem solchen Fall die Einwilligung zur Adoption erteilt wird. Neben dem Schock der Trennung seiner Eltern, der sexuellen Neuorientierung des erziehungsberechtigten Elternteils und dem Einzug der neuen Partnerin/des neuen Partners muss dem Kind auch noch der Verlust der leiblichen Mutter/des leiblichen Vaters zugemutet werden.

Mehr noch: Mit der Scheidung und einem kinderfeindlichen, egozentrischen Adoptionsrecht verliert das Kind alle Grosseltern, Tanten, Onkel und weitere Verwandte dieses Elternteils. Hier verweisen wir ausdrücklich auf die Vorbehalte gegenüber der Stiefkindadoption, die im erläuternden Bericht festgehalten sind (siehe ab Seite 22).

Fazit: Dieser Vorschlag ist eine realitätsfremde Regelung, die Zwietracht sät oder gar zu massivem Streit innerhalb des Familienclans führen kann. Es ist zum Schutz von allen Betroffenen, wenn sich die Möglichkeit einer Stiefkindadoption gar nicht stellt. In diesem Fall wächst das Kind beispielsweise bei der leiblichen Mutter auf, die mit ihrer neuen Partnerin zusammenlebt und das Kind behält zeitlebens seinen leiblichen Vater. Für das Kind ist dies in den meisten Fällen die beste Lösung.

Auch im Fall, wo ein Kind in eine bereits bestehende gleichgeschlechtliche Beziehung hineingeboren wird (z.B. durch anonyme Samenspende), lehnt die SSF eine Stiefkindadoption ab. Hier würden ganz neue Ungerechtigkeiten geschaffen, weil lesbische Paare viel leichter zu einem Kind kommen als schwule Paare.

All diese Kinder wurden im Wissen „gezeugt“, dass eine Stiefkindadoption im geltenden Recht nicht möglich ist. Es ist widersprüchlich, wenn im Nachhinein eine Diskriminierung des Kindes geltend gemacht wird, wo doch das Paar selbst den (egoistischen) Kinderwunsch höher gewichtet hat als eine mögliche Diskriminierung des Kindes.

Noch viel gravierender wiegt die Tatsache, dass bei anonymen Samenspenden dem Kind das Recht vorenthalten wird, den leiblichen Vater zu kennen. Es ist nicht im Interesse des Kindes, wenn der Staat mit der Stiefkindadoption rechtliche Rahmenbedingungen schafft, die gleichgeschlechtliche Paare zur Anwendung von anonymen Samenspenden ermutigen.

Zu beachten ist ferner, dass die familienrechtliche Situation für Stiefkinder in eingetragenen Partnerschaften gar nicht schlecht ist: Es ist das leibliche Kind des einen Partners, mit dem andern ist es verschwägert (Art. 21 ZGB). Dieser hat dem leiblichen Elternteil in der Ausübung der elterlichen Sorge und der Unterhaltungspflicht gegenüber dem Stiefkind in angemessener Weise beizustehen (Art. 27 Abs. 1 PartG).

Es sei hier nochmals daran erinnert, dass es um das Wohl des Kindes geht. Die von der Schweiz ratifizierte Kinderrechtskonvention mit dem Recht auf beide Elternteile muss darum über den individuellen Einzelinteressen stehen, die das Wohl des Kindes gefährden.

Last, but not least: Wenn das Wohl des Kindes nicht angemessen berücksichtigt wird, dann führt dies zu massiven sozialen Folgekosten, die unsere Gesellschaft und damit der Steuerzahler tragen muss.

Unumstrittene Neuerungen

Ehedauer für Adoption

Für das Wohl des Kindes ist eine stabile, dauerhafte Beziehung der Eltern wichtig. Die SSF ist damit einverstanden, dass die Mindestdauer der Ehe als Voraussetzung für die Adoption von fünf auf neu drei Jahre gesenkt wird. Auch fünf Jahre Ehe sind keine Garantie für den Fortbestand der Ehe.

Lockerung des Adoptionsgeheimnisses

Die vorgeschlagene Lockerung des Adoptionsgeheimnisses erachten wir als sinnvoll und angebracht.

Mindestaltersunterschied

Der Mindestaltersunterschied von 16 Jahren ist angemessen – ebenso die neue Möglichkeit für Ausnahmen (z.B. um Ungleichbehandlung von Geschwistern zu verhindern).

Höchstalter/Höchstaltersunterschied der Adoptiveltern

Wir erachten es als sinnvoll, den auf Verordnungsstufe festgelegten Höchstaltersunterschied von 45 Jahren zwischen Adoptiveltern und Adoptivkind ins Gesetz zu übernehmen – mit der Möglichkeit für Ausnahmen, wenn dies zur Wahrung des Kindeswohles erforderlich ist.

Vielen Dank, dass Sie unsere Stellungnahme berücksichtigen.

Freundliche Grüsse
Schweizerische Stiftung für die Familie (SSF)



Markus Döbeli
Geschäftsführer



Christa Leonhard
Stiftungsrätin

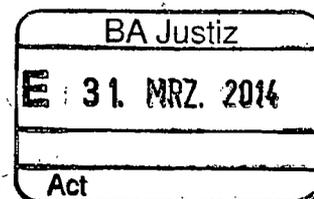


FONDATION SUISSE
DU SERVICE SOCIAL INTERNATIONAL
SCHWEIZERISCHE STIFTUNG
DES INTERNATIONALEN SOZIALDIENSTES

9, rue du Valais
Case postale 1469
CH-1211 Genève 1
t +41 - 22 731 67 00
f +41 - 22 731 67 65
ssi@ssiss.ch
www.ssiss.ch

Hofwiesenstrasse 3
CH-8057 Zürich
t +41 - 44 366 44 77
f +41 - 44 366 44 78
ssi-zh@ssiss.ch
www.ssiss.ch

Für Kinder und Familien – über Grenzen hinweg
Pour les enfants et les familles – par-delà les frontières
For children and families – across borders



Par pli simple et email

Office fédéral de la justice
A l'Att. de Mme Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Berne

Genève, le 28 mars 2014

**Modification du Code civil (Droit de l'Adoption) – Consultation fédérale
Position de la Fondation suisse du Service Social International**

Madame Wyder,

Nous vous prions de trouver ci-joint la prise de position de la Fondation suisse du Service Social International (SSI) sur l'avant-projet de modification du Code civil (Droit de l'adoption).

Toujours désireux de participer aux consultations fédérales touchant à son domaine d'action, le SSI a l'honneur de vous faire part de son avis basé sur son expérience pratique de traitements de cas et son expertise de longue date dans le domaine de l'adoption.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre analyse, veuillez croire, Madame Wyder, en l'expression de notre considération respectueuse.

SERVICE SOCIAL INTERNATIONAL
Fondation suisse

Rolf Widmer
Directeur





FONDATION SUISSE DU SERVICE SOCIAL INTERNATIONAL
SCHWEIZERISCHE STIFTUNG DES INTERNATIONALEN SOZIALDIENSTES
FONDAZIONE SVIZZERA DEL SERVIZIO SOCIALE INTERNAZIONALE
SWISS FOUNDATION OF THE INTERNATIONAL SOCIAL SERVICE

POSITION DE LA FONDATION SUISSE DU SERVICE SOCIAL INTERNATIONAL (SSI) SUR L'AVANT-PROJET DE MODIFICATION DU CODE CIVIL – DROIT DE L'ADOPTION

La Fondation suisse du Service Social International (SSI) se félicite de l'initiative du Conseil fédéral de réviser la réglementation en matière d'adoption. Elle soutient globalement l'avant-projet de modification du Code civil.

Elle salue particulièrement les points suivants :

- un traitement au cas par cas, selon ce que le bien de l'enfant préconise, en réduisant notamment le formalisme relatif à l'âge et l'Etat civil des parents adoptifs
- **une consolidation de la procédure de recherche d'origine pour les adoptés et le recours à des organismes spécialisés pour les recherches**
- l'assouplissement du secret de l'adoption envers les parents biologiques

Concernant le premier point, le SSI tient cependant à rappeler que l'adoption est une mesure de protection de l'enfant et que son intérêt supérieur doit être au centre de cette démarche. Aussi, l'assouplissement des critères d'âge et d'Etat civil est pertinent lorsque la situation de l'enfant le justifie, et non pas seulement pour répondre à un souci d'égalité entre parents candidats à l'adoption.

Concernant les points consacrés à la recherche d'origine et au secret de l'adoption (**art. 268b à 268f AP-CC**), le SSI a identifié un certain nombre d'éléments problématiques et saisit l'opportunité de formuler des observations et recommandations qui lui paraissent essentielles à une mise en œuvre de cette nouvelle législation en conformité avec l'intérêt de l'enfant et des autres personnes concernées.

TABLE DES MATIÈRES

I. REMARQUES PRÉLIMINAIRES : PRATIQUE DU SSI (p.3)

II. REMARQUES GÉNÉRALES (p.5)

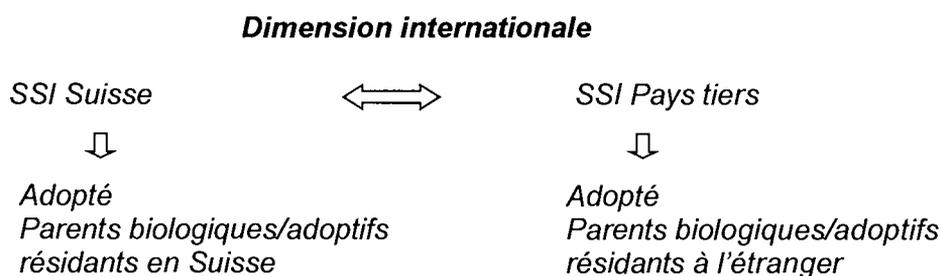
- a) LE DROIT À L'ACCÈS AUX ORIGINES ET LE PROCESSUS DE RECHERCHE DES ORIGINES, ART. 268c AP-CC (p.5)
- b) L'ASSOUPLISSEMENT DU SECRET DE L'ADOPTION ENVERS LES PARENTS BIOLOGIQUES, ART. 268b ET 268f AP-CC (p.6)
- c) LE SERVICE CANTONAL D'INFORMATION, ART. 268d AP-CC (p.8)
- d) SERVICES DE RECHERCHE, ART. 268e AP-CC (p.8)
- e) LES FRAIS DE RECHERCHES, ART. 268e AL.3 ET 4 AP-CC (p.9)

III. SUGGESTIONS DE MODIFICATIONS DES DISPOSITIONS DE L'AVANT-PROJET (ART. 268b À 268f AP-CC) (p. 11)

I. REMARQUES PRELIMINAIRES : PRATIQUE DU SSI

Considérant qu'actuellement la majorité des adoptions sont internationales, la plupart des recherches d'origines ont une dimension transnationale, impliquant une multitude d'enjeux socio-juridiques et pratiques qui varient considérablement d'un pays à l'autre.

Partie intégrante d'un réseau international opérant dans plus de 140 pays, le SSI assure une intervention coordonnée dans plusieurs pays, au moyen d'une méthodologie commune.



Les prestations du SSI en matière de recherche des origines

Les personnes concernées peuvent s'adresser au secteur socio-juridique de la Fondation suisse du SSI soit directement soit avec l'assistance d'un service officiel (Autorité centrale cantonale, Etat civil, etc.). Une participation financière sera demandée si aucun mandat ne provient des services officiels avec qui une convention de prestations a été conclue. En 2013, le SSI a traité un peu plus d'une centaine de demandes de recherche d'origine.

1. *Conseils socio-juridiques* : Le SSI informe, via ses partenaires du réseau international, sur les législations nationales en lien avec la recherche des origines. Il renseigne également sur la situation passée et actuelle du pays d'origine, notamment en matière de politique socio-familiale et sur la faisabilité d'une telle démarche (recherche des origines).

2. *Accompagnement psychosocial* : le SSI apporte un soutien psychosocial professionnel individualisé tout au long du processus de recherche des origines - de l'accueil des émotions et de l'histoire de l'adopté, à la mise en relation concrète avec sa famille d'origine - assurant également un suivi de la situation en cas de besoin.

3. Etapes principales d'une procédure de recherche d'origine

- **Entretien préliminaire** : le SSI accueille la personne afin d'échanger sur les enjeux d'une telle démarche, ainsi que les motivations et attentes de la personne.
- **Mise en réseau professionnel et préparation du dossier**: Le SSI assiste la personne dans l'obtention d'informations en Suisse auprès des autorités, des organismes privés (not. intermédiaires en adoption) et de la famille adoptive. Dès que toutes les informations sont réunies, le SSI prépare avec la personne concernée un dossier le plus complet possible qui sera transmis au partenaire SSI à l'étranger, soumis à la confidentialité et aux règles déontologiques qui s'imposent.
- **Une demande d'intervention via le réseau SSI**: recherche d'informations / documents complémentaires dans le pays d'origine et recherche (localisation) du / des parents biologiques à l'étranger.
- **Recherches** : Si les parents sont localisés, ils seront informés de la recherche d'origine et entendus sur leur volonté à entrer en contact. Cette étape est particulièrement délicate et requiert l'intervention d'un professionnel afin de garantir une **approche prudente et respectueuse de la sphère privée et familiale de la famille d'origine** - aucune information ne sera transmise à l'adopté sans leur consentement - ainsi que pour permettre à ladite famille de prendre le temps d'y répondre de manière libre et éclairée. Une relation de confiance doit aussi s'établir entre le professionnel et la famille d'origine.
- Lorsqu'un contact est désiré des deux côtés, nous procéderons à une évaluation des modalités de **mise en relation** (souvent graduelle) tant avec l'adopté qu'avec la famille d'origine.
- Retrait progressif de l'**intermédiaire professionnel** en restant à disposition pour toute assistance supplémentaire désirée.

→ **le même professionnel accompagne la personne tout au long du processus**

Demande provenant du réseau international du SSI

La Fondation suisse du SSI est régulièrement sollicitée par son réseau international pour procéder à **des recherches d'origine en Suisse**, suivant la même procédure décrite ci-dessus.

Le SSI a également constaté une augmentation **des demandes des familles biologiques** (parents biologiques ou fratrie) **depuis l'étranger concernant des enfants adoptés en Suisse**, ce qui nécessite un assouplissement du secret de l'adoption comme prévu dans l'AP-CC.

II. REMARQUES GENERALES

a) **Le droit à l'accès aux origines et le processus de recherche des origines, art. 268c AP-CC**

Le **droit de l'enfant** adopté à connaître ses origines, en particulier l'identité de ses parents biologiques est reconnu comme droit fondamental, inaliénable et imprescriptible. Il découle notamment de l'art. 7 al. 1 Convention relative aux droits de l'enfant (CDE) qui est jugé d'application directe.

La recherche des origines comprend l'ensemble des démarches qu'une personne adoptée entreprend en vue de renouer avec son passé pré-adoptif, qui implique ses antécédents identitaires et biologiques. D'une manière générale, la personne adoptée ne souhaite pas seulement **connaître l'identité de ses père et mère d'origine**, mais désire aussi obtenir des **informations générales sur son milieu d'origine et sur son parcours de vie** entre le moment de sa naissance et son accueil dans sa famille adoptive **ainsi que connaître les raisons de son placement en adoption**. Il est dès lors indiqué de permettre un **accès large au dossier**, sous réserve d'informations relatives à des tiers.

Aussi, la personne désire le plus souvent **entrer en contact avec les membres de sa famille d'origine** (parents biologiques et fratrie), ce qui **nécessite impérativement un intermédiaire professionnel**. Il faudrait en effet, dans la mesure du possible, **éviter des tentatives de localisation directe** - de plus en plus facilitées par le biais des nouvelles technologies (internet, réseaux sociaux) - qui constituent des **risques réels** tels que des escroqueries ou des rejets abrupts de la famille biologique, ou encore une mise en danger de la sécurité et l'intégrité physique de la mère biologique en raison de particularités religieuses, culturelles ou circonstancielles (naissance non dévoilée).

Nous souhaitons également souligner que **les personnes adoptées n'ont pas toutes les mêmes besoins et motivations** et qu'il est également nécessaire de **prendre en compte le moment dans lequel prennent place de telles interrogations**. En effet, pour certains ce besoin de connaître ses origines est souvent présent dès un jeune âge ou à l'adolescence, pour d'autres lorsqu'ils quittent le foyer familial ou au moment de la création d'une famille, ou encore lors du décès des parents adoptifs.

Une recherche d'origine va donc bien au-delà de la simple procédure administrative et constitue un réel **processus multidimensionnel** - d'ordre **psychologique, social,**

administratif et juridique. Il est par conséquent important d'offrir un **soutien professionnel** à la personne **tout au long du processus.**

Il y a lieu de rappeler que la recherche des origines est un processus souvent long et complexe. La personne qui entame la recherche sera régulièrement en proie à d'intenses émotions. Il s'agit de bien discuter et **délimiter les attentes de la personne.** La **faisabilité de la démarche dépend beaucoup de la situation dans le pays d'origine ainsi que de l'état du dossier et des informations disponibles.** Il arrive en particulier que cette démarche **n'aboutisse pas au résultat voulu** en raison d'un manque d'informations à disposition, d'obstacles dans les recherches ou de refus des parents biologiques. Par conséquent, des questionnements peuvent rester sans réponses ou des réactions de la famille biologique peuvent raviver d'anciennes blessures et rendre la situation très éprouvante. Dans certains cas, la personne peut également vouloir se faire accompagner par des professionnels du domaine psycho-médical.

Enfin, **une éventuelle mise en relation entre l'enfant et sa famille biologique nécessite une préparation adéquate et conséquente.**

Tous ces éléments montrent à quel point un encadrement professionnel est important.

b) L'assouplissement du secret de l'adoption envers les parents biologiques, art. 268b et 268f AP-CC

L'intérêt supérieur de l'enfant doit être la considération primordiale de la révision envisagée. Ainsi, le souci de mettre sur pied d'égalité ou de rapprocher les droits des parents biologiques de ceux de l'enfant ne doit pas l'emporter sur le bien de l'enfant et son intérêt supérieur. En effet, le droit de l'adopté de connaître l'identité de ses parents biologiques découle du droit de l'enfant à se former une identité, notamment par des informations relatives à son ascendance. **Une réciprocité de ce droit pour les parents biologiques ne peut se justifier, étant donné que les fondements juridiques sont différents.**

Même si le secret de l'adoption tel que prévu dans le droit actuel est trop restrictif, la prudence doit être de mise dans l'assouplissement du droit des parents biologiques à obtenir des informations sur l'enfant. En effet, les droits de la personnalité des parents biologiques ne peuvent prendre le dessus dans la pesée des intérêts sur l'intérêt supérieur de l'enfant, notamment sa sphère privée et familiale (adoptive). Le droit légitime des parents biologiques

à obtenir des informations doit donc rester un **droit conditionné**, même si les besoins de ces derniers sont parfaitement compréhensibles et à prendre effectivement en considération. A cet égard, l'art. 268b al.1 AP-CC qui prévoit, lors de la minorité de l'enfant adopté, de l'entendre personnellement et de lui demander son consentement exprès s'il est capable de discernement, ainsi que celui des parents adoptifs, nous paraît raisonnablement répondre au besoin de l'assouplissement du secret de l'adoption tout en respectant la vie privée et familiale de l'enfant adopté et de sa famille adoptive. De même, l'art. 268b al. 2 AP-CC respecte les **droits de la personnalité de l'enfant adopté** adulte, en exigeant son consentement exprès pour la transmission d'informations le concernant.

L'assouplissement du secret de l'adoption nécessite également un **accompagnement psychosocial professionnel, tant pour l'enfant et la famille adoptive que pour les parents biologiques**. Une telle démarche ne peut non plus se limiter à des aspects administratifs. Elle nécessite du temps, parfois une approche basée sur la médiation afin d'offrir un espace de discussion sur les craintes et les besoins de tous les intéressés.

Enfin, il est de plus en plus courant que la fratrie (ou d'autres membres de la famille biologique) requiert des informations sur l'enfant adopté. Cela arrive notamment lorsque les parents biologiques ont eu d'autres enfants, avant ou après l'adoption. Par conséquent, il semble opportun **d'élargir l'assouplissement du secret de l'adoption à la famille d'origine, en particulier la fratrie biologique de l'enfant adopté**.

En ce qui concerne l'art. 268b al. 3 AP- CC, le SSI estime qu'il offre une **trop grande marge d'interprétation, qui risque de poser plusieurs difficultés en pratique et compromettre l'intérêt de l'enfant**. On comprend en effet mal quelles seraient les informations non-identifiantes qui seront transmises aux parents biologiques et de quelle manière elles seront appréhendées par les parents biologiques ; ceci d'autant plus si la situation de l'enfant adopté se trouvait être problématique. Dans un tel cas, on ne peut que se questionner sur la pertinence d'en faire part à la famille biologique qui ne s'en verrait que plus frustrée, vu qu'elle n'aura aucune légitimité à agir dans cette situation.

Nous souhaitons en outre souligner que **la question de l'adoption ouverte doit être impérativement séparée de la problématique susmentionnée**, du fait que les modalités sont décidées le plus souvent **au moment de l'adoption et d'entente entre la famille biologique et adoptive**.

c) Le service cantonal d'information, art. 268d AP-CC

Nous saluons l'initiative de désigner un **service cantonal d'information unique**, en l'occurrence les autorités centrales cantonales en matière d'adoption qui sont, pour la plupart, composées de **professionnels du domaine psychosocial**, censés connaître les enjeux de l'adoption et le délicat processus de la recherche des origines.

Un tel service cantonal d'information pourra principalement **faciliter la récolte d'informations** auprès des diverses autorités judiciaires et administratives concernées, ainsi qu'auprès des éventuels intermédiaires en adoption.

Le service cantonal d'information devrait aussi avoir pour responsabilité d'**orienter les personnes vers les différents services de recherche spécialisés**. Le service cantonal sera en effet très limité dans ces recherches lorsqu'elles doivent prendre place à l'étranger, ce qui représente en l'occurrence la majorité des cas. Aussi, une **collaboration renforcée** devrait prendre place **entre le service cantonal et les services spécialisés concernés**. Sur ce point, il est important de souligner qu'il n'existe pas un service unique pour les recherches et que le service cantonal devra, au cas par cas, évaluer quel service sera le plus à même d'effectuer les recherches. **La personne devrait être associée au choix du service spécialisé et pourra se mettre en relation directe avec ledit service.**

Par souci de clarté et pour des raisons de ressources, il est important de n'avoir qu'**un seul et unique service cantonal**. Aussi, l'« autorité cantonale » et le « service approprié » mentionnés à l'art. 268d AP-CC devraient être le même service. Nous rappellerons toutefois que concernant les conseils à apporter aux personnes concernées, plusieurs services spécialisés peuvent également se charger de l'accompagnement de la personne dans ce processus, en complémentarité ou subsidiarité.

d) Services de recherche, art. 268e AP-CC

Comme déjà mentionné, il existe plusieurs services de recherche **spécialisés**. Il est important que ces services possèdent une expertise dans le domaine **de l'adoption et du processus délicat de la recherche des origines, en particulier au niveau international**. A cet égard, les prescriptions d'exécution prévues à l'art. 268e al.4 AP-CC devraient inclure une définition des compétences que doit avoir le service spécialisé.

Notons également que les réseaux internationaux de ces services peuvent parfois varier selon le pays d'origine. Il est dès lors souvent nécessaire d'examiner, au cas par cas, quel service est le plus à même d'engager les recherches.

Par ailleurs, nous insistons à nouveau sur la nécessité de permettre à la personne qui entame les recherches une **autonomie dans le choix du service spécialisé, en particulier lorsque ces services offrent un accompagnement psychosocial approfondi.**

De plus, il semble important de préciser que la **communication des informations récoltées lors de la recherche par le service spécialisé- qui est en lien direct avec ses partenaires à l'étranger- devrait se faire directement par ce dernier, ainsi que l'éventuel accompagnement psychosocial.** Il faudrait en effet éviter le plus possible un va-et-vient entre le service spécialisé et l'autorité cantonale, afin d'offrir une assistance continue aux intéressés. En outre, comme déjà mentionné, il n'y a aucune garantie d'aboutir dans le sens voulu et la diversité des situations prescrit d'apporter des réponses nuancées et un espace de discussion pour la personne concernée. **Dans la pratique actuelle, les autorités concernées délèguent le plus souvent la phase de recherche et de mise en relation, ainsi que l'accompagnement psychosocial, au service spécialisé, ce dernier étant bien entendu tenu de l'informer des principales étapes et du résultat des recherches.**

Nous soulignons aussi que les services spécialisés, déjà actifs dans le domaine depuis plusieurs années, sont des organismes déjà soumis à l'obligation de garder le secret et qu'ils travaillent dans les règles éthiques/déontologiques requises dans le domaine. **Nous saluons bien entendu la volonté de renforcer la collaboration entre les autorités cantonales / fédérales et les organismes chargés des recherches.**

e) Les frais de recherches, art. 268e al.3 et 4 AP-CC

Comme mentionné, il est à prévoir que **la plupart des recherches devront s'effectuer à l'étranger** et, donc, **par l'intermédiaire d'un service spécialisé.** Les recherches, en particulier au niveau international, requièrent souvent des **ressources et des moyens supplémentaires** et peuvent **durer plusieurs années.**

Par conséquent, si le législateur tient effectivement à répondre aux demandes de recherche des origines, il semble nécessaire que **les cantons participent à la prise en charge de ces**

frais, en tenant compte de la complexité des recherches et des moyens à mettre en œuvre ; une participation des intéressés pouvant être réservée dans le cas où les frais relatifs aux recherches s'avèreraient, exceptionnellement, plus conséquents.

A cet égard, **nous déplorons le système présenté à l'art. 268e al.3 AP-CC**, qui semble proposer une prise en charge uniquement dans le cas d'une adoption non consentie par le parent biologique. Il est en effet **douteux d'inscrire dans le CC une disposition exprès relative à des cas particuliers et de plus en plus rares**, notamment les situations exposées dans la motion 09.4107 *Fehr*. Cela n'exclut nullement que ces situations, particulièrement dramatiques et intolérables, fassent l'objet d'un dédommagement ou de toute autre manière puissent être réparées (à l'instar des victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance par exemple). Par ailleurs, il est évident que **ce système posera de grandes difficultés pratiques pour déterminer les cas concrets d'adoption non consentie**.

Nous tenons à rappeler que **c'est bien le droit de l'enfant à connaître ses origines qui doit être mis en priorité et que la prise en charge des frais devrait être prévue en premier lieu à cet effet**. L'ordonnance d'exécution devra en outre veiller à ne pas omettre cette priorité-là.

III. SUGGESTIONS DE MODIFICATIONS DES DISPOSITIONS DE L'AVANT-PROJET (art. 268b à 268f AP-CC)

Nous proposons d'invertir la position de l'art. 268b AP-CC avec celle de l'art. 268c AP-CC afin de positionner le droit de l'enfant avant celui des parents biologiques dans le but de respecter l'esprit de la loi.

Art 268~~e~~b, Informations sur les parents biologiques :

1. L'enfant mineur a le droit d'obtenir des informations sur ses parents biologiques lorsque ces informations ne permettent pas de les identifier. Il n'a le droit d'obtenir des informations sur leur identité que s'il peut faire valoir un intérêt légitime.
2. L'enfant majeur peut obtenir en tout temps les informations relatives à l'identité de ses parents biologiques.
3. Abrogé.

→ Al.3 : nous soutenons la proposition de prévoir un **article consacré uniquement au service cantonal d'information** en lieu et place de l'alinéa 3 (art. 268d AP-CC).

Art. 268~~b~~c, Secret de l'adoption :

1. Si l'enfant adopté est mineur, les informations permettant d'identifier l'enfant ou les parents adoptifs ne peuvent être révélées ~~aux parents biologiques~~ **à la famille biologique** ou à des tiers que si les parents adoptifs y ont consenti préalablement. Avant que ces informations ne soient communiquées, l'enfant est entendu personnellement et de manière appropriée par l'autorité compétente ou un tiers nommé à cet effet, pour autant que son âge ou d'autres justes motifs ne s'y opposent pas. Si l'enfant est capable de discernement, son consentement à la communication des informations est requis.
2. Si l'enfant adopté est majeur, les informations sur son identité sont communiquées ~~aux parents biologiques~~ **à la famille biologique** à condition que l'enfant adopté ait donné son consentement exprès.
3. ~~Les parents biologiques ont le droit d'obtenir des informations sur l'enfant quel que soit son âge, et que l'enfant y ait consenti ou non, lorsque ces informations ne permettent pas d'identifier les parents adoptifs ni l'enfant et que les intérêts de ce dernier ne s'en trouvent pas compromis.~~

→ Comme expliqué dans les remarques générales, il est de plus en plus courant que la fratrie requiert des informations sur l'enfant adopté. Par conséquent, il semble opportun **d'élargir l'assouplissement du secret de l'adoption à la famille d'origine, en particulier la fratrie biologique** de l'enfant adopté.

→ Selon nos commentaires au pt. b). à la page 6, **l'alinéa 3** offre une trop grande marge d'interprétation, qui risque de poser **plusieurs difficultés en pratique** et compromettre l'intérêt de l'enfant. Le **droit des parents biologiques** à obtenir des informations doit donc rester un droit **conditionné** comme prévu aux al. 1 et 2 du présent article.

Art. 268d, Service cantonal d'information :

~~1. L'autorité cantonale qui, au moment de l'adoption, était l'autorité cantonale unique compétente lorsqu'un enfant est placé en vue de son adoption,~~ **Les cantons désignent un service cantonal d'information qui communique les informations relatives aux parents biologiques ou à l'enfant.**

2. Avant de communiquer ces informations, ~~elle~~ **il** avise les personnes recherchées qu'~~elle~~ **il** a reçu une demande d'information les concernant et requiert au besoin leur consentement pour la communication des informations aux auteurs de la demande.

3. Si les parents biologiques refusent de rencontrer l'enfant, il doit en être avisé et être informé des droits de la personnalité de ceux-ci.

~~4. Les cantons désignent un service approprié qui~~ **Il** conseille la personne adoptée ou les parents biologiques à leur demande.

→ Cet article porte à confusion en utilisant les termes d'« autorité cantonale » et de « service approprié », alors que l'intitulé fait mention du « service cantonal d'information ». Il est important que les auteurs de la demande puissent s'adresser à une **autorité unique et clairement identifiée**. Ce service cantonal devrait notamment se charger de faciliter la récolte d'informations auprès des diverses autorités judiciaires et administratives concernées, ainsi qu'auprès des éventuels intermédiaires en adoption.

Art. 268e, Services de recherche :

1. S'il n'est pas possible d'établir un contact avec la ou les personnes recherchées, le service cantonal d'information charge un service spécialisé de les retrouver si l'auteur de la demande d'information le désire.

2. Le service de recherche est soumis dans le cadre de son mandat à l'obligation de garder le secret.

~~3. Le canton participe aux frais de recherche, en cas de doutes fondés que le parent biologique qui recherche son enfant n'a pas consenti à l'adoption ou que ce consentement a été donné sous la pression d'une autorité.~~

43. Le Conseil fédéral édicte des prescriptions d'exécution et règle la prise en charge des frais.

→ Comme mentionné au pt. e). p. 10, c'est bien le **droit de l'enfant** à connaître ses origines qui doit être mis **en priorité** et, par conséquent, la **prise en charge** des frais devrait être prévue en premier lieu à cet effet. Cela n'empêche bien entendu pas de participer également aux frais des recherches effectuées par les parents biologiques.

Limiter la participation au parent biologique qui s'est vu contraint de laisser son enfant à l'adoption (al. 3 *in fine*) posera des **difficultés pratiques évidentes** pour déterminer ces cas concrets d'adoption non consentie. Nous préconisons dès lors de supprimer cette mention.

→ **Al. 4 ordonnances d'exécution** : À l'instar de la Circulaire du 21 mars 2003 de l'OFEC relative à la mise en œuvre de l'article 268c CC (03-03-01), il est nécessaire de prévoir :

- Des **modalités pratiques**, sans toutefois créer trop de formalisme et de rigidité dans le processus de recherche. Une marge de **flexibilité** est nécessaire afin de garder la meilleure procédure à suivre **au cas par cas**.
- Les modalités de **coopération avec les services de recherche spécialisés**, en particulier pour les recherches d'origines qui doivent prendre place à l'étranger.
- Une définition des **compétences professionnelles** que doivent avoir les **services spécialisés**.
- Une prise en compte du **caractère multidimensionnel de la recherche d'origine**.

SVBB
ASCP
ASCP



Schweizerische Vereinigung der Berufsbeiständigen und Berufsbeistände
Association suisse des curatrices et curateurs professionnels
Associazione svizzera delle curatrici e dei curatori professionali

Bundesamt für Justiz

3003 Bern

Bern, den 18. März 2014

Änderung des Zivilgesetzbuches (Adoption); Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben der SVBB nicht offiziell Gelegenheit gegeben, zum vorgenannten Vernehmlassungsentwurf Stellung zu nehmen. Indessen sind unsere Mitglieder im beruflichen Alltag regelmässig von Fragen im Zusammenhang von Adoptionsfällen betroffen, insbesondere bei der Platzierung von Pflegekindern als deren gesetzliche Vertretungen.

Mit vorliegender Eingabe lassen wir uns innert der von Ihnen festgesetzten Frist deshalb wie folgt vernehmen und hoffen, dass unsere Stellungnahme berücksichtigt wird:

Generelle Bemerkungen

Grundsätzlich kann sich die SVBB dem generellen gesellschaftlichen Trend im In- und Ausland nicht entziehen, dass starre Regeln im Gesetz flexibilisiert werden, so dass im Einzelfall stossende Ergebnisse verhindert werden können. Dass eine Flexibilisierung das Ziel der Revision - das Kindeswohl ins Zentrum der Adoptionsentscheidung zu stellen - generell unterstützen kann, ist im Einzelfall möglich, muss jedoch kritisch hinterfragt werden. Starre Grenzen beim Mindestalter der Eltern oder beim Höchstaltersunterschied zwischen den adoptierenden und den adoptierten Personen dienen dem Kindeswohl manchmal durchaus auch, indem rechtliche Streitigkeiten bei der Platzierung eines Kindes zum Vorneherein vermieden werden können. Eine Flexibilisierung dient dem Kindeswohl nur dann, wenn vorbestehende enge Beziehungen, die einem Kind-Elternverhältnis entsprechen, durch die Adoption rechtlich abgesichert werden können. Es genügt deshalb nicht, den formellen Voraussetzungen nur eine gesetzliche Vermutung für die Einhaltung des Kindeswohls einzuräumen. Vielmehr müsste das Gesetz festhalten, dass von den formellen Voraussetzungen im Einzelfall dann abgewichen werden kann, wenn zwischen den adoptierenden und adoptierten Personen eine vorbestehende enge Beziehung bestanden hat. Ansonsten besteht die im erläuternden Bericht (S.19) erwähnte Befürchtung weiterhin, wonach den Behör-

den die gesamte Begründungspflicht des Gutheissens oder der Ablehnung einer Platzierung, bzw. der Adoption verbleibt.

Die Absicht des Bundesrates (Ziff. 5.2.1. des erläuternden Berichtes), weiterhin ein Mindestalter für die adoptierenden Personen zu verlangen, dieses aber auf 28 Jahren herabzusetzen, wird von der SVBB unterstützt. Sowohl Stief- als auch Pflegekinder haben bereits Beziehungsabbrüche zu einem Vater, zu einer Mutter oder zu beiden Eltern zu verarbeiten gehabt. Es ist deshalb wichtig, dass das Risiko eines zweiten derartigen Beziehungsabbruchs gemindert wird. Die Auffassung wird geteilt, wonach in der Regel bei älteren Personen eine gewisse Stabilität der Lebensumstände, nicht nur in persönlicher, sondern auch in ökonomischer und beruflicher Hinsicht vorhanden ist. Die Voraussetzung eines Mindestalters ist demnach gerechtfertigt. Die Herabsetzung der Altersgrenze von 35 Jahren auf 28 Jahre ist ebenfalls sinnvoll, da damit der Altersunterschied zwischen den adoptierenden und der adoptierten Person den üblichen Eltern-Kind-Verhältnissen angeglichen wird.

Dass der Mindestaltersunterschied (a.a.O. 5.2.2.) von 16 Jahren ausnahmsweise unterschritten werden kann, wird unterstützt. Gerade in diesem Fall soll aber die Ausnahme nur bei vorbestehenden engen Beziehungen vor der Aufnahme eines Pflegekindes oder bei der im erläuternden Bericht erwähnten Konstellation einer Stiefkindadoption von Geschwistern möglich sein. Unterstützt wird ferner der Verzicht auf die Festsetzung eines Höchstalters der adoptierenden Personen, jedoch die Aufrechterhaltung einer grundsätzlichen Fixierung des Höchstaltersunterschiedes von 45 Jahren (a.a.O. 5.2.3.).

Die Begründung für die Herabsetzung der Ehedauer, sowohl bei der Pflegekind- als auch bei der Stiefkindadoption ist schlüssig und wird unterstützt (a.a.O. 5.3. und 5.4.). Da die Einzeladoption bereits nach bisherigem Recht durch unverheiratete Personen möglich war, ist es richtig diese Möglichkeit weiterhin vorzusehen (a.a.O. 5.5ff. und 5.6ff.). Sie soll aber auch hier grundsätzlich nur ausnahmsweise und nur dann erfolgen, wenn vorbestehende enge Beziehungen vorhanden sind, also bspw. nach dem Tod der Eltern das Waisenkind bei einer nahestehenden Person (Tante, Onkel, Pate etc.) untergebracht wird und später ein Adoptionswunsch entsteht, wenn nach der Pflegekindaufnahme ein Pflegeelternanteil stirbt, wenn die Ehe der Pflegeeltern geschieden wird oder wenn der Stiefelternanteil nach dem Tod des mit ihm vorher verheirateten leiblichen Elternteils das Stiefkind adoptieren möchte. Weil solche Konstellationen akzeptiert werden, darf eine adoptierende Person nicht durch das Bestehen einer eingetragenen Partnerschaft diskriminiert werden. Aus Betreuungssicht dürfte das Kind gegenüber einer alleinstehenden adoptierenden Person zudem ein grösseres Adoptionsinteresse haben. Weil die Einzeladoption ein Kindesverhältnis begründet und die „Stiefkindadoption“ des eingetragenen Partners, bzw. der eingetragenen Partnerin ermöglicht werden soll, muss konsequenterweise auch eine gemeinschaftliche Adoption durch eingetragene Partner möglich sein. Es ist nicht einzusehen, dass für eingetragene Partner zwei Adoptionen (Einzeladoption, spätere Stiefkindadoption) notwendig sein sollen. Ein Verbot einer gemeinschaftlichen Adoption für eingetragene Partnerschaften müsste zudem ausdrücklich normiert werden, wäre aber unseres Erachtens diskriminierend.

Adoptionswillige Personen in faktischen Lebensgemeinschaften sollen dagegen in allen Fällen nie gemeinschaftlich (Pflegekind- und Stiefkindadoption) adoptieren dürfen. Im Gegensatz zu verheirateten Personen oder Personen in eingetragener Partnerschaft wird im Aussenverhältnis kein langfristiger Bindungswille dokumentiert, auch wenn dieser selbstverständlich im Einzelfall durchaus bestehen kann.

Die gesetzliche Verankerung der bereits in der Praxis üblichen Mitbeteiligungsrechte der adoptierenden Person (a.a.O. 5.7) ist konsequent und wird unterstützt.

Die Erleichterung der Erwachsenenadoption (a.a.O. 5.8), die allerdings wohl in der Regel aus erbrechtlichen und nicht familienrechtlichen Motiven erfolgt, wird unterstützt.

Mit der Lockerung des Adoptionsgeheimnisses (a.a.O. 5.9ff. und 5.10) ist die SVBB einverstanden. Die gesetzliche Regelung dürfte die etwas unterschiedliche Praxis vereinheitlichen, was von der SVBB begrüsst wird.

Zu den Bestimmungen im Einzelnen:

Art. 264

In Abs. 2 wird folgende redaktionelle Änderung vorgeschlagen: „...bis zur Volljährigkeit des Kindes als Inhaber oder Inhaberin der elterlichen Sorge die Betreuung ausüben können.“

Unter „Betreuung ausüben“ wird nicht nur die Eigenbetreuung, sondern auch die Organisation von Fremdbetreuung, bspw. für Ausbildungszwecke verstanden.

Art. 264 a

Wenn kein genereller Artikel geschaffen wird, wonach grundsätzlich nur bei vorbestehenden engen Beziehungen der adoptionswilligen Personen zum Kind von den formellen Voraussetzungen abgewichen werden kann, müsste in Abs. 2 folgende Ergänzung eingefügt werden: „... Gründen, insbesondere bei vorbestehenden engen Beziehungen der Ehegatten zum Kind, kann...“.

Art. 264 b

Wenn kein genereller Artikel geschaffen wird, wonach grundsätzlich nur bei vorbestehenden engen Beziehungen der adoptionswilligen Personen zum Kind von den formellen Voraussetzungen abgewichen werden kann, müsste in Abs. 2 folgende Ergänzung eingefügt werden: „... Gründen, insbesondere bei vorbestehenden engen Beziehungen der adoptionswilligen Person zum Kind, kann...“.

Art. 264 c

Keine Bemerkungen.

Art. 265

In Abs. 1 wird vorgeschlagen, die wichtigen Gründe mit nicht abschliessenden Beispielen (vgl. Bemerkung zu Art. 264a und b, sowie das Beispiel der gleichzeitigen Stiefkindadoption mehrerer Geschwister im erläuternden Bericht) zu ergänzen.

Art. 265a und d

Keine Bemerkungen.

Art. 266

Vgl. unsere generellen Bemerkungen.

Art. 267 – Art. 270d, Art. 12b und d

Vgl. unsere generellen Bemerkungen.

Die Öffnung der Stiefkindadoption auf faktische Lebensgemeinschaften wird nicht unterstützt.

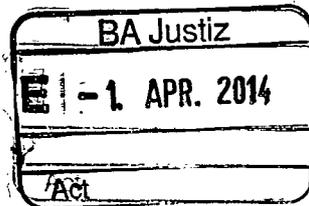
Zu den Anpassungen in Nebenerlassen und im übergeordneten Recht haben wir keine Bemerkungen.

Mit freundlichen Grüssen
Namens des Vorstandes

Der Sekretär:

Urs Mosimann
per E-Mail

Präsident Roy Garré, Bundesstrafrichter, Bundesstrafgericht, Viale Stefano Franscini 7, Postfach 2720, 6501 Bellinzona
Tel. 091 822 62 62, E-Mail: roy.garre@bstger.ch
Sekretariat Mia Fuchs, Bundesverwaltungsgericht, Postfach, 9023 St. Gallen,
Tel. 058 705 25 50, E-Mail: mia.fuchs@bvger.admin.ch, info@svr-asm.ch; www.svr-asm.ch



Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Bellinzona, 28. März 2014

Vernehmlassungsverfahren Änderung des ZGB (Adoption)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur vorgesehenen Revision des Adoptionsrechts.

Wesentliche Inhalte der Gesetzesrevision beruhen auf gesellschaftlichen Entwicklungen und sind Ausdruck rechtspolitischer Grundsatzentscheidungen. Wir erachten es grundsätzlich nicht als unsere Aufgabe, hierzu im Rahmen der Vernehmlassung einlässlich Stellung zu nehmen.

Eine Ausnahme gilt indessen für die Stiefkindadoption, auf die wir näher eingehen möchten. Wie im Begleitbericht zur Vernehmlassungsvorlage zutreffend festgehalten wird, handelt es sich dabei um ein umstrittenes Rechtsinstitut, was u.a. dazu geführt hat, dass die gesetzliche Regelung im Zuge der Scheidungsrechtsrevision verschärft wurde. Es trifft wohl zu, dass der Bundesrat in jüngerer Zeit mittels eines parlamentarischen Vorstosses beauftragt wurde, den Anwendungsbereich der Stiefkindadoption dahingehend zu erweitern, dass Personen unabhängig von ihrem Zivilstand und ihrer Lebensform ermöglicht werden soll, das Kind des Partners bzw. der Partnerin zu adoptieren. Über die weiteren Voraussetzungen der Stiefkindadoption ist damit aber nichts gesagt. Angesichts der bekannten Problematik der Stiefkindadoption wäre zu prüfen, ob dieses Institut nicht – abgesehen von gewissen abschliessend zu definierenden Ausnahmen (Kind hat zum Beispiel nur einen rechtlichen Elternteil oder der andere Elternteil ist dauerhaft urteilsunfähig oder unbekanntem Aufenthalts) – grundsätzlich auf volljährige Kinder beschränkt werden soll.

Anlass zu Bemerkungen gibt sodann die mit der Revision beabsichtigte grössere Flexibilität des Adoptionsrechts. Diese manifestiert sich in zahlreichen Ausnahmebestimmungen (Art. 264 Abs. 3, Art. 264a Abs. 2, Art. 264b Abs. 2, Art. 265 Abs. 1 E-ZGB), wonach aus wichtigen Gründen vom jeweiligen Grundsatz abgewichen werden kann, soweit das Kindeswohl nicht gefährdet wird. Die dabei verwendeten unbestimmten Rechtsbegriffe werden von den zuständigen Behörden und im Konfliktfall von den Gerichten konkretisiert werden müssen, was im Vergleich zum geltenden Recht mit Mehraufwand verbunden ist. Vor allem aber besteht ein erhebliches Risiko, dass die rechtsanwendenden Behörden gegenüber adoptionswilligen Personen nicht als „Spielverderber“ auftreten wollen und die Ausnahmebestimmungen deshalb grosszügig interpretieren. Eine Überprüfung der Entscheidungen ist in solchen Fällen wegen des Prinzips „wo kein Kläger, da kein Richter“ praktisch ausgeschlossen. Diesem Umstand könnte wenigstens teilweise entgegen gewirkt werden, wenn im Gesetz präzisiert würde, dass Ausnahmen einerseits nur auf Antrag der adoptionswilligen Personen möglich sind und andererseits die Antragsteller begründen müssen, weshalb die Ausnahme im konkreten Fall zur Wahrung des Kindeswohls geboten ist. Eine mögliche Formulierung könnte – am Beispiel von Art. 264a Abs. 2 E-ZGB – lauten:

Auf Antrag der Ehegatten kann vom Mindestalter abgewichen werden, wenn dies zur Wahrung des Kindeswohls geboten ist.

Dementsprechend wären auch die übrigen Ausnahmeregelungen anzupassen. Mit diesem Vorschlag würde insbesondere auch das Kindeswohl stärker gewichtet, was ja ein erklärtes Ziel der Gesetzesrevision ist.

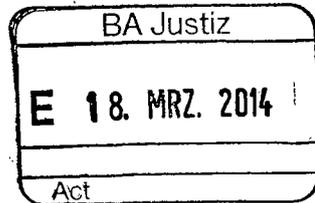
Abschliessend bedanken wir uns nochmals für die Möglichkeit der Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen



Roy Garré
Bundesstrafrichter
Präsident SVR-ASM



Dieter Freiburghaus
Richter am Kantonsgericht Basel-Landschaft
Vorstandsmitglied SVR-ASM



Bundesamt für Justiz
Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

Zürich/Chur, 17. März 2014

Änderung des Zivilgesetzbuches ZGB (Adoption) Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Wyder

Der Vorstand des **Schweizerischen Verbandes für Zivilstandswesen (SVZ)** bedankt sich für die ihm gewährte Möglichkeit, zu der eingangs erwähnten Änderung Stellung nehmen zu dürfen.

Der Vorstand SVZ spricht sich klar für das neue Adoptionsrecht aus, welches künftig das Kindeswohl vermehrt ins Zentrum der Adoptionsentscheidungen stellt. Die allgemeinen Anpassungen beim Partnerschaftsgesetz werden von uns als notwendige zusätzliche Schritte gesehen, da die Adoption neu auch Personen in einer eingetragenen Partnerschaft zugänglich sein wird.

Folgend gehen wir jedoch einzig auf die Artikel im Schweizerischen Zivilgesetzbuch (ZGB) näher ein, welche einen direkten Bezug zum Zivilstandswesen haben:

Art. 267 Abs. 3 und 267a Abs. 1 ZGB:

Der Vorstand SVZ würde es speziell begrüßen, wenn der Gesetzgeber die Adoptionsbehörden verpflichten würde, im Adoptionsentscheid stets festzuhalten, wie die Namensführung des Adoptivkindes nach der Adoption lautet und welche Bürgerrechte das Adoptivkind nach der Adoption besitzt, sofern es Schweizer Bürger ist oder durch die Adoption wird.

Dem SVZ ist es ein Anliegen, dass künftig allen Adoptionsbehörden bewusst wird, wie wichtig die Namensführung und die Bürgerrechte des Adoptivkindes nach der Adoption für die Beurkundung im Personenstandsregister sind. Gerade darum soll eine solche Vorschrift auf Gesetzesstufe gestellt werden.



Art. 268d Abs. 1:

Es ist unseres Erachtens sinnvoll, eine einzige kantonale Anlaufstelle benennen zu müssen, welche Auskunft gibt, wenn ein Begehren um Informationen über die direkt betroffenen Personen eingereicht wird (Adoptionsgeheimnis).

Wir bitten Sie, sehr geehrte Frau Wyder, sehr geehrte Damen und Herren, unsere Stellungnahme zu würdigen und danken Ihnen bestens für die Berücksichtigung unserer Standpunkte.

Mit freundlichen Grüssen

Schweizerischer Verband für Zivilstandswesen

Roland Peterhans
Präsident

Gian Carlo Pescio
Ressort Vernehmlassungen

**Office fédéral de la justice
Madame Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Berne**

Lausanne, le 31 mars 2014

Consultation sur l'avant-projet de loi sur l'adoption

Madame,

Nous vous remercions pour la possibilité de nous exprimer sur la modification du code civil et plus particulièrement le droit de l'adoption.

Commentaires générales

De manière générale, nous saluons l'initiative d'adapter le droit de l'adoption aux nouvelles formes de la famille et d'y intégrer la possibilité d'adopter l'enfant du partenaire enregistré. Malheureusement, cet avant-projet se focalise surtout sur l'adoption nationale et l'adoption de l'enfant du conjoint au détriment de l'adoption internationale pour laquelle les exigences se trouvent considérablement diminuées, ce qui est fort regrettable.

Nous sommes aussi assez réservés en ce qui concerne l'assouplissement du secret de l'adoption pour les parents biologiques. De toute évidence, ces changements sont motivés par le scandale des enfants victimes de placements, de retraits et d'adoptions arbitraires et abusifs qui secoue l'opinion publique depuis quelque temps. Nous ne sommes pas persuadés qu'il s'agit de la manière la plus appropriée pour rendre justice.

Commentaires détaillés

Les articles qui traitent des conditions d'adoption (art. 264, al. 3, art. 264a, al. 2, art. 264b, al. 2, art. 265, al. 1) offrent tous la possibilité d'y déroger pour « justes motifs », ce qui laisse une large place à l'interprétation. Selon les cantons, l'appréciation d'une même situation peut être différente avec le risque de créer des inégalités. Lorsque le législateur fixe des limites d'âge minimales et maximales, il semble quelque peu paradoxal d'introduire en même temps la possibilité de ne pas les respecter. En plus, les conditions – même cumulées – de trois ans de mariage et d'un âge minimum de 28 ans ne sont pas excessives, compte tenu des enjeux et de l'importance d'un projet d'adoption internationale qui nécessite une réflexion approfondie et une préparation sérieuse.

Art. 264b, al. 3 : Jusqu'à maintenant, les couples mariés ne peuvent adopter que conjointement. Pour ne pas discriminer les couples homosexuels et les personnes menant une vie de couple, le législateur introduit la possibilité de l'adoption par une personne seule, même s'elle est mariée, qu'elle vit dans un partenariat enregistré ou en couple hétérosexuel. La seule condition est de devoir prendre en considération l'opinion de l'autre. Une telle disposition n'est absolument pas dans l'intérêt de l'enfant. Actuellement, les deux conjoints doivent investir dans le projet d'adoption

puisque la responsabilité est partagée. Ces questions sont d'ailleurs discutées en profondeur dans le cadre de l'examen d'aptitudes des futurs parents adoptifs. Imaginons maintenant une femme qui aimerait adopter un enfant mais son mari n'est pas enthousiaste. Il peut néanmoins donner un avis favorable pour ne pas créer un conflit de couple. Par la suite, en cas de problème avec l'enfant, la femme risque de se retrouver bien seule pour gérer la situation parce que officiellement, le mari n'a pris aucun engagement. Il n'est absolument pas dans l'intérêt de l'enfant non plus de n'avoir qu'une mère ou qu'un père sur le plan juridique, une situation qu'on essaie précisément d'éviter en donnant la possibilité d'adopter l'enfant du partenaire enregistré !

Art. 265d, al. 1 : La formulation de ce paragraphe n'est pas très cohérente puisque on parle de l'enfant déjà placé au début, puis on se révisé pour dire qu'on devrait prendre la décision de faire abstraction du consentement avant le début du placement.

Art. 268b et 268c : Il n'est pas clair qui et surtout de quelle manière les informations seront transmises ou non entre parents adoptifs, parents biologiques et adoptés. Qui sera en mesure de déterminer quelles informations peuvent être communiquées sans donner des éléments permettant l'identification de l'enfant ?

Le législateur accorde le droit aux parents biologiques d'obtenir des informations sur l'enfant sans son consentement, du moment que ces informations ne permettent pas d'identifier les parents adoptifs ni l'enfant. L'enfant, mineur ou majeur, devrait toujours avoir la possibilité de donner son accord. Il n'est pas tenu à donner des informations et s'il souhaite ne donner **aucun** renseignement, ce choix doit être respecté.

Souvent, l'adopté ne veut pas seulement obtenir des informations concernant ses parents biologiques, mais aussi ses frères et sœurs éventuels. Il faudrait donc plutôt parler de **famille** biologique.

Art. 268d et 268e : Il conviendrait de clarifier la terminologie utilisée et de définir les rôles et les tâches entre service cantonal d'information, autorité compétente, service de recherche ou encore service approprié. On devrait clairement distinguer entre l'autorité cantonale qui donne accès à l'information et des services de recherche spécialisés existants, y compris privés (intermédiaires, SSI, Croix Rouge, Fachstelle für Adoption). En effet, ces services ont des contacts privilégiés, notamment à l'étranger et disposent de ressources professionnelles expérimentés dans le domaine de la recherche des origines.

Art. 268^e, al. 3 : Une participation aux frais de recherche de la part du Canton est prévue en cas de doutes fondés au sujet du consentement. A notre avis, cet alinéa n'a pas de place dans le CC. Il pourrait éventuellement figurer dans l'ordonnance d'exécution (cf. al. 4). Néanmoins, nous pensons que la prise en charge des frais devrait faire l'objet d'une disposition claire et uniforme, indépendamment des personnes qui effectuent la recherche. On estime toutefois que l'enfant adopté (mineur ou majeur) devrait bénéficier en premier lieu du soutien financier, vu qu'il est seul détenteur du droit à ses origines. Par souci de clarté, nous proposons l'abrogation de cet alinéa.

Nous vous remercions par avance de tenir compte de nos commentaires et vous présentons, Madame, nos salutations les meilleures.

Marlène Hofstetter
Responsable programme adoption

Koenig Grégoire BJ

De: Markus Trachsel [trachseli@hotmail.com]
Envoyé: mardi 28 janvier 2014 19:38
À: Wyder Judith BJ
Objet: VN Adoption, Private: Trachsel Markus 28.01.2014 (Vernehmlassung Stiefkindadoption Schweiz)

Guten Tag Frau Wyder

Gerne reiche ich eine Stellungnahme zur Änderung des Zivilgesetzbuches (ZGB; Adoption) ein:

Die Änderung des schweizerischen Zivilgesetzbuches sind deshalb nötig, da die Anzahl der Regenbogenkinder stetig steigt. Diese Kinder leben wie Nicht-Regenbogenkinder. Sie gehen zur Schule, werden durch Liebe aufgezogen, haben gleiche Pflichten, müssen sich an die gleichen Rechte halten, haben jedoch NICHT die gleichen Rechte. Somit werden diese Kinder diskriminiert.

In Notlagen hat das Kind nur ein rechtlichen Elternteil, obwohl eine weitere Person bereit wäre, den elterlichen Pflichten und die Verantwortung zu übernehmen.

Hier sind grosse Lücken zum Schutz des Kindes zu finden:

- Kein Unterhalts- und Erbrecht
- Keine Anerkennung der Verwandtschaft zum Co-Elternteil
- Keine Kinder- und Waisenrente
- Beim Tod des biologischen Elternteils kann es so weit kommen, dass das Kind zusätzlich das Co-Elternteil verliert, da kein Sorgerecht besteht
- und und und

Diese Lücken sind unbedingt zu beheben. Damit können diese Heranwachsenden eine sichere und unbeschwehrte Kindheit führen und sind gegenüber den Kindern mit heterosexuellen Eltern nicht mehr benachteiligt.

Die Änderungen sind völlig im Interesse des Kindeswohles gemacht.

Zusätzlich würde damit einen Schritt in Richtung Gleichstellung und Chancengleichheit von Homosexuellen gemacht werden, was laut Schweizer Verfassung Art. 8 im Interesse des Staates wäre. Leider wird dieser Artikel mit der heutigen Gesetzeslage nicht berücksichtigt.

Vielen Dank für Ihre Kenntnisnahme.

freundliche Grüsse
Markus Trachsel



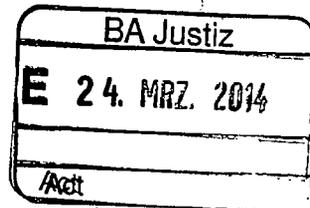
UNIVERSITÉ
DE GENÈVE

FACULTÉ DE DROIT

LA DOYENNE

OFFICE FEDERAL DE LA JUSTICE
Madame Judith Wyder
Bundesrain 20

3003 BERNE



Le 21 mars 2014/CC/pr

Procédure de consultation relative à l'avant-projet de modification du code civil (droit de l'adoption)

Mesdames, Messieurs,

Le Département de la sécurité de la République et Canton de Genève nous a transmis la demande de consultation susvisée.

Vous trouverez en annexe l'avis de la Faculté y relatif et rédigé par Madame Marie-Laure Papaux van Delden, professeure de droit civil.

Cet avis a également été envoyé pour information aux parlementaires genevois à Berne.

Veuillez croire, Mesdames, Messieurs, à l'expression de notre considération distinguée.


Christine Chappuis

Annexe mentionnée



Le 28 février 2014

Procédure de consultation relative à une modification du code civil (droit de l'adoption)

Prise de position

D'une manière générale, le projet de révision est fort bienvenu et dans ce sens est à saluer, dont la souplesse introduite dans l'avant-projet, en particulier :

- l'introduction de justes motifs pour déroger en fonction du cas particulier à une règle établie (par ex. art. 264a al. 2 AP-CC) ;
- l'abaissement de l'âge minimal pour adopter à 28 ans avec la possibilité d'y déroger. Il s'agit ici d'une réelle urgence dans la mesure où la limite de 35 ans actuelle est un record européen absolu qui exclut de nombreux candidats à l'adoption ;
- la possibilité de déroger à la différence d'âge minimale, règle qui n'autorise actuellement aucune exception, et pose problème en particulier lorsqu'il s'agit d'adopter plusieurs enfants d'une même fratrie.

Est également à saluer :

- l'abaissement à trois ans de la durée requise du mariage ;
- l'octroi de la possibilité d'adopter l'enfant du partenaire enregistré, qui consolide la situation juridique de l'enfant. L'interprétation de l'art. 28 LPart, selon laquelle même l'adoption par une personne seule est interdite une fois le partenariat conclu, n'est au demeurant guère compatible avec le respect des droits fondamentaux (*cf. infra*) ;
- le renvoi aux art. 270-327c par analogie, la question plus large de la justification d'une loi à part pour les partenaires enregistrés se posant néanmoins ;
- l'octroi de la possibilité d'adopter l'enfant du partenaire dans les communautés de vie de fait, conséquence au demeurant de l'ACEDH Emonet c. Suisse, qui ressort de la variante et exige une adaptation des art. 264c et 267 AP-CC ;
- la possibilité d'adopter pour une personne seule, indépendamment de son état civil ;
- la possibilité d'adopter un enfant majeur en présence de descendants du ou des adoptants ;

- la possibilité pour les parents biologiques de prendre contact avec l'enfant à la condition que celui-ci soit majeur et ait donné son accord, de même que le droit des parents biologiques à obtenir des informations non identifiantes sous réserve des intérêts de l'enfant ;
- l'art. 268d relatif au service cantonal d'information ;
- de même que l'art. 268e encadrant les services de recherche ;
- la possibilité d'entretenir des relations personnelles avec les parents biologiques, qui permet de traiter les parents biologiques d'une manière plus favorable que par le biais de la disposition permettant à un tiers d'obtenir un droit de visite (cf. art. 274a CC), dont l'interprétation par la jurisprudence est très restrictive.

Il conviendra en outre de faire attention à ce que :

- l'introduction de la limite d'âge supérieure fixée à 45 ans dans le Code civil, et non plus seulement dans l'ordonnance, auquel il peut certes être dérogé pour de justes motifs, n'amène pas en pratique un durcissement de l'interprétation y relative, qui serait en outre contraire à la souplesse introduite dans le nouveau droit de l'adoption ;
- l'audition des parents biologiques de la personne majeure adoptée soit mise en parallèle avec la jurisprudence admettant que ceux-ci n'ont pas à consentir à l'adoption de leur enfant devenu majeur ;
- la possibilité pour l'enfant mineur d'obtenir des informations non identifiantes indépendamment d'une pesée des intérêts - il s'agit donc de l'octroi d'un droit absolu - soit clarifiée. La question de la capacité de discernement pour ce faire pourrait ainsi être abordée dans la loi, si on entendait en particulier réserver ce droit aux enfants capables de discernement. La définition des informations non identifiantes est également floue et s'il s'agit des informations concernant les circonstances de l'abandon par exemple, il faudrait s'assurer que l'enfant ait la maturité et l'équilibre psychologique suffisants pour y faire face ;
- l'enfant incapable de discernement soit au moins entendu dans le cadre de l'octroi de relations personnelles avec les parents biologiques, un deuxième alinéa dans ce sens à l'art. 268f pourrait être utile, ce d'autant que l'avant-projet est beaucoup plus détaillé que le droit actuel.

Il n'est enfin pas convainquant :

- de ne pas relever que la CourEDH a laissé ouverte la question d'un droit d'adopter contenu à l'art. 8 CEDH pris isolément (par ex. ACEDH de Grande Chambre E. B. c. France du 22 janvier 2008, par. 43 et 46 ; voir également : ACEDH Schwizgebel c. Suisse du 10 juin 2010, par. 72), alors qu'un tel droit pourrait en être déduit prochainement. Or, la déduction d'un droit d'adopter de l'art. 8 CEDH est apte à ouvrir la voie à l'adoption pour un couple non marié (cf. Papaux, Familles et CEDH : Incidence en droit de la filiation, *in* Le droit civil dans le contexte international, Journée de droit civil 2011, p. 23 et 26) ;
- de refuser l'adoption conjointe aux concubins hétérosexuels, de peur d'être sanctionné par la CourEDH eu égard au traitement discriminatoire réservé aux couples de partenaires de même sexe, pour lesquels il n'est pas envisagé de leur accorder cette possibilité ;
- non plus la crainte d'un contournement de l'interdiction de l'adoption conjointe par des couples non mariés au moyen d'une adoption par une personne seule suivie par l'adoption de l'enfant du partenaire, crainte qui indique également qu'il convient de reconsidérer l'interdiction ; l'interprétation de l'art.

28 LPart faisant obstacle à toute possibilité de créer un lien de filiation une fois le partenariat conclu, source d'une forme de discrimination à rebours, est aussi fondée sur la crainte du contournement de la loi, laquelle n'est pas bonne conseillère ;

- de ne pas tenir compte dans le débat de la possibilité accordée par l'art 3 LPMA pour les couples de fait d'avoir accès aux méthodes de PMA (sous réserve de l'insémination hétérologue, art. 3 al. 2 et 3 LPMA réserve sur laquelle il conviendrait également de réfléchir à nouveau, cf. Papaux op. cit., p. 30) ;
- de ne pas tenir compte de la jurisprudence de la CourEDH, laquelle, dans son ACEDH Emonet, indique que « l'argument du Gouvernement selon lequel l'institution du mariage garantit à la personne adoptée une stabilité accrue par rapport à l'adoption par un couple de concubins n'est plus forcément pertinent de nos jours » (par. 81) ; la Cour est de surcroît « d'avis qu'il n'appartient pas aux autorités nationales de se substituer aux personnes intéressées dans leur prise de décision sur la forme de vie commune qu'elles souhaitent adopter » (par. 82) ;
- de n'admettre la solidité d'un ménage commun de trois ans que s'agissant de l'adoption de l'enfant du concubin, du conjoint et du partenaire enregistré, étant précisé que le ménage commun hors des liens du mariage et du partenariat enregistré est comptabilisé dans le cadre de l'art. 264c al. 1 variante AP-CC ;
- de refuser l'adoption conjointe aux partenaires de même sexe, alors que la possibilité d'adopter par une personne seule leur est ouverte, avec également ici la tentation de contourner la loi en procédant à une adoption par une personne seule suivie d'une adoption de l'enfant du partenaire, au risque sinon d'offrir à l'enfant une situation juridique moins consolidée ;
- de rappeler le caractère exceptionnel de l'adoption par une personne seule, alors que celui-ci ne ressort pas de la législation actuelle mais de la jurisprudence y relative sur laquelle une réflexion devrait avoir lieu ;
- de refuser une dérogation pour des justes motifs à la condition de la durée du mariage de trois ans (cf. art. 264a al. 2 AP-CC), alors que le couple selon les circonstances peut être apte à prouver un concubinage potentiel de plusieurs années antérieures à la date du mariage et que la vie en commun de fait est comptabilisée s'agissant de l'adoption d'un enfant du conjoint ou du partenaire enregistré dans le cadre de la variante AP-CC ;
- de traiter dans le même alinéa la question du prénom et du nom de l'enfant, à moins qu'il ne s'agisse que de la question du prénom et dans ce cas le texte légal proposé prête à confusion. La question du nom pourrait faire l'objet d'un quatrième alinéa à l'art. 267 AP-CC. Il sera toutefois relevé que la disposition proposée s'agissant du nom de famille va à l'encontre du Rapport de la CJ-CN relatif au nouvel art. 270b CC selon lequel cette disposition ne signifie pas que l'enfant adoptif de 12 ans doit consentir spécialement au changement de nom lorsqu'il est adopté par des tiers, alors qu'il s'agit d'une conséquence impérative de l'adoption plénière par laquelle l'enfant est intégré dans la nouvelle famille, le Rapport concluant à la nécessité de recourir à une procédure de changement de nom au sens de l'art. 30 CC pour conserver le nom actuel ; le Rapport admet en revanche que le nouvel art. 270b, en vertu de l'art. 267 CC, est applicable par analogie aux cas d'adoption de l'enfant du conjoint si l'enfant a porté jusqu'ici le nom du parent qui est marié avec l'adoptant et que les parents désirent qu'il porte désormais le nom de ce dernier ;
- l'art. 270abis AP-CC ne traite au demeurant pas la question du consentement au changement de nom de l'enfant à partir de 12 ans ; il s'agit de l'adoption de l'enfant du partenaire enregistré, et dans ce cadre le consentement de

l'enfant capable de discernement est requis, ce qui pourrait être indiqué pour plus de clarté ;

- d'exiger le consentement à l'adoption de l'enfant majeur de l'époux ou du partenaire enregistré de celui-ci, alors que la jurisprudence renonce au consentement des parents biologiques au nom du respect des droits de la personnalité de l'adopté qui, devrait l'emporter également par rapport à un veto de l'époux ou du partenaire enregistré ; le droit d'être entendu pourrait en revanche leur être octroyé ;
- de ne pas se poser la question de l'accès à la procréation médicalement assistée pour une personne seule, alors que l'adoption lui est ouverte (question qui se poserait également dans la mesure où l'on entre en matière sur la possibilité d'une adoption conjointe pour les partenaires de même sexe) ;
- de traiter uniquement la question de la contribution d'entretien pour les parents d'un enfant commun suite à l'adoption de l'enfant du partenaire enregistré, alors que cette question se pose également suite à la dissolution d'une union de fait dans lequel les concubins seront parents en commun.

Marie-Laure Papaux van Delden
Professeure à la Faculté de droit
Département de droit civil



UNIL | Université de Lausanne
Faculté de droit, des sciences criminelles
et d'administration publique
Centre de droit privé
CH-1015 Lausanne

Philippe Meier
Docteur en droit et avocat
Professeur ordinaire (Chaire de droit civil et protection des données)
E-mail: philippe.meier@unil.ch - Tél.: +4121 692 28 30 / Fax: +4121 692 28 35

PROCEDURE DE CONSULTATION ADOPTION

Déterminations de la Faculté de droit, des sciences criminelles et d'administration publique de l'Université de Lausanne

La Faculté de droit, des sciences criminelles et d'administration publique de l'Université de Lausanne a pris connaissance du Rapport explicatif (ci-après « le Rapport ») et de l'avant-projet joint au courrier du DFJP du 6 décembre 2013.

Dans le délai imparti et en se réjouissant d'être associée à cette procédure de consultation, la Faculté se détermine comme suit :

A. Prise de position sur les principes de la révision

La Faculté regrette une fois encore qu'une révision aussi importante (qualitativement et quantitativement) du Code civil ne donne pas lieu à la mise sur pied d'une commission d'experts. Les expériences faites ces dernières années avec les projets qui n'avaient pas passé le crible d'une telle commission (autorité parentale, entretien) devraient pourtant amener le Département à réexaminer cette question.

Cela étant précisé, la Faculté peut souscrire aux modifications des conditions de l'adoption s'agissant en particulier de l'âge des adoptants et de la durée du mariage. Comme on le verra ci-après, certaines dispositions ponctuelles (par ex. l'ouverture de l'adoption à une personne seule quel que soit son état civil) doivent être écartées.

Le soussigné est opposé à l'ouverture de l'adoption aux couples homosexuels. Lorsque l'Etat crée « artificiellement » un lien juridique de filiation, il lui appartient de se calquer sur les conditions biologiques de base, à savoir qu'un enfant a une mère et un père, même si le couple initial vient un jour à se séparer. Si l'on en vient plus spécifiquement au statut de l'enfant du partenaire homosexuel, les moyens juridiques actuels sont suffisants pour lui assurer un statut satisfaisant (art. 299 CC par analogie, moyens de favoriser l'enfant par disposition testamentaire). Cela dit, la Faculté a pris bonne note de la volonté politique d'ouvrir ce type d'adoption aux couples partenariés.

Pour les raisons rappelées ici, l'adoption d'un enfant étranger au couple doit rester fermée aux couples homosexuels. Pour éviter tout abus, la loi doit proscrire les adoptions successives. Les développements intervenus à l'étranger sont à prendre en

compte dans la réflexion générale mais n'ont pas à être servilement suivis : la défense de l'intérêt de l'enfant peut être conçue d'une manière fort différente selon la tradition culturelle locale.

Faute de stabilité et de cadre juridique formel, une relation de concubinage n'est selon nous pas suffisante pour adopter. L'adoption crée artificiellement un rapport de filiation : l'autorité doit exiger qu'il s'inscrive dans un cadre juridique clair, même si cela ne garantit en rien que le couple ne se séparera pas après l'adoption. La variante proposée par l'avant-projet ne recueille par conséquent pas l'approbation de la Faculté.

B. Prise de position sur les dispositions proposées

1. Art. 264 AP CC :

- La précision terminologique (adoptants/parents adoptifs) n'appelle pas de remarque particulière.
- Le parallélisme dressé entre la LPMA et le droit de l'adoption s'agissant de la capacité d'élever l'enfant jusqu'à sa majorité nous paraît tout à fait justifié. Il est important que la loi affiche son refus d'adoptions extrêmement tardives, dont le but exclusif est de satisfaire le désir d'enfant, et certainement pas de procurer à l'enfant l'entourage familial qui lui fait défaut.
- La règle de l'al. 3 est également à saluer.

2. Art. 264a AP CC :

- Il est justifié de maintenir un seuil d'âge minimal, même s'il n'est (à tort) pas prévu dans le cadre de la LPMA. C'est le gage d'une meilleure capacité à affronter les difficultés inhérentes à un projet d'adoption.
- La Faculté approuve l'abaissement de l'âge minimal à 28 ans (conforme aux exigences de la Convention européenne en matière d'adoption des enfants (révisée) du 27 novembre 2008). La réduction est sensible, mais peut être acceptée du moment que la condition liée à la durée du mariage, élément attestant d'une certaine stabilité du couple, devient cumulative, et non plus alternative. En 2012, l'âge moyen de la mère mariée à la naissance du premier enfant était de 30.4 ans. Un âge minimal à 28 ans ne s'éloigne ainsi pas trop des conditions naturelles.
- A notre sens, la règle doit être appliquée strictement. Contrairement à la différence d'âge de 16 ans, l'écoulement du temps permet la réalisation des conditions. L'art. 264a al. 2 AP CC doit être abandonné.
- Il est à noter que la durée formelle du mariage, déjà applicable à l'heure actuelle, n'est certainement pas déterminante à elle seule. Il pourrait être plus opportun de se fonder sur la durée de la vie en commun. Mais cette condition est plus difficile à vérifier. Un mariage n'existant que sur le papier devra être pris en considération dans le cadre de l'examen du bien de l'enfant au sens de l'art. 264 CC.

3. Art. 264b AP CC :

- L'on ne voit pas pour quelle raison l'adoption par une personne seule devrait être ouverte même à une personne mariée. Elle doit continuer à être réservée aux personnes non mariées : l'adoption est un processus suffisamment important, qui met directement en jeu les intérêts d'un tiers (l'enfant), pour que l'on exige qu'il s'inscrive dans un véritable projet de couple. Il ne nous paraît pas indispensable de conserver la règle de l'art. 264b al. 2 CC, d'application tout à fait exceptionnelle, mais rien ne s'y oppose.
- Il n'est pas nécessaire de rappeler ici le caractère exceptionnel de l'adoption par une personne seule. Il nous paraît cohérent d'en tenir compte en fixant des exigences plus élevées que pour l'adoption par un couple marié. La limite d'âge devrait être fixée à 30 ans. Là non plus, il ne se justifie pas de prévoir des dérogations : l'écoulement du temps permet de remplir la condition légale posée. Multiplier les références aux justes motifs incitera les parents adoptifs (comme c'est déjà le cas aujourd'hui dans la pratique) à exiger des solutions taillées sur mesure, pour leur permettre de faire aboutir le projet d'adoption. La sauvegarde du bien de l'enfant et la sécurité juridique s'opposent à de telles « manœuvres » ; la loi ne doit pas les encourager.
- En renonçant à ouvrir l'adoption par une personne seule aux membres d'un couple marié, l'on peut se passer de l'art. 264b al. 3 AP CC.

4. Art. 264c AP CC :

- La révision entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2000 avait pour objectif de rendre plus difficile l'adoption de l'enfant du conjoint, pour ne pas couper celui-ci de ses racines et lui faire vivre un double déchirement (au moment du divorce, puis à la rupture du lien de filiation). Au 1^{er} juillet 2014 entre en vigueur le nouveau droit de l'autorité parentale, qui part du principe de la survivance du couple parental malgré la désunion du couple marital.
- La pratique révèle par ailleurs plusieurs cas dans lesquels l'enfant, une fois majeur, regrette l'adoption intervenue du temps de sa minorité et cherche à revenir à sa filiation d'origine (en voulant faire annuler l'adoption, ou à tout le moins reprendre le nom de famille de son père biologique).
- Il nous paraît paradoxal d'abaisser aujourd'hui les conditions d'accès à l'adoption de l'enfant du conjoint. L'on pourrait même envisager de les rendre plus difficiles (en exigeant par ex. que l'enfant soit majeur, ou au moins âgé de 16 ans). A notre sens, les cautions actuelles (cinq ans de mariage ; nécessité du consentement du parent naturel) sont cependant suffisantes, même si l'on ne peut exclure que certains consentements soient donnés en contrepartie d'avantages financiers (renonciation à une pension pour la mère).
- Les cas exceptionnels dans lesquels une adoption plus rapide de l'enfant du conjoint pourrait se justifier ne permettent pas de remettre en cause le choix fait en 1995 (contrairement à une tendance générale des processus législatifs actuels, la norme légale doit se fonder sur les cas les plus fréquents, et non sur les cas exceptionnels).

- Nous avons exposé plus haut les raisons qui nous amènent à refuser l'adoption de l'enfant du partenaire enregistré, tout en étant conscient du mandat clair donné par la motion 11.4046.
- Si l'adoption de l'enfant du partenaire enregistré devait être admise, il faudrait à notre avis exiger qu'il s'agisse de l'enfant biologique du partenaire en question. L'on ne saurait admettre qu'un partenaire adopte seul un enfant à l'étranger, puis le fasse adopter par son partenaire en Suisse, en vertu de la loi nouvelle proposée. Le fait que la Cour constitutionnelle allemande ait jugé la disposition du droit allemand qui prohibait les adoptions successives comme contraire à la Grundgesetz (Arrêt du 19 février 2013) et la récente révision législative adoptée par nos voisins ne doivent pas faire obstacle à l'adoption d'une même règle anti-abus en droit suisse. Dans la mesure où les couples homosexuels ne peuvent prétendre à une égalité de traitement avec les couples mariés, il paraît aussi souhaitable d'éviter que l'adoption de l'enfant du partenaire ne serve à « légitimer » une procréation médicalement assistée effectuée à l'étranger, mais interdite en Suisse. La disposition devrait dès lors prévoir un alinéa supplémentaire, qui aurait la teneur suivante : « *Le partenaire enregistré ne peut adopter l'enfant de son partenaire que pour autant que le lien de filiation avec celui-ci ne résulte pas d'une adoption et qu'il ait été établi conformément à la loi suisse ou à une loi étrangère, sans violer l'ordre public suisse.* »

5. *Art. 265 AP CC :*

- La disposition recueille notre pleine approbation. La différence d'âge de 16 ans, d'ailleurs reprise par la Convention européenne révisée, doit être maintenue. En termes de lisibilité, il est bon que l'écart maximal figure dans la loi, et pas seulement dans une ordonnance d'application. Le critère de l'écart est par ailleurs plus pertinent qu'une limite d'âge absolue : c'est l'âge de l'enfant qui est déterminant (la condition doit par ailleurs être lue en lien avec le nouvel art. 264 al. 2 AP CC).
- De tout temps, la pratique a fermé les yeux sur des situations dans lesquelles la différence d'âge n'était pas atteinte de quelques jours, voire de quelques semaines. Elle pourrait continuer à le faire à l'avenir. Nous ne voyons cependant pas d'inconvénient à ce que la loi réserve expressément des justes motifs pour appuyer ces dérogations (ici, l'écoulement du temps ne permet jamais de remédier au défaut des conditions). Il y aurait cependant lieu d'exiger que la dérogation soit commandée par le bien de l'enfant (et non que le bien de l'enfant ne s'en trouve pas menacé) : c'est l'enfant qui doit rester au centre du processus d'adoption, non les intérêts égoïstes des adoptants. Le Message devrait clairement préciser que l'on parle de différences de quelques jours ou semaines (à notre avis quatre au maximum) pour éviter que la règle légale ne perde tout son sens.
- L'extension ou la clarification des droits de l'enfant dans la procédure doit être saluée.

6. *Art. 265a, 265d AP CC :* pas de remarque.

7. *Art. 266 AP CC :*

- L'adoption d'une personne majeure est devenue chose exceptionnelle. Elle bouleverse très tardivement une constellation familiale et peut servir à cacher des desseins autres que ceux normalement poursuivis par l'adoption (notamment de police des étrangers ou de nature fiscale). La jurisprudence récente a montré combien il est parfois difficile de déterminer les véritables motivations des adoptants et du majeur adoptif.
- Aussi sommes-nous d'avis que les conditions de l'adoption du majeur ne doivent pas être modifiées. La présence de descendants doit y faire obstacle (des exceptions sont concevables, par ex. en cas d'adoption simultanée d'un mineur et d'un majeur de la même fratrie, mais elles n'ont pas à être réglées expressément dans la loi). La durée de la communauté domestique doit demeurer fixée à cinq ans.
- La jurisprudence fédérale a confirmé que le consentement des parents n'était pas nécessaire une fois l'enfant majeur. L'on ne voit pas pour quelle raison les parents biologiques devraient être entendus à ce moment-là. Majeur et n'étant plus placé sous autorité parentale, l'enfant doit assumer son choix librement. Quant aux descendants des adoptants, ils font obstacle – selon notre vision des choses – à l'adoption ; leur audition n'a donc pas de sens. Si la condition de l'absence de descendants devait être supprimée, l'obligation de les entendre devrait effectivement être introduite.

8. *Art. 267 AP CC :*

- La limitation du droit de changer de prénom aux cas de motifs légitimes de l'art. 30 CC est justifiée. Il en va également ainsi des droits procéduraux (audition de l'enfant, voire exigence de son consentement).
- En revanche, il ne nous paraît pas opportun de supprimer purement et simplement cette possibilité en cas d'adoption de l'enfant du conjoint. L'autorité pourra très bien faire une application plus restrictive des motifs légitimes exigés pour le changement dans un tel cas.
- Le consentement doit être exigé dès que l'enfant est capable de discernement. La limite d'âge fixe à 12 ans, prévue par l'art. 270b CC (plus sévère), ne doit pas être appliquée ici.

9. *Art. 267a, 268 et 268a AP CC :* pas de remarque.

10. *Art. 268b AP CC :*

- Les alinéas 1 et 2 paraissent répondre aux besoins de certaines mères, mises sous pression au moment de donner l'enfant en adoption. La réglementation proposée garantit de manière équilibrée leurs intérêts, ceux des enfants adoptés et ceux des parents adoptifs.
- L'alinéa 3 paraît en revanche fort problématique : il est extrêmement difficile de fournir des informations qui aient un minimum de valeur pour les parents biologiques sans trahir certains éléments permettant, par recoupement, d'identifier l'enfant et/ou ses parents adoptifs. L'on voit d'ailleurs mal comment

l'autorité obtiendrait et trierait de telles informations si les parents adoptifs ne veulent lui fournir aucun détail sur le développement de l'enfant (et rien ne peut les y obliger, mesures de protection selon les art. 307 ss CC exceptées).

11. Art. 268c, 268d AP CC :

- Avant le 1^{er} janvier 2003, il n'existait pas partout une autorité cantonale unique compétente pour le placement d'enfants en vue d'adoption. Le devoir d'information devrait incomber à l'autorité cantonale unique actuelle, indépendamment de celle qui était compétente au moment de l'adoption.

12. Art. 268e AP CC :

- La disposition n'a pas sa place dans le Code civil. Les alinéas 1 et 2 n'apportent rien à la situation qui prévaut aujourd'hui déjà. Quant à la « réparation » d'éventuels abus commis par le passé, elle pourra être prise en compte dans les programmes d'excuses dont la Confédération est désormais coutumière, avec le cas échéant création d'un fonds spécial affecté à ce but. L'on ne voit pas pourquoi cette question devrait être « mélangée » à celle du secret de l'adoption, qui relève effectivement du Code civil. L'art. 12c Tit. fin. CC devrait être adapté. Il en va de même de l'art. 14 LDEA.

13. Art. 268f AP CC :

- Bien que fortement représentés dans les débats relatifs au droit de l'adoption, les partisans des adoptions de style ouvert sont encore loin d'être majoritaires. Les adoptants comprennent souvent mal ce que l'on attend d'eux dans ce contexte. Ces conventions entre adoptants et parents biologiques peuvent aussi donner lieu à des tensions, dont les enfants sont les premières victimes. Il n'est bien sûr pas question d'interdire de telles solutions, mais il nous paraît bon, lorsque parents adoptifs et parents biologiques se mettent d'accord sur un droit aux relations personnelles, que l'autorité de protection de l'enfant doive ratifier l'accord trouvé (comme elle devra en approuver les modifications par la suite, selon ce que prévoit expressément l'art. 268f AP CC).

14. Art. 270a^{bis} AP CC :

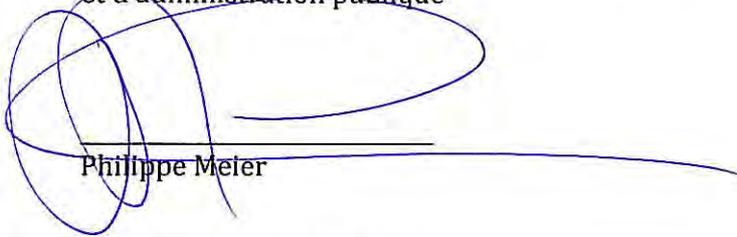
- Pas de remarque sur le fond, mais l'on relèvera que les dispositions avec lettre intercalaire et exposant deviennent de plus en plus fréquentes dans le Code civil. L'esprit, l'ordre formel et le style remarquable d'Eugen Huber sont bien loin !

15. Autres dispositions (hors variante) :

- Si le législateur estime devoir rapprocher le partenariat enregistré du mariage en déclarant certaines dispositions applicables par analogie (ce qui ne nous paraît pas indispensable), il devrait profiter de l'occasion pour corriger l'art. 25 al. 1 2^{ème} phr. LPart et viser l'ensemble des règles sur la participation aux acquêts, art. 220 CC inclus.

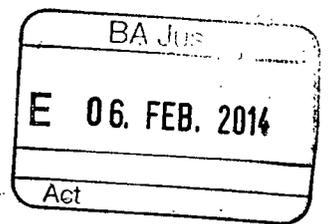
- A notre sens, le législateur devrait se prononcer sur la ratification de la Convention européenne révisée du 27 novembre 2008 en même temps que sur la modification des règles du droit civil, et non repousser cet examen à une date ultérieure (en l'état 7 Etats l'ont déjà ratifiée, 16 autres l'ont signée).

Pour la Faculté de droit, des sciences criminelles
et d'administration publique



Philippe Meier

Lausanne, le 20 mars 2014



Familie
Wanda & Silvia van de Velde
Schwändi 74
6170 Schüpfheim
041/ 480' 05' 04
v.d.velde_silvia@gmx.ch

Bundesamt für Justiz
z.H. Wider Judith
Bundesrain 20
3003 Bern

Montag, 20. Januar 2014

Stellungnahme zur Stiefkindadoption

Sehr geehrte Damen und Herren

Eigentlich sind wir eine ganz normale Familie. Wir haben zwei Kinder, ein Haus, einen Hund, zwei Kanarienvögel und ein paar Hühner scharren auch noch in unserem Garten. Mami kocht, wäscht und organisiert das Familienunternehmen. Der zweite Elternteil geht arbeiten. Ein Unterschied besteht nur darin, dass am Mittag /Abend kein Papa nach Hause kommt, sondern die Mama.

„Regenbogenfamilie“ so nennt man unsere Familienform. Und das Entstehungsbild des Regenbogens (Sonne und Regen) erleben wir vom Gesetz her, tatsächlich sehr oft.

Als sonnig erlebten wir ganz klar die Toleranz und Akzeptanz, die wir in der Gesellschaft spüren. Auch die Entwicklung der letzten Jahre (Eintragung der Partnerschaft, Wahl des Familiennamens) war für unsere Familienform sehr entscheidend und von grosser Bedeutung.

Es gibt aber ein ganz wichtiger Punkt, wo wir noch immer im Regen (oder viel mehr im Gewitter) stehen.

Das Verbot für eine Adoption. Unsere Kinder haben nur eine rechtliche Bindung zur gebärenden Mutter. Diese Rechtslage ist für das Kind, wie auch für die Co-Mutter, ein äusserst beängstigender Zustand. Es ist extrem wichtig, dass wir Regenbogenfamilien auch vor dem Gesetz, als richtige Familie angesehen werden und wir durch die Stiefkindadoption diese rechtliche Bindung zu unseren Kindern herstellen können.

Obwohl wir uns diese beiden Kinder gemeinsam gewünscht, geplant, und schlussendlich auch gezeugt haben, besteht auf dem Papier nur eine rechtliche Bindung zu der einen Mutter. Sollte dieser Mutter etwas zustossen, sind wir auf den Goodwill vieler Menschen und Behörden angewiesen.

Auch wenn eines unserer Kinder im Spital liegt, dürfte der Co-Mutter nicht mal Auskunft über den Gesundheitszustand vom Kind gegeben werden. Dieser Zustand darf einfach nicht sein!

Auch wir Regenbogenfamilien sollten die Möglichkeit erhalten, unsere Kinder abzusichern. Sei es mit dem Erbrecht oder aber auch mit dem Vertrauen, dass wir auch im „Notfall“ garantiert für sie da sein dürfen.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie, sich für die Stiefkindadoption einzusetzen und uns die Möglichkeit zu geben unsere eigenen Kinder zu adoptieren und abzusichern.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Freundliche Grüsse

Familie van de Velde



Wanda

Silvia

Noel

Anouk

Wanda

Silvia

NOEL

Anouk



Bettlach, 28. März 2014

Bundesamt für Justiz
z.H. Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 B e r n

VERNEHMLASSUNG

Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Die Adoption)

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Änderungen im ZGB (Die Adoption) danken wir Ihnen bestens. Nachstehend einige Bemerkungen zu dieser wichtigen Gesetzesvorlage:

Prinzipiell stellt sich vorerst die Frage, wie weit man in der Schweiz mit der Öffnung der Adoptionen gehen will und wie viel Wert man noch der Familie geben will d.h. es wird nun einfach alles möglich (oftmals mit der Formulierung „aus wichtigen Gründen“) und nichts hinterfragt. Diese Formulierung fördert den Föderalismus in der Schweiz und hiermit die schon jetzt existierende Ungleichbehandlung zwischen den Kantonen.

Bemerkungen zu einzelnen Artikeln:

Art. 264a

Wie sinnvoll ist eine so drastische Herabsetzung des Alters auf 28 Jahre, wenn doch die Familienbildung heutzutage nach hinten verlagert wird?

Art. 264b

Wird es somit möglich auch als Ehepaar einzeln zu adoptieren (klar unter Einbezug der Ehegatten – aber total unverbindlich), nur um eine Gleichstellung in Bezug auf eingetragene Partnerschaft o.ä. nicht zu bevorzugen. Zudem fragt man sich, ob hiermit nicht einer Umgehung der Alterslimite Vorschub geleistet wird?

Art. 265d Abs.1

Auf Gesuch einer Vermittlungsstelle?? Wie ist das gedacht?

Art. 268b

Wie wird das mit Auslandadoptionen gemacht? Welches Recht wird angewendet? Hier insbesondere das Recht auf Information der leiblichen Eltern – man bedenke v.a. die Fälle, in denen von Amtes wegen die elterliche Obhut und Fürsorge entzogen wurde und das Kind schliesslich zur Adoption

kommt, was in vielen Ländern unter Wahrung des obersten Interesse des Kindes gemacht wird.

Art. 268c

Wie wird das mit Auslandadoptionen gemacht? Welches Recht wird angewendet?

Art. 268d

Die Kantone bezeichnen eine geeignete Stelle, welche die adoptierte Person oder die leiblichen Eltern auf Wunsch beratend unterstützt. Wie ist das im Detail gedacht?

Schlussbemerkung: Zudem: Weshalb wird nun nicht in diese Änderungen auch die Leihmutterschaft - ein Thema, das uns heutzutage viel mehr beschäftigt, als die Adoption - miteinbezogen?

In der Hoffnung, dass die Anregungen und Bemerkungen berücksichtigt werden, grüsse ich freundlich

VEREINIGUNG FÜR ADOPTIONSHILFE

Leiterin der Vermittlungsstelle



Marlène Zoppelletto

Per mail: judith.wyder@bj.admin.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus
3003 Bern

Bern 21. März 2014
PD/is

Änderung ZGB (Adoptionsrecht)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 6. Dezember 2013 haben Sie das Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Adoptionsrechtes eröffnet.

Sie erhalten nachstehend die Stellungnahme unseres Verbandes VFG – Freikirchen Schweiz. Dem VFG gehören als Dachverband 15 evangelische Freikirchenverbände an mit 600 Kirchen und ca. 150'000 regelmässigen Gottesdienstbesuchern.

Der VFG vertritt als Dachverband die Interessen der ihm angeschlossenen Freikirchen und nimmt deshalb auch regelmässig an Vernehmlassungsverfahren teil.

Zu den geplanten Änderungen nehmen wir wie folgt Stellung:

Art. 264

Abs. 1: Der Begriff „Kind“ impliziert die Minderjährigkeit. Im Übrigen ergibt sich dies aus dem Randtitel.

Abs. 2 und 3: Wir begrüssen diese Änderungen.

Art. 264a

Abs. 1: Wir begrüssen die vorgesehene Senkung des Alters auf 28 Jahre.

Abs. 2: Angesichts des um sieben Jahre reduzierten Mindestalters rechtfertigt sich eine Ausnahmebestimmung nicht.

Art. 264b

Abs. 1: Wir lehnen die vorgesehene Öffnung der Einzeladoption auf verheiratete und in Partnerschaft lebende Personen sowie die Senkung des Alters auf 28 Jahre ab. Aus unserer Sicht sollte die Einzeladoption nur in begründeten Ausnahmefällen möglich sein, vorzugsweise nur als Mündigenadoption. Wir sehen das berechtigte Bedürfnis vor allem für Personen, die keine Erben haben oder in Pflegeverhältnissen, wenn der sorgeberechtigte Elternteil stirbt. Dem auch im erläuternden Bericht hervorgehobenen Ausnahmecharakter der Einzeladoption wird durch den vorgesehenen Gesetzestext in keiner Weise Rechnung getragen.

Abs. 2: Angesichts des um sieben Jahre reduzierten Mindestalters rechtfertigt sich eine Ausnahmebestimmung nicht.

Abs. 3: Wir sind für Beibehaltung des bisherigen Art. 264b Abs. 2. Es scheint uns zudem unlogisch, den Ehegatten bzw. Partner unterschiedlich zu behandeln, je nachdem ob er Partner der adoptionswilligen Person oder des Adoptierten ist (Art. 266 Abs. 2).

Art. 264c

Wir lehnen die Öffnung der Stiefkindadoption auf eingetragene Paare klar ab. Aus unserer Sicht ist es höchst problematisch, wenn der Gesetzgeber zulässt, dass ein Kind rechtlich nur Väter oder Mütter erhält. Wenn man diese Öffnung überhaupt zulassen will, müsste sie in jedem Fall auf mündige Personen beschränkt werden.

Aus unserer Sicht sollte die Stiefkindadoption generell auf mündige Personen beschränkt werden, weil nur so das Mitbestimmungsrecht des zu Adoptierenden gewährleistet ist.

Den Verweis auf die Prüfung des Kindeswohls im Einzelfall erachten wir als billige Ausrede des Gesetzgebers. Das Kindeswohl ist durch den Gesetzgeber zu definieren. Es ist seine Aufgabe, Regelungen aufzustellen, die auf klaren Wertungen beruhen. Wir lehnen auch die im Gesetz sichtbar werdende Tendenz ab, immer wieder Ausnahmebestimmungen vorzusehen („aus wichtigen Gründen...“).

Art. 265

Wir begrüssen die Aufnahme des Höchstaltersunterschiedes von 45 Jahren. Angesichts der im Entwurf vorgesehenen Senkung des Mindestalters der Adoptiveltern auf 28 Jahre sind wir für Streichung der Ausnahmeregel. Beim Höchstaltersunterschied können wir uns eine Bestimmung gemäss dem bisherigen Art. 5 Abs. 4 AdoV vorstellen.

Art. 265a Abs. 3

Einverstanden.

Art. 265d Abs. 1

Einverstanden.

Art. 266 Abs. 1,2 und 2bis

Einverstanden. Wir begrüssen die Verkürzung der Pflegefrist auf drei Jahre und den neuen Artikel 2bis.

Art. 267

Einverstanden. Zum grundsätzlichen Vorbehalt zu Abs. 2 Ziff. 2 siehe unsere Stellungnahme zu Art. 264c.

Art. 267a Abs. 1, Art. 268 Abs. 1, Art. 268a Abs. 2 und 3

Einverstanden.

Art. 268b

Einverstanden.

Art. 268c

Einverstanden.

Art. 268d

Einverstanden.

Art. 268e

Einverstanden.

Art. 268f

Einverstanden.

Art. 270a^{bis}

Entsprechend unserer Stellungnahme zu Art. 264c ist diese Bestimmung zu streichen.

Art. 270b Randtitel

Entfällt.

Schlussbestimmungen

Keine Bemerkungen.

Variante: Öffnung Stiefkindadoption auch für faktische Lebensgemeinschaften

Da wir die Öffnung der Stiefkindadoption für eingetragene Partnerschaften ablehnen, lehnen wir selbstverständlich auch die weitergehende Öffnung ab.

Mit dieser Vorlage wird das Institut der verfassungsmässig privilegierten Ehe (Art. 14 BV) weiter geschwächt.

Die Gesetzgebung verliert dadurch an gesellschaftlicher Prägungskraft. Die in der Schweiz zunehmend auftretenden Konflikte zwischen Stadt und Land werden dadurch verstärkt.

Es fällt auch auf, dass vom Gesetzgeber getroffene Wertungsentscheidungen (wie z.B. Art. 28 PartG), die in der Volksabstimmung als wichtige Unterscheidungskriterien zur Ehe hervorgehoben wurden, nach kurzer Zeit schon wieder als überholt gelten.

Art. 19a BVG

Wir lehnen die Ausdehnung der Witwen- und Witwerrente auf eingetragene Partnerschaften ab, da hier andere Voraussetzungen vorliegen. Dazu kommt, dass auch finanzielle Gründe gegen eine Ausdehnung sprechen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

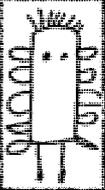
VFG – Freikirchen Schweiz



Max Schläpfer, Präsident



Peter D. Deutsch, Fürsprecher



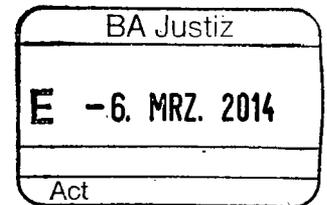
Verband der Kantonalen Zentralbehörden Adoption (VZBA)

l'Association des autorités centrales cantonales en matière d'adoption (AACCA)

L'Associazione delle autorità centrali cantonali in materia di adozione (AACCA)

Präsidium VZBA
c/o Amt für Jugend und Berufsbildung
Zentralbehörde Adoption
Frau Heidi Bucher-Steinegger
Dörflistrasse 120
8090 Zürich

Bundesamt für Justiz
Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern



Zürich, 2014

Beschluss des Verbands der Zentralbehörden Adoption (VZBA)
vom 15. Januar 2014

Stellungnahme zum Vorentwurf der geplanten Änderungen des Adoptionsrechts im Zivilgesetzbuch

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga
Sehr geehrte Frau Wyder
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 6. Dezember 2013 wurde das Vernehmlassungsverfahren zu den geplanten Änderungen des Zivilgesetzbuches betreffend die Adoption eröffnet. Der Verband der Kantonalen Zentralbehörden Adoption (VZBA)¹ möchte die Gelegenheit ergreifen und zum Entwurf Stellung nehmen.

Gleichzeitig möchten wir Sie bitten, den VZBA auf die Adressliste des Bundes zu nehmen, um in Zukunft bei themenverwandten Vernehmlassungen offiziell zur Stellungnahme eingeladen zu werden. Wir lassen Ihnen dazu in der Anlage die Statuten und eine Kopie des Gründungsprotokolls zukommen.

Der Verband begrüsst die Revision des Adoptionsabsrechts im ZGB und unterstützt insbesondere die Stossrichtung des Bundes, namentlich die Senkung des Mindestalters von adoptionswilligen Personen, die Festlegung des Höchstaltersunterschieds zwischen Adoptivkind und Adoptiveltern auf Gesetzesstufe bei gleichzeitiger Möglichkeit, eine Ausnahme zuzulassen sowie die Adoption von Stiefkindern durch Paare, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben.

¹ Der VZBA wurde 22. Januar 2013 neu gegründet. Mitglieder können die kantonalen Zentralbehörden Adoption der Schweiz sein. Der Verband zählt bislang folgende Mitgliedschaften: AG, BL, BS, BE, GL, GR, LU, NW, SG, SZ, SO, TG, UR, ZG, ZH.

Inhalt unserer Stellungnahme sind insbesondere allgemeine und grundlegende Überlegungen zu den Zielen der vorliegenden Revision sowie Hinweise zu den einzelnen Artikeln, die im erläuternden Bericht zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Adoptionsrecht), im Kapitel 5 beschrieben sind. Diese befinden sich in Anhang 1 *Hinweise zu den einzelnen Artikeln*.

Weiter regen wir an, im Zusammenhang mit der geplanten Revision, drei weitere Punkte zu berücksichtigen:

1. es sollen die im Bundesgesetz zum Haager Adoptionsübereinkommen und über Massnahmen zum Schutz des Kindes bei internationalen Adoptionen (BG-HAÜ) geregelten Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen überprüft werden;
2. es ist die Vermittlung von in der Schweiz geborenen und zur Adoption frei gegebenen Kindern einheitlich, namentlich auf Bundesebene zu regeln;
3. es ist die gemeinsame Adoption durch Personen, die in eingetragener Partnerschaft leben zu prüfen.

1. Ziele der vorliegenden Revision

1.1 Allgemeines

Zu Beginn der Ausführungen möchte der Verband feststellen, dass bei der Adoption immer wieder der Grundgedanke ins Zentrum zu stellen ist, nämlich dass für ein Kind, das das Umfeld und den Schutz einer neuen Familie benötigt, geeignete Eltern gesucht werden und nicht umgekehrt. Es muss daher vermieden werden, dass der Eindruck entsteht, es würde für Personen, die sich ein Kind wünschen, ein solches „gesucht“ werden. Entsprechend ist bei der Gesetzesrevision auf den entsprechenden Wortlaut zu achten.

Der Verband begrüsst, dass der Abklärung im Einzelfall weiterhin, allenfalls noch mehr als bisher, eine zentrale Rolle zukommen soll. Gleichzeitig gibt er zu bedenken, dass es bei der geringen Anzahl von Adoptionen, welche die Kantone jährlich zu behandeln haben, schwierig sein wird, eine gesamtschweizerische Praxis zu entwickeln. Die Kantonalen Zentralbehörden verzeichnen in den letzten Jahren eine deutliche Zunahme von komplexen und individuellen Fallgeschichten. Ebenfalls nimmt der Druck von adoptionswilligen Personen jährlich zu, für sie eine individuelle Lösung bzw. Ausnahme zuzulassen. Mit der vorliegenden Revision werden diese vielschichtigen und anspruchsvollen Fälle noch zunehmen und es liegt auf der Hand, dass jeder Kanton zwangsläufig seinen eigenen Umgang mit ihnen suchen und finden wird.

Gerade bei Adoptionen sollte die Anwendung unterschiedliche Praxen vermieden werden. Der Bereich weist zahlreiche überkantonale Faktoren auf. So können adoptionswillige Personen in unterschiedlichen Kantonen wohnhaft sein oder während des Verfahrens den Wohnort wechseln. Auch werden in der Schweiz geborene und zur Adoption freigegebene Kinder in der Regel in einen anderen Kanton vermittelt, um eine örtliche Distanz zwischen den leiblichen Eltern und den Adoptiveltern zu schaffen. Ebenfalls bieten die vom Bund akkreditierten Adoptionsvermittlungsstellen ihre Dienste bereits heute interkantonal an und stossen dabei auf die kantonalen Unterschiede.

Vor diesem Hintergrund gilt es zu prüfen, ob der stärkeren Individualisierung der Einzelfälle nicht eine Zentralisierung der Verfahren und Abläufe auf Bundesebene gegenüberstehen sollte. So wäre denkbar, dass es künftig lediglich eine oder allenfalls drei regionale, von der

Zentralbehörde des Bundes organisierte Zentren zur Beratung von interessierten Personen und Durchführung von Eignungs-Abklärungsverfahren gibt.

Der Verband würde eine solche Stossrichtung sehr begrüßen.

1.2 Flexibilisierung des Mindest- und Höchstalters der Adoptiveltern

Der Verband hat keine Anmerkungen betreffend die Argumentation und die im Vorentwurf beschriebenen Ziele.

Betreffend die Ausnahmen, die in Bezug auf das Kindeswohl zu gewähren sind, erkennt der Verband eine unnötige Verkomplizierung der Eignungsabklärung.

Zwar begrüsst der Verband, dass im Einzelfall vom Höchst- und Mindestaltersunterschied sowie vom Mindestalter abgewichen werden kann, allerdings schlägt er vor, dass nicht das Kindeswohl in Bezug auf die beantragte Abweichung geprüft werden soll, sondern die adoptionswilligen Personen zu begründen haben, weshalb die von ihnen beantragte Abweichung dem konkreten Kindeswohl dienlich sein soll. Ohne eine plausible Begründung ist die Eignung in jedem Fall zu verneinen.

1.2.1 Herabsetzung des Mindestalters der Adoptiveltern

Das Alter ist nur ein Kriterium der Adoptionseignung. Bei Unreife oder anderen vorliegenden Mängeln kann die Adoption verweigert werden.

Der Verband begrüsst die Senkung des Mindestalters auf 28 Jahre.

1.2.2 Mindestaltersunterschied mit Ausnahmemöglichkeit

Der Verband begrüsst die Ausnahme beim Mindestaltersunterschied, wobei er bei den Ausnahmen eine restriktive Auslegung empfiehlt. Weitere Ausnahmen als die gemeinsame Adoption von Geschwistern (Gleichbehandlung von Geschwistern, Art. 2 UN-KRK) sollten kaum möglich sein.

1.2.3 Höchstalter der Adoptiveltern oder Höchstaltersunterschied

Der Verband begrüsst, dass wie bereits in der Adoptionsverordnung (AdoV) kein Höchstalter, jedoch ein Höchstaltersunterschied definiert wird.

Bei einer Ausnahme vom Höchstaltersunterschied soll, wie bereits zu Beginn in Punkt 5.2 erläutert, die adoptionswillige Person begründen, weshalb die erstrebte Ausnahme dem Kindeswohl dienlich sei.

Der Verband unterstützt, dass die Adoptiveltern das Kind nicht nur bei der Aufnahme, sondern während seiner ganzen Minderjährigkeit und in der Regel auch darüber hinaus, aktiv begleiten können. Das Adoptivkind soll durch seine Adoption eine erweiterte neue „Familie“ erhalten, die auch Grosseltern, Onkeln und Tanten sowie Cousinen und Cousins beinhaltet. Auch soll die Möglichkeit bestehen, dass die Adoptiveltern dereinst selber Grosseltern werden könnten.

1.3 Herabsetzung der vorausgesetzten Ehedauer

Der Verband ist ebenfalls der Meinung, dass sich die Stabilität einer Beziehung nicht an der Ehedauer ablesen lässt. Jedoch kann die Dauer der faktischen Lebensgemeinschaft Aufschluss darüber geben, wieviel gemeinsame Erfahrungen das Paar im Alltag bereits gemacht hat. Der Verband begrüsst es, wenn stärker auf die Dauer dieser Erfahrungen abgestützt wird als auf die Dauer der Ehe. Allerdings ist der Begriff der faktischen Lebensgemeinschaft zu klären. In der Rechtsprechung werden faktische Lebensgemeinschaften, zunächst als nicht stabil angesehen, wobei dies gilt, solange noch nicht von einem Willen zur gegenseitigen Unterstützung und zum Beistand ausgegangen werden kann. Es wird auch vom nicht stabilen Konkubinat gesprochen. Wir würden es daher begrüssen, wenn von der tatsächlichen Hausgemeinschaft gesprochen würde. Eine solche ist auch einfacher zu definieren bzw. nachzuweisen.

Bei einer Herabsetzung der Ehedauer sollte im Gegenzug die Dauer der gelebten Hausgemeinschaft höher gewichtet werden. So soll eine solche seit mindestens fünf Jahren bestehen, bevor gemeinsam ein Kind oder das Kind der Partnerin, des Partners adoptiert werden kann.

1.4 Spezialfall „Stiefkindadoption“

Aus der Praxis kann der Verband die Problematik, die der Stiefkindadoption inne liegt nur bestätigen. Dies betrifft namentlich jene Konstellationen, in denen das Kind bereits über zwei rechtliche Eltern verfügt. Oftmals geraten solche Kinder in grosse Loyalitätskonflikte. Nicht selten wird ein solches Kind vom Elter und dem Stiefelter, bei denen es seinen Lebensmittelpunkt hat, einseitig beeinflusst und manipuliert. Der Verband begrüsst es daher, dass der Einbezug der betroffenen Kinder höher als bisher gewichtet wird und schlägt vor, dass eine Stiefkindadoption nur durchgeführt werden kann, wenn das Kind vorgängig seiner Adoption rechtsgültig zustimmt und volljährig ist.

Gleichzeitig mit dem Festlegen des Mindestalters des Stiefkindes sollen Ausnahmen gewährt werden, wenn die vorgesehene Adoption dem Kindeswohl dient. So sollen insbesondere Kinder, die nur über ein rechtliches Elter verfügen (zweites Elter nicht bekannt) oder die sich in Situationen befinden, die zu einem unsicheren Rechtsstatus des Kindes führen (Stichwort Halbweise) oder bei denen das zweite Elter mit unbekanntem Aufenthalt abwesend oder dauernd urteilsunfähig ist oder wenn es sich nicht ernstlich um das Kind gekümmert hat, vom Ehepartner der, bzw. der Partnerin, die mit der Mutter des Kindes in eingetragener Partnerschaft lebt oder der Ehepartnerin die, bzw. dem Partner, der mit dem Vater des Kindes in eingetragener Partnerschaft lebt, unkompliziert adoptiert werden können.

Bei einem solchen Vorgehen kann das Kindeswohl doppelt berücksichtigt werden. Kindern, die über zwei rechtliche Eltern verfügen, wird in jedem Fall das Recht zur Mitbestimmung eingeräumt und bei Kindern, die nur über ein rechtliches Elter verfügen oder für die aus anderen Gründen eine unsichere Rechtssituation besteht, kann im Sinne der Ausnahme, die Stiefkindadoption bereits früher, also während der Unmündigkeit, durchgeführt werden.

1.5 Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare in eingetragenen Partnerschaften

1.5.1 Ausschluss eingetragener Paare von der Adoption unter geltendem Recht

Konsequenterweise müsste die gemeinschaftliche Adoption durch Personen, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, zugelassen werden, zumal die Adoption durch eine Einzelperson, die homosexuell orientiert lebt, ebenfalls bewilligt wird, falls sie die weiteren Voraussetzungen der Einzeladoption erfüllt. Auch werden bereits heute im Ausland von homosexuellen Paaren vollzogene Adoptionen, die gemäss Art. 78 IPRG anerkannt werden können, in der Schweiz als solche beurkundet.

Der Verband kann die Argumentation des Gesetzgebers verstehen und begrüsst es daher, wenn zu einem späteren Zeitpunkt, die Einführung der gemeinschaftliche Adoption durch Personen, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, erneut geprüft wird.

Der Verband steht der Einzeladoption jedoch ablehnend gegenüber (Vergleiche Punkt 5.5.2).

1.5.2 Einzeladoption durch Personen in einer eingetragenen Partnerschaft

Der Verband begrüsst die Gleichstellung von Personen, die in einer Ehe und in einer eingetragenen Partnerschaft leben.

Die Adoption durch eine Einzelperson ist jedoch in jedem Fall gut zu prüfen – dem ist im Bewilligungsverfahren Rechnung zu tragen. Und auch hier gilt, nicht das Kindeswohl in Bezug auf die beantragte Einzeladoption soll geprüft werden, sondern die adoptionswillige Person hat zu begründen, weshalb die von ihr beantragte Einzeladoption dem konkreten Kindeswohl dienlich sei.

Bei Personen, die alleine adoptieren möchten und in Ehe oder einer eingetragenen Partnerschaft leben, bleibt das Verhältnis des Kindes zu der Person, von der es nicht adoptiert wird, unklar und ist weder emotional noch rechtlich geklärt. Solche Situationen gilt es zu vermeiden. Daher ist die Eignung einer Einzelperson, die in Ehe oder einer eingetragenen Partnerschaft lebt, ohne eine plausible Begründung in jedem Fall zu verneinen. Einem Adoptivkind sollen, wenn immer möglich, zwei Elter mit zwei Familiensystemen ermöglicht werden.

Für Adoptivkinder sollen nicht nur „zumutbare“ sondern „optimale“ Bedingungen und Lösungen angestrebt werden.

1.5.3 Stiefkindadoption durch Personen in einer eingetragenen Partnerschaft

Wie bereits in Punkt 5.4 erläutert, begrüsst der Verband in den erwähnten Ausnahmefällen die Adoption eines Kindes durch die Partnerin oder den Partner jenes Elter, bei dem es lebt.

1.5.4 Gemeinschaftliche Adoption durch Personen in einer eingetragenen Partnerschaft?

Der Verband begrüsst, wenn zu einem späteren Zeitpunkt, die Einführung der gemeinschaftliche Adoption durch Personen, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, erneut geprüft wird (siehe auch Punkt 5.5.1).

1.6 Öffnung der Adoption für faktische Lebensgemeinschaften

1.6.1 Ausgangslage

Der Verband ist der Meinung, dass sich die Stabilität einer Beziehung nicht an der Ehedauer ablesen lässt. An der Dauer der faktischen Lebensgemeinschaft jedoch auch nicht. Allerdings ist letzteres Indiz dafür, wieviel gemeinsame Erfahrungen das Paar im Alltag bereits gemacht hat. Der Verband begrüsst es daher, wenn stärker auf die Dauer dieser Erfahrungen abgestützt wird, als auf die Dauer der Ehe. Da der Begriff der faktischen Lebensgemeinschaft nicht abschliessend geklärt ist, schlägt der Verband vor, ihn durch die tatsächliche Hausgemeinschaft zu ersetzen.

Zudem ist der Verband der Meinung, dass auf rechtlicher Ebene ein Paar, das gemeinsam ein Kind adoptieren möchte, im Minimum über einen rechtsgültigen Vertrag verfügen sollte, der dem Ehevertrag gleichkommt. Die gegenseitigen Rechte und Pflichten müssen in jedem Fall geklärt sein ► Stichwort: Altersvorsorge (AHV) und Pensionskasse, Invalidität (IV-Rente), Steuern, Vermögen und allfälliger Hauskauf, Gerichtsbarkeit sowie bei einem Todesfall Erbschaft (Erbschaftssteuer!) und Witwen- bzw. Witwenrente.

Im Wissen, wie schwierig es ist, solche Verträge aufzusetzen und bei einem allfälligen Zerwürfnis durchzusetzen, ist der Verband der Meinung, dass bei einer beabsichtigten gemeinschaftlichen Adoption in jedem Fall die Ehe bzw. eingetragene Partnerschaft vorausgesetzt werden soll.

1.6.2 Stiefkindadoption für Paare in faktischen Lebensgemeinschaften

Der Verband erachtet es als zumutbar, dass Personen, welche die Adoption des Kindes ihrer Lebenspartnerin/ihrer Lebenspartners beabsichtigen, vorab den Bund der Ehe schliessen oder ihre Partnerschaft eintragen lassen. Bei der Überprüfung der Voraussetzungen – Stichwort Ehedauer – sollte die gelebte Hausgemeinschaft jedoch angerechnet werden können (siehe Punkt 5.3). Diese ist auf mindestens fünf Jahre festzusetzen.

1.6.3 Keine gemeinschaftliche Adoption für Paare in faktischen Lebensgemeinschaften

Der Verband erachtet es als zumutbar, dass Personen, die gemeinsam ein Kind adoptieren möchten, vorab den Bund der Ehe schliessen. Nicht nur für das Kind, sondern auch für die Partnerin/den Partner gilt es, optimale Bedingungen vorzusetzen. Siehe auch unter Ausgangslage, Punkt 5.6.1.

Die gemeinschaftliche Adoption von Personen, die in einer faktischen Lebensgemeinschaft leben, könnte nur gutgeheissen werden, wenn diese einen dem Ehevertrag ähnlichen Vertrag abgeschlossen haben. Die seriöse Prüfung solcher Verträge erachtet der Verband jedoch als nicht umsetzbar und zu aufwändig.

1.7 Förderung der Mitbeteiligung des Kindes

Der Verband unterstützt die Förderung der Mitbeteiligung betroffener Kinder. In erster Linie sieht er sie als zwingendes Faktum bei der Stiefkindadoption von Kindern, die zum Zeitpunkt der Adoptionsabsicht bereits über zwei rechtliche Eltern verfügen. Für diese Kinder empfiehlt der Verband ein Mindestalter von 18 Jahren. Der Verband vertritt die Meinung, dass der Entscheid, ein Elter und dessen Familienzweig „abzustossen“ und einem neuen Familienclan anzugehören, nicht als Kind getroffen werden kann.

Für alle anderen Adoptionssituationen erscheint es richtig, dem Kind eine neutrale Vertreterin oder einen Vertreter zur Seite zu stellen bzw. entsprechende Überprüfungen durchzuführen. Es stellt sich jedoch die Frage, wer für die Kosten dieser Vertretungspersonen aufkommt. Die Ernennung einer Vertrauensperson macht nur Sinn, wenn es sich um eine fachlich geschulte und mit dem Thema vertraute Person handelt. Auch benötigt es in der Regel mehrere Treffen, um das notwendige Vertrauen aufzubauen.

1.8 Erleichterung der Erwachsenenadoption: Würdigung der Einstellung allfälliger eigener Nachkommen und der leiblichen Eltern

Der Verband begrüsst es, dass neu eigene Nachkommen der Adoption einer erwachsenen Person nicht mehr entgegenstehen. Insbesondere in Stiefelternkonstellationen macht diese neue Regelung Sinn.

Die Anhörung der leiblichen Nachkommen wird bereits in Art. 268a geregelt und stellt daher keine Neuerung dar. Die Praxis zeigt, dass dies insbesondere problematisch wird, wenn die leiblichen Nachkommen seit langem keinen Kontakt mehr zu diesem Elter pflegen, diesen möglicherweise bewusst abgebrochen haben oder wenn sie im Ausland leben, möglicherweise in einem Staat, der die Erwachsenenadoption oder ein vergleichbares Rechtskonstrukt nicht kennt.

Die Senkung der Betreuungszeit, in der die künftigen Adoptiveltern das nunmehr erwachsene Kind betreut haben auf drei Jahre, verneint der Verband. Es gibt ausser erbschaftsrechtlichen Gründen wenig Motive, welche die Adoption einer erwachsenen Person notwendig machen – Ausnahme eine enge und soziale Zugehörigkeit zu den künftigen Adoptiveltern. Dass eine solche innerhalb von drei Jahren, namentlich während der Betreuung einer Jugendlichen bzw. eines Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren entstehen soll, ist eher unwahrscheinlich.

Eine Klärung wünscht sich der Verband bei der Mitteilung der Adoption einer erwachsenen Person gegenüber ihren leiblichen Eltern. Nach geltendem Recht kann es sein, dass ein leiblicher Elter bis zu seinem Tod hinaus nicht erfährt, dass er rechtlich kein Kind mehr hat. Es kann seine Angelegenheiten daher nicht regeln oder stützt sich auf falsche Annahmen. Der Verband schlägt eine Mitteilungspflicht gegenüber noch lebenden Eltern vor, sollte deren Kind adoptiert worden sein. Eine Anhörung der leiblichen Eltern verneint der Verband jedoch. A) ist unklar, wie deren Meinung zu würdigen ist und B) wird es in der Praxis nicht umsetzbar sein, von irgendwo auf der Welt lebenden und teils (hoch-) betagten Eltern die Einstellung zur beabsichtigten Adoption zu erfahren.

1.9 Lockerung des Adoptionsgeheimnisses für leibliche Eltern

1.9.1 Grundsatz

Grundsätzlich begrüsst der Verband, Offenheit und Transparenz im Adoptionsverfahren zu wahren und zu fördern. Allerdings muss bedacht werden, dass wir es hier mit Adoptionen zu tun haben und die rechtlichen Möglichkeiten beschränkt sind, nach dem Adoptionsvollzug mit den betroffenen Parteien in Kontakt zu stehen. Alternativ gibt es dazu die Einführung der „offenen“ Adoption gemäss Art. 268f (neu) oder aber die Pflegekindschaft.

1.9.2 Auskunftsanspruch des adoptierten Kindes

Wird begrüsst.

1.9.3 Auskunftsanspruch der leiblichen Eltern

Der Verband sieht keine Möglichkeit, wie das Postulat 09.4107 *Fehr* in der Praxis umgesetzt werden könnte. Dem Anspruch auf *Bekanntgabe von nichtidentifizierenden Informationen über die Lebenssituation des Kindes* kann in keiner Weise nachgekommen werden (zumal der Anspruch auch nicht mit Volljährigkeit des Kindes erlischt!). Der Verband lehnt eine solche Stossrichtung klar ab und verweist auf die Möglichkeit einer offenen Adoption gemäss Art. 268f.

Selbstverständlich steht es abgebenden Eltern frei, bei der Adoptionsfreigabe bei der zuständigen Behörde zu wünschen, dass ihnen die angehenden Adoptiveltern jährlich anonymisierte Berichte über das Kind via Behörden zukommen lassen sollen. Eine solche Abmachung muss jedoch vor Beginn einer Unterbringung den adoptionswilligen Personen bekannt sein und sie müssen sich mit einer solchen periodischen Auskunftspflicht einverstanden zeigen.

1.9.4 Kantonale Auskunftsstelle und Suchdienste

Der Verband begrüsst, dass Suchdienste, analog zu den Adoptionsvermittlungsstellen, vom Bund anerkannt werden müssen. Dies gibt betroffenen Personen die notwendige Sicherheit, wenn sie auf einen Suchdienst zurückgreifen.

Allerdings findet er, dass die in Art. 268e vorgeschlagenen Massnahmen falsche Erwartungen wecken. Es wird nicht möglich sein und lässt sich auch nicht rechtfertigen, dass flächendeckend Suchbegehren von der öffentlichen Hand unterstützt werden. Insbesondere Suchaufträge im Zusammenhang mit Auslandadoptionen können ins Uferlose gehen. Auch muss angefügt werden, dass bei den heutigen Verfahren, die zuständigen Behörden der Herkunftsländer in Pflicht genommen sind, die Verhältnisse der Kinder genau zu prüfen und für korrekte Verfahren zu garantieren. Es kann daher nicht sein, dass Bund und Kantone bei solchen Adoptionen allfällige Suchaufträge mitfinanzieren.

Der Verband begrüsst es jedoch, wenn Bund und Kantone einen Fonds errichten und Kriterien bestimmen, nach welchen sich dieser an allfälligen Suchaufträgen beteiligt. Möglicherweise macht es auch Sinn, wenn sich Adoptiveltern an einem solchen Fonds beteiligen, in Form von zusätzlichen Gebühren, die sie im Verlauf des Adoptionsverfahrens zu entrichten haben (Verursacherprinzip).

2. Erläuterungen zu den eingangs erwähnten Diskussionspunkten

2.1 Zuständigkeit der kantonalen Zentralbehörden Adoption

Wie bereits in Punkt 5.1 erwähnt, sieht der Verband eine Zunahme von komplexen und anspruchsvollen Adoptionsbegehren. Demgegenüber steht eine kontinuierliche Abnahme von zustande gekommenen Adoptionen. Den in einem Eignungsabklärungsverfahren hauptsächlich verantwortlichen kantonalen Zentralbehörden fehlt es mehr und mehr an Routine. Auch steht der Aufwand, über sämtliche Gepflogenheiten und Änderungen im internationalen Kontext Bescheid zu wissen – zumindest in den kleinen und mittleren Kantonen – in keinem Verhältnis zur Anwendung.

Der Verband begrüsst es, wenn in diesem Zusammenhang eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird und über Formen einer möglichen Zentralisierung nachgedacht würde.

2.2 Umgang mit in der Schweiz geborenen und zur Adoption frei gegebenen Kindern

Für Kinder, die in der Schweiz geboren und von ihren Eltern zur Adoption frei gegeben wurden, fehlt bislang ein transparentes und gesamtschweizerisches Vorgehen, betreffend deren Vermittlung an geeignete adoptionswillige Personen. Da es weder eine offizielle Vermittlungsstelle für in der Schweiz geborene Kinder, noch eine Übersicht über Personen mit einer gültigen Eignungsbescheinigung gibt, sind die für diese Kinder zuständige Vormundinnen und Vormunde auf ein eigenes Beziehungsnetz oder die Hilfe privater Organisationen angewiesen, deren Kriterien und Arbeitsmethoden nicht bekannt sind. Auch kann der fachlich anerkannten Bemühung, ein zur Adoption frei gegebenes Kind örtlich an einem möglichst von seinen leiblichen Eltern fernen Ort zu platzieren, aufgrund der fehlenden Infrastruktur nicht in jedem Fall Rechnung getragen werden.

Der Verband schlägt deshalb vor, dass sämtliche Personen, die im Besitz einer gültigen Eignungsbescheinigung sind und gewillt sind, ein in der Schweiz geborenes Kind zwecks Adoption aufzunehmen, in einem Pool erfasst werden und Kinder, die in der Schweiz zur Adoption frei gegeben werden, über diesen Pool vermittelt werden. Die Verantwortung über einen solchen Pool sollte beim Bund (Zentralbehörde Adoption des Bundes) liegen. Die Kriterien, nach denen einer Vormundin, einem Vormund geeignete Personen vorgeschlagen werden, müssen transparent und nachvollziehbar sein. Die Auswahl ist jeweils durch eine Kommission zu treffen. Ebenfalls sollten die zuständigen Adoptionsbehörden jederzeit die Möglichkeit haben, sich zu informieren, wie viele Personen im Pool gemeldet sind und wie viele Kinder zu Adoption freigegeben wurden, damit adoptionswillige Personen umfassend informiert werden können.

Eine klare Zuständigkeit beim Bund würde auch eine Regulierung zwischen den Deutschschweizer und den Welschen Kantonen herbeiführen, die aktuell zwei komplett unterschiedliche Praxen verfolgen.

2.3 Gemeinsame Adoption durch Personen, die in eingetragener Partnerschaft leben

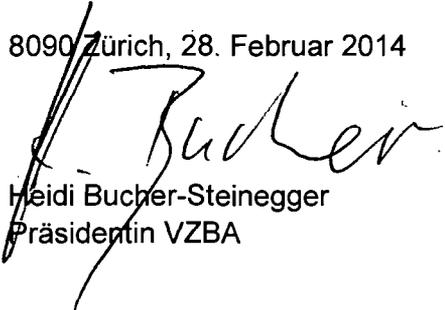
Wie in Punkt 5.5.4 bereits erwähnt, ist die gemeinsame Adoption durch Personen, die in eingetragener Partnerschaft leben, nur die logische Konsequenz der gesellschaftlichen Entwicklung und der Europäischen Rechtsprechung. Dieses Anliegen sollte zu einem späteren Zeitpunkt daher wieder aufgenommen werden.

3. Abschliessende Bemerkungen und Fazit

Wir begrüssen es, dass das Adoptionsrecht im ZGB revidiert wird und danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse
Im Namen des VZBA

8090 Zürich, 28. Februar 2014



Heidi Bucher-Steinegger
Präsidentin VZBA

Beilagen:

- Anhang 1: Hinweise zu den einzelnen Artikel
- Statuten VZBA
- Gründungsprotokoll VZBA

Anhang 1: Hinweise zu den einzelnen Artikeln

Änderungen Zivilgesetzbuch - Adoptionsrecht		
Artikel	Kommentar	Änderungsvorschläge
A. Adoption Minderjähriger I. Allgemeine Voraussetzungen Art. 264 Abs. 1	Kein Kommentar	
A. Adoption Minderjähriger I. Allgemeine Voraussetzungen Art. 264 Abs. 2	Kein Kommentar	
A. Adoption Minderjähriger I. Allgemeine Voraussetzungen Art. 264 Abs. 3	Der 2. Satz muss gestrichen werden, da die formulierte Ausnahme den in der Praxis angewandten Grundsatz, dass die Adoptionsvoraussetzungen bei Einreichen des Gesuchs erfüllt sein müssen, untergräbt. Ob tatsächlich wichtige Gründe für eine Abweichung vorliegen, kann erst nach Einreichen eines Gesuchs und der damit einhergehender Abklärung der Voraussetzungen beurteilt werden. Wenn die Adoptionsvoraussetzungen „in der Regel“ erfüllt sein müssen, erhält die zuständige Behörde einerseits eine gesetzliche Leitplanke betreffend den Zeitpunkt, wann die Voraussetzungen erfüllt sein müssen, andererseits den nötigen Spielraum, auf Gesuche einzutreten oder solche abzulehnen. Letztendlich kann erst nach Eintreten auf ein Gesuch beurteilt werden, ob eine Ausnahme vorliegt.	Absatz 3: geändert: Die Adoptionsvoraussetzungen müssen bei Einreichen des Adoptionsgesuches in der Regel erfüllt sein.
II. Gemeinschaftliche Adoption Art. 264a Abs. 1	Es ist an einer gemeinschaftlichen Adoption von Ehegatten festzuhalten. Einem adoptierten Kind ist die emotionale und rechtliche Unsicherheit bezüglich seiner Beziehung zur Ehegattin/zum Ehegatten des verheirateten	Absatz 1 geändert: Ehegatten können ein Kind nur gemeinschaftlich adoptieren. Sie müssen beide das 28. Altersjahr zurückgelegt

	<p>Adoptivelter nicht zuzumuten. Auch sind aus der Praxis keine Gründe bekannt, die einer gemeinschaftlichen Adoption durch ein Ehepaar entgegenstünden. Weiter ist nicht auf die Ehedauer abzustellen (diese muss lediglich bestehen!), sondern vielmehr auf den gemeinsam erlebten und gelebten Alltag, also die Hausgemeinschaft. Diese gelebte Alltagsbeziehung soll mindestens fünf Jahre dauern.</p>	<p>und seit mindestens fünf Jahren zusammen in Hausgemeinschaft gelebt haben.</p>
<p>II. Gemeinschaftliche Adoption Art. 264a Abs. 2</p>	<p>Es gestaltet sich für die Adoptionsbehörden sehr schwierig, eine in die Zukunft gerichtete Prognose zu stellen, ob ein Kindeswohl durch einen bestimmten Umstand nachhaltig gefährdet wird.</p> <p>Vielmehr sollten die adoptionswilligen Personen, die ein Gesuch um Adoption einreichen möchten, selber festhalten, welche wichtigen Gründe vorliegen, die ein Abweichen von der Norm rechtfertigen und geltend machen, weshalb und wie diese wichtigen Gründe dem Kindeswohl zu Gute kommen.</p>	<p>Absatz 2 geändert: Aus wichtigen Gründen kann vom Mindestalter abgewichen werden, wenn es dem Kindeswohl dient.</p>
<p>III. Einzeladoption Art. 264b Abs. 1</p>	<p>Einzeladoptionen sollten die Ausnahme bilden. Einem Kind, das keine Eltern hat oder nicht bei diesen leben kann und das auf eine Adoption angewiesen ist, sollten durch die Adoption nach Möglichkeit immer zwei Eltern und damit einhergehend zwei Familiensysteme erschlossen werden.</p> <p>Der Ausnahmecharakter einer Einzeladoption kann hervorgestrichen werden, wenn er im Gesetz erwähnt wird. Eine allfällige Ausnahme hat die adoptionswillige Person zu begründen und muss dem Kindeswohl dienen.</p>	<p>Absatz 1 geändert: Eine unverheiratete Person sowie eine Person, die nicht in eingetragener Partnerschaft lebt, kann alleine adoptieren, wenn sie das 28. Altersjahr zurückgelegt hat und die Adoption dem Kindeswohl dient.</p>
<p>III. Einzeladoption Art. 264b Abs. 2 (neu)</p>	<p>Siehe Kommentar Art. 264b Abs. 1.</p> <p>Es macht Sinn und schafft Klarheit, zu erwähnen, in welchen Situationen überhaupt in Erwägung gezogen werden kann, dass eine verheiratete Person, resp. die in eingetragener Partnerschaft lebende Person alleine adoptieren kann. Ebenfalls kann nicht genügend betont werden, dass</p>	<p>Absatz 2 neu: Eine verheiratete Person kann alleine adoptieren, wenn sich die gemeinschaftliche Adoption als unmöglich erweist, weil der Ehegatte, die Ehegattin, der eingetragene Partner oder die eingetragene Partnerin dauernd urteilsunfähig oder seit mehr als 2 Jahren mit unbekanntem Auf-</p>

	die beabsichtigte Adoption dem Kindeswohl zu dienen hat.	enthalt abwesend, oder wenn die Ehe, resp. die eingetragene Partnerschaft seit mehr als 3 Jahren gerichtlich getrennt ist, die Einzeladoptierende oder der Einzeladoptierende das 28. Altersjahr zurückgelegt hat und die Adoption dem Kindeswohl dient.
III. Einzeladoption Art. 264b Abs. 3 (neu)	Wie bereits in Art. 264a Abs. 2 erwähnt soll die Ausnahme durch die adoptionswilligen Personen begründet werden.	Absatz 2 zu Absatz 3 und geändert: Aus wichtigen Gründen kann vom Mindestalter oder dem Zivilstand abgewichen werden, wenn es dem Kindeswohl dient.
III. Einzeladoption Art. 264b Abs. 3 (Vorlage)	Dieser Absatz kann ersatzlos gestrichen werden, wenn Art. 264a Abs. 1 und 2 (neu) Anwendung findet. Der Ausnahmecharakter der Einzeladoption soll im Gesetz erkennbar sein. Liegt tatsächlich eine begründete Ausnahme vor und lebt die adoptionswillige Person in Ehe oder eingetragener Partnerschaft, ist durch den Ausnahmecharakter, den das Verfahren darstellt, klar, dass nicht nur die gesamten Umstände, sondern auch die Einstellung der Partnerin/des Partners gewürdigt wird.	Absatz 3 (Vorlage) streichen:
IV. Stiefkindadoption Art. 264c	Ein Stiefkind soll seiner Adoption grundsätzlich zustimmen sowie das Ausmass seiner Entscheidung erkennen und abwägen können. Es muss daher über ein Mindestalter verfügen bzw. das Erwachsenenalter erreicht haben. Gleichzeitig sollen jedoch Ausnahmen in Anlehnung an die Ausführungen von Hegnauer gewährt werden, damit Kinder, die nur über einen rechtlichen Elter verfügen, ein zweites erhalten können. Den eher problematischen Stiefkindadoptionen von Trennungs- und Scheidungskindern, kann mit dieser Haltung „Entschleunigung“ der Verfahren ebenfalls Rechnung getragen werden. Allerdings muss gewährt werden, dass Art. 266 entsprechend angenommen wird. Die Dauer der Ehe oder eingetragenen Partnerschaft muss nicht festgeschrieben werden. Sie muss lediglich zum Zeitpunkt des Gesuchs vorliegen, sodass davon aus-	Artikel 264c geändert und ergänzt: ¹ Eine Person darf das Kind ihrer Ehegattin oder ihres Ehegatten oder ihrer eingetragenen Partnerin oder ihres eingetragenen Partners adoptieren, wenn a) die Personen in Ehe oder eingetragener Partnerschaft seit mindestens fünf Jahren zusammen in Hausgemeinschaft leben; b) das Kind volljährig ist und seiner eigenen Adoption zugestimmt hat. ² Aus wichtigen Gründen, namentlich wenn der abgebende Elter unbekannt oder mit unbekanntem Aufenthalt abwesend oder dauernd urteilsunfähig ist oder wenn er sich nicht ernstlich um das Kind gekümmert hat und die Adoption dem Kindeswohl dient, kann das Kind vor seiner Volljährigkeit adoptiert werden.

	gegangen werden kann, dass die relevanten Angelegenheiten rechtlich geregelt sind. Allerdings muss nachgewiesen werden, dass seit mindestens fünf Jahren eine gelebte Hausgemeinschaft besteht.	
V. Alter und Zustimmung des Kindes Art. 265 Abs. 1	Wie bereits in Art. 264a und 264b erwähnt, soll die Ausnahme durch die adoptionswilligen Personen begründet werden.	Absatz 1 geändert: Der Altersunterschied zwischen dem Kind und den adoptierenden Personen darf nicht weniger als 16 Jahre und nicht mehr als 45 Jahre betragen. Aus wichtigen Gründen, kann davon abgewichen werden, wenn es dem Kindeswohl dient.
V. Alter und Zustimmung des Kindes Art. 265 Abs. 2	Kein Kommentar	
V. Alter und Zustimmung des Kindes Art. 265 Abs. 3	Kein Kommentar	
V. Alter und Zustimmung des Kindes Art. 265 Abs. 4	Hat die Kindesschutzbehörde für ein Kind eine Beistandschaft errichtet, so ist sie analog zum bevormundeten Kind in der Pflicht, einer beabsichtigten Adoption zuzustimmen.	Absatz 4 ergänzt: Ist das Kind bevormundet oder verbeiständet, so kann, auch wenn es urteilsfähig ist, die Adoption nur mit Zustimmung der Kindesschutzbehörde erfolgen.
V. Zustimmung der Eltern 1. Form Art. 265a Abs. 3	Kein Kommentar	
b. Entscheid Art. 265d Abs. 1	Der Bezug zur aktuellen Praxis fehlt in der Vorlage. Für in der Schweiz geborene oder lebende Kinder besteht weder eine Pflicht, diese über eine Vermittlungsstelle einer Adoption zuzuführen, noch existiert eine solche Vermittlungsstelle. Allerdings wird für jedes in der Schweiz geborene Kind, das im Hinblick auf eine Adoption untergebracht wird, eine Vormundschaft errichtet. Für in der Schweiz lebende Kinder, die zu einem späteren Zeitpunkt im Leben (also nicht nach der Geburt) eine Adoption erfahren sollen, besteht in aller Regel eine Beistandschaft.	Absatz 1 geändert: Wird ein Kind zum Zwecke der Adoption untergebracht und fehlt die Zustimmung eines Elters, so entscheidet die Kindesschutzbehörde am Wohnsitz des Kindes auf Gesuch der Vormundin oder des Vormunds bzw. der Beiständin oder des Beistands oder der adoptionswilligen Personen und in der Regel vor Beginn der Unterbringung, ob von dieser Zustimmung abzusehen sei.

	Es ist daher an dieser Vormundin / diesem Vormund bzw. Beiständin / Beistand ein Gesuch um Absehen der Zustimmung zu stellen. In allen anderen Fällen können die adoptionswilligen Personen das Gesuch stellen.	
B. Adoption einer volljährigen Person Art. 266 Abs. 1	Absatz 1: in den Ziffern 1, 2, und 3 ist die Dauer der Pflege, bzw. Pflege und Erziehung, bzw. gelebte Hausgemeinschaft bei fünf Jahre zu belassen! Die Erwachsenenadoption ist zu gewähren, wenn zwischen der oder den adoptionswilligen Personen und der zu adoptierenden Person eine Eltern-Kind ähnliche Beziehung besteht. Eine solche liegt nach drei Jahren noch nicht vor.	Absatz 1 litera 1,2,3 ändern: Anstelle von drei Jahren bei fünf Jahren belassen!
B. Adoption einer volljährigen Person Art. 266 Abs. 2	Kein Kommentar	
B. Adoption einer volljährigen Person Art. 266 Abs. 2 ^{bis}	Eine Anhörung der leiblichen Eltern ist nicht nur sehr aufwändig und in der Praxis schlecht zu bewerkstelligen, sie schießt auch über das Ziel hinaus, da insbesondere die Gewichtung/Wertung einer solchen Anhörung unklar ist. Bei begründeten Zweifeln der abklärenden Behörden können im Rahmen der Abklärung der Umstände schon heute bei erwähnten Personen Referenzen eingeholt werden. In Art. 268a Abs. 3 ist die Anhörung der Nachkommen der adoptionswilligen Personen bereits vorgesehen. Allerdings ist der Adoptionsentscheid den erwähnten Personen mitzuteilen, damit sie ihre „neue“ Verwandtschaftssituation kennen und insbesondere die leiblichen Eltern ihre Erbangelegenheiten neu regeln können.	Absatz 2 ^{bis} streichen bzw. ändern: Der Adoptionsentscheid ist den leiblichen Eltern der zu adoptierenden Person sowie den Nachkommen der Adoptiveltern mitzuteilen.
C. Wirkungen I. Im Allgemeinen Art. 267 Abs. 1	Kein Kommentar	
C. Wirkungen I. Im Allgemeinen	Kein Kommentar	

Art. 267 Abs. 2		
C. Wirkungen I. Im Allgemeinen Art. 267 Abs. 3	Mit der bisherigen Regelung wurden gute Erfahrungen gemacht. Es gibt keine Gründe, davon abzuweichen und adoptierte Stiefkinder oder adoptierte volljährige Personen von der Regelung auszunehmen. Einem Missbrauch wird durch die achtenswerten Gründe , die vorliegen müssen, sowie die Anhörung des Kindes bzw. das Einholen seiner Zustimmung, vorgebeugt.	Absatz 3 geändert: Bei der Adoption kann dem Kind ein neuer Vorname gegeben werden, wenn achtenswerte Gründe vorliegen. Vor der Namensänderung wird das Kind durch die zuständige Behörde oder eine beauftragte Drittperson in geeigneter Weise persönlich angehört, sofern sein Alter oder andere wichtige Gründe nicht dagegen sprechen. Hat das Kind das zwölfte Lebensjahr vollendet, so bedarf die Namensänderung seiner Zustimmung.
II. Bürgerrecht Art. 267a Abs. 1	Kein Kommentar	
D. Verfahren I. Im Allgemeinen Art. 268 Abs. 1	Kein Kommentar	
II. Im Untersuchung Art. 268a Abs. 2	Kein Kommentar	
II. Im Untersuchung Art. 268a Abs. 3	Kein Kommentar	
D ^{bis} . Adoptionsgeheimnis Art. 268b Abs. 1	Kein Kommentar	
D ^{bis} . Adoptionsgeheimnis Art. 268b Abs. 2	Kein Kommentar	
D ^{bis} . Adoptionsgeheimnis Art. 268b Abs. 3	Absatz 3: Nach dem Vollzug einer Adoption, besteht keine gesetzliche Grundlage, mit den Adoptiveltern in Kontakt zu treten. Somit kann keine Behörde Auskunft über die Lebenssituation des adoptierten Kindes erteilen.	Absatz 3: ersatzlos streichen

	Dieser Absatz ist daher gegenüber den leiblichen Eltern reine Augenwischerei. Hier ist auf die Möglichkeit einer offenen Adoption gemäss Art. 268f zu verweisen.	
D ^{ter} . Auskunft über die leiblichen Eltern Art. 268c Abs. 1	Kein Kommentar	
D ^{ter} . Auskunft über die leiblichen Eltern Art. 268c Abs. 2	Kein Kommentar	
D ^{ter} . Auskunft über die leiblichen Eltern Art. 268c Abs. 3	Die Aufhebung macht Sinn, da neu in Art. 268d geregelt.	
D ^{quarter} . Kantonale Auskunftsstelle Art. 268d Abs. 1	Vor 2003 gab es keine kantonal zuständigen Behörden. Auch hat die Zuständigkeit auf Gemeinde- und / oder Kantonsebene in den letzten 50 Jahren oftmals gewechselt, so dass das Abstellen der heutigen Zuständigkeit auf die Zuständigkeit zum Zeitpunkt der Adoption nicht kundenfreundlich und zudem unnötig aufwändig ist. Es ist den heute gemäss Art. 316 Abs. 1 ^{bis} zuständigen Behörden zuzumuten, dass sie eine entsprechende Triage machen können und die Auskunft suchenden Personen beraten oder an die für sie hilfreiche Stelle verweisen können.	Absatz 1 kürzen: Auskunft über die leiblichen Eltern oder das Kind erteilen die gemäss Art. 316 Abs. 1 ^{bis} zuständigen Behörden.
D ^{quarter} . Kantonale Auskunftsstelle Art. 268d Abs.2	Kein Kommentar	
D ^{quarter} . Kantonale Auskunftsstelle Art. 268d Abs. 3	Kein Kommentar	
D ^{quarter} . Kantonale Auskunftsstelle Art. 268d	Kein Kommentar	

Abs. 4		
Dquinquies. Suchdienste Art. 268e Abs. 1	<p>Artikel 268e ist ersatzlos zu streichen. Es steht schon heute jeder Person und jedem Kanton frei, mit Suchdiensten zu arbeiten.</p> <p>Zudem ist dieser Auftrag im Hinblick auf die Adoptionen von Kindern aus dem Ausland nicht zu leisten. Sollte die Absicht bestehen, in der Schweiz adoptierten Personen, deren Adoption möglicherweise unter Zwang oder anderen undurchsichtigen Machenschaften zustande kam, eine bessere Möglichkeit zur Aufarbeitung ihrer Geschichte zu ermöglichen, so ist die Schaffung eines Fonds zur Finanzierung der erforderlichen (Such-) Massnahmen weitaus sinnvoller.</p>	<p>Ganzer Artikel 268e streichen:</p>
Dquinquies. Suchdienste Art. 268e Abs. 2		
Dquinquies. Suchdienste Art. 268e Abs. 3		
Dquinquies. Suchdienste Art. 268e Abs. 4		
Dsexies. Persönlicher Verkehr mit den leiblichen Eltern Art. 268f	<p>Die Akteure der sogenannt „offenen Adoption“ haben in der Regel unterschiedliche Motivationen und Interessen. Die ursprünglichen Ideen können sich daher leicht zu hoch konfliktiven Situationen entwickeln. Leidtragend ist dabei letztendlich auch das betroffene Kind. Um die bestmöglichen Voraussetzungen für das betroffene Kind zu schaffen, ist es wichtig, dass nicht schon die getroffene Vereinbarung einem Minenfeld gleicht. Daher ist die Vereinbarung durch die zuständige Kindesschutzbehörde zu genehmigen. Darin ist immer auch festzuhalten, dass Änderungen der Zustimmung der Kindesschutzbehörde bedürfen und diese auch bei Uneinigkeit entscheidet.</p>	<p>Artikel 268f ergänzt: Die Adoptiveltern und die leiblichen Eltern können vereinbaren, dass den leiblichen Eltern ein Anspruch auf angemessenen persönlichen Verkehr mit dem minderjährigen Adoptivkind eingeräumt wird. Die getroffene Vereinbarung ist durch die Kindesschutzbehörde am Wohnsitz des Kindes zu genehmigen. Ist das Kind urteilsfähig, so ist seine Zustimmung notwendig. Änderungen der Vereinbarung bedürfen der Zustimmung durch die Kindesschutzbehörde. Bei Uneinigkeit entscheidet die Kindesschutzbehörde.</p>
III. Kind von Eltern in eingetragener Partnerschaft Art. 270a ^{bis}	Kein Kommentar	
IV. Zustimmung des Kindes Art. 270b	Kein Kommentar	

Schlusstitel: Anwendungs- und Einführungsbestimmungen

Erster Abschnitt: Die Anwendung bisherigen und neuen Rechts

Artikel	Kommentar	Änderungsvorschläge
2. Hängige Verfahren Art. 12b	Kein Kommentar	
3. Unterstellung unter das neue Recht Art. 12c	Da Art. 268e gestrichen wird, sind hier auch die Suchdienste zu streichen.	Die Bestimmungen der Änderung vom [...] über das Adoptionsgeheimnis, die Auskunft über die leiblichen Eltern, die Suchdienste und die Möglichkeit der Vereinbarung eines persönlichen Verkehrs zwischen den leiblichen Eltern und dem adoptierten Kind gelten auch für Adoptionen, die vor ihrem Inkrafttreten ausgesprochen oder im Zeitpunkt ihres Inkrafttretens noch hängig sind.

Änderungen Zivilgesetzbuch - Adoptionsrecht

Variante: Öffnung Stiefkindadoption auch für faktische Lebensgemeinschaft

Artikel	Kommentar	Änderungsvorschläge
IV. Stiefkindadoption Art. 264c neu Abs. 1	Die Adoption für Personen, die in faktischer Lebensgemeinschaft leben ist abzulehnen. Die Ehe oder Eintragung der Partnerschaft ist im Hinblick auf eine Adoption zumutbar und steht zu keinem Verhältnis zur Rechtsunsicherheit in faktischen Lebensgemeinschaften.	
IV. Stiefkindadoption Art. 264c neu Abs. 2		
IV. Stiefkindadoption Art. 264c neu Abs. 3		
C. Wirkungen I. Im Allgemeinen Art. 267 Abs. 1		

C. Wirkungen I. Im Allgemeinen Art. 267 Abs. 2		
C. Wirkungen I. Im Allgemeinen Art. 267 Abs. 3		
<i>Aquinquies</i> . Veränderung der Verhältnisse nach einer Stiefkindadoption in fakti- schen Lebensgemeinschaf- ten Art. 298e		

Änderungen BGIAA betreffend Adoptionsrecht

Artikel	Kommentar	Änderungsvorschläge
Art. 14 <i>Bekanntgabe im Einzelfall</i>		
<i>BGIAA</i>	<i>Bundesgesetz vom 20. Juni 2003 über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich</i>	

Änderungen PartG betreffend Adoptionsrecht

Artikel	Kommentar	Änderungsvorschläge
Art.13 Abs. 1 ^{bis} <i>Unterhalt</i>		

Art.17 Abs. 3 ^{bis} neu <i>Aufhebung des Zusammenlebens</i>		
Art.25 Abs. 1 <i>Zweiter Satz</i>		
Art. 27a <i>Stiefkindadoption</i>		
Art. 28 <i>Adoption und Fortpflanzungsmedizin</i>		
Art. 34 Abs. 4 <i>Unterhaltsbeitrag</i>		
<i>PartG</i>	<i>Bundesgesetz vom 18. Juni 2004 über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare</i>	

Änderungen im Zivilprozessrecht (ZPO) betreffend Adoptionsrecht

Artikel	Kommentar	Änderungsvorschläge
3. Kapitel: Kinderbelange in Verfahren bei eingetragener Partnerschaft		
Art. 307a		

Änderungen BVG betreffend Adoptionsrecht

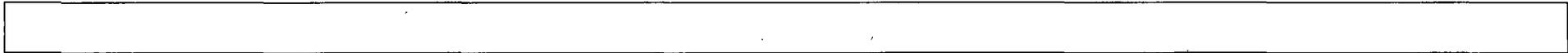
Artikel	Kommentar	Änderungsvorschläge
Art. 19a		

Überlebende eingetragene Partnerinnen, überlebender eingetragener Partner		
BVG	Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge	

Änderungen AHVG betreffend Auskunft in Adoptionsangelegenheiten		
Artikel	Kommentar	Änderungsvorschläge
Datenbekanntgabe Art. 50a Abs. 1 Litera e		Artikel 50a Absatz 1 litera e Ziffer 8 neu einfügen: 8. den nach Artikel 268d Absatz 1 ZGB zuständigen Behörden für Auskünfte über die leiblichen Eltern oder die adoptierte Person (im Zusammen mit Adoptionen).
AHVG	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung	

Kündigung des Europäischen Übereinkommens vom 24. April 1967
<u>Kommentar:</u>

Ratifizierung des revidierten Europäischen Übereinkommens vom 27. November 2008
<u>Kommentar:</u>





Bundesamt für Justiz
Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

vorab als pdf per email an:
judith.wyder@bj.admin.ch

Zürich, 30. März 2014

Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Adoption)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,,
Sehr geehrte Damen und Herren,

WyberNet, das im Juli 2001 als Verein gegründete Netzwerk für engagierte lesbische Berufsfrauen in der Schweiz, bietet sowohl selbständig wie unselbständig tätigen Frauen eine Plattform zum Austausch ihrer beruflichen Kompetenzen, ohne dabei einen Teil ihrer Identität ausschliessen zu müssen.

WyberNet vernetzt sich sowohl innerhalb der LGBTI-Community, als auch mit anderen Berufs- und Frauennetzwerken im In- und Ausland, und hat unter anderem zum Ziel, auf gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und politische Entwicklungen Einfluss zu nehmen und somit dazu beizutragen, den Stellenwert und das Selbstverständnis von lesbisch identifizierten Berufsfrauen, die zudem auch selber Mütter oder Partnerinnen von Müttern sind, in der Gesellschaft zu stärken und auszubauen.

Vor diesem Hintergrund bedanken wir uns für die Möglichkeit, uns am Vernehmlassungsverfahren zu den vorgeschlagenen Änderungen des Adoptionsrechts zu beteiligen, deren grundsätzliche Stossrichtung wir befürworten und unterstützen, bedeutet sie doch einen Schritt in Richtung Flexibilisierung der Geschlechterrollen, was letztlich auch für die Gleichstellung der Geschlechter insgesamt von Bedeutung ist.

Im Unterschied zum vorliegenden Gesetzesentwurf befürworten wir die Zulassung der **gemeinschaftlichen Adoption** auch für eingetragene Partnerinnen und Partner sowie für faktische Lebensgemeinschaften. Die gemeinschaftliche Adoption durch eingetragene Paare sollte nicht

Regionalgruppen:

Basel
basel@wybernet.ch

Bern
bern@wybernet.ch

Innerschweiz
innerschweiz@wybernet.ch

St. Gallen
st.gallen@wybernet.ch

Thurgau
thurgau@wybernet.ch

Zürich
zuerich@wybernet.ch

WyberNet
Postfach 1751
CH-8040 Zürich

contact@wybernet.ch
www.wybernet.ch

nur zur Beseitigung einer Diskriminierung, sondern auch aus gesellschaftspolitischen Überlegungen zugelassen werden, indem sich das Adoptionsrecht künftig generell an den pluralen Lebensrealitäten orientieren sollte. Denn wie im erläuternden Bericht dargelegt, kann davon ausgegangen werden, dass eine Mehrheit der Bevölkerung die gemeinschaftliche Adoption für gleichgeschlechtliche Paare gutheissen wird.

Die vorgeschlagene Regelung der **Stiefkindadoption** zur rechtlichen Absicherung von Kindern in eingetragener Partnerschaft verkennt die Tatsache, dass es sich bei den meisten Kindern, nicht um klassische "Stiefkinder" handelt, sondern um Kinder, die in diese Familien hineingeboren werden und bei denen i.d.R. kein zweiter biologischer Elternteil greifbar/bekannt ist. Die Wartefrist bis zur möglichen Stiefkindadoption bewirkt, dass die Kinder (unnötig) lange Zeit ohne zweiten rechtlichen Elternteil und damit ohne genügenden rechtlichen Schutz sind. Die im Gesetzesentwurf vorgesehene Regelung ist demnach für die Mehrheit dieser Familien ungenügend und es wäre zu prüfen, ob für solche Konstellationen nicht eine Art Anerkennung ab Geburt, wie dies durch die Vaterschaftsanerkennung möglich ist, geschaffen werden kann.

Mit der Einführung der Stiefkindadoption auch für eingetragene Paare und damit der Anerkennung der Realität, dass auch diese Paare einen gemeinsamen Kinderwunsch umsetzen, macht die zwingende Errichtung einer **Beistandschaft** für Neugeborene bei Frauen in einer eingetragenen Partnerschaft keinen Sinn mehr. Wir regen daher an, Art. 309 ZGB im Rahmen dieser Revision ebenfalls entsprechend anzupassen.

Die Revision stellt einen Schritt in die richtige Richtung dar. Es werden aber viele **Ungleichbehandlungen** nicht behoben, sondern ungerechtfertigte und überholte Diskriminierungen fortgesetzt (so etwa das Verbot der gemeinschaftlichen Adoption und das Verbot zum Zugang zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren). Es ist daher grundsätzlich zu hinterfragen, ob ein Spezialgesetz für gleichgeschlechtliche Paare (PartG) noch zeitgemäss ist. Um alle rechtlichen Benachteiligungen von gleichgeschlechtlich orientierten Menschen und deren Kindern aufzuheben, bleibt langfristig einzig die Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare.

Im Folgenden nehmen wir Stellung zu den insbesondere aus der Sicht von gleichgeschlechtlichen Paaren sowie Regenbogenfamilien wichtigsten Bestimmungen:

Art. 264a gemeinschaftliche Adoption

1 Ehegatten können ein Kind gemeinschaftlich adoptieren, wenn sie seit mindestens drei Jahren miteinander verheiratet sind und beide das 28. Altersjahr zurückgelegt haben.

2 Aus wichtigen Gründen kann vom Mindestalter abgewichen werden, wenn das Kindeswohl dadurch nicht gefährdet wird.

Abs. 1

Wir finden es sehr bedauernswert, dass die gemeinschaftliche Adoption auf Ehegatten beschränkt bleiben soll. Eine gemeinschaftliche Adoption sollte unabhängig vom Zivilstand bzw. der sexuellen Orientierung möglich sein. Wie im erläuternden Bericht aufgezeigt, ist seit der Abstimmung zum Partnerschaftsgesetz die Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften stark angestiegen. Auch in Bezug auf gleichgeschlechtliche Elternschaften hat sich die Meinung der Bevölkerung aufgrund der Entwicklungen im nahen (Europa) und fernen Ausland (USA, Australien, Südamerika),

wo vielerorts die vollständige Öffnung der Adoption erfolgt ist und von der Bevölkerung positiv aufgenommen wurde, gewandelt.

Faktisch gibt es keine Gründe, die gemeinschaftliche Adoption gleichgeschlechtlichen Paaren weiterhin zu verwehren, denn ausschlaggebend für die Adoption eines Kindes ist die Gewährleistung des Kindeswohls. Die sexuelle Orientierung der Eltern hat nachweislich auf die Entwicklung keinen negativen Einfluss: Kinder aus sogenannten Regenbogenfamilien gedeihen gut. Diesen Erkenntnissen, welche in den letzten 30 Jahren in diversen entwicklungspsychologischen Langzeit-Studien bestätigt wurden, sollte nun endlich Rechnung getragen werden.

Abs. 2

Wir vermissen die Möglichkeit, dass auf Grund von wichtigen Gründen nicht auch von der Partnerschaftsdauer abgewichen werden kann, sofern das Kindeswohl nicht gefährdet ist.

Art. 264b Einzeladoption

1 Eine Person darf alleine adoptieren, wenn Sie das 28. Altersjahr zurückgelegt hat.

2 Aus wichtigen Gründen kann vom Mindestalter abgewichen werden, wenn das Kindeswohl dadurch nicht gefährdet wird.

3 Vor der Adoption ist die Einstellung des Ehegatten, der eingetragenen Partnerin oder des eingetragenen Partners oder der faktischen Lebenspartnerin oder des faktischen Lebenspartners der adoptionswilligen Person entsprechend zu würdigen.

Wir begrüssen es sehr, dass mit dem vorliegenden Vorschlag die Einzeladoption für sämtliche Personen - unabhängig von ihrem Zivilstand - geöffnet werden soll. Nach geltendem Recht ist eine Einzeladoption nur möglich, wenn die adoptierende Person unverheiratet ist. Dies führt heute für eine in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft lebende Person zur absurden und unhaltbaren Situation, dass eine Einzeladoption nicht mehr zulässig ist, sobald sie eine eingetragene Partnerschaft eingeht. Mit der vorgesehenen Gesetzesänderung wird nun richtigerweise sichergestellt, dass homosexuelle Personen nicht allein wegen der Eingehung einer eingetragenen Partnerschaft von der Einzeladoption ausgeschlossen werden.

Art. 264c Stiefkindadoption

Eine Person darf das Kind ihres Ehegatten oder ihrer eingetragenen Partnerin oder ihres eingetragenen Partners adoptieren, wenn die Ehe oder die eingetragene Partnerschaft seit mindestens drei Jahren besteht.

Regionalgruppen:

Basel
basel@wybernet.ch

Bern
bern@wybernet.ch

Innerschweiz
innerschweiz@wybernet.ch

St. Gallen
st.gallen@wybernet.ch

Thurgau
thurgau@wybernet.ch

Zürich
zuerich@wybernet.ch

WyberNet
Postfach 1751
CH-8040 Zürich

contact@wybernet.ch
www.wybernet.ch

Wir begrüßen es, dass künftig auch eine Stiefkindadoption durch Personen in einer eingetragenen Partnerschaft möglich sein soll. Damit wird die nach geltendem Recht stossende Situation, dass Kinder in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften rechtlich nicht in gleichem Masse abgesichert sind wie Kinder in ehelichen Gemeinschaften, zumindest teilweise beseitigt. Zu beachten ist aber, dass es sich bei den meisten Kindern, die in Regenbogenfamilien aufwachsen, nicht um eigentliche "Stiefkinder" handelt, sondern um Kinder, die in diese Familien hineingeboren werden und bei denen in der Regel kein zweiter biologischer Elternteil greifbar/bekannt ist. Die - durch die verlangte mindestens dreijährige eingetragene Partnerschaft sowie das anschließende Adoptionsverfahren – entstehende Wartezeit bis zur möglichen Stiefkindadoption hat zur Folge, dass die Kinder lange Zeit nur einen Elternteil haben und in dieser Zeit ohne genügenden rechtlichen Schutz sind. Die vorgesehene Regelung ist demnach für die Mehrheit dieser Familien ungenügend und es wäre zu prüfen, ob für solche Konstellationen nicht eine Art Anerkennung ab Geburt, wie dies durch die Vaterschaftsanerkennung möglich ist, geschaffen werden kann.

Art. 264c neu Stiefkindadoption (Variante)

1 Eine Person darf das Kind adoptieren, mit dessen Mutter oder Vater sie in einer:

- 1. Ehe;*
- 2. eingetragenen Partnerschaft;*
- 3. faktischen Lebensgemeinschaft lebt.*

Das Paar muss unmittelbar vor Einreichen des Adoptionsgesuchs seit mindestens drei Jahren einen gemeinsamen Haushalt geführt haben.

2 Personen in einer faktischen Lebensgemeinschaft dürfen mit einer Drittperson weder verheiratet noch durch eine eingetragene Partnerschaft verbunden sein.

Die Variante, die Stiefkindadoption auch für faktische Lebensgemeinschaften zu erlauben, bevorzugen wir. Angesichts der heutigen Lebensrealitäten ist es nicht mehr zeitgemäss, die Möglichkeit der Stiefkindadoption vom Zivilstand abhängig zu machen. Mit der vorgesehenen mindestens 3-jährigen Dauer des gemeinsamen Haushalts ist die erforderliche Stabilität der Beziehung hinreichend sichergestellt.

Diese Regelung würde auch die oben angesprochene Problematik, dass in eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft hineingeborenen Kinder längere Zeit ohne zweiten rechtlichen Elternteil bleiben müssen, etwas abmildern. Eine dreijährige faktische Partnerschaft ist schneller erreicht als eine dreijährige eingetragene Partnerschaft.

Im Übrigen sieht der Auftrag des Parlaments die Öffnung der Adoption für alle Erwachsenen, ungeachtet des Zivilstands und der Lebensform vor; es ist daher schwer nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat - in Abweichung vom Beschluss des Parlaments - die Öffnung der Stiefkindadoption für faktische Lebensgemeinschaften lediglich als Variante vorschlägt.

Änderungen im PartG 2. Partnerschaftsgesetz vom 18. Juni 2004

Art. 17 Abs. 3 Aufhebung des Zusammenlebens

3bis Hat eine Person das minderjährige Kind adoptiert, mit dessen Mutter oder Vater sie in einer eingetragenen Partnerschaft lebt, so trifft das Gericht nach den Artikeln 270-327c ZGB151 die nötigen Massnahmen.

Wir erachten es als notwendig, die Begriffe "leiblich/biologisch" zu ergänzen.

Art. 27a Stiefkindadoption

Hat eine Person das minderjährige Kind adoptiert, mit dessen Mutter oder Vater sie in einer eingetragenen Partnerschaft lebt, so sind die Artikel 270–327c ZGB 153 sinngemäss anwendbar.

Wie bereits weiter oben ausgeführt, ist eine Anerkennung ab Geburt, wie dies bei der Vaterschaftsanerkennung möglich ist, zu prüfen, denn die Mehrheit der Kinder in eingetragener Partnerschaft sind als Wunschkinder in eine gleichgeschlechtliche Beziehung hineingeboren, was nicht der klassischen Stiefkind-Situation entspricht.

Art. 28 Adoption und Fortpflanzungsmedizin

Personen, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, sind weder zur gemeinschaftlichen Adoption noch zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren zugelassen.

Es wäre zu begrüssen, wenn Bundesrat und Parlament einen Vorschlag verabschieden würden, der Diskriminierungen eingetragener Paare nicht bewusst aufrechterhält, sondern diese aufhebt.

Wir finden es sehr bedauernswert, dass der Gesetzesentwurf am Verbot der **gemeinschaftlichen Adoption** durch Personen in einer eingetragenen Partnerschaft festhält. Wie im erläuternden Bericht aufgezeigt, ist seit der Abstimmung zum Partnerschaftsgesetz die Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften stark angestiegen. Auch in Bezug auf gleichgeschlechtliche Elternschaften hat sich die Meinung der Bevölkerung aufgrund der Entwicklungen im nahen (Europa) und fernen Ausland (USA, Australien, Südamerika), wo vielerorts die vollständige Öffnung der Adoption erfolgt ist und von der Bevölkerung positiv aufgenommen wurde, gewandelt.

Faktisch gibt es keine Gründe, die gemeinschaftliche Adoption gleichgeschlechtlichen Paaren weiterhin zu verwehren, denn ausschlaggebend für die Adoption eines Kindes ist die Gewährleistung des Kindeswohls.

Regionalgruppen:

Basel
basel@wybernet.ch

Bern
bern@wybernet.ch

Innerschweiz
innerschweiz@wybernet.ch

St. Gallen
st.gallen@wybernet.ch

Thurgau
thurgau@wybernet.ch

Zürich
zuerich@wybernet.ch

WyberNet
Postfach 1751
CH-8040 Zürich

contact@wybernet.ch
www.wybernet.ch

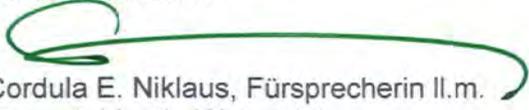
Die sexuelle Orientierung der Eltern hat nachweislich auf die Entwicklung keinen negativen Einfluss: Kinder aus sogenannten Regenbogenfamilien gedeihen gut. Diesen Erkenntnissen, welche in den letzten 30 Jahren in diversen entwicklungspsychologischen Langzeit-Studien bestätigt wurden, sollte nun endlich Rechnung getragen werden.

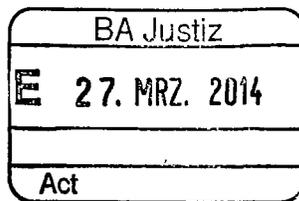
Ebenfalls bedauern wir und erachten es nicht als zeitgemäss, dass Personen, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, auch künftig nicht zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren zugelassen werden sollen. Wie im erläuternden Bericht zutreffend ausgeführt wird, können die schweizerischen Verbote ohnehin durch eine Inanspruchnahme von fortpflanzungsmedizinischen Leistungen im Ausland umgangen werden. Dass die betroffenen Paare jedoch ins Ausland ausweichen *müssen*, ist diskriminierend. Den **Zugang zur Fortpflanzungsmedizin** auf verschieden-geschlechtliche Paare zu beschränken, erachtet die Nationale Ethikkommission (NEK) als nicht mehr begründet. Es sei Ausdruck von Vorurteilen, die wissenschaftlich nicht abgestützt seien – sofern nicht ein normativer Naturbegriff herangezogen werde. Vielmehr können auch gleichgeschlechtliche Paare gemeinsam die elterliche Verantwortung für ein Kind übernehmen, obwohl sie ohne den Eingriff von Dritten nicht in der Lage sind, es „natürlich“ zu zeugen. Nach Ansicht der NEK erfolgt hier eine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare sowie alleinstehender Personen, ausgehend von einem falschen Verständnis des Kindeswohls (NEK-Stellungnahme 22/2013, S. 38, 52 f.).

Im Weiteren empfiehlt die NEK, die Samenspende für gleichgeschlechtliche Paare und alleinstehende Personen in der Schweiz zuzulassen (NEK-Stellungnahme 22/2013, S. 41). Den heutigen Ausschluss erachtet sie als diskriminierend. Diesen Argumenten stimmen wir zu und beantragen, sie in der Gesetzesrevision zu berücksichtigen und Art. 28 PartG aufzuheben und eingetragene Partnerschaften insoweit der Ehe gleich zustellen.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die angemessene Berücksichtigung der vorgebrachten Argumente.

Für den Vorstand


Cordula E. Niklaus, Fürsprecherin ll.m.
Vizepräsidentin WyberNet



Bundesamt für Justiz
Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

Stiftung Zukunft CH

Stiftungssitz:
Dorfstrasse 21, Engelberg

Adresse Büro:
Zürcherstrasse 123
CH-8406 Winterthur

Telefon: +41 (0) 52 268 65 00
Fax: +41 (0) 52 268 65 09

Internet: www.zukunft-ch.ch
E-Mail: info@zukunft-ch.ch

Spendenkonto:
Postcheck 85-465565-8

Winterthur, 20. März 2014

**Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Adoption)
Vernehmlassungsantwort der Stiftung Zukunft CH**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Besten Dank für die Möglichkeit zur Änderung des Adoptionsrechts im Schweizerischen Zivilgesetzbuch Stellung zu nehmen. Die Stiftung Zukunft CH beantragt, auf die geplante Vorlage zu verzichten. Wir lehnen insbesondere die Ausweitung der Einzeladoption sowie die Ausdehnung der Stiefkindadoption für Paare in faktischen Lebensgemeinschaften oder für Paare in eingetragenen Partnerschaften ab.

Grundsätzliche Bemerkungen

Mit dem Kindeswohl hat das Adoptionsrecht ein eminent wichtiges Rechtsgut zu schützen. Die Aufgabe des Gesetzgebers ist es daher nicht, das Adoptionsrecht der gesellschaftlichen Entwicklung anzupassen, sondern Adoptionen durchaus zu fördern, dabei jedoch den Schutz des Kindeswohls gerade angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen sicherzustellen.

Bei den vorgeschlagenen Änderungen ist jedoch ein unverantwortliches Vorgehen zu erkennen, welches das Kindeswohl teilweise erheblich zu schädigen droht: Die Einzeladoption soll verheirateten Personen zugänglich gemacht werden, damit sie

anschliessend auch für Personen in eingetragener Partnerschaft erstritten werden kann. Ähnliches gilt für die Stiefkindadoption für Personen in faktischen Lebensgemeinschaften: Ist diese einmal eingeführt, kann sie auch Paaren in eingetragener Partnerschaft nicht mehr verwehrt werden. Und weil die Stiefkindadoption lesbische Paare klar bevorteilt, wird schon bald die Volladoption für alle verlangt werden. Ein solches Vorgehen ist für uns völlig inakzeptabel.

1. Wir beantragen folgende Änderungen zur Ablehnung

1.1. Einzeladoption für verheiratete Personen

Nach geltendem Recht ist Ehepaaren im Normalfall nur die gemeinschaftliche Adoption erlaubt. Die Einzeladoption ist nur dann zulässig, wenn die gemeinschaftliche Adoption nicht möglich ist. Neu sollen – und hier liegt ein problematischer Paradigmenwechsel vor – verheiratete Personen frei wählen können zwischen der gemeinschaftlichen Adoption und der Einzeladoption. Für letztere ist nicht einmal ein Einverständnis des Ehepartners notwendig. Es reicht gemäss Entwurf aus, die „Einstellung des Ehegatten (...) zu würdigen“.

Diese Änderung ist für Zukunft CH inakzeptabel, da ein Kind, wenn immer möglich, ausschliesslich in eine stabile Zweierbeziehung zwischen Frau und Mann, also in eine Ehe hinein adoptiert werden sollte. Es gibt keinen vernünftigen Grund, die Einzeladoption weiter zu öffnen.

1.2. Einzeladoption für Personen in eingetragener Partnerschaft

Daraus erhellt, dass die vom Bundesrat behauptete Ungleichbehandlung einer Person in eingetragener Partnerschaft gegenüber einer verheirateten Person eben gerade nicht besteht. Auch eine verheiratete Person hat im Normalfall keinen Zugang zur Einzeladoption.

Darüber hinaus lehnen wir es grundsätzlich ab, Kinder durch Adoption der Verantwortung in einer homosexuellen Beziehung lebender Menschen anzuvertrauen. Wissenschaftliche Studien belegen den prekären physischen und psychischen Gesundheitszustand homosexuell lebender Personen.¹ Weitere Studien zeigen, dass Kinder, die in sogenannten „Regenbogen-Familien“ aufwachsen, in ihrer Entwicklung deutlich benachteiligt sind gegenüber Kindern in richtigen Familien mit Mutter und Vater.²

1.3. Stiefkindadoption für Paare in faktischen Lebensgemeinschaften (Variante)

Zukunft CH lehnt auch die Stiefkindadoption für Paare in faktischen Lebensgemeinschaften ab. Will jemand nicht heiraten, muss er sich die Frage gefallen

¹ Vgl. Garofalo, R. et al., „The Association Between Health Risk Behaviors and Sexual Orientation Among a Schoolbased Sample of Adolescents (Youths Risk Behavior Survey)“, *Pediatrics* 101 (1998) 5, 895–903; Remafedi, G. et al., „Risk Factors for Attempted Suicide in Gay and Bisexual Youth“, *Pediatrics* 87 (1991) 6, 869–874; Wang J. et al., „Suicidality and sexual orientation among men in Switzerland: Findings from 3 probability surveys“, *Journal of Psychiatric Research* 46 (2012) 980-986; „Gesundheitsbefragung schwuler Männer in Genf“, Institut für Sozial- und Präventiv-Medizin der Universität Zürich, *Spectra*, April 2006/Nr. 55; „HIV und andere sexuell übertragbare Krankheiten: Epidemiologischer Überblick 2007–2011“, Bundesamt für Gesundheit, Oktober 2012.

² Vgl. Regnerus, M., „How different are the adult children of parents who have same-sex relationships? Findings from the New Family Structures Study“, *Social Science Research* 41 (2012) 752-770; Allan, D. W., „High school graduation rates among children of same-sex households“, *Review of Economics of the Household*, 11 (2013) 4, 635-658.

lassen, weshalb er dann die Kinder des Partners adoptieren möchte. Es geht hier um eine sinnvolle Reihung der zivilrechtlichen Institute: zuerst Heirat, dann Adoption. Für das Wohl des Kindes ist eine sichere, feste, auf Dauer angelegte Partnerschaft der Eltern entscheidend.

1.4. Stiefkindadoption für Paare in eingetragener Partnerschaft

Zukunft CH lehnt die Stiefkindadoption für Paare in eingetragener Partnerschaft ab, weil sie mit dem Kindeswohl prinzipiell unvereinbar ist. Es ist daran zu erinnern, dass die von der Schweiz ratifizierte Kinderrechtskonvention³ ein Recht auf Eltern vorsieht und es in der Natur der Sache liegt, dass man darunter einen Vater und eine Mutter versteht. Dank dem Zweigespann Vater/Mutter, das dem Leben zugrunde liegt, kann das Kind seine Herkunft und damit einen wesentlichen Teil seiner Identität nachvollziehen. Es hat die besten Voraussetzungen für seine Entwicklung, wenn es in der Geschlechterspannung von Mutter und Vater aufwächst. Hingegen wird ein Kind, das – entgegen der biologischen Fakten – im Bewusstsein aufwächst, seine Eltern seien zwei Frauen oder zwei Männer, in seinem Wissen um seinen Ursprung, seine Herkunft und seine Identität in unzulässiger Weise betrogen.

Ferner war der Ausschluss der Adoption ein wesentlicher Grund dafür, dass das Partnerschaftsgesetz in der Volksabstimmung angenommen worden ist. Der Bundesrat hielt in seiner Botschaft vom 29. November 2002 zum Partnerschaftsgesetz fest: „Die Adoption eines Kindes und die Anwendung von fortpflanzungsmedizinischen Verfahren werden ausgeschlossen.“ Hierzu stützte er sich explizit auch auf das Völkerrecht: „In seinem Urteil vom 26. Februar 2002 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit vier zu drei Stimmen entschieden, dass es Frankreich erlaubt sei, Adoptionen durch gleichgeschlechtliche Einzelpersonen zu verbieten. In einem Verbot liege keine Verletzung der Artikel 8 und 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention, denn die Konvention garantiere kein Recht, ein Kind adoptieren zu können. Gemäss Artikel 12 hätten nur verheiratete Personen das Recht, eine Familie zu gründen. Da Artikel 8 das blosses Verlangen, eine Familie zu gründen, nicht schütze, habe die Ablehnung des Adoptionsgesuches den Kläger auch in seinem Recht auf Achtung des Privatlebens gemäss Artikel 8 nicht beeinträchtigt.“⁴

Aus diesen und den bereits unter Ziffer 1.2 genannten grundsätzlichen Bedenken hinsichtlich des homosexuellen Lebensstils ist auf die Stiefkindadoption für Paare in eingetragener Partnerschaft unbedingt zu verzichten.

2. Wir befürworten folgende Neuerungen

Die nachstehenden Vorschläge werden von Zukunft CH nicht bestritten und können allenfalls in einem separaten Entwurf oder zu einem späteren Zeitpunkt in den parlamentarischen Prozess eingebracht werden:

- Wir befürworten es, die geltende Altersgrenze für Adoptionen von heute 35 Jahren auf 28 Jahre zu senken.

³ UN-Kinderrechtskonvention, Art. 7, 1.

⁴ <http://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2003/1288.pdf> [22. März 2014]

- Ebenso heissen wir es gut, die Mindestdauer einer Ehe als Voraussetzung für eine gemeinschaftliche Adoption von bisher fünf auf neu drei Jahre zu senken.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, consisting of stylized, overlapping loops and lines, likely representing the initials 'B.G.V.'.

Beatrice Gall-Vollrath
Geschäftsführerin